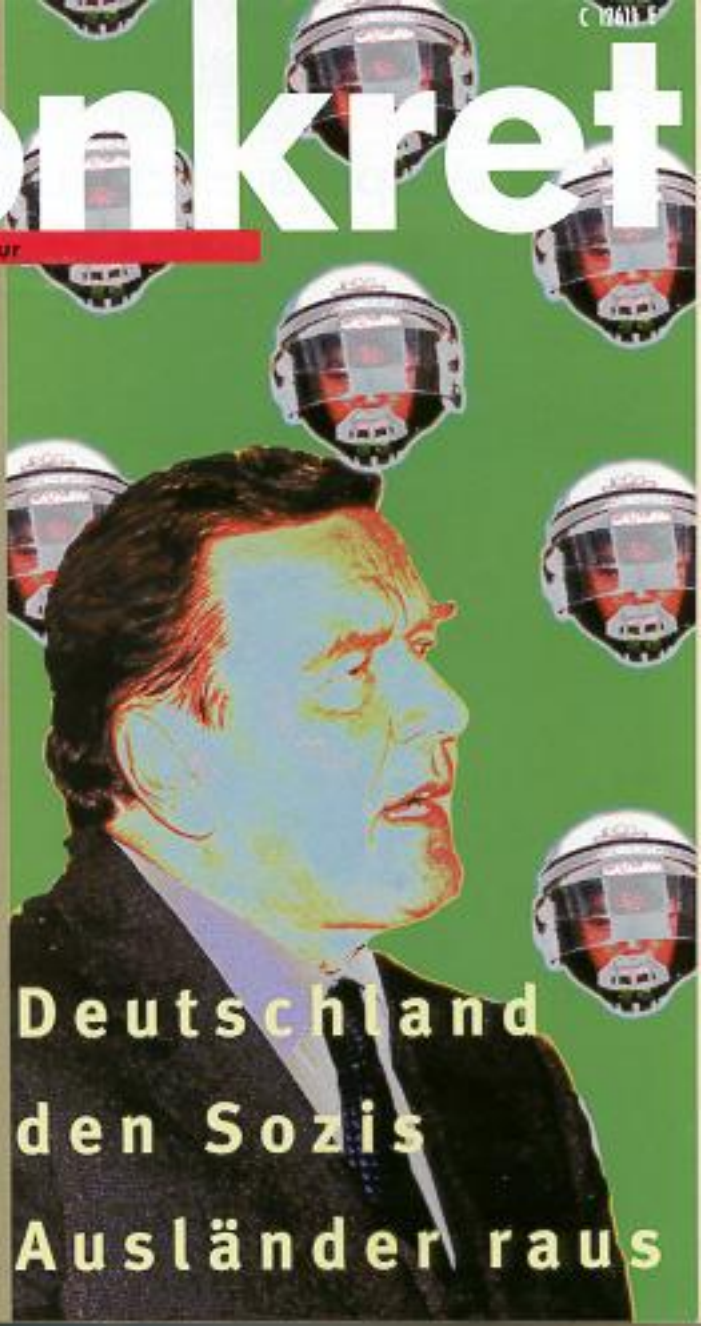
Heft 11 November 1997 8,- DM

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- 40 Jahre KONKRET: Eine Revue
- Frankreich unter Jospin: Konkurswechsel
- Gollwitz: Deutsches Kaff bleibt judenfrei
- Adlon: Ein Nobelhotel wird negerfrei
- Theorie: Kommunismus mit Kohle
- Notruf: Rettet das Verbrechen!



Deutschland den Sozis Ausländer raus

in konkret November 1997

hier Konkret
Ein »Ruck« geht durch Deutschland: Weil ihr Aussehen nicht »mitteleuropäischem Standard« entspricht, darf Jocelyne N. im Berliner Hotel »Adlon« nicht servieren

von Konkret

an Konkret

Deutschland den Sozia, Ausländer raus! von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

It's a Noske Issue von Georg Fülberth
Im Hamburger Wahlkampf hat sich Henning Voscherau als Tony Blair geschminkt, um seine Parolen zur Inneren Sicherheit zu verkaufen. Schröder versucht es ebenfalls

Der Sicherheitsstaat von Rolf Gössner
Die öffentliche Debatte um den starken Staat, um Law and order und Null-Toleranz eskaliert. Opposition oder gar Widerstand gegen den Ausbau des autoritären Sicherheitssystems ist rar geworden

Zu Protokoll
Einstimmig hat der Gemeinderat von Gollwitz/Brandenburg es abgelehnt, 60 russische Juden ins Dorf zu lassen. Das Fernsehmagazin »Report« (SWF/ARD, 6.10.97) hat den Fall dokumentiert und in Manfred Stolpe einen Landesvater gefunden, der für ganz normale Antisemiten volles Verständnis hat

Keine Gnade für Armin G. von Oliver Tolmein
Wer den Noonazi-Anwalt Rieger verprügelt, muß vor deutschen Richtern mit dem Schlimmsten rechnen - wer sich von Typen wie Rieger verteidigen läßt, hat dagegen die Bewährungsstrafe so gut wie sicher

Geht's auch anders? von Bernhard Schmid
In Paris regieren seit dem 1. Juni die Sozialdemokraten, die sich Sozialisten nennen, zusammen mit den Grünen und den Kommunisten. Ein Fazit nach gut vier Monaten: Es geht nicht anders, aber so geht auch nicht

Nachhaltige Strategie von Sabine Beppler
Warum worden in Afrika altgediente antikommunistische Diktatoren abgelöst und durch vorgeblich demokratische Nachfolger ersetzt? Vor welchen Hintergründen haben sich die als »Genozid« bezeichneten Massaker in Ruanda ereignet? Welche Ziele verfolgt das von den Westmächten in Arusha eingerichtete Kriegsverbrechertribunal?

Legaler Terrorismus von Horst Pankow
Die bestialischen Massaker der »Islamischen Heilsfront« in Algerien werden von deutschen Politikern und Journalisten mit erstaunlicher Nachsicht beurteilt. Kein Wunder: Man ist einander schon seit 1992 zugetan

Ruhe und Ordnung von Gaby Hommel
70.000 bosnische Kriegsflüchtlinge haben in diesen Jahr die Bundesrepublik »freiwillig« verlassen - unter ihnen zwei Roma, die inzwischen wieder zurückgekehrt sind

Was ist heute noch links? von Walter Baier

KONKRET-UmfrageDiese Frage stellte KONKRET in Heft 10/97 aus Anlaß seines 40. Geburtstags Autoren/Autorinnen, Politikern/Politikerinnen und Künstlern/ Künstlerinnen, die in den letzten Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind. In diesem Heft antworten Walter Baier, Micha Brumlik und Georg Seeßlen

Was ist heute noch links? von Micha Brumlik

KONKRET-UmfrageDiese Frage stellte KONKRET in Heft 10/97 aus Anlaß seines 40. Geburtstags Autoren/Autorinnen, Politikern/Politikerinnen und Künstlern/ Künstlerinnen, die in den letzten Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind. In diesem Heft antworten Walter Baier, Micha Brumlik und Georg Seeßlen

Was ist heute noch links? von Georg Seeßlen

KONKRET-UmfrageDiese Frage stellte KONKRET in Heft 10/97 aus Anlaß seines 40. Geburtstags Autoren/Autorinnen, Politikern/Politikerinnen und Künstlern/ Künstlerinnen, die in den letzten Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind. In diesem Heft antworten Walter Baier, Micha Brumlik und Georg Seeßlen

Vorwärts! Nieder! Hoch! Nie wieder!

Eine RevueGeburtstage, Jubiläen sind kleine Beerdigungen, zu deren Feier auch weniger befreundete Nachbarn das kleine Schwarze anlegen und ein Sträußchen bringen. So auch zu KONKRETs Vierzigstem, dessen Resonanz bei Presse und Fernsehen einige Kennerschaft verriet - und damit die Mühe, die sie sich all die Jahre mit dem Totschweigen gemacht haben. Hier ein Auszug aus der Kondolenzliste. (Soviel Selbstbeweihräucherung muß sein.)

Kommunismus mit Kohle von Jürgen Elsässer

Auf weiche Weise ausgerechnet das Geld das kapitalistische System untergräbt und für den Übergang zum Kommunismus nützlich sein könnte, und warum Marx und Keynes das nicht gemerkt haben

In diesem Sinne - Romani Weigl, Theo Prodi von Jürgen Elsässer

In diesem Sinne - Ergänze: erquark von Joachim Rohloff

In diesem Sinne - Holocaust? Petitesse! von Michael Schilling

Kunst & Gewerbe von Kay Sokolowsky

Rettet das Verbrechen! von Stefan Ripplinger

Das unverbesserliche Geschlecht von Frank Schäfer

Georg Christoph Lichtenberg (1742-1799), der Aphoristiker, Philosoph und Sudelbuch-Autor, der witzigste Schriftsteller und berühmteste Physiker seiner Zeit, hatte ein überaus prekäres Verhältnis zum Judentum

Maßnahme »Maßnahme« von Silvia Schlenstedt

In Bertolt Brechts 1931 entstandenem Lehrstück »Die Maßnahme« liquidiert das revolutionäre Kollektiv einen Mitkämpfer, dessen zu große Menschlichkeit die Revolution gefährdet. Seine Aufführung hatten der Autor und der Komponist Hanns Eisler nach dem Krieg politischer Bedenken wg. verboten. Jetzt ist es in Berlin zum ersten Mal vollständig inszeniert worden

Rotarier aller Länder! von Oliver Schmitt

Unter der Führung von Ex-Oberleutnant Helmut Schmidt und im Geiste Marion Dönin Gräfhoffs ist ein Menschenpflichtkonzil interaktiv geworden. Für uns alle

Die Bekunstung des Freizeitparks von Christoph Tannert

»Die Epoche der Moderne«, »documenta X«, »Deutschlandbilder«: Kaum je zuvor sind Kunstausstellungen so penetrant als Unterhaltungs-Events präsentiert worden wie im vergangenen Sommer

Fröhlich saufen, spät aufstehen von Mathias Wedel

Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Berlin (bis 16. Dezember) gibt vor, das tolle Treiben der DDR-»Boheme« zu dokumentieren. Tatsächlich geht es wieder mal nur um die Stasi

Bewußtsein von NöthenMiß Verständnis 97 von Joachim Rohloff

Neues von der Frankfurter Schule und ihren Gasthörern: Joachim Rohloff stellt die »Kulturgeschichte der Mißverständnisse« von Henscheid, Henschel und Kronauer vor, Gerhard Henschel die »Lichten Gedichte« von Robert Gernhardt

Bewußtsein von NöthenScherz in Not von Gerhard Henschel

Neues von der Frankfurter Schule und ihren Gasthörern: Joachim Rohloff stellt die »Kulturgeschichte der Mißverständnisse« von Henscheid, Henschel und Kronauer vor, Gerhard Henschel die »Lichten Gedichte« von Robert Gernhardt

Der Mensch im Tier von Layla Dawson

Der US-amerikanische Schriftsteller Scott Bradfield beschäftigt sich in seinen Romanen mit der immergleichen Frage. Was läuft schief mit Amerika?

Buch & Deckel von Sönke Jahn

Christoph Hein: Von allem Anfang an. Aufbau-Verlag, Berlin 1997, 200 Seiten, 32 Mark

Buch & Deckel von Peter Köhler

Arno Geiger: Kleine Schule des Karussellfahrens. Roman. Hanser, München 1997, 248 Seiten, 39,80 Mark

Buch & Deckel von Oliver Tolmein

Andrei S. Markovits u. Philip S. Gorski: Grün schlägt Rot - Die deutsche Linke nach 1945. Rotbuch, Berlin 1997, 604 Seiten, 58 Mark

Ob Unselds Unruh eiert? von Hermann Kant

Was Passiert, wenn eine Quarkstulle das Lektorat passiert?

Melodie & Rhythmus von Ulf Schlawinski

Theodor W. Adorno: Kompositionen. Diverse Interpreten, Schott Wergo Music Media; Theodor W. Adorno - Hanns Eisler: Works for String Quartet. Leipziger Streichquartett, classic produktion osnabrück

Music to watch the girl die von Georg Seeßlen

Elton John stellt eine Kerze in den Wind des Neoliberalismus oder: Wie ein Song zur rechten Zeit den Klassenkampf überwindet

Film & Theater von Marit Hofmann

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Kritik als Hoffart von Stefan Ripplinger

Die Polemik der Regierenden und führender Presseorgane gegen Günter Grass' Paulskirchen-Rede hat klargestellt, wie weit Kritik an Deutschland heute gehen darf: bis zur Tür einer Abschiebezelle, aber keinen Schritt weiter

Konkret 11/97, S. 3

hier Konkret

Ein »Ruck« geht durch Deutschland: Weil ihr Aussehen nicht »mitteleuropäischem Standard« entspricht, darf Jocelyne N. im Berliner Hotel »Adlon« nicht servieren

konkret: Jocelyne, du hast in dem kürzlich eröffneten Berliner Hotel »Adlon« gearbeitet, in dem die Bundesregierung Staatsgäste unterbringen will und in dem Roman Herzog seine Rede an die Nation gehalten hat. Wie kommt es, daß du dort nicht mehr servierst?

Jocelyne: Ich habe für eine Cateringfirma gearbeitet, die sich auf Nobelhotels spezialisiert hat. Wir hatten einen Einsatz im »Adlon«, wo ich bei einem Frühstücksbuffet der dpa servieren und die Gäste empfangen sollte. Als mich ein Mitglied der Geschäftsleitung des »Adlon« sah, hat er sofort meinen Chef beiseite genommen. Der hat mich dann vom Empfang in einen hinteren Bereich bugsiert, wo ich Tische gedeckt habe.

Am nächsten Tag sollte ich im »Interconti« arbeiten, die mich aber gleich wieder nach Hause geschickt haben. Ich war dann noch mal kurz im »Adlon« und habe wieder im Hintergrund gearbeitet, bis das »Adlon« dann wohl meiner Agentur gesagt hat: Schickt die mal bitte nicht mehr hierher, mit diesen Haaren.

konkret: Was ist mit deinen Haaren?

Jocelyne: Ich habe so dünne Zöpfe, mit denen ich eine Pagenfrisur nachgeahmt habe. Als ich später einen Anwalt eingeschaltet habe, schrieb der Anwalt des »Adlon« ihm, »daß die im Betrieb eingesetzten Arbeitnehmer von Haarschnitt und Frisur durchschnittlichen mitteleuropäischen Gegebenheiten zu genügen hätten und daß insbesondere keine hiervon abweichende Haartracht gestattet« sei.

Was in dem Zusammenhang ganz lustig war: Ich habe die Tische im »Adlon« gemeinsam mit einem Marokkaner und einer Asiatin gedeckt. Während wir dabei waren, kam eine Touristenführung durch das »Adlon«, und die Führerin zeigte auf uns und sagte: »Wie Sie sehen, ist unser Personal ganz international.«

konkret: Woher kommst du denn?

Jocelyne: Ich bin in Zaire geboren, lebe aber seit 17 Jahren in Deutschland. Meine Eltern kommen aus Burundi.

konkret: Hutu oder Tutsi?

Jocelyne: Ja, das ist so 'ne Sache. Mein Vater war Hutu, aber unter meinen Vorfahren gibt es einige Tutsi, und meine Mutter sieht auch eher wie eine Tutsi aus. In Burundi kann man das im Gegensatz zu Ruanda nicht so genau sagen, da ist eh alles total gemixt. Ich habe eher einen HutuKopf, und der Rest ist Tutsi.

konkret: Wie unterscheiden sich Hutu und Tutsi denn?,

Jocelyne: Es heißt, Tutsi hätten schmale, lange Nasen und schmale Münder und sie seien größer und dünner als Hutu. Naja. Meine Brüder sind auch Hutu. Die sind aber beide hier in Deutschland aufgewachsen und haben immer gut gegessen, und jetzt sind sie mit 16 Jahren schon 1,85 Meter groß. Außerdem waren die Grenzen zwischen Hutu und Tutsi durchlässig; ein Hutu konnte Tutsi werden, wenn er eine Tutsi heiratete, oder wenn er sich sonst irgendwie hervortat. In Wirklichkeit unterscheiden sie sich eher durch ihre soziale Stellung. Die Tutsi waren so etwas wie der Adel, die politisch und militärisch herrschende Klasse, während die Hutu eher die Bauern, die Leibeigenen waren.

Während der Kolonialzeit haben die Deutschen die Tutsi zu ihren Verbündeten gemacht und ihnen zum Beispiel in Ruanda geholfen, Gebiete von den Hutu zu erobern. Auf die Deutschen geht dann auch diese rassische Unterscheidung zurück. Die Afrikaner sagen, die Deutschen hätten sich durch eine Rassentheorie erklären wollen, warum es mitten in Afrika so hochorganisierte Staaten wie die Königreiche Ruanda und Burundi gab.

Warum auch immer, jedenfalls haben die Deutschen gesagt, die großen, schlanken, langnasigen Tutsi wären gar keine Bantu, sondern müßten wohl von den Äthiopiern abstammen, die wiederum mit den Indem verwandt sind, und die wiederum seien ja irgendwo auch Arier.

konkret: Arier?

Jocelyne: Ja, die Tutsi sind demnach dunkelhäutige Arier. Schwarze Weiße.

konkret: Das »Adlon« hat mit dir also sozusagen eine Halbarierin nicht bei sich arbeiten lassen.

Jocelyne: Ja, sozusagen. Ich bin sowieso bei dieser ganzen Aufregung um das »Adlon«, auch bei dem ganzen Presserummel um mich deswegen immer ein bißchen die »liebe Ausländerin«, das »ordentliche Mädchen«, das Jura studiert und fließend deutsch spricht. Wenn ich meinen Fall mit dem vergleiche, was anderen passiert, die kein deutsch

sprechen und die keinen Anwalt einschalten können, dann ist deren Lage natürlich viel schlimmer. Mein Fall ist dagegen eher harmlos.

Aber in den USA oder Großbritannien, wo es ein Antidiskriminierungsgesetz gibt, wäre es viel einfacher, gegen solche alltäglichen Sachen vorzugehen. In Deutschland ist das ziemlich schwierig.

Konkret 11/97, S. 4

von Konkret

Horst Tomayers »Ehrliches Tagebuch«, Folge November 1997, ist dem normalen Fernsehwahnsinn zum Opfer gefallen. Der Autor teilt uns mit, daß er wegen Dreharbeiten für die ZDF-Serie »Tierarzt Doktor Engel« (Buch: Felix Huby; Regie: Werner Masten), in der er den »Amtstierarzt Dr. Rufus Binder« gibt, verhindert sei. Insbesondere sei jene letzte Folge (»Der Wildschütz vom Kierertal«) in die Quere gekommen, in der Dr. Engel als Wildschütz Jedelwein und Dr. Binder als Schreiber des Grafen ein Theater im Film aufführen. Als wäre das nicht genug gewesen, fiel der gräfliche Schreiber im Anschluß an die Dreharbeiten einer Grippe anheim. Und dann war aber so was von Redaktionsschluß.

Die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg schreibt an Irmgard Möller:

Betr: Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen des Verdachts des Verstoßes gegen §§ 90a, 140 StGB i. V § 19 HambPresseG

Sehr geehrte Frau Möller.

die Staatsanwaltschaft Hamburg führt ein Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen des Verdachts der Verunglimpfung des Staates und der Billigung von Straftaten. Dem Verfahren liegt zum einen das im Nachrichtenmagazin »Der Spiegel«, Ausgabe Nr. 17/1997, veröffentlichte Interview mit Ihnen, zum andern das im Konkret Literatur Verlag unter dem Titel »RAF - Das war für uns Befreiung« veröffentlichte Gespräch zugrunde, in denen Sie jeweils behaupten, Andreas Baader Jan-Carl Raspe und Gudrun Ensslin seien in ihren Hafträumen in der JVA Stuttgart-Stammheim ermordet worden, und erklären, die Ermordung des damaligen Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer durch die RAF sei kein Fehler gewesen.

Ohne auch nur ein einziges neues Beweismittel vorlegen zu müssen, ist es den deutschen Strafverfolgungsbehörden gelungen, den deutschen Medien ihre noch vor zehn Jahren geäußerten Zweifel zu nehmen und alle, von »Bild« bis zum »Spiegel«, die Einheitsmeinung aufsagen zu lassen, Baader, Raspe und Ensslin hätten Selbstmord begangen. Jetzt soll, zum zwanzigsten Jahrestag der Todesnacht von Stammheim, deren einzige Überlebende zum Schweigen gebracht werden. Diese Justiz ist wirklich ihr Geld wert.

Die Zeitschrift »AK« erinnert daran, daß Gremliza vor zwanzig Jahren bezüglich der RAF dazu aufgefordert hat, »jeden Waffenfund anzuzeigen, jeden Paßdiebstahl zu melden, jeden Unterschlupf zu verweigern, den letzten Rest einer Solidarität die diese Bombenleger selbst nie geübt haben, zu entziehen«, und äußert die Ansicht, daß im Herbst 1997 in KONKRET »ein Wort der Selbstkritik und des Bedauerns angebracht gewesen« wäre. Was der »AK« hier einmal hat, ist: recht. Gremlizas Kolumne vom Mai 1977 war (auch unter Anrechnung mildernder Zeitumstände) ein Text, dessen er sich heute, da viele sind, die dergleichen damals gern geschrieben hätten, schämt. Und von dem er hofft, er habe noch weniger bewirkt als andere, klügere.

Du Dichter - ich Prawda: Zur gemeinsamen Lesung tritt das sehr gemischte Doppel Hermann L. Gremliza, und Horst Tomayer am 13.11. um 19 Uhr im TU-Club in der Paniglgasse 1 in Wien und am 14.11. um 19 Uhr in der »Arbeiterkammer«, Volksgartenstr. 40, in 4020 Linz an.

UNI KONKRET Wintersemester 1997/98 erscheint am 25.11.97. Die aktuelle Ausgabe geht der Frage nach, was heute noch linke Politik an der Hochschule ist bzw. sein kann. UNI KONKRET setzt sich außerdem mit den Änderungen im Hochschulrahmengesetz auseinander, porträtiert den neuen HRK-Präsidenten, sieht sich die »Studienstiftung des Deutschen Volkes« näher an und surft der StudentInnenbewegung im Internet hinterher. Asten, die Interesse an einer Mitherausgeberschaft haben, können sich bis zum 7.11. mit dem Verlag in Verbindung setzen (KVV KONKRET, Ruhrstraße 111, 22761 Hamburg). Dort können Sie UNI KONKRET auch bestellen. Bitte Coupon ausfüllen, ausschneiden und möglichst sofort absenden:

Konkret 11/97, S. 6

an Konkret

Untiefen

KONKRET 10/97: »Das Mißverständnis« von Klaus Gietinger

In der Tat ein Mißverständnis - mit Tiefe, richtiger: Untiefe. Derselbe Marx - »Sozial- oder Bauern-Revolutionär« - hat natürlich auch gesagt, er habe von dieser »Idylle (der Obscina) nie die blühenden Ansichten gehabt«. Also: Auch Lenin kann sich auf seinen Marx berufen. Jedenfalls meint Klaus Gietinger, die Kolchose sei ein Bruch im Verständnis einer notwendigen Revolution in Rußland. Da sie auch ohne die Kolchose schon auf 9 Millionen Arbeitslose zurückzugreifen vermochte, diente sie nicht ihrer ökonomischen »ursprünglichen Akkumulation«, der Zwang einer Gleichzeitigkeit von Industrialisierung und Kollektivierung entfalle als Grund der Kollektivierung; und da die Kleinbauernwirtschaften eh effektiver arbeiteten als die Kolchosen, war nur Hunger, nicht die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion die Folge ihrer »Aufhebung«. Ergo: Der ökonomische Verstand kann nicht bedient werden. Sondern »der Teufel« hieß: abstrakte »ursprüngliche sozialistische Akkumulation«, reine Anwendung einer Position/Politik der »grundsätzlichen Feindschaft (der Bolschewiki) den Bauern gegenüber«.

Wir sollten das Problem, und das wäre mein Rat an Klaus Gietinger, besser an der DDR studieren. Hier tritt klarer hervor, daß es mehr darum geht, die Industrie (Arbeit des Arbeiters) zur Voraussetzung der Kollektivierung der Arbeit auf dem Lande zu machen als umgekehrt, d. h. Übergang zu einer höheren Form der Arbeit auf dem Lande ist Umsetzung der Potenzen der industriell höheren Arbeit, die diese an sich, für sich, daher auch für die ländliche Arbeit erzeugt, erzeugen kann. Die Eigentumsverhältnisse der ländlichen Arbeit müssen dafür geöffnet werden, sonst scheitert die Umsetzbarkeit des technisch-ökonomischen Fortschritts als allgemeiner, zu verallgemeinernder. Da es sich aus der Sicht der Bauern um äußerlich eindringende Revolution handelt, so immer auch um einen Bruch mit dem ländlichen Eigentum (oder der Revolutionierung der Arbeit als innere), selbst wenn dieses im revolutionären Rußland seit 1917 nur den Besitzverhältnissen nach ausgebildet war, also nicht Privateigentum im herkömmlichen (westeuropäischen) Sinne bedeutete. Übersehen wir nicht, daß revolutionär am Bodendekret von 1917 nur die Enteignung des großen Grundbesitzes war, für die Masse der Bauern aber eröffnete sie den Weg in eine ökonomische Robinsonade, d.h. den Rückfall in die allgemeine Voraussetzung jeglicher höheren Form von Eigentumsbildung - allgemeine Privatheit; überraschenderweise auch die Form eines direkten Übergangs zum Kommunismus.

Stalin stellte das Verständnis der Revolution in den industriell-agrarökonomischen Verhältnissen nur vom »Kopf« wieder auf die Füße - um die Gewaltsamkeit wissen wir. Sobald also die Industrie »da« war - hier zählt der Wille bereits als Faktum -, war auch der Bruch oder die Revolution auf dem Lande als äußere für eine innere da. Auch die DDR gewann aus der Kollektivierung an neuen Arbeitern wohl eine knappe Million, der Rückgang in der Produktivität war marginal und zeitweilig, die kollektive Landwirtschaft entwickelte sich zu einem Exportzweig; Zwänge, den Außenmarkt halten zu können, gegen Zwänge, den Binnenmarkt noch aufrechtzuerhalten, erwiesen sich eher als das Problem, nicht die Produktivität an sich.

Gietinger verurteilt ein »Politikum«, indem er auf ein Politikum setzt. Die gesellschaftliche Dialektik in Rußland war aber so, wie sie war - bei aller Barbarei der Form nach für den Teil der Kleinbauernschaft, der sich bereits innerökonomisch und unter Bedingung der NÖP entwickelt hatte. Man rekurriere als Analyst der sozialistischen Revolution auf die zivilere Methodik der DDR; Rußland ist nicht alles an Sozialismus gewesen.

Hermann Jacobs

Berlin

Tröstliches

KONKRET 10/97: »Was ist heute noch links?«

Sehr klug, die Statements alle, sehr interessant und wie pluralistisch! Was aber, wenn tatsächlich jenseits aller »Links«-Probalistik das umgarnte Objekt linker Begierde tatsächlich einmal, in der Erkenntnis, daß weder auf Ausländer noch auf Beamte noch auf Autofahrer noch auf Raucher noch auf Waigel noch auf Sozis noch auf Stasi noch auf Ladenschlußzeiten schimpfen auf Dauer satt macht, zum Subjekt mutiert, aufsteht und sagt: »Schluß mit dem Quatsch! Jetzt bestimmen wir, was abgeht!« Wer schützt es dann vor den emanzipatorischstreitbarzivilgesellschaftlich-humanistisch-verallgemeinerbar-antistalinistisch-utopistischen Avancen unserer Diplom-Revolutionäre (h.c., a.D. etc.)? Und wer vor dem Blutbad der

Reaktion und ihren -hunden Schröder und Wimber? Ich erwarte hierzu in KONKRET eine qualifizierte Diskussionsrunde! Gefälligst!

Andrea Schön

Alsbach-Hähnlein

Nach Marx ist Identität die Übereinstimmung von Ideen, sprich: Idealen. »Links« ist demnach, wer die Ziele und Zwecke der Marxschen Theorie, die bekanntlich nirgendwo geschrieben steht, teilt: Die Notwendigkeit der Abschaffung von Kapital, Staat und Medien; von Arbeit, Geld und Moral; der Warenform des Produkts, des Menschen als Ware Arbeitskraft (damit die Aufhebung der Klassen) und der herrschenden Begriffe sowie die Aufhebung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der verdinglichten Hochsprache und der Familienform. Weil heute der Terminus »links« die Theorien und Praxen der »Neuen Linken« meint, schließt er alle linksfaschistischen (stalinistischen), sozialfaschistischen (sozialdemokratischen) und, was von den ansonsten a-sozial(istisch)en Grünen zu lernen ist, alle Gewalt zur radikalen Veränderung der Gesellschaft aus. Links ist demnach, wer aktiv und passiv sich und die bürgerlich-kapitalistisch-patriarchalische Gesellschaft verändert, also beide vom Kopf auf die Füße stellt und sie (im Hegelschen Sinne) »aufheben« will.

Walter G. Neumann

Hannover

Streitpunkte

KONKRET 8/97: »Wie deutsch war Wolfgang Harich?« von Georg Fülberth

Die Debatte zu dem Beitrag von Georg Fülberth (Leserbriefe von M. Harich in KONKRET 9/97 und R. Pitsch 10/97) hat den eigentlichen Streitpunkt nach dem Tode Wolfgang Harichs nicht benannt. Freunde Wolfgang Harichs, u. a. in der Alternativen Enquetekommission »Deutsche Zeitgeschichte« (AEK), bemühten sich im Frühjahr 1996 um die Gründung einer Wolfgang Harich Gesellschaft auf möglichst breiter Grundlage. Im Vorfeld des Gedenk-Kolloquiums für Wolfgang Harich am 2 1. März 1996 kam es zu einem heftigen Streit, weil die Initiatoren für die Gründung dieser Gesellschaft eine ordentliche Abstimmung mit Marianne Harich versäumt hatten. In dieser Phase bemühte sich die AEK um Vermittlung und Ausgleich zwischen den Gründern und Marianne Harich. Bald jedoch wurde sichtbar, daß Marianne Harich gegen jede Form einer Wolfgang Harich Gesellschaft votiert. Das wurde in dem Leserbrief von Marianne Harich leider ebenso verschwiegen wie Gründe für diese Position nicht genannt wurden. Es fehlte eine inhaltliche Argumentation zu dem Briefwechsel Harich/Lukács sowie zu dem Beitrag von Fülberth.

Siegfried Prokop (1994-1996 Vorsitzender der AEK) Berlin

Nicht justitiabel

KONKRET 10/97: Schreiben des Pressesprechers der Gauck-Behörde

Der Pressesprecher Gauck teilte Ihnen in Heft 10/97 mit: »Joachim Gauck hat sich selbstverständlich zu keinem Zeitpunkt auf eine Zusammenarbeit mit dem früheren Ministerium für Staatssicherheit eingelassen. Da hilft es auch wenig, wenn Sie Ihre Leser mit Andeutungen füttern ... «

Aufschlußreich auch, daß der Herr mit »Gerichtsentscheid« winkt. Gegen unseren Verlag wurde bislang kein Prozeß angestrengt. Sven Dorlach hatte in dem Taschenbuch *Der Fall Gauck (l.* Auflage 1996) ein nie dementiertes Dokument zitiert, das eine Unterhaltung zwischen Gauck und dem MfS-Hauptmann Terpe wiedergibt:

Gauck äußerte, daß er selbst in seiner Gemeinde dahingehend wirksam werden will, daß er die ihm dort bekannten Übersiedlungsersuchenden durch Gespräche, mehrmalige Gespräche beeinflussen will, damit sie in der DDR bleiben. Hierzu wurde Gauck vom Mitarbeiter gesagt, daß diese Aktivitäten von ihm einen echten positiven Beitrag innerhalb der Arbeit mit Übersiedlungsersuchenden darstellen, und wenn dann damit erreicht wird, daß ein Teil dieser Übersiedlungsersuchenden ihren Antrag zurückziehen, so sei damit viel erreicht. Weiterhin wurde in diesem Zusammenhang Gauck gedankt für seine Initiativen und Ar seine langfristige gute Zusammenarbeit und Durchführung des Kirchentages, ihm wurde auch gedankt für seinen persönlichen Einsatz, und dieser Dank wurde vom Mitarbeiter nicht aus persönlichen Gründen vorgebracht, sondern ihm wurde auch deutlich zu verstehen gegeben, daß dieser Dank seitens des MfS an Gauck ergeht (Seite 103). *Danach wurde das Gespräch beendet. Gauck brachte den Mitarbeiter bis zum Haupteingang und verabschiedete sich von ihm nochmals. In diesem Zusammenhang fragte Gauck den Mitarbeiter ob er*

seinerseits etwas dagegen hätte, wenn er ihn, wenn er ein Problem hätte, anrufen könnte und mit ihm ein Gespräch vereinbaren kann/könnte (Seite 108).

Und: Das Gespräch wurde am 28. Juli 1988 geführt!

Klaus Huhn

Spotless- Verlag, Berlin

Konkret 11/97, S. 9

Hermann L. Gremliza

Deutschland den Sozia, Ausländer raus!

»Sooft während dieser Ferien der verwirrende Lärm des Parlaments verstummte und sein Körper sich in die Nation auflöste, zeigte sich unverkennbar daß nur noch eins fehlte, um die wahre Gestalt dieser Republik zu vollenden: seine Ferien permanent machen und ihre Aufschrift: liberté, égalité, fraternité ersetzen durch die unzweideutigen Worte: Infanterie, Kavallerie, Artillerie!«
Karl Marx

Was im Sommer 1848 in Frankreich wortwörtlich geschah, geschieht im Deutschland dieser Jahre politisch: Der verwirrende Streit der Parteien hat sich in die Nation aufgelöst. Die Sozialdemokratie, die auch und ganz besonders dann, wenn sie nicht regierte, doch das politische Klima der Republik ein halbes Jahrhundert lang bestimmt hatte, dekliniert Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, in Godesberg bereits zu »Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität« eingedeutscht, noch einmal herunter: Deutschland, D-Mark, Polizei.

Es ist eine Lage eingetreten, in welcher Helmut Kohl nichts bleibt, als den Herausforderer einen »Opportunisten, wie er im Buche steht« zu nennen, weil der ihm zur Markierung politischer Differenzen keinen Anhalt bietet und die Nazis von der DVU sich mit ihrer öffentlichen Erwägung, bei der niedersächsischen Landtagswahl zugunsten des dortigen Ministerpräsidenten auf eine Kandidatur zu verzichten, nicht einfach bloß lächerlich machen. Ihrer Begründung, der Sozialdemokrat vertrete in den wichtigsten Fragen - Ausländerpolitik, innere Sicherheit, Ablehnung des Euro, Wirtschaftspolitik - ihre Politik, mangelt das Hanebüchene durchaus.

Das Programm ist nicht neu und in gewisser Weise auch bewährt Es heißt: Nationale Lösung der sozialen Frage, und Schröders Gefährte Henning Voscherau hat der Illustrierten »Stern« unter Berufung auf Wahlkampferlebnisse seine Grundzüge erklärt.

Die Themen Nummer eins und zwei, mit ganz weitem Abstand und in einer Tonlage, die gelegentlich an den »Stürmer« erinnerte, waren Masseneinwanderung und öffentliche Gewalt. Und an der Nahtstelle zwischen beidem, da wird's wirklich explosiv. Die Bürger in den Kleine-Leute-Stadtteilen haben die Zeche bezahlt, durch Verlust von Heimatgefühl, von Geborgenheit und Identität.. Wir brauchen ein großes gesetzgeberisches Reformwerk, um unseren schönen demokratischen Rechtsstaat schneller und handlungsfähiger zu machen... (Wir müssen) die illegale Einwanderung an den Außengrenzen stoppen.

Zwei Themen werden zu einem, aus »Masseneinwanderung« und »öffentliche Gewalt« wird: »Ausländerkriminalität«. Das Wort meint nicht eigentlich die Kriminalität von Ausländern, sondern daß ihre Anwesenheit sträflich ist. Es ist eine peinliche Konzession an die rassistische Demagogie, ihr mit Tatsachen zu begegnen wie etwa den Erhebungen des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachen zur Kriminalitätsentwicklung in Hamburg, aus denen hervorgeht, daß die Straftaten in der Stadt von 1992 bis 1996 um 11,2 Prozent zurückgegangen sind. Um 201,8 Prozent zugenommen haben freilich die Verstöße gegen das Ausländer- und das Asylverfahrensgesetz, und man wird wohl zugeben müssen, daß bei diesem Delikt die ausländischen Täter in der Mehrheit sind.

Aber es geht nicht um Tatsachen, es geht nicht um Zahlen, es geht nicht um Kriminalität. Es geht um Heimatgefühl, um Identität, um »kleine Leute«. Wer sie dazu gemacht hat und immer noch kleiner machen will, wer wie der Kandidat Schröder »Deregulierung«, »Mobilität«, »Liberalisierung«, die »Abkehr von sozialpolitischem Übereifer und ökologischem Perfektionsdrang« fordert und den Arbeitslosen droht, das »Recht auf Arbeit« korrespondiere »mit der Pflicht, etwas für einen Job zu tun«, wer die Renten kürzen will, weil Dreißigjährige »ihre Rentenversicherungsbeiträge nur noch als freundliche Spende in die Friedlichkeit der Gesellschaft« verstünden, der muß ihre Friedlichkeit mit anderen Mitteln herbeiführen.

Welche das nur sein können, sagen sie, etwas unfreiwillig, selber. »Es gibt in Deutschland«, schätzt Voscherau, »genau das gleiche Potential rechtspopulistischer Wähler wie in Österreich«, unter den SPD-Wählern etwa seien es bis zu fünfzig Prozent. Und wenn Schröder sich verspricht, man dürfe »die Bekämpfung der Kriminalität nicht dem rechten Mob überlassen«, sagt er die reine Wahrheit, daß er den rechten Mob nicht anderen rechten Populisten überlassen, sondern selber bedienen will. Die Geschichte der SPD bietet ihm eine bemerkenswerte - und bemerkenswert gern vergessene, verdrängte oder verleugnete - Reihe von Vorbildern, von Ebert und Noske, den Gehilfen der Luxemburg-Mörder, nicht nur bis zu Kurt Schumacher (»National sein ist Ehrensache«), der 1946 den Kreisverband Flensburg aus der SPD ausschloß, weil der für eine Rückkehr der Grenzregion zu Dänemark geworben hatte. Wer das wollte, wurde verächtlich »Speckdäne« genannt. Schumacher: »Wir haben keinen Respekt vor den Speckdänen... Speck und Volksbewußtsein sind Dinge, die

niemals auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können.« Er sei - 1946! - dagegen, »zu Ungunsten Deutschlands in der Vergangenheit herumzustochern«.

Weil nach jüngsten Umfragen 77,3 Prozent der Deutschen wenig oder gar kein Vertrauen in die Parteien, 79 Prozent aber volles Vertrauen in die Polizei haben, wird der Politiker zum Polizisten, schickt Voscherau seine Beamten nach New York und fährt Schröder gleich selber hin, um die dortige Politik massiver Polizeipräsenz mit »null Toleranz« zu seinem Vorbild zu erklären. Ober einige der Ergebnisse dieser Politik schreibt die »Zeit«.

In den Jahren 1994 bis 1996 gab es 8.316 Gerichtsverfahren wegen Mißbrauchs von Polizeigewalt, ein Drittel mehr als in den drei Jahren zuvor Siebzig Millionen Dollar mußte die Stadt den Opfern »unangemessenen Polizeiverhaltens« an Entschädigungen zahlen, manchmal nur noch als Trost für Hinterbliebene. Ein Mann namens Nathaniel Gates wurde ohne erkennbaren Grund in einer U-Bahn-Station von einem Polizisten hinterrücks erschossen, ein Anthony Baez wegen eines Streits bei einem Footballspiel von einem Polizisten erwürgt. Ein Charles Campbell, der falsch geparkt hatte, wurde erst geschlagen, dann erschossen. Ein Lebert Folkes überlebte wundersamerweise die Schüsse aus nächster Nähe - die Polizisten hatten vermutet, erfahre ein gestohlenes Auto (es gehörte seiner Schwester). Ein Charlton Brown bleibt gelähmt, weil Polizisten ihn gegen die kugelsicheren Scheiben ihrer Reviertür stießen.

An den Mißhandelten und Ermordeten dürften etwa dieselben Hautfarben auszumachen gewesen sein wie an Schröders 19.000 Abgeschobenen. Dreijähriger Polizeiterror hat aber immerhin geschafft, die Zahl der in New York pro 1.000 Einwohner begangenen Verbrechen so zu senken, daß sie heute nur noch doppelt so hoch ist wie in Hamburg - aber halt: Was vermöchte Ironie oder Sarkasmus gegen Leute, die den ältesten Witz auf die Gerechtigkeit bürgerlicher Justiz, nämlich daß sie es Millionären und Bettlern gleichermaßen verbiete, unter den Brücken zu schlafen, zum moralischen Imperativ ihrer Politik erheben?:

Es gibt Fehlverhalten, das sich eine zivile und soziale Bürgergesellschaft von niemandem bieten lassen darf - gleichviel, ob von einem Millionär oder einem Bettler

Voscherau, der das gesagt hat, ist zurückgetreten. Nicht von seiner Partei getreten worden. Und schon gar nicht deshalb.

Konkret 11/97, S. 10

Herrschaftszeiten

1988

Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) gibt die Entwicklung eines Flugzeugs (»Jäger 90«) in Auftrag, das massive sowjetische Luftangriffe abwehren kann.

1990

Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU ist »sicher, daß der Jäger nicht gebaut wird, weil ein solches Flugzeug nicht gebraucht wird«.

1992

Generalinspekteur Naumann kündigt die Streichung des »Jäger 90« an. Verteidigungsminister Volker Rühe erklärt: »Der Jäger ist tot.« Das Flugzeug sei zu teuer und werde nicht gebraucht, die »Bedrohungslage« sei »nicht mehr gegeben«. Bis dahin hat die Entwicklung des Flugzeugs 5 Milliarden Mark gekostet. Flugzeugbauer Edzard Reuter (Daimler-Benz, Dasa) antwortet: »Das ist nicht das letzte Wort in dieser Sache.« Ministerpräsident Gerhard Schröder erklärt den Bau des Jägers zur »nationalen Aufgabe«, er diene dem »Wohle des Standorts Deutschland«.

1997

Mitte Oktober beschließt das Bundeskabinett einstimmig den Bau des Jägers, der inzwischen »Eurofighter 2000« genannt wird. Der Stückpreis beträgt 125,4 Millionen Mark. Walter Kolbow, der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, bezweifelt, daß die Bundeswehr alle 180 Eurofighter braucht. Für 40 Flugzeuge, die als Jagdbomber eingesetzt werden sollen, gebe es noch »keine schlüssige Bedarfsanalyse«, das heißt: Die außenpolitischen Sprecher der Fraktion haben noch keinen für den Einsatz von Jagdbombern geeigneten menschenrechtspolitisch wertvollen Einsatzort ausgeguckt. (Wie wär's mit dem Kongo, Genossen?)

Arier-Force

Als erster Verband soll das Jagdgeschwader »Steinhoff« in Laage bei Rostock mit dem Eurofighter ausgestattet werden. Johannes Steinhoff war ein für seine Morde von Hitler mit dem Ritterkreuz dekorierter Nazi-Kampfflieger.

Bayerische Antifa

Bei einer Kundgebung gegen die Nazi-Partei DVU in Passau hat die bayerisch-demokratische Polizei 35 Leute festgenommen: 9 Nazis und 26 Gegendemonstranten.

Fräkische Antifa

In der Gemeinde Adelsdorf im Landkreis Erlangen-Höchstadt wurde im September der 60 Adelsdorfer Juden gedacht, die während der Nazizeit vertrieben und umgebracht worden waren. An einem Schweigemarsch beteiligten sich 30 der 7.000 Dorfbewohner. Sie wurden von 150 Adelsdorfer Gegendemonstranten mit »Pfui«und »Juden raus!«-Rufen begleitet. Der Gemeinderat des Dorfes hat es zweimal abgelehnt, die nach ihrem früheren Nazi-Bürgermeister benannte Wilhelm-Koch-Straße umzubenennen.

Rheinische Antifa

Im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau pflegte der SS-Unterscharführer Gottfried Weise Konservendosen von den Köpfen seiner Häftlinge zu schießen und nicht immer zu treffen. Obwohl sein Treiben im Frankfurter Auschwitz-Prozeß Mitte der sechziger Jahre mehrfach zur Sprache gekommen war, brauchte die deutsche Justiz vierzig Jahre, bis sie Weise 1985 vor Gericht stellte. Bis zum Ende des Verfahrens blieb er gegen eine Kaution von 300.000 Mark auf freiem Fuß. Im Januar 1988 wurde Weise wegen fünffachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Auch nach dem Urteil bezog Weise weiterhin seine Rente als Kriegsopfer. Die wurde ihm erst im April 1997 entzogen. Zum Ausgleich gewährte der nordrhein-westfälische Innenminister Kniola (SPD) dem SS-Mann Haftverschonung - bis zur Entscheidung über ein Gnadengesuch.

Zonen-KZ

Von 3.229 Ermittlungsverfahren zu Fällen von sogenanntem »DDR-Unrecht« mußten im Land Brandenburg seit der Wende 3.195 Verfahren eingestellt werden. Obwohl die Justiz ihrem Klassenauftrag durch die Einrichtung einer »Schwerpunktabteilung« der Staatsanwaltschaft Neuruppin mit Eifer nachging, konnten nur 34 Fälle mit einer Anklage oder dem Erlaß eines Strafbefehls abgeschlossen werden.

Kleine Freuden 1

Paul Karl Schmidt, bis 1945 Pressesprecher und Botschafter des NS-Außenministeriums, nach 1945 unter dem Namen »Paul Carell« Autor von Nazi-Bestsellem wie *Wir Wüstenfüchse* und *Unternehmen Barbarossa,* Gründungsmitglied der »Deutschland-Stiftung«, Kuratoriumsmitglied von Filbingers »Studienzentrum Weikersheim«, Ehrenmitglied im Kyffhäuser-Bund, langjähriger Mitarheiter diverser Springer-Zeitungen, ist endlich in das ewige Führerhauptquartier abgerückt.

Kleine Freuden 2

14 Soldaten der estnischen Armee haben ein »Überlebenstraining« in der Ostsee ohne Erfolg absolviert.

Kleine Freuden 3

Bei einer Schießübung auf dem Truppenübungsplatz im rheinland-pfälzischen Daaden hat ein Bundeswehrsoldat einen der eigenen erschossen.

Küß die Handschelle

Alltags- und Kleinkriminalität müßten schärfer verfolgt werden, forderte Bundespräsident Roman (»Ruck«) Herzog. Ladendiebstahl und Graffiti-Schmierereien dürften nicht »zum Kavaliersdelikt werden«.

Offene Drogenszene

In der ersten Woche des Münchner Oktoberfests mußten nach Angaben des Bayerischen Roten Kreuzes 220 Besucher wegen akuter Alkoholvergiftung ärztlich behandelt werden, darunter 70 Frauen.

Eilig, eilig, eilig

Wie die katholische Kirche Deutschlands hatte auch die Frankreichs eng und vertrauensvoll mit den Nazis gegen Ungläubige (Juden, Kommunisten) zusammengearbeitet. Nach dem Krieg nahmen sich die katholischen Bischöfe Frankreichs noch ein Weilchen Zeit, die Deportation französischer Juden in die Vernichtungslager zu verurteilen. Das heißt: etwas mehr als 52 Jahre. Im Herbst 1997 haben die Bischöfe erstmals eingeräumt, daß die katholische Kirche damals zu den »vielfachen antisemitischen Verordnungen« geschwiegen habe: »Wir bekennen, daß dieses Schweigen ein Fehler war.«

Pop goes Pope

Robert Zimmermann, genannt Bob Dylan, hat in Bologna vor Karol Wojtyla, genannt Papst Johannes Paul 11., gesungen. Dylan, der im schwarzen Anzug auftrat, widmete seinem Stargast, der im Fummel erschienen war, da Lied »Knockin'on Heaven's Door«. Zum Dank dafür predigte Wojtyla über Dylans Lied »Blowin' in the Wind«: »Wie viele Straßen muß ein Mann gehen, bevor er ein Mensch wird? Eine! Es gibt nur einen Weg für die Menschheit, und das ist Christus.«

Popen und poppen

Klaus Hurtz, Pfarrer der katholischen Gemeinde St. Franziskus in Mönchengladbach, gibt bekannt: Gerhard Schröder, Ministerpräsident von Niedersachsen, wird am ersten Advent in der Gemeindekirche unter dem Titel »Hin und weg vom Du« über das Thema Beziehungsfähigkeit predigen. Vor ihm auf der Kanzel standen bereits Johannes Rau, Norbert Blüm und Stefan Effenberg.

Pop und Flop

Klaus Hurtz, Pfarrer der katholischen Gemeinde St. Franziskus in Mönchengladbach gibt bekannt: Nach mehr als hundert Protestanrufen und Beschwerdebriefen habe er den gerade zum dritten Mal geschiedenen Ministerpräsidenten von

Niedersachsen wieder ausladen müssen.

Way of Life

William Clinton, Präsident der USA, hat die Politiker in aller Welt aufgefordert, sich an der Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten ein Beispiel zu nehmen. Christine Vladimiroff, Direktorin des US-Wohltätigkeitsvereins Second Harvest, erläutert die Einzelheiten: Jeden Monat sind 26 Millionen US-Amerikaner, 42 Prozent davon Kinder, auf öffentliche Speisungen und Lebensmittelgeschenke angewiesen. Seit 1985 ist die Zahl der Hungernden um 50 Prozent gestiegen. Es handele sich bei ihnen vorwiegend um Alleinerziehende, Geringverdiener, Alte, Schwarze und Hispanos. Das US-Landwirtschaftsministerium widerspricht diesen Angaben: Die Zahl der hungernden und unterernährten US-Bürger liege bei nur 4,2 Millionen.

Spiel mit Grenzern

Die Berliner Polizei hat die »Ermittlungsgruppe Graffiti« verstärkt. von 27 Beamten auf 33 Zehn der Ermittler sind Beamte des Bundesgrenzschutzes (BGS). 1996 haben sie an Berlins Mauern 2.548 »Fälle« ermittelt und 1.389 Sprayer festgenommen.

Menschenrechte

In der chinesischen Provinz Xinjiang wurden an einem Tag im Oktober dieses Jahres 14 Menschen hingerichtet. In den USA wurden bis Ende November dieses Jahres 57 Menschen hingerichtet, die höchste Zahl seit vierzig Jahren.

Kennen Sie den?

Zur Bekämpfung von »Korruption, Steuerhinterziehung und Profitsucht von Großunternehmen« in Rußland müsse eine »neue Wirtschaftsordnung« her, in der ein »starker Staat« die zentrale Rolle spiele. Hat Boris Jelzin gesagt.

Deutscher Altherrensommer

Wieviel Verständnis eine Zeitung für Deutschland für die Motive von Terroristen entwickeln kann, wenn ihnen statt des alten SS-Mannes Schleyer bloß ein paar Juden zum Opfer fallen:

Auch wenn es mißverstanden werden kann als Prämierung dieses Terrorismus: Langfristig scheint sich allenfalls dann eine Chance zu bieten, ihn allmählich zu überwinden, wenn Israel dem palästinensischen Volk eine so akzeptable Zukunftsperspektive bietet, daß jene Hoffnungslosigkeit, aus der sich der mörderische Fanatismus nährt, schwindet.

Eine Frankfurter Allgemeine Meinung.

Mit oder ohne Rathenow?

Eine Milliarde Analphabeten gibt es auf der Welt, zwei Drittel davon sind Frauen. 143 Millionen Kinder besuchen keine Schule. Zwar werden weltweit 80 Prozent der Kinder eingeschult, doch brechen viele in Ländern der Dritten Welt die Schule schnell wieder ab. Die OECD hat ermittelt, daß in Deutschland 14 Prozent der Bevölkerung nur zu einfachsten Lese- und Schreibaufgaben in der Lage sind. 1995 haben 76.000 Schüler in Deutschland die Schule ohne Hauptschulabschluß verlassen.

Karsten heißt jetzt Wilfried

In Münster gibt es den ersten grünen Polizeipräsidenten, der seine Beamten »sensibel und kreativ« gegen Anti-Atom-Demonstranten einsetzen will (KONKRET 10/97), in Kiel gibt es einen grünen Staatssekretär im Energieministerium, der zu einem »Tag der offenen Tür« in die drei Atommeiler Schleswig-Holsteins eingeladen hat, und zwar keineswegs zum Molly-Werfen, sondern zum Schauen und Lernen. Der Mann trägt einen Namen, der zum Wandel durch Anpassung verpflichtet: Voigt.

Augstein heißt jetzt Markwart

Die Drucksachenhandlung Burda teilt mit, daß ihr Verlagsobjekt »Focus« Bertelsmanns »Spiegel« in allen Belangen eingeholt und in einigen überholt hat. So erreiche »Focus« wöchentlich 5,82 Millionen Menschen und damit 60.000 Leser mehr als der »Spiegel«, der seit der »Focus«-Gründung 1993 kontinuierlich 700.000 Leser verloren habe. Allein im letzten Jahr sei die Reichweite des Hamburger Magazins um 280.000 gesunken. Die größten Gewinne habe »Focus« bei den 20-

bis 29jährigen gemacht (plus 100.000), während der »Spiegel« nur bei den über 70jährigen habe zulegen können. Burda: »Als Garant steigender Zahlen sind wir für Anzeigenkunden natürlich interessanter als Nachrichtenmagazine mit sinkender Reichweite und veralteten Leserstrukturen.«

Stoiber heißt jetzt Schröder

Im März dieses Jahres war die bayerische CSU-Regierung unter Druck geraten, weil sie dem ihr politisch nahestehenden Medienunternehmer Kirch (Sat. 1) mit einem Kredit ihrer Landesbank von 500 Millionen Mark hatte gefällig sein wollen. Inzwischen hat der niedersächsische Ministerpräsident Schröder dem Kirch-Konkurrenten RTL einen Gefallen erwiesen. RTL war in vier zivil- und verwaltungsgerichtlichen Verfahren wegen Verstoßes gegen das Landesmediengesetz (unzulässige Werbeeinspielungen) rechtskräftig zur Zahlung von 19,3 Millionen Mark an die Landeskasse verurteilt worden. Nach einem Besuch des RTL-Chefs Thoma bei Schröder machte der Ministerpräsident von seinem Gnadenrecht Gebrauch und verzichtete auf die Zahlung - bis zur Entscheidung über eine von RTL eingelegte Verfassungsbeschwerde. Der CDU-Abgeordnete Gansäuer nannte Schröders Gnadenakt einen »anrüchigen Kotau vor dem größten privaten Sender in Europa« und verlangte, »Herrn Thoma deutlich zu machen, daß wir nicht in einer Bananenrepublik leben«. Gerhard Schröder sprach von einem »geschärften Antikapitalismus aus der Union«, der ihm zeige »wie sich doch die Zeiten verändert haben«.

Allein gegen alle

Ein herausragendes Beispiel für Zivilcourage gab Mitte Oktober der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Freimut (»statt Sozialismus«) Duve. Er widerstand dem Zeitgeist und stimmte mit Nein - als einziger gegen die gesamte SPD-Fraktion. Worum es ging? Um das »Gesetz über den deutschen Auslandsrundfunk« und die darin enthaltene Schicksalsfrage, ob das unternehmerische Handeln des Intendanten der Deutschen Welle in einer Rahmenvereinbarung zu regeln sei. Duve war eher dafür, alle andern eher dagegen (oder umgekehrt). Und dann geschah es - siehe oben.

Gollwitz 1

»1933 waren es ganz stinknormale Bürger, die sich so verhalten haben - und heute sind es wiederum stinknormale Bürger, die sich so verhalten« (Ignatz Bubis über die Bürger von Gollwitz).

»Solche Rede vergiftet und reinigt nicht« (»Hessische Allgemeine« über Ignatz Bubis).

Gollwitz 3

»Der Protest des Gemeinderats war verständlich« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« über die Bürger von Gollwitz).

Die deutsche Nation leistet Historisches

Michail Gorbatschow, Leihredner

Ich würde Festungshaft verhängen - nicht für seine Mitgliedschaft im Politbüro, sondern für sein jetziges dämliches Gequatsche

---

Peter-Michael Diestel, CDU, über das Politbüro-Mitglied a. D. Günter Schabowski

Konkret 11/97, S. 12

Georg Fülberth

It's a Noske Issue

Im Hamburger Wahlkampf hat sich Henning Voscherau als Tony Blair geschminkt, um seine Parolen zur Inneren Sicherheit zu verkaufen. Schröder versucht es ebenfalls

Man ist in Großbritannien lange Zeit stolz darauf gewesen, daß die Polizisten keinen Revolver und die Einwohner keinen Personalausweis brauchten. Eine Verwechslung mit einem Staat, der sich 1973 durch sein oberstes Gericht bestätigen ließ, er sei nicht etwa der Erbe des von Bismarck 1871 gegründeten und von Hitler 1933-1945 regierten Deutschen Reiches, sondern mit diesem identisch, ist schlecht möglich.

Gustav Noske, von Beruf Korbmacher, konnte vielleicht nicht so gut Englisch wie Voscherau und Schröder. Statt *Law and order* sagte er: *Bluthund.* Das war offenes und ehrliches Germanisch.

Selten nur erinnert man sich an den Vorwand, den er benutzte, um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermorden zu lassen. Es ging um den Posten des Polizeipräsidenten von Berlin. Im Verlauf der Novemberrevolution war der falsche Mann auf diesen Posten gekommen: Emil Eichhorn vom linken Flügel der USPD. Seine Absetzung wurde so organisiert, daß bei der Aktion eben auch die beiden führenden Köpfe des Spartakus-Bundes liquidiert werden konnten. In mehreren anderen deutschen Städten, in denen rechte Sozialdemokraten damals das Rollback organisierten, ging es ebenfalls um den Polizeipräsidenten. Sie wußten, daß das wichtig war. Generäle konnten sie schlecht werden, denn da gab es ja noch Hindenburg und seinen Generalquartiermeister Wilhelm Groener. Letzterer, ein eher geschmeidiger Typ, war dem martialischen Ludendorff im Oktober 1918 in diesem Amt nachgefolgt und sorgte für gute Beziehungen zu den Sozialdemokraten. Die beiden hohen Herren stellten dem Rat der Volksbeauftragten gern ihre Soldaten zur Verfügung, wenn revoltierende Arbeiter und Matrosen auszuschalten waren.

Zuweilen wird behauptet, dadurch sei die Wiederholung des Roten Oktober in Deutschland verhindert worden. Das war aber 1918 überhaupt nicht aktuell. Im Kalkül der Konservativen wurden die Sozis zum Schutz des Großgrundbesitzes vor Aufsiedelung, zur Hütung der Macht des Monopolkapitals und zur Vorbeugung gegen eine durchgreifende Verwaltungsreform gebraucht.

Der zweite Punkt mußte deshalb sorgfältig beachtet werden, weil sich die Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu den Landtagen, Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen sowie die Parlamentarisierung des Reichs nicht hatten verhindern lassen. Eine intakte konservative Verwaltung und eine Justiz, die auf dem rechten Auge blind war, konnten Weiterungen, die etwa von da hätten ausgehen können, blockieren. Was die Richter und Staatsanwälte anging, durfte man beruhigt sein: Das waren alles ehemalige Verbindungsstudenten. In der Arbeiterbewegung gab es nicht genug Volljuristen, die mit ihnen hätten konkurrieren können.

Anders stand es mit der Verwaltung. Genossen wurden Landräte, Oberpräsidenten Regierungspräsidenten und Innenminister. Diese Apparate waren nach wie vor obrigkeitsstaatlich organisiert, durch Parlamente und Öffentlichkeit kaum kontrollierbar und mit einer großen Machtfülle ausgestattet. Es zeigte sich aber, daß die Sozialdemokraten, die in ein solches Amt einzogen, sich die dort waltende Form des bürokratischen Verstandes - welche sie zum Teil aus ihrer Zeit als Gewerkschaftssekretäre gut kannten und auch schon praktiziert hatten - gern aneigneten. Von da ging keine Gefahr für die alten Eliten aus. Wenn diese sich nach einiger Zeit stark genug fühlten, agitierten sie gegen die Parteibuch-Beamten und gewannen so Terrain, das zwischenzeitlich verlorengegangen war, zurück.

Die oberste Exekutivfigur war der Reichspräsident, welcher mit dem Diktaturparagraphen 48 der Weimarer Reichsverfassung üppig ausgestattet war. Dieser erlaubte ihm, Truppen im Innern einzusetzen und die Gesetzgebung eines etwa widerspenstigen Reichstags durch eigene Verordnungen zu suspendieren. Es war der Lieblingsartikel des ersten Amtsinhabers, des Sozialdemokraten Friedrich Ebert. Der tat, was Wilhelm der Zweite nie gewagt hätte und worauf dieser sogar noch im November 1918, als es immerhin um seinen Job ging, verzichtet hatte: Er ließ Soldaten auf Arbeiter schießen, und 1923 setzte er mit Hilfe der Reichswehr zwei Landesregierungen ab: In Thüringen und Sachsen hatten nämlich Sozialdemokraten und Kommunisten sich auf eine Koalition verständigt, und das paßte ihm nicht.

Das Muster eines gut funktionierenden Innenministers in Preußen war Carl Severing. Dieses Amt hatte er gleich mehrmals inne: von März 1920 bis April 1921, von November 1921 bis Oktober 1926 und schließlich von Oktober 1930 bis Juli 1932. Von 1928 bis 1930 war er Reichsinnenminister.

Als im März 1920 monarchistische Offiziere um den Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp die Republik wegputschen wollten, scheiterte dies an einem Generalstreik. Nun gingen in Thüringen und vor allem im rheinisch-westfälischen Industriegebiet kommunistische Arbeiter daran, die Machtgrundlagen dieser Herren zu beseitigen. In der Abwehrbewegung gegen den Kapp-Putsch wurde eine Rote Ruhr-Armee aufgestellt.

Da griff Severing ein. Bereits 1919 hatte er als »Reichs- und Staatskommissar« für das rheinisch-westfälische Industriegebiet einen Generalstreik der Bergarbeiter niedergeworfen. In gleicher Funktion ließ er jetzt die Rote Ruhr-Armee von Reichswehr und Freikorps zerschlagen.

Als Innenminister hatte er auch ein waches Auge auf die Gemeinden. Im Oktober 1923 brachte er es fertig, daß das Ruhrgebietsdorf Rotthausen »wegen kommunistischer Mißwirtschaft« aufgelöst und zwangsweise nach Gelsenkirchen eingemeindet wurde. 1924 ließ er Magistratsmitgliedern und Beigeordneten, welche der KPD angehörten, einen Revers vorlegen, wonach sie an Parteiaufträge nicht gebunden seien. Wer nicht unterschrieb, flog aus dem Amt. Stadtverordnete und Gemeindevertreter, die sich nicht einer »Verpflichtungs«-Zeremonie durch die (Ober-)Bürgermeister unterzogen, durften aufgrund eines Severing-Erlasses ihr Mandat nicht wahrnehmen.

Unter dem Innenminister standen in der preußischen Verwaltung die Oberpräsidenten der Provinzen. Auch hier fanden sich sozialdemokratische Prachtkerle. Einer von ihnen war Otto Hörsing, 1920-1927 Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen. Durch den Einmarsch starker Polizeieinheiten in das mitteldeutsche Industrierevier provozierten er und Severing im März 1921 einen isolierten Aufstandsversuch der KPD, der massiv niedergeschlagen wurde: 145 Tote. Zweck der Übung war, präventiv ein potentielles Unruhenest auszuräumen. (Daß die KPD sich überhaupt provozieren ließ, ist ein anderes Thema.)

In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre ist derlei dann nicht mehr so oft vorgekommen. Ebert starb 1925, und sein Nachfolger, der Monarchist Hindenburg, hielt sich mit der Anwendung des Artikels 48 zunächst zurück. Jedenfalls hat er ihn von 1925 bis 1930 (also in immerhin fünf Jahren) seltener benutzt als sein Vorgänger in einer gleichen Zeitspanne (1919-1924). Nach dem Ausbruch der Wirtschaftskrise von 1929 allerdings stützte er seine Kanzler Brüning, Papen und Schleicher mit Notverordnungen aufgrund des Diktaturparagraphen. Die Profite sollten durch Niedriglöhne erhöht, die öffentlichen Haushalte durch Streichung staatlicher und kommunaler Leistungen saniert werden. Das Blutvergießen, welches gerade im größten Einzelstaat, Preußen, damit verbunden war, überließen der Präsident und die Kanzler aber den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten.

Es wird viel davon berichtet, daß sich in der Schlußphase der Weimarer Republik Nazis und Kommunisten Saal- und Straßenschlachten lieferten. Das stimmt zwar, man muß aber die Todesopfer mitzählen, welche damals die sozialdemokratisch geführte Polizei verursachte. Es war ja nicht nur Karl Zörgiebel. Dieser Polizeipräsident von Berlin hatte 1931 in eine Mai-Demonstration schießen lassen. 31 Leute blieben tot auf dem Pflaster. Zörgiebel wurde 1946 Leiter des Polizeioberpräsidiums Hessen-Pfalz und 1947-1949 Polizeipräsident von Rheinland-Pfalz. 1953 erhielt er das Große Bundesverdienstkreuz.

Doch vergessen wir, was die Zeit bis 1933 angeht, seine tüchtigen Kollegen in anderen Städten und Gemeinden nicht! Ebenfalls 1931 kam es in Leipzig zu einem Zusammenstoß zwischen einer Arbeitslosendemonstration und Polizei. Die Beamten machten von der Waffe Gebrauch, vier junge Arbeiter wurden getötet. Im hessischen Langenselbold, das damals zu Preußen gehörte, erschoß die Polizei 1932 zwei Frauen, die an einer Erwerbslosenversammlung teilgenommen hatten. Ein schwer verletzter Arbeiter starb kurz danach. Anläßlich der Beerdigung feuerte die Polizei noch einmal, es gab einen weiteren Toten.

Außerdem kam es jetzt auch zu unblutigen Gewaltakten sozialdemokratischer Landräte, Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten. Kommunistische Bürgermeister und Oberbürgermeister wurden nach ihrer Wahl in der Regel nicht im Amt bestätigt, so z. B. in Solingen. Dies betrieb jetzt der preußische SPD-Innenminister Albert Grzesinski. (Vorher und nachher war er ebenfalls Polizeipräsident von Berlin.) Sein einschlägiger Erlaß richtete sich formal auch gegen NSDAP-Mitglieder, doch faktisch waren fast nur Mandatsträger der KPD betroffen. Und Berufsverbote für kommunistische Lehrer gab es damals natürlich auch schon.

Hoch oben über diesem sozialdemokratischen Treiben thronte der Reichspräsident Paul von Hindenburg und wirkte im Vergleich zu seinen Vollstreckern fast schon wie ein milder Serenissimus. 1933 aber ernannte er Hitler zum Reichskanzler und brachte so auf lakonische Weise zur Kenntnis, daß er von Innerer Sicherheit doch eine ganze Menge verstand.

Die Kommunisten sprachen angesichts der SPD-Polizei- und Verwaltungspraxis ab 1929 von »Sozialfaschismus«. Das war ziemlich dumm. Indem sie die Nazis - welche, wenn sie an der Macht waren, noch ganz anders hinlangten -, daruntermengten, verstellten sie sich selbst den Blick dafür, daß es eben auch ein spezifisch sozialdemokratisches politisches Verbrechen gab.

Zuweilen wird behauptet, die sozialdemokratische Polizeipraxis sei die Folge des Verrats dieser Partei am Marxismus: So weit müsse es eben kommen, wenn man das eigene Gedeihen vom Funktionieren des Kapitalismus abhängig mache. An dieser Erklärung ist einiges dran, sie vernachlässigt aber eine zweite Ursache.

Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ist weniger vom Verrat am Marxismus als von der Treue zu einem anderen Denker geprägt: Ferdinand Lassalle (1825-1864). Der hatte ziemlich viel Fichte und Hegel (den man ja auch konservativ verstehen konnte) gelesen und verkündete wie diese, der Staat sei die Verkörperung einer - ja sogar: *der - sittlichen* Idee.

Allerdings ruhe er auf zu schmalem Fundament, solange nicht das allgemeine Wahlrecht durchgesetzt und nicht die Lage des »Arbeiterstandes« (so nannte er das) gehoben sei. Diese Sorge teilte er mit einigen wacheren Konservativen, welche - inspiriert von den sogenannten »Kathedersozialisten« - für Sozialreformen eintraten. Da der Staat an ein Staatsvolk und ein Staatsgebiet gebunden ist, lag es nahe, ihn sich als national vorzustellen.

Derlei idealistische Auffassungen vertrugen sich durchaus mit materiellen Erwägungen zugunsten der Unterklassen. Der Staat konnte Transferleistungen vermitteln, und wenn er international erfolgreich war, fiel auch für den jeweils eigenen Arbeiterstand etwas ab. (Die Bewilligung der Kriegskredite durch die deutsche Sozialdemokratie 1914 war insofern konsequent.) Nur durften dabei niemals Hund und Schwanz verwechselt werden: Soziale Interessenvertretung der Lohnabhängigen resultierte aus dem Zweck der Erhaltung und Stärkung des Staates, nicht umgekehrt. Verselbständigte sie sich, dann mußte eingeschritten und notfalls auch geschossen werden.

Übrigens: Auch in der Bundesrepublik ist es in politischem Zusammenhang zu einigen Tötungen - so heißt das wohl im Juristendeutsch - durch die Polizei gekommen, von Philipp Müller, einem jungen Kommunisten, 1952, über Benno Ohnesorg, angebliche oder tatsächliche Mitglieder der RAF, bis Klaus-Jürgen Rattay, Günter Sare, Conny Wessmann und Halim Dener. Nicht alle, aber die meisten, wurden von sozialdemokratischen Innenministern und Polizeipräsidenten verantwortet.

Sozialfaschismus? Nein, sondern Durchsetzung der staatlich garantierten sittlichen Idee, durch die allein persönliche Sicherheit und die Wohlfahrt aller einzelnen (und natürlich auch ihr Eigentum) gewährleistet werden könne. Daß Sozialdemokraten bei der Exekutierung solcher Grundsätze besonders tüchtig sind, resultiert aus ihren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit. Selbstbewußte Klassenpolitik gefährde den staatlichen Zusammenhalt. (Deshalb muß auch gegen die »Ellbogen-Gesellschaft« agitiert werden: Die Kapitalisten sollen ebenfalls nicht dürfen, was den Arbeitern verboten ist.) Wird auf sie verzichtet, muß sie durch öffentlich-rechtliche Garantien ersetzt werden. Wer die eigene Schwäche für unaufhebbar hält, braucht den starken Staat. Von da an hört dieser auf, das Lieblingsspielzeug allein der Konservativen zu sein. Er wird - auch! - sozialdemokratisch, und damit wird die sittliche Idee zur Sache des ganzen Volkes. Wie schon bei Lassalle.

Konkret 11/97, S. 14

Rolf Gössner

Der Sicherheitsstaat

Die öffentliche Debatte um den starken Staat, um Law and order und Null-Toleranz eskaliert. Opposition oder gar Widerstand gegen den Ausbau des autoritären Sicherheitssystems ist rar geworden

Die in einzelnen Bereichen wachsende Kriminalität, das hochdramatisierte »organisierte Verbrechen«, »kriminelle Ausländern, zunehmende Drogenkriminalität und Jugendgewalt beherrschen in der BRD schon seit Jahren die politische Debatte. Vor und mit dem Schreckbild »Tatort Deutschland« wird eine Politik gemacht,- die sich alle Mühe gibt, den aufgeputschten bürgerlichen Angsthaushalt zu bedienen, Sündenböcke zu präsentieren und Ressentiments zu schüren.

Seit der Wiedervereinigung und dem Ende des Kalten Krieges scheint angesichts der sozialen, ökonomischen und psychischen Krisen das Bedürfnis nach Sicherheit in der Bevölkerung unstillbar geworden zu sein. Man hat es erfolgreich in eine überbordende Furcht vor Kriminalität, vor »Überfremdung« und Unordnung umfunktioniert - entsprechend sehen die »Rezepte« zu ihrer Beruhigung aus. Der »Sicherheitsstaat« wird in dem Maße aufgerüstet, in dem der Sozialstaat abgetakelt wird.

In Kraft getreten ist bereits die abermalige Verschärfung des Ausländer- und Asylverfahrensrechts sowie die sog. Hauptverhandlungshaft. Verabschiedet ist der Große Lauschangriff und auf dem Weg die rechtliche Absicherung von Europol, wobei die Europolizisten strafrechtliche Immunität genießen sollen, d. h. für unzulässige Handlungen nicht belangt werden können. Geplant ist ein »Sicherheitsnetz«, das über Großstädte gespannt werden und in dessen Zentrum der Bundesgrenzschutz (BGS) stehen soll. In den Bundesländern wird darüber hinaus an der Verschärfung der Polizeigesetze gearbeitet, so etwa in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Im SPD-regierten Niedersachsen sollen - nach der Legalisierung des Aufenthaltsverbots - nun auch noch der verdeckte Ermittler sowie der erweiterte Lauschangriff im Vorfeld und die verdachts- und anlaßunabhängige Kontrolle gesetzlich verankert werden - ähnlich wie sie als sog. Schleierfahndung in Sachsen, Baden-Württemberg und Bayern bereits zugelassen ist.

In Bayern ist diese Massenkontrolle u. a. als Maßnahme ausgestaltet, mit der das potentiell Böse von der Straße weg »selektiert« werden kann: »Vor der Kontrollstelle befinden sich auf dem abgesperrten Fahrstreifen ein oder zwei Selektierer (besonders geschultes Auge!), die durch einen Blick in den Fahrzeuginnenraum anhand festgelegter Raster die zu kontrollierenden Fahrzeuge auswählen und über Funk den Anhalteposten melden«, heißt es in einem Erfahrungsbericht des Bayerischen Innenministeriums (September 1996). Und weiter: »Von diesen werden die selektierten Fahrzeuge in einen Kontrollplatz gewiesen. Der Einsatzerfolg steht und fällt mit diesen Selektierem.«

Nach dem neuen Ausländer- und Asylverfahrensgesetz müssen alle Ausländer, auch jene, die bisher einen besonderen Ausweisungsschutz besaßen - anerkannte Asylberechtigte, im Bundesgebiet geborene Ausländer -, abgeschoben werden, falls sie wegen irgendwelcher Straftaten zu einer Freiheitsstrafe von insgesamt mindestens drei Jahren (bisher fünf) verurteilt worden sind.

Künftig *müssen* Ausländer abgeschoben werden, wenn sie Landfriedensbruch begangen haben und zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt worden sind. Selbst ohne rechtskräftige Verurteilung können Ausländer abgeschoben werden, wenn sie an einer gewalttätigen, verbotenen oder aufgelösten Demonstration teilgenommen haben.

Auf frischer Tat ertappte mutmaßliche Straftäter sollen künftig für eine Woche in Untersuchungshaft genommen werden können, wenn in dieser Zeit die Hauptverhandlung eröffnet werden kann. Ein traditioneller Haftgrund wie Flucht- oder Verdunklungsgefahr muß nicht gegeben sein. Insbesondere »Kleinkriminelle« - Ladendiebe, Schwarzfahrer, sog. reisende Demo-Täter - sollen mit dieser Möglichkeit in Windeseile verurteilt werden können. Dies habe, so die Gesetzesbegründung, »erhebliche erzieherische und abschreckende Wirkung« - vor allem auch auf »gewalttätige Demonstranten« oder Fußballrowdies.

Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts schließt die Unschuldsvermutung aus, selbst bei noch so dringendem Tatverdacht im Vorgriff auf die mögliche Strafe Maßregeln zu ergreifen, die ihrer Wirkung nach einer Freiheitsstrafe gleichkommen. Die neugeschaffene Hauptverhandlungshaft verstößt daher gegen den verfassungsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, denn sie trifft vorwiegend diejenigen, gegen die ansonsten keine U-Haft verhängt werden könnte und die als Bagatell-Täter zu keiner Freiheitsstrafe (ohne Bewährung) verurteilt werden können. Selbst bei Mord- und Totschlagsvorwürfen müssen zum dringenden Tatverdacht noch spezielle Haftgründe kommen, um eine U-Haft zu rechtfertigen. Das heißt: Der eines Bagatelldelikts beschuldigte Täter kann leichter inhaftiert werden als der einer schweren Tat Verdächtige.

Die neue Haftmöglichkeit baut auf einer bereits mit dem sog. Verbrechensbekämpfungsgesetz von 1994 legalisierten Beschleunigung des Strafverfahrens auf: Bei »einfachen Sachverhalten« und einfacher Beweislage kann mit den Beschuldigten kurzer Prozeß gemacht werden, sofern den Angeklagten im Höchstfall ein Jahr Freiheitsentzug droht. Der

Einreichung einer Anklageschrift soll es dann nicht mehr bedürfen; die Zuordnung eines Verteidigers ist erst von einem Strafrahmen von sechs Monaten an vorgesehen; das Beweisantragsrecht kann eingeschränkt, Zeugen und Sachverständige brauchen nicht mehr gehört zu werden.

Auch das Grundrecht auf Freizügigkeit und auf Versammlungsfreiheit wird weiter ausgehöhlt. Vorreiter ist abermals Niedersachsen, das 1996 einen neuen Weg der präventiven Intoleranz beschritt: Erstmalig wurde in einem bundesdeutschen Polizeigesetz das sog. Aufenthaltsverbot legalisiert (»Lex Chaos-Tage«). Diese Regelung ergänzt die bislang schon in ganz Deutschland legalisierten (kurzfristig und kleinräumig gedachten) polizeilichen Platzverweise. Die neue Norm im Wortlaut: »Rechtfertigen Tatsachen die Annahme, daß eine Person in einem bestimmten örtlichen Bereich eine Straftat begehen wird, so kann ihr für eine bestimme Zeit verboten werden, diesen Bereich zu betreten oder sich dort aufzuhalten, es sei denn, sie hat dort ihre Wohnung. Örtlicher Bereich ... ist ein Ort oder ein Gebiet innerhalb einer Gemeinde oder auch ein gesamtes Gemeindegebiet ... «

Mit dieser recht unbestimmten Regelung, die nun auch in anderen Bundesländern (u. a. Sachsen) eingeführt werden soll, kann die Polizei ohne gerichtliche Anordnung ganze (Groß-)Städte, Stadt- und Gebietsteile gegen unliebsame Individuen und Bevölkerungsgruppen abschotten - und zwar nicht nur gegen Drogenabhängige, denn die könnten ja dealen, gegen Sozialhilfeempfänger oder Sinti und Roma, denn die könnten ja klauen, überhaupt gegen Ausländer, denn die könnten gegen Strafbestimmungen des Ausländerrechts verstoßen, gegen Kurden, denn die könnten gegen das PKK-Verbot verstoßen, sondern auch gegen Bettler, Obdachlose und Nichtseßhafte, denn die könnten auf Baustellen oder in Hausfluren nächtigen (Hausfriedensbruch).

Die Ermächtigung beschränkt die Handlungsfreiheit und Freizügigkeit nach Art. 2 und Art. 11 Grundgesetz. Platzverweise, Aufenthaltsverbote und Unterbindungsgewahrsam entpuppen sich nicht nur während sog. »Chaos-Tage« als Instrumente der »Szene(n)bekämpfung«. Es handelt sich hier, wie auch im Drogen- und Obdachlosenbereich, letztlich um Instrumente der sozialen und politischen »Säuberung« von Innenstädten, Konsummeilen, bestimmten »besseren« Stadtteilen und Wohngegenden: »punkerfrei«, »junkiefrei«, »pennerfrei«, »bettlerfrei«. Es handelt sich um die gesellschaftliche Spaltung in schützenswerte Konsumbürger auf der einen und störende Bürger minderen Rechts auf der anderen Seite.

Bundesinnenminister Kanther hat im Sommer 1997 per Schreiben an seine Länderkollegen angeregt, mit einem »Sicherheitsnetz« von Polizei, städtischen Behörden, Bürgern und privaten Sicherheitsdiensten Gewalt und Kriminalität in den Großstädten zurückzudrängen. Alle Straftaten bis hin zu bloßen Bagatelldelikten sollten unter diesem Netz entschlossen verfolgt werden. Der Bundesgrenzschutz (BGS) könne dabei die Länderpolizeien tatkräftig unterstützen.

Mit der generellen Einbeziehung des BGS in die »Bekämpfung« der Alltagskriminalität eines Landes bzw. einer Großstadt wird das machtbegrenzende föderale Prinzip praktisch ausgehebelt - Polizei, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung sind nämlich prinzipiell Ländersache. Mit dem Einsatz des BGS würden die Zentralisierungstendenzen im Bereich der Inneren Sicherheit noch erheblich verstärkt. Der BGS würde zur zentralen »Reservearmee« im »Krieg gegen das Verbrechen«.

Der Raum über den Stammtischen der Nation wird allmählich eng. Die Parteien führen dort einen erbitterten Kampf um die Lufthoheit. Die SPD versucht, die traditionellen Sicherheitsextremisten rechts zu überholen-. »Kriminelle Ausländer raus - und das so schnell wie möglich!« (Gerhard Schröder). Auch über die Absenkung der Strafmündigkeit von Kindern von 14 auf 12 Jahre solle man nachdenken, um damit »sehr früh mit einem Eingriff in die Erziehung zu beginnen«. Außerdem solle die Möglichkeit geprüft werden, auffällige Kinder in »geschlossene Heime« einzuweisen.

Sozialdemokratische Sicherheitsvorstellungen führten schon in den siebziger Jahren zur Entwicklung eines »präventiven Sicherheitsstaats«, auf dem man in den folgenden anderthalb Jahrzehnten aufbauen konnte. Die gegenwärtige Aufrüstungspolitik geht von einem bereits sehr hohen sicherheitsstaatlichen »Niveau« aus , das insbesondere im Zuge der sog. Terrorismusbekämpfung »erwirtschaftet« wurde und mit dem die rechtsstaatliche Substanz der Bundesrepublik bereits schwer beeinträchtigt worden ist. Angesichts der »Asylantenflut« und einer »dramatischen Kriminalitätsentwicklung« seit der deutschen Vereinigung hat sich die SPD auf den Weg in eine Große Koalition der Inneren Sicherheit gemacht: Die faktische Abschaffung des Asylgrundrechts hat die SPD genauso mitgetragen wie sie der Demontage des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung durch die Legalisierung des Großen Lauschangriffs zum Durchbruch verhilft.

Neben den Bürgerrechtsgruppen, Antirassismusbüros und Flüchtlingsinitiativen opponieren PDS und Bündnis 90/Die Grünen noch gegen solche Zumutungen. Doch ihre Politik ist angesichts der faktischen Großen Koalition nicht nur wenig erfolgreich, sondern auch widersprüchlich und im Wandel begriffen. Die PDS hat ihr DDR-geschultes Law-and-Order-Denken längst noch nicht überwunden - auch wenn West-PDSler wie Ulla Jelpke wacker dagegen halten. Das Sicherheitsverständnis manch eines PDS-Mitglieds ist mit dem eines CSU-Hardliners durchaus verwechselbar.

Und die Grünen sind in die Jahre gekommen. Ihr einst gebrochenes Verhältnis zu Staat und staatlichem Gewaltmonopol scheint sich weitgehend »normalisiert« zu haben; sie sind dabei, »ihr Weltbild an die Realitäten der 90er Jahre anzupassen« (»Die Woche«). So warnt ihr Parteistratege Hubert Kleinert, die Grünen müßten aufpassen, »daß wir nicht zu spät kommen, während die Gesellschaft längst weiter ist«. Also haben sich die Grünen auf die Suche nach den »besseren«

Mitteln effektiver Kriminalitätsbekämpfung und -verhütung begeben. »Wir können die Kriminalitätspolitik nicht mehr formulieren wie ein linker Strafverteidiger«, sagt der grüne Bundestagsabgeordnete Rezzo Schlauch. »Mehr Grün auf der Straße« lautet der konstruktive Vorschlag der Grünen: Bei gleichbleibender Polizeidichte (die ohnehin zu den höchsten in Westeuropa gehört) soll die Polizeiarbeit vom Schreibtisch auf die Straße verlagert werden, denn durch mehr Polizeipräsenz vor Ort könne das »Sicherheitsgefühl« der Bürgerinnen und Bürger gehoben werden.

Hessens grüner Justizminister Rupert von Plottnitz plädiert für eine »Renaissance des Schutzmannes«, und auch der Kontaktbereichsbeamte - früher als »Blockwart« geschmäht - genießt inzwischen grünes Vertrauen. Der erste grüne Polizeipräsident einer Großstadt, Hubert Wimber (Münster), möchte denn auch die »kulturelle Distanz« zwischen Grünen und der Polizei weiter abgebaut wissen, zumal er in der eigenen Partei immer noch »viele fundamentalistische Verkrampfungen« spürt.

Konkret 11/97, S. 16

Zu Protokoll

Einstimmig hat der Gemeinderat von Gollwitz/Brandenburg es abgelehnt, 60 russische Juden ins Dorf zu lassen. Das Fernsehmagazin »Report« (SWF/ARD, 6.10.97) hat den Fall dokumentiert und in Manfred Stolpe einen Landesvater gefunden, der für ganz normale Antisemiten volles Verständnis hat

Moderator: Guten Abend, meine Damen und Herren. Die seit 1945 besiegt geglaubte Judenfeindschaft hat einen neuen traurigen Höhepunkt erreicht. Das sagte vor einigen Tagen Andreas Nachhammer, der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Berlin. Seine Äußerung bezieht sich auf Vorgänge in dem Brandenburgischen Ort Gollwitz bei Potsdam. Die Gemeindevertretung des 400 Einwohner zählenden Dorfes hat es einstimmig abgelehnt, 60 jüdische Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion aufzunehmen. Vor der Judenfeindlichkeit dort sind sie geflohen, um hier eine neue Heimat zu finden. Wir sind zwar keine Rassisten, sagen die Gollwitzer, aber 60 Fremde sind einfach nicht zu verkraften. Und was sagt Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe? Er schiebt alles auf Planungsfehler der Verwaltung, die hätte die Gollwitzer auf 60 jüdische Aussiedler vorbereiten müssen. Von politischer Sensibilität oder politischer Tatkraft zeugt das nicht im Land Brandenburg, in dem Fremdenfeindlichkeit schon mehrfach zu Brandstiftung geführt hat. Ulrich Neumann, Gabi Mönch und Sascha Adamek berichten.

Bericht (Nachfragen in Gollwitz): »Was wissen Sie über Juden?« - »Puh! Wat soll ich wissen?« - »Deutsche haben sechs Millionen Juden umgebracht?« - »Puh! Wahrscheinlich nicht genug.« - »Zu sagen >Ausländer klauen< ist doch ausländerfeindlich?« - »Puh! «

Gollwitz in Brandenburg - eine idyllische 400-Seelen-Gemeinde. Doch seit Gollwitz sogar in London für Schlagzeilen sorgt, ist die Idylle dahin. Der Grund: 60 jüdische Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion sollten hier untergebracht werden. Doch die Gemeinde sagt nein. Hier debattierte eines Abends der Gemeinderat mit den Dörflern über die geplante Unterbringung. Die Atmosphäre: aufgeheizt und aggressiv. Auszüge aus dem Sitzungsprotokoll, das »Report« vorliegt. Gemeinderat W bezeichnet das »Vorhaben als Katastrophe«. Herr S. ist der Meinung, daß die »Emigranten im Dorf stören«. Auch Herr L. bringt seinen »Unmut zum Ausdruck«. Für die Emigranten spricht niemand. Entsprechend beschließt der Gemeinderat einstimmig: keine Juden nach Gollwitz. Begründung: daß die Unterbringung »in das seit Jahrhunderten gebildete dörfliche Gemeinschaftsleben eingreift und nicht förderlich für die weitere Entwicklung unserer Gemeinde ist«. Und weiter: Es soll geprüft werden, »inwiefern die Gemeinde unter Ausschöpfung aller gesetzlichen Möglichkeiten dies unterbinden kann«.

Manfred Stolpe (Ministerpräsident Brandenburg): »Es ist dort ganz sicher, da lege ich die Hand dafür ins Feuer, keine antisemitische Stimmung.«

Ignatz Bubis (Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland): »Es steckt dahinter schlicht und einfach Fremdenfeindlichkeit, mit der heute man sich traut, auch in die Öffentlichkeit zu gehen und sich dazu zu bekennen. Die Lippenbekenntnisse >Wir sind ja nicht so<, da kann ich nur antworten: Aber wir handeln so.«

Bericht: Und so ist es auch bei Lichte betrachtet. Stereotyp wiederholte Lippenbekenntnisse in Gollwitz: Wir sind nicht ausländerfeindlich, aber! - Gemeinderat *Pokorny*. Mit seinen Eltern erlebte er Flucht und Vertreibung. Trotzdem: Verständnis für die Flüchtlinge? Fehlanzeige.

Frage: »Was wissen Sie denn über Juden?«

Pokorny: »Puh! Was soll ich wissen? Daß sie in der ganzen Welt verteilt sind und daß es eben auch ein Volk ist, sagen wir mal, das mehr oder weniger intelligent ist. Die werden nicht vertrieben, die haben da ja genug Platz.«

Frage: »Meinen Sie denn nicht, daß Deutschland bei den Juden was gut zu machen hätte?«

Pokorny: »Haben sie nicht schon genug gut gemacht? Denke ich mal.«

Frage: »Bis heute keine Scham über diesen Beschluß?«

Pokorny: »Nein, ich schäme mich nicht dafür.«

Bericht: Gemeinderat Horst Wegerer. Die Unterbringung wäre eine Katastrophe, so der Rechtsaußen in der Ratssitzung. Und wörtlich: »Wenn die kommen, ziehe ich einen hohen Zaun um mein Haus.« Es hört sich nicht so an, als ob er über Menschen spricht.

Wegerer: »Und hier sollen 60 Stück her. Man liest es ja täglich: Es wurden wieder drei oder vier Ladendiebe geschnappt. ... Und was sind das? Russisch sprechende Leute usw. steht dann drunter.« - »Die wohnen ein halbes Jahr da, sparen sich ein halbes Jahr ihre 500 Mark und ruckzuck stehen ein, zwei Autos vor der Tür.«

Frage: »Sind Sie ausländerfeindlich?«

Wegerer: »Nö, nö. Kann man nicht sagen.«

Bericht: Fremdenfeindlichkeit von Gemeinderäten in Gollwitz? Der Bürgermeister zuckt nur mit den Schultern.

Frage: »Es gab im Dorf auch Äußerungen: >Jetzt ziehe ich mir einen hohen Zaun ums Haus. Die kommen her und klauen. < Ist doch ausländerfeindlich, oder?«

Andreas Heldt (Bürgermeister Gollwitz): »Puh! Kann ich nicht so beurteilen.«

Bericht: Nur ein Steinwurf entfernt das Herrenhaus. Hier sollten die Emigranten Zuflucht finden. Fremdenhaß, kaschiert als Sorge um sogenanntes deutsches Kulturgut. Noch mal der Bürgermeister.

Heldt: »Das Haus ist von innen wie von außen denkmalgeschützt. Und daß man auf solche Werte, wie z. B. einen Kamin mit handgemaltem Meißner Porzellan dort nach Möglichkeit von der Unterbringung so verschont wird, daß man nicht rechnen muß, daß dort eventuell unwiederbringliche Gegenstände in Mitleidenschaft gezogen werden.«

Bericht: Ein offenes Ohr für die Gollwitzer hat der Landesvater - Ministerpräsident Manfred Stolpe. Er setzt sich einfach über die kommunale Selbstverwaltung hinweg und läßt erklären: »Der Landkreis Potsdam-Mittelmark sieht von einer Unterbringung in Gollwitz ab.« Damit wird der Skandal von Gollwitz zum Skandal Stolpe.

Bubis: »Ich befürchte und ich gehe davon aus, daß es eine ähnliche Kettenreaktion hier geben wird, daß es nun viele Gollwitz' geben wird, daß vielerorts jetzt plötzlich die Gemeinderäte beschließen werden, keine Ausländer, keine Fremden in dem Ort aufzunehmen.

1933 waren es stinknormale Bürger, die sich so verhalten haben, wie sie sich damals verhalten haben. Und heute sind es wiederum stinknormale Bürger, die sich so verhalten. Nur, der Herr Stolpe sollte im Geschichtsbewußtsein besser bewandt sein und wissen, was es heißt, wenn aus seiner Sicht ganz normale Bürger eine solche Haltung einnehmen.«

Bericht: London. Sogar hier hat die Affäre Gollwitz-Stolpe heftige Reaktionen ausgelöst. Fritz Beer, Verfolgter des Nazi-Regimes, heute Präsident des PEN-Zentrums deutschsprachiger Autoren im Ausland. Einst gegründet u. a. von Heinrich Mann und Alfred Kerr.

Beer: »Ich habe ein kleines Recht, dazu Stellung zu nehmen, weil ich jetzt nun über 60 Jahre lang in der Welt dafür eingetreten bin, daß man die Deutschen nicht gleichsetzt mit dem Nazismus. Deswegen kann ich in aller Bescheidenheit sagen: Ich möchte, ich erwarte, daß ein deutscher Ministerpräsident gegen solche Exzesse der Ausländer- und Judenfeindlichkeit eine eindeutige Erklärung für Toleranz und Liberalismus abgibt.«

Stolpe: »Ich glaub', ich kenn' unsere Leute besser als die Herrschaften in London oder sonstwo.«

Bericht: Zurück ins Dorf. In der besagten Gemeinderatssitzung hieß es hier: »Wollt ihr ein zweites Dolgenbrodt?« In Dolgenbrodt hatten sogenannte stinknormale Dörfler 1992 Neonazis dafür bezahlt, eine Asylunterkunft niederzubrennen.

Stolpe: »Sie müssen sich um den Antisemitismus in Gollwitz, glaube ich, keine großen Sorgen machen. Das ist ein Problem, das wir bewältigen, und ich wär' Ihnen dankbar, wenn Sie mithelfen würden, das wir nach außen die Sache nicht schlimmer machen, als sie wirklich ist.«

Bubis: »Offensichtlich denkt der Herr Stolpe genauso wie die Gollwitzer. Eine andere Antwort weiß ich nicht.«

Bericht: Der Fall Gollwitz interessiert mittlerweile auch die internationale Presse - inzwischen berichtete u. a. der »Guardian«. Statt Auseinandersetzung - Kameraderie. Statt Distanzierung - Verbrüderung. Stolpes immer wieder propagiertes Wir-Gefühl gleitet ab - vom Populären ins Populistische.

Beer: »Es war, so fürchte ich, ein politisches Zugeständnis an die unterschwellige Haltung eines Teiles der Bevölkerung, und das sollte ein guter Politiker nicht tun.«

Bubis: »Das wird meine Meinung über Stolpe verändern.«

Konkret 11/97, S. 18

Oliver Tolmein

Keine Gnade für Armin G.

Wer den Noonazi-Anwalt Rieger verprügelt, muß vor deutschen Richtern mit dem Schlimmsten rechnen - wer sich von Typen wie Rieger verteidigen läßt, hat dagegen die Bewährungsstrafe so gut wie sicher

Hamburger Amtsrichter lieben es bisweilen subtil: »Zwar ist die Gleichsetzung des Aussagegehalts des Begriffs >Auschwitzmythos< mit dem Bedeutungsgehalt der Begriffe >Auschwitzlüge< oder >Auschwitzmärchen< möglich; jedoch ist das Wort >Mythos< mehrdeutig, weil es auch in anderen Sinnzusammenhängen gebraucht wird. Der Begriff >Auschwitzmythos< ist in seinem objektiven Bedeutungsgehalt indifferent geworden und damit für sich gesehen neutral, jedenfalls aber nicht negativ im Sinne des Begriffs der >Auschwitzlüge< besetzt.« Die Betreiber des »Nationalen-Info-Telefons« konnten sich freuen. Die Strategie ihres Anwaltes, des ebenfalls in Neonazi-Kreisen aktiven Hobby-Rassebiologen Jürgen Rieger, ging auf Vom Vorwurf der Volksverhetzung wurden sie freigesprochen.

Hamburger Amtsrichter müssen manchmal unerbittlich sein: »Die gegen den Angeklagten verhängte Freiheitsstrafe war nicht zur Bewährung auszusetzen. Dem Angeklagten ist zwar eine günstige Sozialprognose für die Zukunft zu stellen. Es ist anzunehmen, daß er sich in Zukunft straffrei führen wird. Die Verteidigung der Rechtsordnung gebietet aber wegen der besonderen Umstände des vorliegenden Falles die Strafvollstreckung. Eine Aussetzung der Strafvollstreckung würde das Vertrauen der Bevölkerung in die Unverbrüchlichkeit des Rechts und des Schutzes der Rechtsordnung vor kriminellen Angriffen erschüttern.«

Besonders an diesem Fall gefährlicher Körperverletzung ist vor allem das Opfer: Kein Flüchtling, kein Ausländer - ein deutscher Rechtsanwalt war zusammengeschlagen worden. Und der Angeklagte war ein deutsch-iranischer Student. Der damals 21jährige Armin Grakoui hatte zusammen mit anderen Antifas den Nazi-Verteidiger Jürgen Rieger angegriffen. Rieger kam danach in die Unfallambulanz, Grakoui am gleichen Tag in Untersuchungshaft. »Wir hatten«, erinnert sich der Architektur-Student, »gar nicht vorgehabt, Rieger zu verprügeln, sondern wir wollten den Nazis, die zur Berufungsverhandlung gegen das >Nationale-Info-Telefon< kamen, zeigen, daß sie in Hamburg nicht allein sind. Und wir wollten da sein, für den Fall, daß sie vorhaben, Streß zu machen. Stöcke hatten wir dabei, um uns gegebenenfalls verteidigen zu können.«

Statt der befürchteten Nazi-Zuschauer kam aber plötzlich und unverhofft Rechtsanwalt Rieger allein aus dem Gerichtsgebäude - eine günstige Gelegenheit zur spontanen, direkten Aktion, die die Antifa-Combo sich nicht entgehen lassen wollte. »Einmal im Leben sollte er richtig Angst haben. Dieser Typ, der vor Gericht erklärt, wie harmlos es ist, wenn einer mit Springerstiefeln gegen den Kopf von einem tritt, der am Boden liegt, sollte selber mal sehen, was Gewalt heißt«, dachte sich Grakoui damals. »Rieger, das war für mich in dem Moment die Verkörperung A der rassistischen Sprüche, Beleidigungen und Benachteiligungen, die ich als Ausländer hier erlebt habe.« Während Grakoui vor dem Ziviljustizgebäude, Polizei und Wachpersonal in Rufweite, mit einem Holzbesenstiel auf den überraschten Rechtsextremen einschlug, rissen andere Rieger den Aktenkoffer aus den Händen und machten sich aus dem Staub, ohne sich weiter um ihren Genossen zu kümmern, der sich plötzlich von »beherzten Augenzeugen« (»Taz«) verfolgt sah: Ein älterer Passant ein Justizangestellter und ein Sozialarbeiter brachten den »mutmaßlichen Attentäter« (»Taz«) schließlich zur Strecke, und ein Kommentator der »Taz«, sonst als liberaler Jurist und rechtsstatlich engagierter Bedenkenträger gegen den »Volksverhetzungs«-Paragraphen auffällig, lieferte tags darauf der Staatsanwaltschaft die Anklagestrategie: »Der Überfall war keine spontane Reaktion (was widerwärtig genug wäre), sondern eine kühl geplante Strafaktion, die dem >Rechts-Beistand< von Neonazis, dem dilettierenden Rassenforscher, dem verhaßten politischen Gegner galt. Es ist zu hoffen, daß die demokratische Öffentlichkeit diese Attacke auf die körperliche Unversehrtheit eines Rechtsanwaltes nicht mit lauer Indifferenz herunterspielt.«

»Laue Indifferenz« war in der Folge denn auch nicht zu verzeichnen. Statt dessen hektische Betriebsamkeit: Linke Antifas freuten sich über die wackere Tat, Autonome ächteten Grakoui als »Verräter«, weil er vor Gericht Aussagen gemacht hatte, um sich zu entlasten (ohne seine Mittäter zu nennen, die auch nie ermittelt wurden), Anwälte traten auf den Plan, die Staatsanwaltschaft organisierte Zeugenschutz für einen Belastungszeugen, der behauptete, Grakouni habe ihm nach der Festnahme gestanden, daß die Aktion gegen Rieger geplant war. Und mittendrin der Verhaftete selber, ein eher impulsiver als analytischer Mensch, dem erst sehr langsam klar wurde, daß hier mehr auf dem Spiel steht als ein Bußgeld.

Während sich die routinemäßig rasch gebildete Soli-Gruppe und deren Konkurrenz, die Prozeß-Gruppe, über die richtige linke Prozeßstrategie stritten, Grakouni selbst die Plena verließ, weil er sich nur noch als Schachfigur fühlte, rüsteten Rieger und die Staatsanwaltschaft koordiniert zur Schlacht. Irgendjemand hat kurz vor der Attacke gesehen, wie ein Passant vor dem Justizgebäude ein Handy zückte: Der muß wohl mit den Angreifern telefoniert haben. Ein schlagendes Indiz für die angeblich sorgfältige Planung des Überfalls. Ein Gutachter attestiert, die Schläge auf Rieger, der vor allem blaue Flecken an den Armen und auf dem Rücken hatte, hätten tödlich enden können. Damit ist der Fall rund. Daß der

Täter gesteht und seine Aktion als falsch bezeichnet, ändert nichts. Er soll bereuen, abschwören, sich entschuldigen, Buße tun.

Trotz festen Wohnsitzes, trotz Studiums, trotz fehlender Vorstrafen, trotz der positiven Prognose, trotz der vergangenen Erlebnisse Grakouis mit Rassisten, trotz seiner 21 Jahre, die sogar die Anwendung des Jugendstrafrechts ermöglicht hätten - der Hamburger Amtsrichter sieht nicht nur keine Strafmilderungsgründe, er besteht auch auf Vollstreckung der 15monatigen Knaststrafe. Auch das Berufungsgericht will ein Exempel statuieren - bloß keine »laue Indifferenz«: »Den Umstand, daß der Angeklagte bei einer Strafvollstreckung seinen Studienabschluß verschieben müßte, läßt die Kammer wegen seines temporären Charakters unter Berücksichtigung des Alters des Angeklagten außer Betracht.«

Immer wieder wird auf die angebliche Planung dieser völlig konfus verlaufenen Attacke verwiesen und auf die Gefahr linker Selbstjustiz gegen Nazis. Sogar daß das Schlußwort des Angeklagten der Prozeßordnung gemäß dem Plädoyer der Staatsanwaltschaft folgt, wird schließlich gegen Grakoui verwendet: »Es kann auch nicht davon ausgegangen werden, daß der Angeklagte bereits geläutert ist. Erst als der Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft in seinem Plädoyer feststellt, daß der Angeklagte keine Reue und keine Einsicht zum Ausdruck gebracht habe, hat der Angeklagte in seinem letzten Wort nochmals den Blackout betont und hinzugefügt, es werde sich nicht wiederholen. Es tue ihm leid, daß er ausgerastet sei.« Revision wurde ebensowenig zugelassen wie eine Verschiebung des Strafantritts um vier Monate, damit Grakoui sein Studium beenden kann.

Von »lauer Indifferenz«, wie gesagt, keine Spur. Die Justiz kann entschieden handeln, wenn sie denn will. Sie kann natürlich auch anders. Und nicht nur Nazis dürfen sich bewähren. Ein Arzt aus Lindau, der eine Patientin mit zwei Spritzen »ruhiggestellt« und sie dann vergewaltigt hatte, konnte nach dem Verfahren, in dem er schuldig gesprochen worden war, den Gerichtssaal verlassen. Daß er vor zwei Jahren von einem französischen Gericht wegen eines anderen Sexualdeliktes mit Todesfolge zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden war, hat die Richter nicht davon abhalten können, ihm »eine Chance« zu geben: Bewährung.

Konkret 11/97, S. 22

Bernhard Schmid

Geht's auch anders?

In Paris regieren seit dem 1. Juni die Sozialdemokraten, die sich Sozialisten nennen, zusammen mit den Grünen und den Kommunisten. Ein Fazit nach gut vier Monaten: Es geht nicht anders, aber so geht auch nicht

Die erste politische Entscheidung der Regierung sollte ein Zeichen setzen. Elf Tage nach dem Amtsbeginn des Premiers Lionel Jospin meldete »Le Monde«: »Die Regierung wird einige *sans-papiers* legalisieren«, einigen Immigranten ohne gültige Papiere ein Aufenthaltsrecht geben.

Die Immigrationspolitik ist für die Linksparteien weit mehr als eine Probe auf die politische Moral. Die Debatte um das »Loi Debre«, das vom RPR-Innenminister Jean-Louis Debre vorgelegte Ausländergesetz, war die letzte große innenpolitische Auseinandersetzung unter der Regierung Juppé. Der breite gesellschaftliche Widerspruch gegen die polizeistaatliche Logik der Debre-Paragraphen und die Aufrufe von Intellektuellen zu »zivilem Ungehorsam« brachten die Rechte in die Defensive und die Linken in die Bredouille: 41 Prozent der sozialistischen und 30 Prozent der kommunistischen Wähler befürworteten das Loi Debré, weshalb die Parti Socialiste keinerlei klare Position zu beziehen gewagt hatte und Jospin binnen einem Monat in der Sympathieskala von 36 auf 30 Prozent abgerutscht war.

Die bürgerliche Rechte sah sich durch diese Konstellation veranlaßt, den Sprung nach vorn zu wagen und Neuwahlen zu provozieren - als möglichen Ausweg aus der Enge, in die sie sich durch die Vielzahl gesellschaftlicher Bewegungen und den Druck sozialen und politischen Unmuts getrieben sah. Der Ausgang ist bekannt.

Mit Spannung wurde also erwartet, was für eine Immigrationspolitik die neue Regierung betreiben werde. Zunächst nannte das Innenministerium die nach Ansicht der meisten Beobachter relativ eng gefaßten Kriterien, unter denen die bisherigen »illegalen« Einwanderer Papiere erhalten können (KONKRET 7/97). Seither läuft der Verwaltungsapparat zur Untersuchung der Einzelfalle auf vollen Touren: Nach offiziösen Angaben waren Ende September 120.000 Anträge gestellt, 5.000 positiv beantwortet. Die Meldefrist für die *sans papiers* läuft bis zum 30. Oktober. Der Ausgang der »Legalisierungs-Operation« ist noch nicht abzusehen, aber nach Ansicht der Solidaritätsvereinigungen haben 10 bis 20 Prozent der Anträge Chancen auf eine positive Antwort. Der abgelehnte Rest aber ist jetzt registriert, viele von ihnen (Kommentatoren rechnen mit 50 Prozent) dürfen nun mit ihrer Abschiebung rechnen. In der nordfranzösischen Großstadt Le Havre etwa, wo der Verwaltungsprozeß bereits abgeschlossen ist, gab es genau 4 positive Bescheide bei insgesamt rund 100 Anträgen. 1981 hatte die sozialistisch-kommunistische Koalition noch alle Immigranten »legalisiert«, die vor dem 1. Januar 81 eingereist waren und nachweislich ihren Lebensunterhalt verdienten.

Der nächste Schritt war die Veröffentlichung eines Entwurfs für eine Neufassung der französischen Ausländergesetzgebung. Das Wahlprogramm der Parti Socialiste von Ende April hatte die Abschaffung der Gesetze der konservativen Innenminister Pasqua (1993) und Debre (1997) versprochen. Am 31. Juli legte der Politologe und Soziologe Patrick Weil, den Jospin mit der Erarbeitung eines Entwurfs für eine neue Ausländergesetzgebung beauftragt hatte, einen Katalog von 120 Punkten vor. Darin taucht die Abschaffung der Pasqua- und Debré-Gesetze nicht auf.

»Wir sind nicht von einer Verteufelung der bestehenden Gesetzestexte ausgegangen«, sagte Weil. Aufbauend auf dem repressiven Instrumentarium, das also weitergelten soll, entwickelt Weil ein Szenario, das er gegenüber »Le Monde« so zusammenfaßte: »Es ist nicht normal, daß die Elite der frankophonen Länder« - gemeint sind vor allem die früheren französischen Kolonien in Afrika -, »die wir besser oder genauso gut ausbilden können wie Belgien, die USA oder Großbritannien, sich aufgrund unserer aktuellen Politik auf diese Länder ausrichtet. Ja, ich schlage vor, daß wir diese politische, intellektuelle und wirtschaftliche Elite ausbilden, daß wir ... ihr erlauben, zwischen Frankreich und ihren Herkunftsländern zu verkehren.«

Auf die Nachfrage, ob er nicht eine »elitäre Konzeption der Einwanderung« verfolge, erklärte Weil: »Bei der aktuellen Lage des Arbeitsmarkts soll man das Land für die Einwanderung von Nichtqualifizierten öffnen? Wir denken: nein.« So sieht eine »Öffnung der Grenzen in Funktion des nationalen Interesses« aus, wie Weil das nennt. Sie paßt bestens in eine Weltordnung, in der die Grenzen für das (in dem Fall: intellektuelle) Kapital fallen, für die Menschen aber geschlossen sind.

Die wichtigsten Vorschläge des Weil-Reports wurden in einen Gesetzentwurf verpackt, der nach dem neuen Innenminister - dem Chef der linksnationalistischen »Bewegung der Citoyens« (MDC) - »Loi Chevenement« benannt ist. Über die zehn im Kabinett noch strittigen Punkte entschied Premierminister Jospin am 3. September, und zwar durchweg zugunsten der harten Linie: Die Abschiebehaft soll demnach von bisher 10 auf 14 Tage ausgedehnt werden. Damit war der rechte Innenminister Pasqua 1993 noch vor dem Verfassungsgericht gescheitert. Aber was Pasqua nicht durfte, wird vielleicht der Linksregierung gelingen.

Das Interesse, den Draht zu den politischen, ökonomischen und akademischen Eliten der »Dritten Welt« nicht zu verlieren, das im Weil-Report seinen Ausdruck findet, ist übrigens bereits zuvor durch die französische Außen- und speziell die Afrikapolitik formuliert worden. Man hatte bemerkt, daß die Herablassung und Arroganz, mit der Paris die ehemaligen Kolonien seines afrikanischen »Hinterhofs« behandelte, sich gegen den französischen Neokolonialismus selbst zu wenden drohte, nachdem die USA sich immer stärker für Afrika zu interessieren begannen. Die Niederlage erst des Habyarimana-Regimes in Ruanda, dann des herrschenden Mobutu-Clans in Zaire/Kongo - beide von Paris unterstützt, während Washington in beiden Fällen auf Seiten der siegreichen Rebellen stand - haben der postkolonialen Pariser »Kooperations«politik schwere Schläge versetzt. Eine Umorientierung war unvermeidlich.

Der neue »Staatssekretär für Kooperation« (mit anderen Worten: der Leiter der Afrika-Abteilung), Charles Josselin, begründete sie so: »Frankreich muß die amerikanische Doktrin der Visaerteilung an die Eliten übernehmen. Tatsächlich gehen viele Studenten, die es nicht mehr schaffen, in Frankreich aufgenommen zu werden, statt dessen auf amerikanische Universitäten.« Und wirklich drohen junge anglophone Eliten in mehreren afrikanischen Ländern die Oberhand zu gewinnen und die traditionelle Bindung an Paris in Frage zu stellen. In diesem Kontext kam der Regierungswechsel gerade zum besten Zeitpunkt, um den Versuch eines neuen Terraingewinns der französischen neokolonialen Afrikapolitik zu flankieren. Die Grünen wollen das Loi Chevenement im Parlament ablehnen. Die Kommunisten haben sich noch nicht entschieden.

Mit dem Einzug der grünen Politikerin Dominique Voynet ins Umweltministerium wurde die Einstellung einiger spektakulärer Großprojekte verkündet, besonders des geplanten großen Rhein-Rhône-Kanals und einiger neuer Autobahnstrecken. Darüber hinaus wurde die Stillegung des »Schnellen Brüters« Superphénix in Creys-Malville angekündigt, die jedoch eine Zeitdauer von mindestens einem Jahr in Anspruch nehmen wird, da nur ein langsames Herunterfahren es ermögliche, den Reaktor unter Kontrolle zu behalten.

Zwar nahm die Rechte das sogleich zum Anlaß von Attacken, doch bei der Lektüre einer Ausgabe des »Figaro« vom 8. Mai 97 (also vor der Wahl) fällt auf, daß diese Entscheidungen bereits mehr oder minder von der Umweltministerin der Regierung Juppé gefällt worden waren: »Umwelt: Die Hochspannungsleitungen und Autobahnprojekte, der Rhein-Rhône-Kanal und Superphénix im Visier der Ministerin«, war dort zu lesen. Die damalige Amtsinhaberin Corinne Lepage wurde so zitiert: »Es wird ein systematisches Überdenken der Autobahnprojekte geben, deren Rentabilität offenkundig sein muß, damit grünes Licht für ihre Fertigstellung gegeben wird.« Zum Rhein-Rhône-Kanal war der konservativen Tageszeitung zu entnehmen: »Die Kosten in Höhe von 50 Milliarden Francs, die mittlerweile veranschlagt werden, stellen seinen Bau um so mehr in Frage, als andere Fragen auf der Ebene des Umweltschutzes geblieben sind ... «

Daß Corinne Lepage sich in ihrer Amtszeit gegen das Wiederanfahren des Superphénix - der wegen schwerer Pannen jahrelang stillgelegen hatte - einsetzte, ist kein Geheimnis. Die Juristin hatte vor ihrem Eintritt ins konservative Kabinett als Rechtsanwältin der Superphénix-Gegner deren Sache vor den Verwaltungsgerichten vertreten. Premier Alain Juppé hatte allerdings im März 1996 in Sachen Superphénix gegen die Position seiner Umweltministerin entschieden.

Die Differenz zwischen Corinne Lepage und Dominique Voynet erscheint daher minimal, und der größere Erfolg der Nachfolgerin in Sachen Superphénix macht noch lange keinen Bruch mit der knallharten Atompolitik Frankreichs aus, das über 75 Prozent seines Energieverbrauchs nuklear erzeugt. So laufen unter der grünen Umweltministerin heute nicht nur 56 Atomkraftwerke weiter, von deren Abschaltung keine Rede ist - das Wahlabkommen zwischen Sozialisten und Grünen sieht lediglich einen Baustopp bis 2010 vor, und bis dahin sollten ohnehin keine neuen AKWs mehr entstehen. Dominique Voynet gibt auch das ökologische Feigenblatt für die Wiederaufbereitungsanlage in La Hague ab, jene riesige Atomfabrik, in der die verstrahlten Brennstäbe aus einer Reihe von Ländern - darunter Deutschland und Japan - zerlegt werden und der begehrte Bombenstoff Plutonium gewonnen wird. (1982 wurde hier das Plutonium für den Prototyp der französischen Neutronenbombe entnommen.)

Als Antwort auf die Debatten, die eine im Januar 97 im »British Medical Journal« erschienene Studie des Arztes Jean-François Viel über Leukämiefälle in der Umgebung von La Hague und eine von Greenpeace im März 97 vorgenommene Radioaktivitäts-Messung hervorgerufen hatten, ließ die neue Regierung eine Studie in Auftrag geben, den »Souleau-Report«, den die Ministerin am 1. Juli der Öffentlichkeit vorstellte. Sein Ergebnis, laut Dominique Voynet: »Es gibt Radioaktivität in La Hague. Das ist keine Überraschung, wir wußten, daß es Strahlung gibt. Es besteht keine Gefahr für die Bevölkerung.«

Am 1. September hat Voynet dem Staatssekretär für Industrie erklärt, sie akzeptiere die künftige Beladung der vier AKW-Blöcke von Chinon mit MOX-Brennstäben, die neben dem »normalen« Spaltstoff Uran zusätzlich mit Plutonium aus La Hague gefüllt sind. Dazu schrieb die »Libération«: »Als sie ihren Eintritt in die Regierung akzeptierten, konnten die Grünen sich nicht vorstellen, wieviel Zugeständnisse sie der famosen Atomlobby machen würden ... Nachdem (Voynet) die Stillegung des Superphénix erreicht hat, kann sie nicht mehr allzu viel fordern ... «

Die Frage wäre auch, mit wem Voynet eine kritische Politik gegenüber der Atomindustrie betreiben sollte: Fast alle wichtigen Posten im Umweltministerium sind von einem Elite-Ingenieurskorps, den »Ingenieurs des Mines«, besetzt. Dieses Korps, ein weitgehend geschlossener Zirkel, ist traditionell engstens mit der Nuklearindustrie verflochten. Voynet hat die Wahl: Die Mehrheit der »Mines« sind traditionelle Verfechter des Atomstaats. Eine »moderne« Minderheit, genannt »die sauberen Nuklearen« (les nueleaires clean), steht dem nuklear-militärisch-industriellen Komplex kritisch gegenüber und meint statt dessen, daß »allein der Markt die Dinosaurier töten kann« - was sie zur Idee einer Privatisierung der Nuklearindustrie führt, deren Auswirkungen auf die Sicherheitsbestimmungen man in den USA und Japan bewundern kann. Die Ministerin hat die Wahl zwischen diesen beiden verlockenden Seilschaften; Corinne Lepage hatte sich auf die »Modernen« gestützt.

Bleibt als letzter großer Sektor, auf dem die Jospin-Regierung Entscheidungen getroffen hat, die Sozial- und Wirtschaftspolitik und damit jener Bereich, für den sie wohl in allererster Linie gewählt worden ist. Der Komplex der Lohnpolitik und die Frage der Arbeitszeitverkürzung auf die im Wahlkampf versprochenen 35 Stunden pro Woche wurden auf eine »Lohnkonferenz der Sozialpartnern vertagt, die für den 10. Oktober geplant war und Gewerkschaften, Kapitalverbände und Regierung an einem Tisch vereinigen sollte.

Im Wahlkampf hatten PS und PCF gleichermaßen versprochen, die unmittelbar anstehenden Privatisierungen - die vor allem France Telecom und Air France betrafen - abzubrechen. Im Fall der Telekommunikation versprach Jospin eine »Befragung der Beschäftigten« vor einer endgültigen Entscheidung. Der Fahrplan ist längst geändert: Am 26. Juni machte die »Financial Times« den Plan der Regierung bekannt, ab Herbst 1997 France Télecom bis zu 49 Prozent zu privatisieren. Insbesondere wurde eine Überkreuzbeteiligung von France Télecom und Deutsche Telekom am zu privatisierenden Kapital des jeweiligen Partners angesteuert, zum Zweck der gemeinsamen Suche nach internationalen Expansions-Strategien. Drei Wochen später, am 17. Juli, beauftragte Premier Jospin den früheren PS-Minister Michel Delebarre mit einer »Mission vertiefter sozialer Konzertierung bei France Telecom«. Der Missionar sollte die Beschäftigten für die beschlossene Privatisierung gewinnen und Widerstände neutralisieren. Am 5. September legte Delebarre seinen Untersuchungsbericht vor, der sich dafür ausspricht, ein Drittel des Telecom-Kapitals an die Börse zu geben. Jospin erhob die Empfehlung am 8. September zum Beschluß, obwohl alle Gewerkschaften bei France Télécom, mit Ausnahme der Organisation der höheren Angestellten CGC, den Plan strikt ablehnen und die CFDT bei Télécom in ihm »keinen wirklichen Unterschied« zu den Plänen der Juppé-Regierung erkennt.

Bei Air France hat sich die Sache dadurch etwas kompliziert, daß der Generaldirektor der Fluggesellschaft, Christian Blane (der übrigens PS-Mitglied ist), am 5. September wütend zurücktrat, weil es ihm nicht schnell genug mit der Privatisierung ging. Diesen von den Medien in Szene gesetzten Rücktritt nutzte die Rechte sogleich zu scharfen Attacken gegen den privatisierungsfeindlichen »Dogmatismus« des zuständigen kommunistischen Transportministers Jean-Claude Gayssot, der sich freilich zugleich zur »Öffnung des Kapitals« der Air France bereit erklärt hatte. Bis zu 49 Prozent der Fluggesellschaft sollen demnach privatisiert werden.

Die PCF hat unterdessen in den letzten Wochen eine neue theoretische Linie gefunden, die da lautet: »Weder Privatisierung noch Status quo« und die darauf hinausläuft, die Privatisierung von minoritären Teilen des Kapitals (bis zu 49 Prozent) öffentlicher Unternehmen zu akzeptieren. Man tröstet sich damit, daß der Staat ja die Oberhand behalte; so hatte die KP-Tageszeitung »L'Humanité« im Juli triumphierend getitelt: »Der Staat bleibt Herr bei France Télécom«, da er auf jeden Fall 51 Prozent des Kapitals behalte. Unter der Regierung Juppé hatte dasselbe Blatt nie gezögert, die geplante Börseneinführung von 49 Prozent der Gesellschaft als finsteres Manöver im Dienste der Finanzmärkte anzuprangern.

Über all diesen Zahlenspielen um 49 oder 51 Prozent wird jedoch die einzig entscheidende Frage vergessen: In welcher Logik und nach welchen Kriterien entwickeln sich diese Unternehmen? Wenn sich private Kapitalgeber, und sei es in noch so minoritärer Position, an öffentlichen Unternehmen beteiligen, dann wollen sie auf ihre Aktien eine möglichst hohe Dividende erzielen. Das Prinzip der Gleichheit aller Benutzer und der Verzicht auf Rentabilität, die lange im französischen öffentlichen Sektor galten und ihn zu einer Oase in der marktwirtschaftlichen Wüste machten, stehen nicht auf ihrem Programm. Die Frage, ob der Staat noch 51 oder nur ein Prozent besitzt, wird daran nichts mehr ändern.

Die Wirtschaftszeitschrift »Expansion« hatte bereits am 12. Juni geurteilt, einen PCF-Mann als Transportminister für die Privatisierungskandidaten SNCF (Eisenbahn) und Air France zuständig zu machen, sei ein »geschicktes politisches Manöver« von Lionel Jospin. Denn die Parti Communiste werde so in einen Konsens eingebunden und von Kritik abgehalten. Und am 7. September resümierte »Le Monde«: »Der Ausgang dieser Entwicklungen läßt keinen Zweifel ... Mit der Öffnung des Kapitals von France Télécom und Air France beginnt sehr wohl der Marsch in die Privatisierung ... Einmal mehr wird es die Linke sein, die ... die französische Ökonomie hin zu mehr Liberalismus entwickeln wird.«

Nach all dem stellt sich die Frage: Hat sich die Linksregierung in den Augen ihrer Wähler, angesichts einer so offenkundigen Fortsetzung der Politik der Rechten, nicht diskreditiert? Das aktuelle Klima zeugt bisher vom Gegenteil: In den Umfragen äußern im September durchschnittlich zwischen 50 und 55 Prozent Sympathie für den Premierminister, 30 Prozent geben eine negative Antwort. Die Ursache ist darin zu suchen, daß die Regierung Jospin sehr viel geschickter im

»Vermitteln« ist als ihre Vorgängerin, die sich um die soziale Stimmung im Land wenig zu scheren schien. »Konzertierung«, das heißt, die Einbindung von Interessengruppen wie Gewerkschaften in Entscheidungen, die dadurch freilich kaum anders ausfallen, wird von Jospin großgeschrieben.

Und die linken Koalitionspartner der Sozialdemokraten, die KP und die Grünen? Die machen und betreiben Lernprozesse. Von einer »ganz pädagogischen Erklärung« sprach »Le Monde« am 2. September in Bezug auf einen Auftritt von Dominique Voynet vor ihren grünen Parteifreunden. Und als von »einem schönen Beispiel kommunistischer Pädagogik« berichtete der konservative »Figaro« am 8. September über die Debatte in der PCF-Führung.

Konkret 11/97, S. 26

Sabine Beppler

Nachhaltige Strategie

Warum worden in Afrika altgediente antikommunistische Diktatoren abgelöst und durch vorgeblich demokratische Nachfolger ersetzt? Vor welchen Hintergründen haben sich die als »Genozid« bezeichneten Massaker in Ruanda ereignet? Welche Ziele verfolgt das von den Westmächten in Arusha eingerichtete Kriegsverbrechertribunal?

Vom Kriegsverbrechertribunal zu Ruanda in Arusha, Tansania, hatte man lange wenig gehört. Doch nachdem im Juli 1997 in Kenia sieben wichtige Angeklagte, darunter Jean Kambanda, Premierminister der Interimsregierung, verhaftet worden waren, meldete sich die Chefanklägerin, die Kanadierin Louise Arbour, zurück und verkündete, nun wirklich durchgreifen zu wollen. »Die Verhaftungen in der kenianischen Hauptstadt zeigen an, in welch aggressiver Art und Weise wir beabsichtigen, das Mandat dieses Tribunals zu verfolgen ... Für eine Institution, die noch vor kurzem ziemlich am Boden lag, ist dies ein monumentaler Erfolg in sehr kurzer Zeit« (»Panafrican News Agency«, 22.7.97).

Gut drei Jahre nach den Massakern in Ruanda sitzen heute über 120.000 mutmaßliche sog. »Genozidtäter« in den überfüllten Gefängnissen des Landes und warten auf ihre Prozesse, falls sie welche bekommen und nicht vorher sterben. Denn von dem durch den Sicherheitsrat der Uno eingesetzten internationalen Kriegsverbrechertribunal (ICTR) sollen nur die Drahtzieher abgeurteilt werden.

Gegenstand des Tribunals sind die schweren Massaker im Frühjahr und Sommer 1994 in Ruanda, in deren Verlauf Schätzungen zufolge mehr als 500.000 Menschen getötet wurden. Diese Massaker werden mittlerweile durchgängig als Genozid bezeichnet, weil ethnischer Haß und unvorstellbare Brutalität zu den Wesensmerkmalen der angeblich über eine Million zählenden »Hutu-Mörder« gehörten. Doch wird die simplifizierende Sichtweise des Konflikts als Völkermord der einen (Hutu) an den anderen (Tutsi) der Realität nicht gerecht.

US-Diplomaten äußern heute Sätze wie: »Die aktuelle Krise in Zentralafrika ist tiefverwurzelt im ruandischen Völkermord« und tun so, als rührten die Probleme Afrikas von irrationalen und unfaßbaren Ereignissen her, mit denen der Rest der Welt nichts zu tun habe. Staaten, die ökonomisch, diplomatisch und militärisch am Konflikt beteiligt waren - die USA, Belgien, Frankreich und Großbritannien - werden als gänzlich neutral angesehen. Um sicherzustellen, daß vor dem Tribunal nichts Unerwünschtes zur Sprache kommt, sind große Teile des Konflikts in Ruanda ausgeklammert. Nicht Gegenstand der Verhandlungen ist alles, was vor April 1994 passierte, und ebenso die Ereignisse nach dem Sommer 1994, beispielsweise die Angriffe auf Flüchtlingslager in Zaire. In der Tat aber ist die Instabilität, die in der ganzen Region zu Umstürzen, Massakern und Flüchtlingselend geführt hat, Resultat der strategischen Umorientierung der amerikanischen und europäischen Afrikapolitik nach Ende des Kalten Krieges.

Der Konflikt in Ruanda, der 1994 seinen Höhepunkt erreichte, hat eine Vorgeschichte: Seit Ende der 80er Jahre befand sich das Land in einer wirtschaftlichen und politischen Krise. Zwischen 1980 und 1989 fielen die Preise für den Hauptdevisenbringer Kaffee (80 Prozent aller Devisen) auf die Hälfte. Die von der Regierung garantierten Mindestpreise für Kaffeeproduzenten konnten 1990 nicht mehr gehalten werden. 85 Prozent der Bevölkerung lebten unter der offiziellen Armutsgrenze. In dieser desolaten Situation führte der IWF ein Strukturanpassungsprogramm ein, durch das die Lage noch verschärft wurde. Gleichzeitig wurde das ruandische Regime von Weltbank, IWF und den USA aufgefordert, sein Einparteiensystem aufzugeben. Unter Führung der Uno begann ein Verhandlungsmarathon über die Rückführung der in früheren Zeiten nach Uganda geflohenen Mitglieder der ehemaligen Tutsi-Elite. Hiermit wurde der Regierung, die vollkommen abhängig von ausländischer Hilfe war und seit 1973 die Macht ausübte, signalisiert, daß ihre Tage gezählt waren.

Ähnlich wie das Mobutu-Regime in Zaire wurde auch das Regime Habyarimana von Frankreich, Großbritannien und den USA während der Zeit des Kalten Kriegs als strategisch wichtiger Partner mit Geld- und Waffenlieferungen am Leben gehalten. Während Frankreich noch bis in die 90er Jahre das alte Regime favorisierte, begannen die USA, ihren Einfluß auf die Region auszubauen, indem sie offen die Rebellen der »Ruandisch-Patriotischen Front« (RPF) unterstützten, die vorwiegend aus den im ugandischen Exil lebenden Tutsi bestand. Zunächst wurde die RPF indirekt durch die pro-amerikanische Regierung Musevenis in Uganda gesponsort. Die rund 3.000 Kämpfer, die den Kein der Rebellenarmee (RPA) bildeten, dienten fast sämtlich in der ugandischen Armee. Viele von ihnen wurden von englischen Militärs ausgebildet. Die USA übernahmen die Schulung von RPF-Funktionären. Der RPF-Führer Paul Kagame, heute Vizepräsident und Verteidigungsminister der neuen Regierung von Ruanda, zuvor Chef des ugandischen militärischen Geheimdienstes, studierte am amerikanischen »Army and Staff College« in Leavenworth, Kansas. Fred Rwigyema, bis zu seinem Tod 1990 Präsident der RPF, war Generalstabschef der ugandischen Armee und Vizeverteidigungsminister Ugandas. Es ist kein Geheimnis, daß die spätere Invasion Ruandas durch die RPA von den USA finanziert wurde.

Der politische Druck führte schließlich zur gewünschten Erosion des Regimes, Mitglieder der ruandischen Elite, darunter der Tutsi-Geschäftsmann Vincent Kajeguhakwa, der früher ein Partner Habyarimanas war, und Pasteur Bizimungu, ein

Verwandter des Präsidenten, liefen nach Uganda über und forderten die Invasion. Am ersten Oktober 1990 kam es zu offener Konfrontation, als die RPA in Ruanda einmarschierte und Teile des Nordens unter ihre Kontrolle brachte. Bis zum Ende des Monats hatte die Rebellenarmee allerdings viele Gebiete wieder verloren, da Regierungstruppen, unterstützt von zairischen und belgischen Militärs sowie 1.000 französischen Fallschirmjägern, sie zurückdrängten. Im nächsten Monat jedoch entzog Belgien dem Habyarimana-Regime die Unterstützung.

In den Jahren nach dem Einmarsch der Rebellen in Ruanda verschärfte sich die Situation im Land zunehmend. Die RPA wurde in Ruanda als fremde Armee gesehen, sie wuchs vor allem, indem sich ihr Tutsi-Flüchtlinge aus Burundi, Tansania und Zaire anschlossen. Viele Menschen - sowohl Hutu als auch Tutsi - flohen aus den eroberten Gebieten in die Hauptstadt und nach Uganda. Die miserable wirtschaftliche Situation und Versorgungslage verschlechterte sich weiter. Gleichzeitig fand eine Militarisierung der Region statt. Bis Ende 1993 unterstützten die Franzosen noch die Regierungsarmee FAR, die von 1990 bis 1992 von 5.000 auf 40.000 Mann vergrößert und reorganisiert wurde. Die RPA wurde von den Amerikanern über Uganda militärisch unterstützt und wuchs zwischen 1990 und 1994 von rund 3.000 auf 25.000 Soldaten an. Die ruandische Regierung begann zudem, lokale Milizen zu bewaffnen. So entstand eine zunehmende Polarisierung zwischen Hutu und Tutsi, die die gleiche Sprache sprechen, die gleiche Religion haben, oft miteinander verheiratet waren und in den gleichen Dörfern und Vierteln wohnten.

Als am 6. April 1994 der ruandische Präsident Habyarimana, gemeinsam mit Cyprien Ntariyamira, dem Präsidenten Burundis, beim Landeanflug auf Kigali mit SOL-Air-Raketen abgeschossen wurde, eskalierte die Situation. Nur wenige Stunden später begann ein Kampf auf Leben und Tod zwischen den Regierungstruppen und der Rebellenarmee, der bald auch zu Massakern an der Zivilbevölkerung führte, bei denen Hunderttausende Tutsi, aber auch unzählige Hutu getötet wurden. Zunächst wurde das Geschehen in den Medien vorwiegend als endgültig außer Kontrolle geratener Bürgerkrieg beschrieben. Erst post festum, als es darum ging, das entsetzliche Geschehen zu erklären, setzte sich der Begriff »Genozid« durch, der zunächst wegen seiner Drastik vor allem von Menschenrechtsorganisationen benutzt wurde, um die Weltöffentlichkeit zu mobilisieren. Heute werden uns die Massaker als Völkermord ohne relevante Vorgeschichte präsentiert, wobei man sogar darauf verzichtet, das auslösende Ereignis, den Abschuß der Präsidentenmaschine, zu untersuchen. Als entscheidende Ursache des Mordens wurde ein urafrikanischer ethnischer Hass suggeriert.

Das Verkürzen des Kriegs in Ruanda zum ethnisch motivierten »Genozid« bringt den Kein der neuen Afrikapolitik des Westens sehr gut zum Ausdruck. Seit Ende des Kalten Kriegs geht es vor allem darum, neue Legitimität für das Eingreifen in die afrikanische Politik zu erlangen. Teilweise spielen handfeste wirtschaftliche Interessen eine Rolle, in erster Linie jedoch scheint der Kampf politisch motiviert zu sein und um politische Vorherrschaft und eine herausragende Stellung in der neuen Weltordnung geführt zu werden. Unterstützt von einer Vielzahl von NGOs, versuchen vor allem die USA, ihre Vormachtstellung jenseits des Antikommunismus neu zu rechtfertigen. Sie folgen dabei dem 1991 von US-Außenminister Warren Christopher formulierten Leitgedanken: »Für Demokratie und Menschenrechte einzutreten, ist eine der wichtigsten Stützen der amerikanischen Außenpolitik. Es ist die Basis eines substantiell neuen amerikanischen Verhältnisses zu Afrika.«

Labile Regierungen, die seit der Entkolonialisierung in den 50er und 60er Jahren mit westlichem Geld und Waffenlieferungen am Leben gehalten wurden, um der drohenden Unterwanderung durch den Ostblock entgegenzuwirken, verloren in den Augen ihrer Mentoren mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ihre Existenzberechtigung. Ruanda sowie Zaire und jetzt auch Kenia sind seit 1990 Gegenstand intensiver Bemühungen um eine neue politische Machtbalance. Die alten Herrscher wurden zunehmend unbequem, weil sie den neuen Anforderungen nicht gerecht werden. Das galt für Mobutu in Zaire, Habyarimana in Ruanda und Daniel arap Moi in Kenia. Um heute Vormachtstellung und Einfluß zu legitimieren, bedienen sich die USA ihres Images als Demokratisierer der Welt. Dazu bedarf es neuer Vorzeigeverbündeter; die alten, mittlerweile unzuverlässigen Diktatoren haben ihre Schuldigkeit getan. Daß Länder dabei ins Chaos getrieben werden, wird in Kauf genommen. Um so besser kann man demonstrieren, wie sehr Afrikaner angeblich der Zivilisierung bedürfen. Wer bisher Freund, wer Feind war, ist beim aktuellen Umbau Afrikas nicht mehr von Bedeutung. Leute wie Laurent Kabila oder Jerry Rawlings (Ghana), die immer als schlimmste kommunistischen Rebellen galten, werden ohne Umstände zu Kandidaten für die zukünftige Führung. Sie müssen sich allerdings zur Freien Marktwirtschaft bekennen.

Eine Schlüsselrolle beim politischen Umbau in Afrika kommt zweifellos dem ugandischen Präsidenten Yoweri Museveni zu, der als Gründungsmitglied des Klubs neuer afrikanischer Führer gilt und für seinen stabilisierenden Einfluß in der Region gepriesen wird. »Ob man mit seinen Ansichten übereinstimmt oder nicht, es ist nicht zu leugnen, daß er ein Mann ist, der eine Vision hat und sich um sein Land kümmert. Und seine Vision bezieht die gesamte Region mit ein. Seine Unterstützung für Kabila, Kagame und die sudanesischen Rebellen ist als ein Weg, den Nachbarn Stabilität zu bringen, gerechtfertigt« (»The Christian Science Monitor«, 19.6.97).

Wichtig ist, daß die neuen Führer einen demokratischen Eindruck machen, nicht daß sie wirklich ein demokratisches System einführen. Auch Musevenis »Kein-Parteien-System« (in Uganda sind Parteien verboten, bei Wahlen dürfen nur Individuen kandidieren) macht nicht gerade einen vorbildlich demokratischen Eindruck, wird unter der Hand aber als

passendes Modell für Afrika gehandelt, denn politische Aktivität in Form von Parteien, die unterschiedliche Ziele verfolgen, stört nur die Stabilität und behindert die Einflußnahme auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Letzteres dürfte vor allem im Fall des sehr rohstoffreichen Zaire/Kongo relevant gewesen sein, wo US-Firmen sich noch während des Bürgerkriegs Förderkonzessionen für Diamanten und Kupfer sicherten. Die Waffenindustrie bezieht hier wichtige Rohstoffe. Acht von zehn US-Atombomben enthalten kongolesisches Uran. Ziel der neuen Afrikapolitik ist es, Zugeständnisse, vor allem im Bereich staatlicher Souveränität und Selbstbestimmung, die man als Preis für loyalen Antikommunismus zahlen mußte, zurückzunehmen. Daß unter diesen Bedingungen die alte Garde nicht in die neuen Zeiten hinübergerettet werden konnte, war am deutlichsten bei der Absetzung Mobutus in Zaire zu beobachten, der sich als trotzig und uneinsichtig erwies und bis zuletzt nicht begriff, wie ihm geschah und weshalb nicht, wie beim letzten Vormarsch Kabilas in den 80er Jahren, französische und belgische Fallschirmjäger zur Stelle waren, um ihm beizustehen.

Ähnlich könnte es Daniel arap Moi ergehen, der dieses Jahr deutlich zu spüren bekam, daß es nicht angebracht ist, sich beispielsweise über den von Uganda aus organisierten Einmarsch in Ruanda zu beschweren oder als Kriegsverbrecher angeklagte Hutu in seinem Land unterkommen zu lassen. Ihm wurden kurzerhand IWF-Kredite gestrichen, um Druck auszuüben. Erfolgreich, denn er mußte schließlich die Verhaftung der verdächtigen Hutu akzeptieren. Die Mitglieder des UN-Sicherheitsrats zeigten sich hier erneut als unbeteiligte und selbstverständlich ganz und gar unschuldige Schlichter und Friedensbringer, die sich selbstlos an die Arbeit machen, um die zerstrittenen afrikanischen Völker Zivilisation zu lehren. John Shattuck, US Assistant Secretary of State for Democracy, Human Rights and Labor, kommentierte: »Wenn die Gewalt in Zentralafrika - Völkermord, ethnische Säuberungen, die herzzerreißenden Flüchtlingsströme und über große Strecken tragisch umherirrende Menschenmassen - ein Ende finden soll, muß sich die internationale Gemeinschaft zusammenschließen, um die Krise zu beenden. Harte Arbeit und eine nachhaltige Strategie sind erforderlich, um Frieden und Gerechtigkeit in diese desolaten Länder zu tragen. Mit den Verhaftungen im Juli in Nairobi wird den Zentralafrikanern nun zumindest die Chance gegeben, zu versuchen, den Teufelskreis von Rache und Vergeltung zu durchbrechen. Indem sie mit den Regierungen der Region zusammenarbeitet, kann die internationale Gemeinschaft ihnen dabei helfen« (»The Christian Science Monitor«, 14.8.97).

Die Folgen dieser »Hilfe« sind unterdessen zu besichtigen. Sie »Genozid« zu nennen, verschleiert nur die realen Hintergründe der Massaker. »Frieden und Gerechtigkeit« aber ist vielleicht doch etwas anderes.

Konkret 11/97, S. 28

Horst Pankow

Legaler Terrorismus

Die bestialischen Massaker der »Islamischen Heilsfront« in Algerien werden von deutschen Politikern und Journalisten mit erstaunlicher Nachsicht beurteilt. Kein Wunder: Man ist einander schon seit 1992 zugetan

Als im Januar 92 das algerische Militär die Macht übernahm, den bevorstehenden zweiten Gang der Parlamentswahlen, der einen Sieg der »Islamischen Heilsfront« (FIS) erbracht hätte, absagte und einen verhängnisvollen Fehler von 1989 korrigierte - nämlich die damals erfolgte Legalisierung der FIS durch deren Verbot ersetzte -, war die Empörung hierzu lande groß. Ein solch eklatanter Bruch demokratischer Gepflogenheiten sei nicht hinzunehmen. Kaum jemandem fiel damals auf, daß diese Haltung gegenüber Militärputschen von seiten der offiziellen BRD recht neu war. Als Demokratie-Dogmatiker war der deutsche Nachkriegsstaat bislang noch nicht aufgetreten. Im Gegenteil befleißigte er sich in dieser Beziehung stets einer großzügigen Interpretationsfreiheit. Militärische Machtübernahmen - wie beispielsweise der Putsch in der Türkei 1980 - wurden in der Regel als demokratiestabilisierende Maßnahmen begrüßt. Bereits anderthalb Jahre nach dem Coup des algerischen Militärs wurde die gewaltsame Auseinandertreibung des gewählten russischen Parlaments durch Jelzins Truppen frenetisch als Akt der Demokratisierung gefeiert. Doch was Deutschen in Moskau recht ist, muß ihnen in Algier noch längst nicht billig sein. Die um die Macht geprellte FIS fand in der deutschen Öffentlichkeit nicht nur reichlich Sympathie; die sich sonst von einer »Asylantenflut« bedroht wähnende BRD bot sich der FIS-Auslandsleitung bereitwillig als Exil an.

Die FIS ließ sich durch das Verbot nicht davon abhalten, ihre politische Führungsbefähigung unter Beweis zu stellen. Ob legal oder nicht, ob an der Macht oder im Untergrund, die Erreichung ihres Ziels, Durchsetzung der Scharia, sollte auch militärische Repression höchstens verzögern, jedoch nicht verhindern können. Der Zweck ihres bestialischen Terrors besteht in dem Beweis, daß der Geltungsanspruch islamistischer Rechtsvorstellungen auf jeden Fall durchgesetzt wird. Das drückte sich in den letzten Jahren vor allem in der Auswahl ihrer Opfer aus. Neben Repräsentanten der Staatsmacht und Ausländern - darunter bezeichnenderweise keine Deutschen - waren dies in erster Linie Intellektuelle, Künstler, Gewerkschafter und vor allem Frauen, die sich nicht oder nicht vollständig der klerikalen Ordnung fügten. In letzter Zeit hat der »Heilige Krieg« eine weitere Eskalationsstufe erreicht, die sich Beobachtern als eine zunehmende Diffusion des Terrors darstellt. Nun werden ganze Dörfer oder Wohngebiete ausgerottet, deren Bewohner im Verdacht stehen, die Scharia nur halbherzig aus Furcht zu erfüllen. Zunehmend gehören jetzt Kinder (auch Kleinstkinder) und Jugendliche zu den Opfern. »Wir kriegen euch alle! « Der Schlachtruf deutscher Neonazis scheint heute von Islamisten am effektivsten praktiziert zu werden. Selbst ein offener Sympathisant der FIS, der Kasseler Gesamthochschullehrer Werner Ruf, geht von 20.000 bis 25.000 Toten jährlich aus, was wahrscheinlich stark untertrieben ist.

Mit der Präsentation von Zahlen und Fakten aus dem algerischen Schlachthaus ist es hierzulande allerdings so eine Sache. In der Regel werden entsprechende Meldungen in den deutschen Medien eher am Rande abgehandelt. Wenn überhaupt, wird dafür ein lachhafter Grund genannt: Es handele sich um einen »Krieg ohne Bilder« (»Tagesspiegel«). War es Bildjournalisten in Ex-Jugoslawien jederzeit möglich, angebliche serbische Untaten zu belegen - bekanntlich schreckte man dort nicht davor zurück, Mangel an brauchbaren Bildern auch durch plumpe Fälschungen zu überbrücken -, bleibt es im Falle Algeriens »der Vorstellungskraft jedes einzelnen überlassen, aus dem Mosaik von Meldungen über Massaker, nächtliche Razzien der Sicherheitskräfte und dem barbarischen Feldzug der >Islamischen Heilsfront< eine Idee vom Algerien des Jahres 1997 zu gewinnen« (»Tagesspiegel«). Das vom »Tagesspiegel« ausgebreitete »Mosaik« verdeutlicht die für deutsche Medien typische Äquidistanz gegenüber *beiden Seiten.* Wenn schon die von internationalen Agenturen gemeldeten Massaker nicht zu verschweigen sind, soll doch Unklarheit über die Täterschaft herrschen. Es sei nicht klar, auf wessen Konto die Morde gingen, schließlich werde ein großer Teil von den Militärs verübt, um sie den Islamisten in die Schuhe zu schieben. Eine grundsätzlich nicht unberechtigte Überlegung, doch Gründe für ein solches Kalkül werden ebenso wenig genannt, wie die aus anderen Bürgerkriegsgegenden durchaus bekannte Vorgehensweise im Falle Algeriens belegt wird. Als Quelle dieser Behauptungen wird häufig eine von dem islamistischen Anwalt Abdenour Ali Yahia geleitete »Liga für Menschenrechte« angeführt. Dieser Verein gilt aber sogar in der bei der Wahl ihrer Bündnispartner wenig skrupulösen Menschenrechtsszene als äußerst dubios. Yahias Liga definiert Menschenrechte ausdrücklich vermittels islamischer Lesart, was zumindest, wie Sabine Kebir im »Freitag« schreibt, »unter anderem zu erheblichen Einschränkungen der Rechtsvorstellungen bei Gewalt gegen Frauen führte«.

Die islamistische Barbarei ist ein Erfolgskonzept zur Erlangung der Staatsgewalt. Die kürzlich erfolgte Freilassung des FIS-Führers Madani und dessen wahrscheinliche Einsetzung als »Vermittler«, die als »einseitiger Waffenstillstand« deklarierte Arbeitsteilung von FIS und GIA - während diese mit den Massakern fortfährt, bringt jene die politische Ernte ein - und die zunehmende Distanz sowohl der traditionellen »Schutzmacht« Frankreich als auch der USA zum Militärregime sind Wegweiser in eine politische Szenerie, die der deutsche Islam-Spezialist Werner Ruf bereits

»vorgedacht« hat: »Der Terrorismus als politische Aktionsform muß in die Legalität gezwungen werden, indem die Bewegung politisch anerkannt und zum Verhandlungspartner gemacht wird.«

Schon seit Jahren versucht das Militärregime vergeblich, durch Bündnisse mit »gemäßigten« Islamisten und einer verstärkten Islamisierung der Gesellschaft aus der Defensive herauszukommen, und untergräbt auf diese Weise nicht nur die eigene Position, sondern schmälert die Bedingungen jedes antiislamistischen Widerstands. In gewisser Weise erinnert die heutige algerische Situation an die polnische der späten 80er Jahre, als das dortige Militär die Macht Schritt für Schritt an die katholische Solidarnosc abgab. Nachdem die Vorbereitungen der islamistischen Machtübernahme weitgehend abgeschlossen sind, fordert Deutschland nun eine »Intemationalisierung des Konflikts«. Nur so kann es sich gegenüber seinem Konkurrenten Frankreich eine direkte und international anerkannte Einflußnahme sichern. »Wie lange kann die Weltgemeinschaft ihre Augen verschließen?« tönte Kinkel Anfang Oktober vor der Uno. »Taz«Leser wissen, daß sich hinter der platten Rhetorik durchaus tiefere Einsicht verbergen könnte. Das Blatt für deutsche Außenpolitiker im Wartestand hatte jedenfalls die Augen weit geöffnet auf den künftigen Partner gerichtet, als es schon im Februar titelte: »So oder so: Algerien wird islamistisch«.

Horst Pankow ist Redakteur der Zeitschrift »Bahamas«

Konkret 11/97, S. 32

Gaby Hommel

Ruhe und Ordnung

70.000 bosnische Kriegsflüchtlinge haben in diesen Jahr die Bundesrepublik □ freiwillig□ verlassen - unter ihnen zwei Roma, die inzwischen wieder zurückgekehrt sind

»Wir haben beim Ausländeramt ein Papier unterschrieben, in dem steht, daß wir nach Bosnien zurückgehen wollen. Wir haben dies getan, weil sie uns gesagt haben, wenn wir unsere Unterschrift nicht geben, kommt die Polizei und bringt uns zurück. Und dann könnten wir niemals mehr nach Deutschland kommen. Außerdem wurde uns versichert, daß in unserer Heimat wieder alles in Ordnung sei, wir Geld bekämen, um unsere Häuser zu reparieren und die erste Zeit zu leben.« Nur ungern erinnern sich die Vettern Bosko und Mita B. an den Ausgangspunkt ihrer Rückreise nach Bosnien, den abenteuerlichen Aufenthalt dort und die sich anschließende Odyssee nach Deutschland zurück. Doch nachdem ihnen bereits die Sozialhilfe gekürzt, die Arbeitserlaubnis entzogen und anstelle einer Duldung nur noch eine Ausreiseverfügung erteilt worden war, sahen sie im April dieses Jahres keine andere Möglichkeit mehr, als sich jenen rund 70.000 bosnischen Kriegsflüchtlingen anzuschließen, die im Laufe dieses Jahres die Bundesrepublik »freiwillig« verließen.

Mit einem klapprigen Golf, für dessen Erwerb und Zollpapiere sie bereits den größten Teil ihrer von der Sozialhilfe abgezwackten Ersparnisse lassen mußten, machten sich die beiden jungen Männer Anfang Mai auf den Weg. Das Auto vollgepackt mit ihrem gesamten Besitz - also Kleidung, Fernseher, Videorecorder - und in der Tasche pro Person 450 Mark, die ihnen als »Rückkehrhilfe« gezahlt worden waren. An der Grenze zu Slowenien gab es die ersten Schwierigkeiten. »Die haben einfach behauptet, unsere Papiere seien gefälscht. Wir seien keine Bosnier, wir würden nicht so aussehen, wir wären Serben. Sie hielten uns so lange fest, bis wir schließlich zugaben, Roma zu sein.« Die folgende Fahrt durch Slowenien hat insbesondere der 17jährige Mita noch in eindrücklicher Erinnerung. Denn nach dem Weg zu fragen, Essen oder Benzin zu kaufen, erwies sich für ihn und seinen Cousin als Ding der Unmöglichkeit. »Die Leute taten so, als würden sie uns gar nicht sehen und hören. Sie haben den Kopf weggedreht, und manche sind auch aggressiv geworden. Weil: Die meisten Menschen dort sind hell und blond. Und so wie ich aussehe, haben sie schnell erkannt, daß wir Roma sind.«

Zu glauben ist es auf der Stelle. Denn im Unterschied zu seinem um einige Jahre älteren, relativ gesetzt wirkenden und - wie Mita sagt - »käsehäutigen« Verwandten besitzt er selbst ausgesprochen dunkle Haut sowie ein abenteuerliches Outfit, das - obwohl in jeder deutschen Disco zu finden - dem Klischee des »Zigeuners« in jeder Hinsicht entgegenkommt. Mit dem Ergebnis, daß an der kroatischen Grenze nicht nur die Pässe der beiden Roma penibel kontrolliert, das Auto und sein Inhalt bis in die kleinste Ecke durchsucht wurden, sondern auch jede Körperöffnung von Mita. »Sie haben gesagt, wir seien Schmuggler, hätten Rauschgift dabei und noch mehr so verrückte Sachen. Gefunden haben sie gar nichts. Trotzdem mußten wir 150 Mark bezahlen, damit sie uns durchließen.«

Den restlichen Weg, so beschweren sich die Männer, sei es noch schlimmer gekommen. Alle 20 Kilometer habe es Kontrollen auf der Straße gegeben. »Wir mußten jedes Mal 10 oder 20 Mark bezahlen. Vor Bihac waren es sogar 250 Mark. An kroatische oder serbische oder muslimische Bewaffnete. Bis nach Hause.« Bosco und Mita B. stammen aus einer bäuerlichen Siedlung, in der viele Roma leben. Früher gehörte sie zur Gemeinde des benachbarten Ortes. Heute liegt ihr Dorf auf bosnischem Gebiet, während die übrige Kommune zu Kroatien zählt. »Für uns war das sehr schwierig«, erzählen die beiden. »Denn es gibt nur eine Straße, um zu unserem Dorf zu kommen oder von da wegzufahren. Und die führt durch Kroatien, wo wir nicht anhalten und aussteigen dürfen. Wegen der Polizei, aber auch wegen der Leute, die da wohnen. Das ist gefährlich.«

Früher besaß die Großfamilie B. vier Häuser. »Keine wie in Deutschland«, erklären Bosko und Mita. Aber drei seien aus Stein gebaut, nur eines sei eine Hütte aus Holz und Blech gewesen. Und Ackerland und Vieh habe es gegeben. Nicht viel, aber genug, um über die Runden zu kommen; während heute nichts mehr übrig sei außer zwei ausgeplünderten Häusern. »Alles fehlt. Nicht nur die Öfen, Fenster und Türen. Selbst die Rahmen sind weg. Wir sind zur Verwaltung gegangen, haben uns zurückgemeldet und gebeten, daß uns - wie in Deutschland versprochen - Geld zum Leben und zum Aufbau der Häuser gegeben wird. Aber nichts ist passiert.«

Zwei Monate warteten die beiden Rückkehrer, versuchten vergeblich, Arbeit zu finden, lebten von dem restlichem Geld, das sie aus Deutschland mitgebracht hatten, und dem Verkauf ihrer Besitztümer. Doch auch das reichte nicht lange, weil »immer, wenn wir mit dem Auto gefahren sind, mußten wir an die Polizisten bezahlen. Schließlich haben wir selbst unsere Jeans und Pullover und T-Shirts verkauft. Als wir nichts mehr hatten, nicht einmal Essen, sind wir noch einmal zum Amt gegangen. Doch dort wurde uns noch immer kein Geld gegeben, sondern bloß ein Papier. Wir verstehen es nicht genau. Aber es bedeutet wohl, daß kein Platz für uns da ist.«

Alles in allem Grund genug, ein zweites Mal zu fliehen. Doch auf den Rückweg nach Deutschland machten sich die beiden erst, als - wie sie formulieren - »der Ärger los ging«. Es begann damit, daß Bosko seinen im früheren Jugoslawien ausgestellten und damit in Bosnien heute ungültigen Führerschein umschreiben lassen wollte. Eine scheinbar alltägliche

Angelegenheit. Doch für unsere Freunde der endgültige Stolperstein. Denn die frisch eingerichteten Behörden in seinem Heimatdorf besaßen die notwendigen Unterlagen nicht und schickten Bosko zur Erledigung der Angelegenheit in die ehemals zuständige, heute kroatische Nachbargemeinde weiter. »Das war mir sehr unangenehm«, umschreibt der Mann seine Angst vor den dortigen Beamten und möglichen Angriffen durch die Bevölkerung. »Es war nicht einfach«, und kein Wort mehr ist ihm zu der Frage zu entlocken, was denn passierte, als er es schließlich doch wagte, im für ihn »verbotenen Gebiet« anzuhalten und auf einem »feindlichen Amt« vorzusprechen.

Wie auch immer: Irgendwie und irgendwann hielt der Rom die neue Fahrerlaubnis in den Händen. Bis ihn bosnische Milizen das erste Mal damit kontrollierten und feststellten, daß es sich um ein kroatisches Dokument handelte. Bosko wurde als »Verräter« und »Volksfeind« beschimpft, der Führerschein einkassiert und sein Versuch, ihn auf der Polizeistation zurückzubekommen, mit Prügel und der Androhung von Knast quittiert. »Ehrlich! Mein Cousin hat nichts gemacht«, empört sich Mita noch heute über die Situation, die er miterlebte. »Er wollte keinen Ärger, hat sich nicht gewehrt, sondern ist schnell raus.« Trotzdem: Der erzwungene Versuch, in einem Land Fuß zu fassen, daß bereits vor seiner Aufteilung in ethnisch gesäuberte Teilstücke für »Zigeuner« nur Diskriminierung und Verfolgung bereit hielt, endete für Bosco und Mita B. genau an dieser Stelle. Denn von nun an erschien bosnische Miliz regelmäßig bei der Familie, drohte und pöbelte auf der Suche nach Bosko, der sich versteckt hielt. »Was sollten wir tun«, fragt der jugendliche Mita. »>Scheiß-Zigeuner< haben sie gesagt, andere schlimme Sachen und daß wir alle abhauen sollen. Und wir hatten kein Geld mehr. Wir konnten nicht mehr bezahlen, damit wir unseren Frieden haben.«

Im August kamen Mita und Bosko nach Deutschland zurück. Mit Hilfe von Schleppern, deren Bezahlung sie durch den Verkauf ihres bis zum Schluß gehüteten Autos ermöglichten. Und da sie zu den wenigen Flüchtlingen zählen, die deutsche Bekannte haben, ist es ihnen geglückt, einen zweiten Asylantrag zu stellen. D. h., zur Zeit besitzen sie eine erneute Gnadenfrist: Es ist ihnen erlaubt, sich wieder solange in der Bundesrepublik aufzuhalten, bis das »Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge« entschieden hat. Was im Zweifel sehr schnell gehen kann. Zumal die Möglichkeit besteht, daß ihr erneutes Schutzbegehren gar nicht erst zur Bearbeitung angenommen wird. Denn wie jeden Tag in der Zeitung zu lesen ist: Es herrscht Ruhe und Ordnung im ehemaligen Jugoslawien.

Konkret 11/97, S. 34

Walter Baier

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
Diese Frage stellte KONKRET in Heft 10/97 aus Anlaß seines 40. Geburtstags Autoren/Autorinnen, Politikern/Politikerinnen und Künstlern/ Künstlerinnen, die in den letzten Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind. In diesem Heft antworten Walter Baier, Micha Brumlik und Georg Seeßlen

Tempora mutantur. Vor 20 Jahren herrschte - nicht nur in Österreich - allseits akzeptiert der sozialstaatliche Konsens. Das bißchen Wohlfahrtsstaat war den Bürgerlichen, wohl auch im Wissen um die mögliche Widerrufbarkeit, die Einbindung der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Bürger-Frieden wert. Leider geriet das Selbstbekenntnis eines Bruno Kreisky - »Regiert wird rechts« - hinter seiner postumen Verklärung in Vergessenheit. Denn in der Tat erweist sich in den heutigen entpolitisierten Gewerkschaften und den für die Haiderei anfälligen Wählermassen, daß die Überführung des Klassenkampfes in institutionalisierte Klassenkooperation auf die Abschaffung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hinauslief (was selbst die Faschisten nicht zustandebrachten).

Tempora mutantur. Der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär, brav und bieder wie je, weiß nicht, was ihm geschieht, wenn ihn heute die Medien zum linksradikalen Umstürzler stilisieren. Eine Ablehnung von Lauschangriff und Rasterfahndung wird für die grüne Parlamentsabgeordnete gleichbedeutend mit ihrem Outing als »Anarchisten-Freundin«. Und selbst der katholische Jugendleiter kann sich vom Kommunismus-Verdacht nicht mehr exkulpieren, sobald er seine Unterschrift unter den Anti-Nato-Appell gesetzt hat. Neoliberaler Umbau der Gesellschaft bedeutet für das Kapital vor allem Wegschaffen des sozialstaatlichen Schutts, dessen Anhäufung man im Kalten Krieg nolens volens akzepetierte. Wo das politische Personal nicht freiwillig die Caterpillar anwirft, wird ihm der blaue Brief zugestellt.

Angesichts dieser Wandlung des Systems zu seiner Kenntlichkeit ist entweder das sachliche »Was« oder das adverbielle »Noch« in eurer Frage nach der Linken verfehlt. Soziale Sicherheit, menschenrechtskonforme Immigration, zivilisierte Außenpolitik, Verteidigung demokratischer Restbestände usw. ... Welcher humane Standard, der der neoliberalen Brutalisierung der gesellschaftlichen Beziehungen im Weg herumliegt, wäre heute anders als von der politischen Linken zu artikulieren? Woran es uns mangelt, sind offensichtlich nicht die Gegenstände, sondern die Subjekte. Das »Wer« stellt sich problematisch.

Je mehr sich mit der Rechtsentwicklung die Dringlichkeit linker Opposition erweitert, desto häufiger kultivieren - zumindest in deutschsprachigen Ländern - Linksintellektuelle einen lähmenden Weltschmerz, der wohl auch Reflex der vorherrschenden akademischen Kultur ist, vor allem begreifbar aus dem Kontrast zwischen elitären Ansprüchen und dem Ungemach der politischen Randlage, in der man sich befindet.

In dieser Situation geht es mir weniger darum, abzugrenzen, was und wer gerade »noch« als links durchgehen darf. Rechthaber gibt es links genug. Worum es auch im Sinne des »Was« ginge, ist die Organisierung von mehr Kommunikation und der Solidarität zwischen den nicht wenigen, die sich bei allen Unterschieden als Opposition zum kapitalistischen System begreifen. In dem Sinn: Alles Gute zum Vierziger.

Walter Baier ist Vorsitzender der Kommunistischen Partei Österreichs

Konkret 11/97, S. 34

Micha Brumlik

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
Diese Frage stellte KONKRET in Heft 10/97 aus Anlaß seines 40. Geburtstags Autoren/Autorinnen, Politikern/Politikerinnen und Künstlern/ Künstlerinnen, die in den letzten Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind. In diesem Heft antworten Walter Baier, Micha Brumlik und Georg Seeßlen

Das heißt *erstens - ganz* vorpolitisch und persönlich - das Bemühen um eine Haltung. Dazu ist das Wesentliche schon vor mehr als vierzig Jahren so richtig artikuliert worden, daß es nicht nur stets wiederholt werden kann, sondern auch immer wiederholt werden muß. Theodor W Adorno notierte es in seinen erstmals 1951 erschienenen »Reflexionen aus dem beschädigten Leben«, den *Minima Moralia:* »Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der anderen noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.«

Das heißt *zweitens,* den richtigen Traditionen treu zu bleiben: also nicht der bedeutenden und aller Achtung werten liberalen amerikanischen Revolution von 1776 mit ihren attraktiven Prinzipien »Life, Liberty and the Pursuit of happiness«, sondern den Prinzipien der französischen Revolution von 1789, »Liberté, Egalité, Fraternité«, zu deutsch: Freiheit ' Gleichheit, Geschwisterlichkeit, also: das Errichten unverbrüchlicher rechtlicher Sicherungen wider die Willkür des Staates gegenüber einzelnen, Gleichheit vor dem demokratisch und nur dem demokratisch verabschiedeten Gesetz, Gleichheit der Chancen sowie annähernde Gleichheit der Ergebnisse; schließlich der Versuch, einen Rahmen für Lebensformen zu entwickeln, die nicht durch Entfremdung gekennzeichnet sind. »Links« zu argumentieren, heißt dann aber auch, die Begründungspflicht dafür zu übernehmen, daß das liberal-konservative Dogma, wonach mehr Freiheit auf Kosten von mehr Gleichheit und mehr Gleichheit auf Kosten von mehr Freiheit gehen muß, falsch ist.

Zu den richtigen Traditionen gehört auch Karl Marx: Freilich nicht der antisemitische und linksradikale Autor der »Judenfrage«, die das leninistisch-stalinistische Mißverständnis der Bürger- und Menschenrechte vorbereitete, sondern der kühle und nach wie vor aktuelle Analytiker des Kapitals.

Das heißt drittens, sich nicht nur - was heute jeder bessere bürgerliche Konservative auch tut - die Freiheit zur grundsätzlichen Kritik am Kapitalismus zu bewahren, sondern auch ernsthaft, das heißt institutionell, über Alternativen zu der tragenden Institution der gegenwärtigen Ökonomie, dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln und Finanzkapitalien nachzudenken.

Das kann viertens nur heißen, allem neoliberalen Zeitgeist zum Trotz den Gedanken einer demokratisch legitimierten Regulierung sowohl der Welt-, als auch der europäischen bzw. der nationalen Ökonomie öffentlich zu vertreten und auf der Höhe der Zeit und ihrer Probleme neu zu entwickeln.

Das aber heißt fünftens heute nichts anderes, als an den Theorien von Keynes im Grundsatz festzuhalten, den Sozialstaat durch seine Weiterentwicklung zu bewahren, und also im politischen Meinungskampf allen Individualisierungs-, Zivilisierungs- und Globalisierungsideologen Paroli zu bieten. Wer die tiefe Ambivalenz der »bürgerlichen Gesellschaft« zugunsten »zivilgesellschaftlichen« Säuselns nicht mehr sehen will und den längst von Marx vorausgesagten, vollendeten Weltmarkt mit starrem Blick auf die ökonomisch erfolgreichen, ökologisch und politisch ruinösen Staaten Südasiens zur »Globalisierung« als »Schicksal« oder »Chance« hochjubelt, hat sich leider von den Verhältnissen dumm machen lassen.

Micha Brumlik ist Professor für Erziehungswissenschaften an der Universität Heidelberg und Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen

Konkret 11/97, S. 34

Georg Seeßlen

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
Diese Frage stellte KONKRET in Heft 10/97 aus Anlaß seines 40. Geburtstags Autoren/Autorinnen, Politikern/Politikerinnen und Künstlern/ Künstlerinnen, die in den letzten Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind. In diesem Heft antworten Walter Baier, Micha Brumlik und Georg Seeßlen

Was ist was?

Mit »was« leiten wir gemeinhin erstens eine Frage nach der stofflichen oder ideellen Entität ein. Was ist eine Dampfmaschine? Was ist ein Gedanke? Die erste Frage ist vergleichsweise einfach mit Hilfe von Modellen, schematischen Abbildungen und Wirksätzen zu beantworten. Die zweite Frage ist überhaupt nicht zu beantworten, weil der Gedanke nur mit Hilfe von Gedanken zu erklären wäre. Oder wir fragen zweitens mit »was« nach einer Eigenschaft. Was ist heiß? Was ist rot? Die erste Frage kann ich auf dreierlei Arten beantworten. -

Heiß ist, was auf einer objektiven Skala als solches festgeschrieben ist (wenn das Thermometer in den roten Bereich kommt). Oder: Das Wasser ist heiß, wenn es kocht und demnach für das Einlegen von Frühstückseiern geeignet ist. (Sie versteh'n: Die Praxis bestimmt die Empfindung, und die Sprache begleitet die Bestimmung.) -

Heiß ist im besonderen, was ich so empfinde (zum Beispiel, wenn ich die Kartoffel aus der Hand fallen lasse), und im allgemeinen, was als Empfindung besprochen werden kann. Vielleicht ist dir der Kaffee zu heiß. Mir nicht. -

Heiß ist, was auch die allgemeine Lebenspraxis bestimmt. Heute ist ein heißer Tag. Da ziehe ich keine Socken an. Das Schwimmbad hat geöffnet, da kann ich nicht hergehen und sagen, es ist mir nicht heiß genug.

Aber wie alle körperlichen Empfindungen tendiert auch »heiß« dazu, bildhaft verwendet zu werden. Zum Beispiel kann man heißen oder kühlen Jazz spielen. Wenn man es im Business zu etwas bringt, wird man als »heißer Name« gehandelt.

Was »rot« ist, kann ich mit keinem noch so schlauen Satz beantworten. Ich muß mich vollkommen auf die Sprache gewordene Empfindung meiner Mitmenschen verlassen. (Freilich erkennt selbst ein farbenblindes CDU-Mitglied auf Anhieb eine »rote Socke«.) Und daß ein bestimmtes Mozart-Andante ziemlich rot klingt, ist eine Behauptung, der man nur Sympathie, Unverständnis oder eine Doktorarbeit entgegenbringen kann.

Schon sind wir bei der dritten Kategorie von »Was«-Fragen, die nicht die Gegenstände und Eigenschaften und ihre Empfindungen, sondern ihre Bearbeitungen betreffen. Was ist freundlich? Was ist klug? Auf diese Fragen gibt es hauptsächlich dumme Antworten. Klug ist, was ich sage, und dumm, was du darauf antwortest. Ich bin nicht so dumm, zu behaupten, mein Gedanke sei klug. Kurzum: Wir sind in einer Kategorie von »Was«-Fragen, die nicht ohne Definitionsmacht zu beantworten sind. Was ist obszön? Was ist aufrührerisch?

Was in der »Was«-Frage machtgestützt ist, löst auf der anderen Seite Taktik, Strategie, Diplomatie, ja Verstellung aus. Ein Wort oder ein Satz, die nur über Definitionsmacht zu vermitteln sind, lösen automatisch die Lüge aus.

Die Frage »Was ist links?« gehört also einerseits in diese letzte Kategorie, was unter anderem keine »fundamentale« Beantwortung mehr zuläßt, kein Ein-für-allemal und keine Unbedingtheit, wie sie, sagen wir einmal, die Frage »Was ist Liebe?« auslösen mag; sie umfaßt aber andererseits auch alle anderen Kategorien - unter anderem, weil wir darauf bestehen müssen, daß man nicht nur links denken, sondern auch links sehen, hören und empfinden wird. Wenn überhaupt. Sie reicht von meßbaren Eigenschaften (links ist jemand, der es nicht für gut heißt, daß die Welt den Fabrik-, Bank- und Grundbesitzern zur freien Ausbeutung Überlassen wird, und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen andere Konzepte von Arbeit und Konsum entgegensetzt) Über Empfindungen (links ist, wer sich in der Erfahrung von Solidarität wohler fühlt als in der von Konkurrenz) und deren Bearbeitung (links ist der Versuch, die materiellen Ursachen des Leidens in einem kritisch-wissenschaftlichen Sinne zu erkennen und zu beheben) bis hin zu dem Teil der »Was«-Frage, dem man sich nicht mehr nähern kann, ohne zugleich die paradoxe Frage nach der Definitionsmacht zu stellen. (Sie ist im übrigen pragmatisch verkleidet als Frage nach dem »richtigen« Links-sein.) Anders als das Klug-sein ist das Links-sein immer doppelt definiert, nämlich von dem »Linken« und von dem, der es gerade nicht sein will. Als Anspruch und als seine Unterdrückung. Die »Was«-Frage hebt sich also selber auf, beziehungsweise sie stellt sich auf einer zweiten Ebene neu: Wer bezeichnet wen zu welchem Zweck als links?

Was ist ist?

Das »ist« in »Was ist« ist eine Feststellung. Einmal von der nicht unattraktiven Frage abgesehen, ob eine Feststellung (Fest=Stellung) nicht in sich nicht-links ist, bringt sie uns in ein neues Dilemma: nämlich zur Gleichzeitigkeit von sein als existieren, definieren und identifizieren. Was (heute) links ist, zerfällt daher in einander widersprechende Fragen: Was ist

das Vorhandensein von wirklichem linken Einfluß- auf die Verhältnisse? Was ist es, was wir vom Linkssein wissen können? Kann ein Linkssein ohne gesellschaftliche Praxis überhaupt etwas von sich selber wissen? Oder muß es sich, um zu solcher Praxis zu gelangen, bis zur Selbstverleugnung undefiniert lassen? Die Frage fährt schon hier, tückisch, als hätte sie der Gegner formuliert, in die eigene Virtualität oder in die postmoderne Form von Unterdrückung, in der jede Theorie die Praxis, und jede Praxis ihre Theorie aufzuheben gezwungen sein soll. Das klingt schwurbelig und ist doch sehr anschaulich an allen Personen und Institutionen zu zeigen, die von sich behaupten, »linke Politik« zu machen.

Was ist heute?

Heute dauert vierundzwanzig Stunden und ist die dynamische Grenze zwischen dem Vergangenen und dem Zukünftigen, vielleicht auch zwischen dem, was ich weiß, und dem, was ich nicht weiß. Aber natürlich ist »heute« auch eine ungefähre Gegenwart in einem kulturellen und politischen Zusammenhang. »Heutigenzumtags«, wie Karl Valentin sagt. Heute, das ist. auch, zum Beispiel, um etwas ganz Ekliges zu zitieren, »unsere schnellebige Zeit«. Oder eine Ära, in der alles gegen eine Revolution und demnach auch gegen das Links-sein spricht.

Wiederum also zerfällt die Frage in eine mögliche Konkretion (das wäre ja eine wirklich interessante Aufgabe, zu dokumentieren, was an genau diesem Tag, dem 8. Oktober 1997 links geschehen ist, an Taten Reflexen, Gedanken und, meinethalben, Träumen) und ein vages Beschreiben einer sehr unlinken Komposition der »Befindlichkeit«.

Was ist noch?

Auch dieser Teil des Fragesatzes zerfällt in einen materiellen und einen linguistischen Aspekt. Die Frage, was noch grün ist, zum Beispiel, kann ich als Frage nach dem verbleibenden Grün verstehen (etwa weil die schurkischen Chemiekonzerne im Verein mit den fröhlich ihre Wiesen überrodelnden Landwirten unser Saftgras zerbräunt haben), aber auch als eine nach dem grundsätzlichen Zweifel an der Empfindung grün. Entweder durch Überdifferenzierung (ich kann nicht in ein Farbgeschäft gehen und einfach »grün« haben wollen) oder durch wissenschaftliche Genauigkeit (grün ist gelb und blau), durch Dekonstruktion (in Wahrheit gibt es überhaupt kein grün, sondern nur ein chaotisches Empfindungsgeschehen und einen Mythos namens grün) oder durch die euphemistische Sprachzersetzung, zum Beispiel des Fernsehens oder der Werbung: Wollen Sie Ihr Auto in »Irisch«, »Naturlind« oder »Leaf metallic«? Was also ist im »noch« in Gefahr zu verschwinden? Der U ? Die Empfindung? Oder das Wort?

Lassen wir den historischen Selbstzweifel beiseite, der im »Noch«-Teil der Frage steckt und wenden wir uns dem Sprachzweifel zu, und also endlich der Frage:

Was ist links?

Die Identität einer historischen, politischen und auch ästhetischen Einstellung (im Sinne der Einstellung einer Kamera) mit einem Begriff, der die Orientierung im Raum erleichtert, mag seinen Ursprung in einem historischen Umstand haben, tatsächlich ja in einer »Kammer« und einer Sitzordnung, einer räumlichen Inszenierung politischer Macht; er hätte sich freilich nicht gehalten, berührte diese Gleichung nicht tiefere Schichten von Wahrnehmung und Bewußtsein. Das hat einige erfreuliche Aspekte (zum Beispiel ist »links« im Bild immer die »weiblichere«, sanftere, humanere, glücklichere Abteilung, während nach rechts das Kriegerische, Drohende und »Phallische« ausgerichtet ist - natürlich ist auch das nicht einfach wie es ist, sondern eine Frage von Zusammenhang und Geschichte, aus der wir aber nicht einfach aussteigen können), aber auch eine Reihe von unerfreulichen Nebenwirkungen (nicht nur, weil links generell im Christlich-abendländischen auch das »Falsche« und »Widerständige« geschieht - daraus hat sich ja stets noch linke Mythologie speisen lassen): Das Linke ist, ausgerechnet, zugleich das Unklare, Widersprüchliche, Ungestaltete (das, aus dem nur etwas werden kann? Aber was, wenn es nicht das Rechte sein will?). Und zum Zentrum verhält sich das Rechte stets zum Linken wie das erste zum zweiten. Auch das wäre noch kein Beinbruch; schon das Märchen hat uns gelehrt, daß das erste nicht das erste und das zweite nicht das zweite bleiben muß. Wenn die Unzufriedenheit und die Ungerechtigkeit nur groß und der Mut und Zorn nur ausgebildet sind. Die Voraussetzung dafür ist freilich Bewegung und Drama, und wiederum ihre Wirkung. Man könnte auch sagen: Die Voraussetzung dafür ist ein Text. (Eine Erzählung, wenn man es sinnlicher haben will.)

Ein Schlachtfeld dafür ist die Sprache, und ein Satz wie »Was ist heute noch links?« ließe sich auch übersetzen als: In welcher Sprache kann Links-sein noch ausgedrückt und verstanden werden? Oder: Welchen linken Text gibt es hier und jetzt? Die Sprache selber, so muß uns scheinen, wandert nach rechts ab (oder, genauer: wird nach rechts abgedrängt). Das geschieht keineswegs nur durch die Strategie der »Neuen Rechten«, Begriffe der Linken zu »besetzen«, sondern vor allem in der kannibalistischen Semiotik des Mainstreams. Keine noch so intelligente linke Kultur kann Sprache so schnell bilden und reflektieren, wie sie in den Mainstream-Nebeln von RTL, »Spiegel« und Straßenbahn wieder verschwindet. Ein Satz, der durch die Maschine der Medien getrieben wurde, kann sich noch nicht einmal darauf verlassen, wenigstens als das

Gegenteil dessen herauszukommen, als das er formuliert ward. Worauf man sich indessen verlassen kann, ist, daß jeder Gedanke, der als linker in die Maschine gesteckt wird, entweder als rechter wieder herauskommt oder zur Produktion des rechten Gegen-Satzes dient. Links verschwunden ist er in beiden Fällen.

(Im übrigen ließe sich hier nebenbei die Frage stellen, ob Fake-Wissenschaft und Wortstrudel der »neuen Philosophen« Teil dieser Maschinerie sind oder ein komisch-verzweifelter Versuch, ihr zu entkommen. Spätestens im »Spiegel«-Interview kommt es allerdings nicht mehr darauf an.)

So kann die Beantwortung der Frage »Was ist heute noch links?«, die zunächst einen solchen Wortschwall ausgelöst zu haben scheint, als gelte es, der Ratlosigkeit wenigstens mit intellektuellem Klamauk zu begegnen (Leserin und Leser mögen verzeihen), genau an diesem Tag nur mit einer radikalen und asketischen Geste beantwortet werden: mit ihrer Zurückweisung.

Wie es keinen Frieden mit einem Staat gibt, der den Reichtum von unten nach oben lenkt, wie es keinen Frieden geben kann mit privatem Produktionsmittelbesitz, mit Kapital und Ausbeutung, wie es keinen Frieden geben kann mit dem rassistischen Drohnentum und der Mobster/Konzern-Herrschaft in den Metropolen, wie es keinen Frieden geben kann mit den fröhlichbuntbrutalen Konsensfabrikationen, so gibt es keinen Frieden mit einer Sprache, die ihn erzwingen will. Was aber gegen diese Herrschaft spricht, muß heute wie morgen und an noch manchem Tag erarbeitet werden, unter anderem in der Auseinandersetzung mit der Erfahrung, daß Links-sein noch gar nichts garantiert.

Georg Seeßlen hat soeben in der konkret-texte-Reihe den Band Derrick und die Dorfmusikanten. Miniaturen zur deutschen Unterhaltungskultur veröffentlicht

Konkret 11/97, S. 37

Vorwärts! Nieder! Hoch! Nie wieder!

Eine Revue

Geburtstage, Jubiläen sind kleine Beerdigungen, zu deren Feier auch weniger befreundete Nachbarn das kleine Schwarze anlegen und ein Sträußchen bringen. So auch zu KONKRETs Vierzigstem, dessen Resonanz bei Presse und Fernsehen einige Kennerschaft verriet - und damit die Mühe, die sie sich all die Jahre mit dem Totschweigen gemacht haben. Hier ein Auszug aus der Kondolenzliste. (Soviel Selbstbeweihräucherung muß sein.)

Aus einem Interview der »Süddeut«hen Zeitung« mit Hermann L. Gremliza:

Sie leiten das Buch (Vorwärts! Nieder! Hoch! Nie wieder! 40 Jahre KONKRET) *mit einem Vorwort ein, in dem Sie schreiben: » Verflogen sind die Illusionen, die auch in dieser Zeitschrift einst verbreitet worden sind « Ist das Ihr Kommentar zum Ende des Sozialismus und zum Verhältnis, das KONKRET dazu hat?*

Vor kurzem hat sich die »Frankfurter Allgemeine« darüber gewundert, daß Fidel Castro vor der Vollversammlung der Uno doppelt soviel Beifall bekommen hat wie Bill Clinton. Wer auf seine eigene Propaganda hereinfällt, versteht halt manchmal die Welt nicht mehr. Natürlich waren für die südlichen Kontinente die Oktoberrevolution und ihre Folgen die einzige Hoffnung, und wenn die Politiker dieser Hemisphäre ihren Gefühlen einmal freien Lauf lassen können, kommt es zu sowas. Die Hoffnung selber existiert nicht mehr.

Mit den Illusionen aber, die auch KONKRET einst verbreitet hat, ist anderes gemeint: daß die SPD vielleicht doch, wie im Godesberger Programm versprochen, eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung anstrebe oder daß die Grün-Alternativen zu etwas anderem sich entwickeln könnten als zu einer Öko-FDP. Kurzum: daß in und aus dem parlamentarischen System eine Opposition erwachsen könne, die - wie die Herren Voigt und Roth als Jusos das nannten - mit einer »Strategie der systemüberwindenden Reformen« den Kapitalismus besiegen würde. Wie Sie wissen, hat das System aus diesen Revolutionären reformüberwindende Strategen gemacht. Und der ökologische Umbau der Industriegesellschaft ist im Umbau der Ökologen steckengeblieben.

Der übliche Vorwurf gegen die Zeitschrift lautet, sie sei ein Blatt von Eingeweihten für Eingeweihte.

Eingeweiht in was? Es muß, wer KONKRET lesen will, gewiß in die deutsche Sprache »eingeweiht« sein, das heißt, er muß auch Sätze lesen können, die über die »Tagesthemen« oder »Ich Tarzan - du Jane« hinausgehen. Wer über Politik und Gesellschaft anderes erzählen will, als jeder Leitartikler oder Talkshow-Master erzählt, der muß seine Leser auch zu geistigen Anstrengungen herausfordern. Nur wer es seinen Lesern schwer macht, bringt sie weiter. Wer ihnen erzählt, was sie beim ersten Überfliegen verstehen, sagt ihnen nur, was sie eh schon wußten. Daß Maximen wie diese die Auflage nicht in steile Höhen treiben, ist uns bewußt. Wenn wir eine Zeitschrift mit möglichst hoher Auflage machen wollten, würden wir eine andere Zeitschrift machen. Aber davon gibt es schon mehr als genug.

Zwei KONKPET-Mitarbeitern, Horst Tomayer und Ernst Kahl, widmen Sie ein eigenes Kapitel. Nimmt man Ihre eigenen Polemiken hinzu, heißt das: Uns geht‘s um Polemik?

Wenn Sie das im Sinne von »Alles immer nur runterreißen« meinen, haben Sie recht. Polemik ist ein Stilmittel der Aufklärung und deshalb unter den Deutschen so unbeliebt wie diese. Ich bin Niedermacher, und ich bin es gern.

Der Vorläufer von KONKRET hieß »Studentenkurier«. Wer ist heute die Klientel?

KONKRET ist jetzt 40, der Herausgeber bald 60, die Redakteure sind auch schon ein Weilchen aus den Pampers raus - man könnte annehmen, daß die Leser mit ihrem Blatt alt geworden sind. Die meisten KONKRET-Leser aber sind zwischen 25 und 35 Jahren alt. Der Grund dafür dürfte sein, daß auf dem Weg der beruflichen Karriere, der den meisten ja weit über dem Durchschnitt begabten und gebildeten KONKRET-Lesern offensteht, die allmonatliche Erinnerung an eine Zeit, in der die eigenen Gedanken noch frei waren, als lästig und immer lästiger empfunden wird. Dabei bleibt nur, wem es gelingt, zu den Zwängen seiner bürgerlichen Existenz kritische Distanz zu wahren. Die Kernleserschaft muß KONKRET immer wieder neu gewinnen.

Aus »Der Spiegel«:

Nun ist auch die Paradezeitschrift der westdeutschen Linken 40 geworden, aber immer noch hält KONKRET - am Steuer Deutschlands letzter Linker, Hermann L. Gremliza - eisern Kurs gegen alles Rechte, Bürgerliche, Angepaßte. Für den Jubiläumsband verweigerten nun Ex-Genossen die Zustimmung zum Wiederabdruck alter Beiträge - zwei Abtrünnige, zwei Feinsinnige und eine Nachlaßverwalterin: Wolf Biermann und Jan Philipp Reemtsma, Roger Willemsen und Uwe Nettelbeck, schließlich Bettina Röhl, Tochter von Ulrike Meinhof. Erst für 5.000 Mark pro Stück wollte sie die berühmten

Kolumnen ihrer Mutter freigeben.

Aus einem Interview der »Hamburger Morgenpost« (von dieser bei Redaktionsschluß von KONKRET noch nicht veröffentlicht):

Herr Gremliza, wie fühlt man sich als letzter Linker?

»Der letzte Linke«, wie ein Nachrichtenmagazin geschrieben hat, bin ich glücklicherweise nicht. Ich bin Kommunist, und mir geht es gut - unglücklicherweise für alle jene Ex-Linken, die ihre Karriere mit einem Magengeschwür bezahlt haben und morgens lieber ins Schnapsglas kucken als in den Spiegel.

Und zu allem Überfluß vom Großinquisitor Gremliza in seinen Kolumnen unbarmherzig verfolgt werden, weil sie vom wahren Glauben abgefallen sind.

Daß der Sozialismus für sie eine Glaubenssache war, ist das Problem. Vom Glauben kann man abfallen, vom Wissen nicht. Hätte ich den Marxismus als Religionsersatz verstanden, gehörte ich inzwischen auch einer anderen Kirche, den Scientologen oder den Ökologen, an. Im übrigen stimmt es nicht, daß ich ehemalige Linke verfolge, weil sie sich geändert haben.

Sondern?

Weil sie sich nicht geändert haben. Wenn aus dem maoistischen Denunzianten ein deutschnationaler Denunziant wird, bleibt er sich doch in der Hauptsache treu. Nehmen Sie den Hamburger Dichter Peter Schütt: Bis zur Wende war er ein DKP-Pfaffe, jetzt macht er für Springer den pfäffischen Kommunistenjäger. Ich habe ihn 1976 in KONKRET als »Ganghofer im Wunderland« porträtiert. Auch er ist geblieben, als was ich ihn damals beschrieben habe: ein schlechter Schriftsteller, der lügt, wenn er den Mund aufmacht.

Es soll Leute geben, die panische Angst haben, von Ihnen durch den Kakao gezogen zu werden.

Den meisten ist es natürlich wurst. Es ist aber geschehen, daß ein Träger des sogenannten Kisch-Preises mir beim Bier das Versprechen abnehmen wollte, nicht bei mir vorzukommen.

Und?

Ich bin schwach geworden.

Sie schonen ja auch Ihren ehemaligen Freund Jan Philipp Reemtsma, obwohl der sich vom Marxismus abgewendet und Ihnen sogar verboten hat, einen seiner alten KONKRET-Texte im Jubiläumsband abzudrucken.

Ich habe vor lauter Sympathie nicht gesehen, daß KONKRET für ihn nur eine Station auf dem Weg sein würde, ein nützliches Glied der Gesellschaft zu werden.

Ihr mildes Urteil hat nichts damit zu tun, daß er viel Geld in Ihr Blatt gesteckt hat?

Daß ich ihn dazu verleitet habe, hat weder KONKRET genützt noch mir. Seine Verbindung mit KONKRET war ein Fehler, *mein* Fehler, den ich nicht ihm anlasten kann.

Träumen Sie von mehr Lesern?

KONKRET hat heute am Kiosk 30.000 bis 35.000 Käufer - nicht schlecht für die letzte linke Publikumszeitschrift im Land. Aber Auflagenzahlen sagen wenig. Die »Weltbühne« hatte zu ihren besten Zeiten eine Auflage von gerade mal 16.000 und gilt heute doch zu Recht als die bedeutendste Zeitschrift der Weimarer Republik.

Wieviel Leser haben Sie Ihre Attacken gegen die Friedensbewegung während des Golfkriegs gekostet?

Auf einen Schlag etwa 1.500 Abonnenten, im Lauf der Zeit vielleicht das Dreifache. Es stellte sich damals heraus, daß die Friedensbewegung auch eine völkische Fraktion hatte, die ihren Antisemitismus als Antizionismus und Pazifismus verkleidete. Das mußte in KONKRET gesagt werden, was immer es kosten würde.

Derzeit wird öffentlich viel über den Deutschen Herbst vor 20 Jahren nachgedacht. Interessiert Sie das?

Von nachdenken kann keine Rede sein - es wird aufgekocht und abkassiert. Und alle beeilen sich, dem Staat zu versichern, wie prima er damals alles gemacht habe. Stefan Aust, der in seinem RAF-Buch vor zehn Jahren erklärt hat, daß er nicht wisse, wie die Stammheimer ums Leben gekommen sind, weiß heute im »Spiegel« ganz genau, daß sie Selbstmord begangen haben. Es ist in der Zwischenzeit kein einziges neues Faktum bekannt geworden. Es ist die Stimmung im Land, die keinen Zweifel mehr erlaubt.

Aus der Reihe »Politische Literatur« im Deutschlandfunk:

»Wer die Gesamtkatastrophe ansagt und recht erhält, hat in dem Augenblick, worin er recht erhält, keinen Leser mehr, der ihn kaufen und bewundern könnte; er hat sein ganzes Ansehen nurmehr unter den Skeletten«, schrieb zu Beginn des Jahres 1991 Peter Hacks in KONKRET ... Hacks fuhr fort: »Wie man es immer dreht, ob das Gefüge der Dinge demnächst zusammenbreche oder nicht, verkaufstechnisch ist es günstiger, das Weiterbestehen des Universums für eine Gewißheit zu nehmen oder, auch wenn man es nicht für gewiß hält, jedenfalls von ihm auszugehen.«

Diesen Rat hat Hermann L. Gremliza beherzigt, als er sich daran machte, zum 40jährigen Jubiläum der von ihm herausgegebenen Zeitschrift KONKRET eine Anthologie jener Artikel zusammenzustellen, die er nach wie vor für lesens-, wenigstens erinnernswert erachtet, und das Ganze *»Eine* linke deutsche Geschichte« zu nennen. Eine wohlgemerkt, nicht *die* Geschichte. Diese eine Geschichte stellt sich ihm allerdings so dar, als hätten alle Versuche einer linken Opposition in der Bundesrepublik wohl oder übel scheitern müssen, mit einer Ausnahme, eben KONKRET.

Man kann die Selbstgewißheit, daß die Zeitschrift als einzige den Untergang der Linken überstanden habe, als eitel oder größenwahnsinnig verurteilen, und doch hat Gremliza insofern recht, als es eine, seine Leistung war, eine linke Zeitschrift über den historischen Bruch von 1989 hinwegzuführen, beirrt oder unbeirrt eine linke Kritik zu formulieren angesichts des Umstands, daß Sozialismus in der Bundesrepublik inzwischen unter der Rubrik Regierungskriminalität firmiert. Neidvoll oder auch neidlos muß man ihm zugestehen, daß das Kunststück ohne den Herausgeber als Autor kaum hätte gelingen können.

Gremliza kann so schreiben, daß noch immer genügend viele Leser aufs nächste Heft gespannt warten, und neben sich hat er in der Zeitschrift zwei, drei weitere, die es ihm gleich taten und tun, Wolfgang Pohrt zum Beispiel oder Michael Scharang... Und Horst Tomayer macht bis auf den heutigen Tag alles wieder gut was mancher Klugscheißer in manchem Heft der Zeitschrift schlecht gemacht hat. »Tomayers ehrliches Tagebuch« gehört neben Gremlizas Kolumne und seinem »Express« zu den Sachen, derentwegen KONKRET sich zu lesen lohnt, nachzulesen allemal.

»Die Zeit des Niedergangs ist vorbei«, schrieb Peter Hacks zum Ende seines zitierten Artikels. »Der Niedergang ist so ungeschickt gewesen, unten anzukommen. Alles, dessen Verlust man irgendwie bedauern könnte, ist weg und dahin. Es geht nun nicht mehr weiter nieder. Jetzt, wo alles zum Schlechtesten geraten ist, stellen sich die Fragen neu. Manche stellen sich gar nicht mehr, etwa die nach einer ständig sich verschlechternden Zukunft. Sehen Sie, wenn man einmal unten ist, ist man durch.«

Aus der TV-Sendung »Kulturzeit« (ZDF/ 3SAT):

1957, als neue Jugendkulturen entstanden und reaktionäre Kräfte nach Ordnung riefen, erschienen die ersten Ausgaben der Zeitschrift KONKRET. Herausgeber war Klaus Rainer Röhl. Er hatte nicht nur Finanzierungshilfen aus Ostberlin besorgt, sondern holte auch seine spätere Frau in die Redaktion: Ulrike Meinhof wurde Chefredakteurin ... Mit den Protesten wuchs der linke Status. KONKRET berichtete über staatliche Repressionen, Nazipolitik, Korruption und Ausbeutung der Dritten Welt. Als die Apo sich auflöste, stand KONKRET, das Kultobjekt einer neuen Generation, vor dem Konkurs. Hermann Gremliza übernahm die Zeitschrift ... Ab 1974 erschien KONKRET wieder in gewohnter Form. Sozialistische und kommunistische Standpunkte wurden einander gegenübergestellt, Informationen, die sonst in keinem anderen Medium zu finden waren.

Anfang der achtziger Jahre bekam KONKRET einen neuen Chefredakteur: Manfred Bissinger. Die Redaktion wurde personell erweitert, die politischen und kulturellen Themen journalistisch aufgepeppt. Doch ohne langfristigen Verkaufserfolg.

(Gremliza:) »Ich habe gedacht, durch ein etwas populäreres Angebot könnte man für dasselbe politische Ziel mehr Leser mobilisieren. Aber nach dem alten Goethe-Wort, daß getretener Quark breit, nicht stark wird, ist es uns, wie voraussehbar gewesen wäre, gegangen: Nach einem Jahr und der Investition von vier oder fünf Millionen Mark lag die Auflage wieder dort, wo wir angefangen hatten.«...

Zur Standortbestimmung stellt KONKRET im aktuellen Heft wieder die Frage: Was ist heute links?

(Gremliza:) »Meine Antwort darauf wäre, daß heute links ist, was gestern links war; daß sich keine der großen Fragen der Menschheit anders stellt, auch wenn man dem Kind ständig neue Namen gibt, weil die Soziologen sich und die Verlage ja mit irgendwas beschäftigen müssen. Auch wenn man sagt, wir leben in einer modernen Industriegesellschaft, in einer Risikogesellschaft, einer Wohlstandsgesellschaft, einer Zweidrittelgesellschaft, einer Neunzehntelgesellschaft, einer Automobilgesellschaft oder einer Mediengesellschaft - wir leben in einer Klassengesellschaft.«

KONKRET, das ist ein Anachronismus. Linke Traditionen in einer hochtechnisierten Welt. KONKRET, das ist die Kampfarena, in der sich Kritiker, Ideologen und Nonkonformisten austoben. Und zu was bekennt sich der Herausgeber ganz konkret?

(Gremliza:) »Wenn Sektierer bedeutet, ohne taktische Rücksichten das zu sagen, was man glaubt begriffen zu haben, dann bin ich eben ein Sektierer.«

Aus einem Interview in »Sage & Schreibe. Die Fachzeitschrift für Medienberufe«:

Der Herausgeber eines deutschen Nachrichtenmagazins hat vor kurzem das Bundesverdienstkreuz erhalten. Für welche journalistischen Leistungen würden Sie sich selbst diesen Preis verleihen?

Es ist in dieser Gesellschaft einem halbwegs begabten Menschen nahezu unmöglich, den hinter jedem Busch lauernden Preisverleihern und Ordensmännern zu entgehen. Ich gebe mir alle Mühe. Ein Kritiker, der von den Objekten seiner Kritik ausgezeichnet wird, ist gezeichnet.

Die Menschen im Land sind politikverdrossen - sagt man. Warum hat KONKRET bis heute trotzdem überleben können?

»Politikverdrossen« - das Wort haben Politiker und Journalisten erfunden, um ihrem Wunsch, daß die Leute doch bitte nach einem starken Mann und harter Hand rufen sollen, einen unverdächtigen Namen zu geben. Richtig ist, daß die Zahl derer zunimmt, die den Spruch »Wenn Wahlen was ändern könnten, wären sie längst verboten« für wahr halten. KONKRET tut das auch.

Was motiviert Sie, eine Zeitschrift wie KONKRET in einer entpolitisierten Zeit noch am Leben zu erhalten?

Wenn man sein Denken und Dichten danach richten wollte, wie blöde die Zeiten sind, in denen man lebt, hätte Goethe mit seinem »Faust« erst gar nicht anzufangen brauchen. Wie Kunst entsteht auch Kritik immer und überall: trotzdem.

Welches war für Sie das wichtigste Ereignis der letzten Jahre?

Nach dem tragischen Dodi von Lady Di, ja vielleicht noch davor: die Jahrtausend-Rede des Präsidenten Herzog (Sie wissen schon: die mit dem Rucksack, der durch das Land gehen muß).

Was haben Sie ganz konkret mit KONKRET in Zukunft vor?

Ich würde KONKRET gerne zur größten radikal linken Publikumszeitschrift der Republik machen. Leider geht das nicht, denn sie ist es schon.

Aus dem »Handelsblatt«:

Liebe Leser, liebe Feinde. So oder ähnlich hätte die Anthologie mit Texten aus 40 Jahren KONKRET überschrieben werden können, hätte Herausgeber Hermann L. Gremliza nicht den genialen Titel gefunden »Vorwärts! Nieder! Hoch! Nie wieder!«. Was KONKRET auszeichnet, sind der aufklärerische Impuls, die Provokation und die Lust an der Auseinandersetzung; das Blatt ist unglücklicherweise aber auch Forum für Rechthaber, die mit der Wahrheit auf du und du stehen, solange es nicht die über die eigenen Irrtümer und Lügen ist.

Aus der »Tageszeitung«:

Doch selbst wenn Gremliza schon mehr als die halbe Laufzeit regiert, von Bedeutung war KONKRET nur vor ihm, bei Röhl samt Gattin und Rühmkorf.. Andererseits: Horst Tomayer und seine »Deutschen Gespräche« mit Ernst Jünger oder Franz Schönhuber! Und Gremlizas Kolumne »Express«: Niemand in ganz Deutschland frißt sich so aufopferungsvoll durch den ganzen Pressemüll, hält Monat für Monat die schönste Theo-Sommer-Katachrese hoch oder widmet sich bei der »Hamburger Morgenpost« derart liebevoll einem »Mega-Mops, der auf den Namen Thomas Schmid hört«. ... Das wieder sexfreie KONKRET ist ein sektiererisches Organ geworden, das fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich hin pumpt und macht und tut.

Aus Regional-, Stadt-, Stadtteil- und Spezialmagazinen:

»Presse-Report«: Nicht gewechselt hat die Position, die KONKRET in der deutschen Presselandschaft besetzt. Vierzig Jahre lang war KONKRET eine linke Pubklikumszeitschrift, heute ist sie die einzige, weil letzte. Ihre Autoren ... wenden sich gegen den täglichen Rassismus oder widmen sich anderen brisanten Themen, über die mancherorts gerne der Mantel des Schweigens geworfen wird.

»Gegenwind«: Vieles aus KONKRET überdauert die übliche Verfallszeit des politischen Journalismus... Vierzig Jahre besteht die Zeitschrift - für die »Taz« ein Anlaß, sich in KONKRET-Bashing zu üben: Ende August erschienen dort gleich zwei längere Artikel, in denen W. Winkler und W. Droste ihr diffuses Unbehagen gegenüber der linken Zeitschrift äußern durften.

»Ultimo«: 40 Jahre Besserwisser. Um einen alten Hildebrandt-Witz zu mißbrauchen: Der KONKRET-Herausgeber hat seit 40 Jahren recht behalten; und das nimmt er seinem Publikum ausgesprochen übel.

»Einblick«: Wer sich vor unbequemen Nachrichten fürchtet und nur lausig unterhalten werden will, ist bei KONKRET falsch. Und auch wer linke Selbstbeweihräucherung braucht, liest besser die »Taz«. KONKRET verstand sich immer als Kritikerin der Linken. Das hat viele Abonnenten gekostet, etwa als man im Irak-Kuwait-Konflikt nicht mit einer antizionistischen Meute heulen wollte...

Außerdem haben bis Redaktionsschluß kondoliert: SFB (TV-Talkshow »Alex«), Deutsche Welle Fernsehen, N 3, Radio Bayern II, Deutschlandradio Berlin, NDR 4, WDR, Saarländischer Rundfunk. Andere suchen noch ihren schwarzen Binder.

Konkret 11/97, S. 40

Jürgen Elsässer

Kommunismus mit Kohle

Auf weiche Weise ausgerechnet das Geld das kapitalistische System untergräbt und für den Übergang zum Kommunismus nützlich sein könnte, und warum Marx und Keynes das nicht gemerkt haben

Bei archäologischen Grabungen nach den Schätzen des untergegangenen Sozialismus stößt man auf Texte von Volker Braun. In der Kurzgeschichte »Das unverdiente Glück« schildert Braun, warum ein Lottogewinner in der DDR nicht recht glücklich wurde. Was er mit dem Haufen Geld auch anstellen will - ein Auto kaufen, eine luxuriöse Wohnung, ein Seegrundstück, eine Fernreise - es wird nichts. »Wer sind Sie? Was sind Sie überhaupt?« fragt man den Begehrlichen auf einem Amt, und er antwortet: »Sie verstehn nicht, ich hab Geld.« Damit hätte er im Westen Erfolg gehabt, im Osten war es anders, dort hatten Auszeichnungen und Titel solideren Tauschwert als Geld. »Dieses Land«, bilanziert Brauns Lottogewinner, »ist nicht nur zu arm für dein Glück, es ist zu gerecht für dein Glück. Es schaut deine Hand an, nicht nur den Schein, den sie hält.«

Eben diese Aushöhlung der Geldfunktion habe den wirtschaftlichen Untergang des Sozialismus mit herbeigeführt - hört man die abgewickelten Professoren der Akademie der Wissenschaften schimpfen und somit der bürgerlichen Volkswirtschaft post festum recht geben. Ein Mann hat die letzten drei Jahrzehnte mit dem Versuch zugebracht, das Gegenteil zu beweisen: Hermann Jacobs.

Wer ist Hermann Jacobs? Von 1959 bis zur Abwicklung 1990 stand er tagsüber in der Montagehalle und am Fließband eines VEB in Berlin-Weißensee - nach Feierabend las er Das Kapital und betrieb ökonomische und ökonomiekritische Studien. Daß sein Werk erst seit kurzem in gedruckter Form zugänglich ist, liegt indes nicht nur an seiner Bescheidenheit. Er hatte seine wichtigsten Abhandlungen schon früh an die Mitglieder des SED-Politbüros versandt, allerdings ohne jede Resonanz.

Jacobs ist einer der wenigen Theoretiker aus dem Osten, die dem realen Sozialismus ein Zuwenig an Kommunismus vorwerfen, und er ist vermutlich der einzige aus der DDR, der dabei die Wertkritik als archimedischen Punkt begriffen hat. »Die Aufhebung des Privateigentums, so sehr auch als politischer Begriff berechtigt, ist dennoch ein äußerer, für sich ökonomisch toter Begriff, der erst dadurch zum Leben erwacht, daß er sich der realen Verhältnisse, über die sich das Privateigentum realisiert, bemächtigt. Das heißt: Ohne Aufhebung der Wertform keine Aufhebung des Privateigentums.«

Das ist mit den Thesen von Robert Kurz vergleichbar, und auch Jacobs' Definition des Wertgesetzes als einer Bewegung, »worin sich das bürgerliche Produktionssystem real aufhebt«, erinnert von fern an den Nürnberger Zusammenbruchspropheten. Doch während für Kurz in der sozialistischen Okonomie bereits von Anbeginn die abstrakte Arbeit vorherrscht, dringt für Jacobs das Ware-Geld-System erst mit den Reformen der sechziger Jahre in die sozialistische Ökonomie ein. Ulbrichts Perestrojka, die den Sozialismus als »eigene Produktionsweise, verschieden vom Kommunismus« definierte, ist für Jacobs eine »Ungeheuerlichkeit, theoretisch wie praktisch«.

Anfang der sechziger Jahre befinden sich alle sozialistischen Länder in einer Stagnation: Während die ursprüngliche sozialistische Akkumulation Länder wie die Sowjetunion und die Volksrepublik China innerhalb weniger Jahrzehnte vom Mittelalter in die industrielle Neuzeit gerissen hatte, erlahmte der wirtschaftliche Schwung, als es neben der Deckung des Grundbedarfs der Bevölkerung auch um die Befriedigung differenzierterer Bedürfnisse gehen sollte. In dieser Situation wollte Ulbricht das Stimulans nutzen, das auch im Kapitalismus wirkt: Die Rechnungsführung der Betriebe sollte nach dem Wertprinzip erfolgen, dadurch Rentabilität erzwungen werden; hingegen sollte, anders als zuvor in Jugoslawien und danach in Ungarn, weiterhin der Plan, und nicht der Markt die gesamtwirtschaftlichen Beziehungen regeln, um die Entstehung und periodische Freisetzung von doppelt freien Lohnarbeitern zu verhindern.

Für Jacobs ist dieses »Gerede von der Warenproduktion im Sozialismus blanker Fax«, denn wie sollen Ware und Wert ohne den Markt als basale ökonomische Parameter in Kraft treten? In der zentralen Planbehörde läßt sich zwar berechnen, daß ein Arbeiter X in einem Kombinat Y für die Herstellung eines Paars Schuhe eine Arbeitszeit von Z Stunden braucht - doch was besagt das für den Wert der hergestellten Schuhe, auch wenn der Wert nach der Marxschen Arbeitswertlehre nichts anderes als kristallisierte Arbeitszeit darstellt? Marx spricht nämlich nicht von der konkreten Arbeit eines konkreten Arbeiters, sondern von der abstrakten Arbeit als gesellschaftliches Verhältnis. Anders gesagt: Erst auf dem Markt, und nicht auf dem Rechenschieber des Planbürokraten, stellt sich heraus, ob die Arbeitszeit Z des Arbeiters X gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit verkörpert oder ob in dieser Arbeitszeit unverkäuflicher Pofel zusammengenagelt wurde.

Tauschwert und Markt hängen also symbiotisch zusammen, und aus diesem Grund endete die Theorie von der sozialistischen Warenproduktion immer und überall bei der kapitalistischen Marktwirtschaft mit allen Schikanen, und sei es zunächst in der jugoslawischen Version (die Belegschaft als Kollektiv-Kapitalist) oder in der chinesischen Variante (die Kommunistische Partei als ideeller Gesamtkapitalist, der das Funktionieren des Marktes mit staatlichem Zwang sichert).

Nicht besser erging es allerdings den Staaten, die die Flucht in die Ware-Geld-Beziehung abbrachen: So griff Ulbrichts Nachfolger statt auf das innere kapitalistische Stimulans auf ein äußeres zurück - die großzügige Aufnahme von Westkrediten. Ein Beleg dafür, daß die Planwirtschaft ohne die eine oder andere Form von kapitalistischer Mobilmachung am Ende war? Nicht für Jacobs: »Aufgrund subjektiver Unkenntnis« - so schreibt er 1967 - »des wahren Produktionsverhältnisses des Kommunismus trotz praktischer Möglichkeit dazu seit mindestens 30 bis 35 Jahren ist dieses Verhältnis nicht aufgebaut worden.«

Diese nicht erkannte »praktische Möglichkeit« des Übergangs zum Kommunismus sieht Jacobs paradoxerweise - Kurz würde die Hände über dem Kopf zusammenschlagen - in der Entwicklung des Geldwesens in der Planwirtschaft: Das Geld habe sich in »Nichtgeld« verwandelt, das nur noch als »Zertifikat der Vermittlung« fungiere: »Es bleibt das Geld, während seine Wertform fällt, das ist zu begreifen.« Die regierenden Kommunisten aber hätten das nicht begriffen, sie seien der »Fata Morgana« aufgesessen, das Geld sei immer noch, wie im Kapitalismus, allgemeines Wertäquivalent, und konstatierten deshalb fälschlich die Existenz von Warenproduktion: »Das Geld hat doch den Wert gemessen, also ist es doch auch Wert, also muß es immer den Wert messen«, skizziert Jacobs das falsche Denken.

Das hatte Konsequenzen, von denen die für Volker Brauns Lottogewinner vermutlich noch die harmloseren waren: »Das Nichtgeld Geld wird also weiterhin zur Wertrechnung herangezogen. Die Rechnungsführung und Rentabilitätsrechnung arbeitet mit diesem falschen Mittel.« Zur Veranschaulichung verweist Jacobs unter anderem auf eine Statistik über das Nationaleinkommen der DDR: Dieses Nationaleinkommen, im wesentlichen zusammengesetzt aus Lohneinkünften, stieg von 71 Milliarden Mark im Jahre 1960 auf 173 Milliarden Mark im Jahr 1980, also auf das 2,5-fache, obwohl die Summe der gesamtgesellschaftlich geleisteten Arbeitsstunden sich nur minimal veränderte. Mit anderen Worten: Obwohl die Wertsumme (nach der Arbeitswertlehre von Marx) in diesen zwanzig Jahren in etwa gleich blieb, explodierte die Geldsumme, und zwar - es herrschte ja ein System von Festpreisen -, ohne daß das Geld an Kaufkraft verlor. Das Geldvolumen entwickelte sich also entsprechend der Produktivität, oder, marxistisch gesprochen, der Summe der Gebrauchswerte. Jacobs schlußfolgert: »Das Geld, das sich vermehrt mit steigender Produktivkraft - das ist die Aufhebung des Geldes.«

An dieser Stelle wird man stutzig: Ist es nicht so, daß auch in den kapitalistischen Staaten das Geldvolumen ständig expandiert und diese Expansion nur teilweise auf inflationäre Prozesse zurückgeht? Fungiert also auch im Kapitalismus das Geld nicht mehr als allgemeines Wertäquivalent? Die Stärke von Jacobs ist, daß er dieser Frage nicht ausgewichen, sondern in jahrelanger Auseinandersetzung mit den Gold-Geld- und Demonetarisierungstheoretikern auf den Grund gegangen und schließlich zu einer kühnen Antwort gekommen ist: Auch im Kapitalismus finde »die Transformation eines wertzentrierten in ein gebrauchswertzentriertes ökonomisches System statt«.

Würden nämlich, wie Marx das beschrieben hat, die Warenpreise den Warenwerten, also der aufgewendeten Arbeitszeit, entsprechen und folglich mit steigender Produktivität fallen, so hätten sich etwa die Preise für PKWs seit Beginn der siebziger Jahre halbieren müssen, da sich die Produktivität der Branche seither verdoppelt hat. In Wirklichkeit ist aber das Gegenteil eingetreten: Der Preis eines VW Golf (Grundversion) hat sich nominal verdreifacht, real - also im Verhältnis zur Entwicklung der Löhne - um mehr als zehn Prozent erhöht.*

Würde die von Marx prognostizierte Preissenkung eintreten, hätte das negative Auswirkungen auf die Mehrwertrate. Würde etwa der VW Golf billiger, so wäre das zunächst von Vorteil nur für die Arbeiter - bei zunächst unverändertem Lohn müßten sie weniger davon für den Kauf des Produktes aufwenden. Erst wenn es in einem zweiten Schritt dem Kapital gelänge, auch die Löhne den nun niedrigeren Reproduktionskosten der Arbeitskraft anzupassen (sofern wir davon ausgehen, daß in der beschriebenen Gesellschaft das Auto Teil der Reproduktion der Arbeitskraft ist), wäre die allgemeine Mehrwertrate wieder stabilisiert.

Um die Mehrwertrate zu retten, unterlaufe das Kapital deshalb das Wertgesetz, und zwar dadurch, daß der Produktivitätsfortschritt, also die Reduzierung von Arbeitszeit und damit Wert pro Stück, sich nicht in einer Reduzierung des Preises pro Stück niederschlägt. Statt dessen bleibe der Preis auf der bisherigen Höhe, und damit stecke in jeder Mark des Preises weniger Arbeitszeit (sprich: weniger Wert) als zuvor - eine unsichtbare, das heißt, nicht mit Kaufkraftverlust verbundene Ent-Wertung des Geldes. Jetzt produziere der Kapitalist in derselben Zeit mit derselben Zahl an Arbeitern mehr Stück zum gleichen Stückpreis, erhöhe also die Mehrwertrate. Den Extramehrwert könne er freilich nur realisieren, wenn er das Extramehrprodukt verkaufe - das gehe aber nur, wenn der größer gewordenen Preissumme (der Einzelpreis bleibt, aber die Summe wächst mit der Stückzahl) eine analog gewachsene Geldsumme gegenüberstehe. Für Jacobs funktioniert dieses für die Mehrwertrate günstigere Modell nur, wenn Kapital und Staat zusätzliches Geld schöpfen (beispielsweise über staatliche Kredite). Dieses Geld fungiere dann - entgegen der Marxschen Beobachtung - nicht mehr als allgemeines Wertäquivalent, denn der Tauschwert sei ja, analog zur Arbeitszeit, konstant geblieben. Vielmehr folge das Wachstum der Geldmenge dem Wachstum der Menge der Gebrauchswerte, das heißt: Das Geld werde ent-wertet, aber nur im Verhältnis zum Tauschwert, nicht im Verhältnis zum Gebrauchswert, als Bezugsschein für Anteile am stofflichen Reichtum. Die Geldform löst sich von der Wertform - es beginnt die »Transformation des Kapitalismus«.

Die Produktionsverhältnisse ließen jedoch nicht zu, daß sich diese Transformation durchsetzte. Denn die Branchen, die am Produktivitätsfortschritt keinen Anteil hatten, dürften bei Strafe des Untergangs die zusätzliche Geldmenge nicht den produktiveren Konzernen zur weiteren Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit überlassen. Um ihren Anteil daran zu steigern, erhöhten sie ihre Einzelpreise. Dadurch muß »das produktiver produzierende Kapital die Waren, die es zur Produktion benötigt, (bei den weniger produktiven Kapitalisten) teurer einkaufen«. Auf diese Art gebe es von seinem bis dato realisierten Extramehrwert etwas ab an das geringer produktive Kapital: »Das ist Umverteilung des Mehrwertes, Herstellung einer gesellschaftlich gleich gültigen Rate des Mehrwertes.« Damit kippe freilich die platonische Ent-Wertung des Geldes in einen inflationären Prozeß um, die bislang noch stabilen Preise erhöhten sich.

Die Destruktion des Geldes verläuft für Jacobs also in zwei Phasen: Während zunächst die größere Produktmenge eine höhere Geldmenge hervorgebracht habe, fordere nun eine konstante Produktmenge einen höheren Geldausdruck. Werttheoretisch formuliert: Während zunächst die Verbindung zwischen Geld und Tauschwert suspendiert worden sei, werde nun auch die Verbindung zwischen Geld und Gebrauchswert zerrissen. Damit führt Jacobs das Diktum von Marx, daß die Produktivkräfte gegen die Produktionsverhältnisse rebellieren, auf glänzende Weise über Marx hinaus: Die Steigerung der Produktivität im Dienste der Steigerung der Mehrwertrate führt zunächst zur Entkoppelung von Geld und Tauschwert und offenbart damit das Potential einer gebrauchswertorientierten Ökonomie, also des Kommunismus; diese progressive Transformation des Ware-Geld-Systems bricht sich jedoch an den privatkapitalistischen Eigentumsverhältnissen und verkommt an ihrem Ende zu destruktiver Inflation, also zum gänzlichen Stocken des Austausches, zu Hungersnot und Elend.

Der kritische Punkt in Jacobs Ansatz ist die Behauptung, bei erhöhter Produktion erfordere die vollständige Realisierung des Mehrwerts eine Vergrößerung der Geldmenge. Damit wiederholt Jacobs den Fehler von Rosa Luxemburg, wonach im entwickelten Kapitalismus das Mehrprodukt nicht absetzbar sei und deshalb Kaufkraft von außen zugeführt werden müsse. Luxemburg hat dieses Außen in den vorkapitalistisehen Landstrichen und Milieus der einfachen Warenproduktion oder des Feudalismus verortet, bei Jacobs besteht es aus zusätzlicher Geldschöpfung. Und doch könnten Luxemburg und Jacobs »in letzter Instanz« recht behalten, wie die Ereignisse nach dem Schwarzen Freitag 1929 gezeigt haben. Die Abwendung einer Unterkonsumtionskrise mit Hilfe höchst profitabler Einzelkapitale oder Branchen als Lokomotiven des Neuaufschwungs - eine Möglichkeit, die Luxemburg in der »Akkumulation des Kapitals« übersehen hat - scheiterte in der Weltwirtschaftskrise nämlich daran, daß fast alle Einzelkapitale und Nationalökonomien gleichzeitig absackten. In dieser Situation flüchtete der Kapitalismus tatsächlich in die Richtung, die Jacobs skizziert: Gemäß der Theorie von John Maynard Keynes wurde zusätzliches Geld in Umlauf gebracht und damit die bereits erloschene gesellschaftliche Nachfrage wieder angekurbelt. Das »Golden Age« (Hobsbawm) des Kapitalismus funktionierte auf der von Jacobs beschriebenen Grundlage: Ständige Ausweitung der Geldmenge entsprechend des Wachstums der produzierten Güter; in der Spätphase dieses Modells, erkennbar am Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und der Suspendierung der Goldbindung des Dollars, löst sich die Geldmenge nicht nur von der Wertbasis, sondern auch von der materiellen Basis - ein inflationärer Prozeß setzt ein.

Deshalb ist es illusionär, wenn jetzt André Gorz eine spätkapitalistische Neuauflage des Keynesianismus anstrebt: Jeder müsse unabhängig von seiner Arbeitsleistung ein Einkommen beziehen können, damit der explodierenden Gütermenge auch »bei schrumpfendem Arbeitsvolumen und schrumpfenden Lohnsummen« eine zahlungskräftige Nachfrage gegenüberstehe, plädierte er im Interview mit der »FAZ« (1.8.97). Dabei teilt Gorz die Grundannahme von Jacobs, die Notwendigkeit der Umkehr vom Tauschwert- zum Gebrauchswertprinzip: Die jeweils aufgewendete Arbeitszeit könne »nicht länger den Preis der Erzeugnisse bestimmen«, da sie »unmeßbar« klein geworden sei. Der entscheidende Unterschied zu Jacobs ist allerdings, daß Gorz am Privateigentum an Produktionsmitteln festhält. Wenn sich jedoch in diesem Rahmen das Geld von der Wertproduktion löst, wird es zu einer ungeheuren Kapitalflucht in monetaristisch verteidigte Hartwährungsgebiete kommen.

Erst in einer Gesellschaft ohne Privatbesitz an Produktionsmitteln wäre das politisch geschaffene Geld aus den Träumen von Keynes und Gorz kein fiktives Kapital und keine inflationäre Zeitbombe. Erst dort würde es als Nicht-Geld wirken, dessen Menge »dem Umfang des gesellschaftlich geschöpften Reichtums entspricht« (Gorz), als Nicht-Lohn auf die assoziierten Produzenten verteilt wird und ihnen Anteile am stofflichen Reichtum sichert. Die Feinabstimmung auf deren Bedürfnisse ermöglicht der technologische Fortschritt, der nicht nur Ware-Geld-Beziehungen überflüssig macht, sondern auch die kafkaesken Planungsbehörden: Bisher hatten Güter nur als Träger von Tauschwert eine universelle Existenz, ihre Produktion stieg und fiel mit dem Wechsel der geldwerten Nachfrage, der bürokratisch nicht zu simulieren war. Seit der europaweiten Einführung des maschinenlesbaren Strichcodes auf den Etiketten hat jeder Artikel erstmals eine nicht in Geld fixierte Identität bekommen - eine Gebrauchswert-Kennung, die nicht nur im lokalen Zusammenhang, etwa in einem Betrieb, gilt, sondern international. Dadurch ist eine makroökonomische Produktionssteuerung jenseits der geldwerten Nachfrage möglich geworden, etwa nach dem Vorbild der bedarfsorientierten Modifikation der Angebotspalette in großen Kaufhausketten: »Über die bereits vorhandenen Kabelnetze könnte der Computer des Einzelhandelsunternehmens sich automatisch mit dem Computer der Herstellerfirma vernetzen und die Bestellung unmittelbar weitergeben. Das System der

Herstellerfirma wiederum könnte aufgrund entsprechender Kennziffern erkennen, daß mit dieser Bestellung endgültig der Punkt erreicht ist, an dem die Produktion dieses bestimmten Artikels ausgeweitet werden muß.«

Ist dieser »kommunikative Prozeß der Selbstregulierung« - so sein Propagandist Robert Schlosser, ein Ex-Kurzianer - eine technokratische Vision? In seinem Absolutheitsanspruch sicherlich. Die ganze Diskussion um Details einer nicht-warenförmigen Bedürfnisbefriedigung ist nämlich für die Katz, solange die Bedürfnisse selbst am Warenfetisch kleben. Was nützt die schönste Commune, wenn die Leute per ISDN-vernetzter Planwirtschaft weiterhin den Kapitalismus imitieren, also 500er-Mercedes, Einbauküchen und Pornofilme haben wollen? Vermutlich wird man an den Anfang der neuen Gesellschaft setzen müssen, was Lenin erst für die Spätphase vorsah: Aus Gold und anderen Wertäquivalenten Klohäuschen zu bauen. Damit die Menschen sinnlich erfahren, was all das für eine Kacke ist.

* Preis eines VW Golf (Grundversion) 1974: 8.145 DM, 1997: 24.200 DM (Zahlen der VW Pressestelle); Durchschnittslohn eines männlichen Arbeiters im produzierenden Gewerbe pro Stunde (brutto): 1975: 10,44 DM, 1997: 27,62 DM (Zahlen des Statistischen Bundesamtes)

Die Schriften von Hermann Jacobs, bisher drei Bände, sind im Selbstverlag erschienen und am besten bei ihm selbst zu bestellen: Hermann Jacobs, Salzmannstraße 5, 10319 Berlin

Konkret 11/97, S. 43

Jürgen Elsässer

In diesem Sinne - Romani Weigl, Theo Prodi

Eine der bemerkenswertesten Rochaden der letzten Zeit spielt sich zwischen Rom und Bonn ab. Während Theo Waigel in höchster Euro-Not Zuflucht zu italienischen Buchhaltertricks nimmt, schnallt der italienische Premier Romani Prodi auf dem Höhepunkt einer wirtschaftlichen Erfolgsstory den unteren Klassen nach altfränkisch-neoliberaler Art den Gürtel enger. Den Neo-Kommunisten wurde zum Verhängnis, daß sie die Verschiebung des Weißwurstäquators über den Appenin nicht mitmachen wollten.

Im einzelnen: Rifundazione Comunista hatte verlangt, daß die Sanierung der Staatsfinanzen nicht schon wieder auf Kosten ihrer sozialen Klientel vorgenommen wird, und deswegen eine Milderung von Prodis Sparprogramm im Gesamtvolumen von umgerechnet etwa 20 Milliarden Mark vorgeschlagen. Genauso stur stellte sich hierzulande die FDP die die Absenkung des Soli-Zuschlages nicht auf Kosten ihrer Wählerschichten gegenfinanzieren wollte und deswegen jede Steuererhöhung ablehnte. Waigel fand eine geniale Lösung: Die acht Milliarden, die durch die Soli-Kürzung Anfang 98 im Staatshaushalt fehlen werden, werden den Tilgungszahlen für den Erblastenfonds (ELF) entnommen. Dieser ominöse ELF enthält die virtuellen Schulden eines immateriellen Staates nämlich der liquidierten DDR, ist also wie geschaffen für die Tarnung von Haushaltslöchern. Und da man gerade beim Geldausgeben war. verabschiedete die Regierung in der Folgewoche den Eurofighter (EFT) gleich noch dazu, Gesamtkosten 23 Milliarden.

ELF plus EFT gleich 31 Milliarden - dagegen nehmen sich die von Rifundazione geforderten 20 Milliarden bescheiden aus. Die Rotgrünen schrien Zeter und Mordio gegen die »unsolide« Haushaltspolitik in Bonn, und in Rom, wo diese Bagage regiert, führte sie vor, was für sie die Alternative ist: Der Haushalt soll nicht mit virtuellem Kapital aus Phantom-Fonds, sondern mit hartem Geld aus den Rentenkassen finanziert werden - und wem das auch nur vorübergehend nicht paßt, wie Rifundazione, der kann gehen.

Vorschlag zur Begriffsklärung: Wenn frühere Keynesianer den Geldwert verteidigen und Waigel auf Deficit spending macht, sollten sich anständige Sozialdemokraten wie Bertinotti und Trittin nicht länger als Linkskeynesianer bezeichnen. Wie wär‘s mit: Linkswaigelianer?

Konkret 11/97, S. 43

Joachim Rohloff

In diesem Sinne - Ergänze: erquark

Seit fünf Jahren ist Willy Brandt schon tot, aber seine Witwe letzter Hand spürt noch immer einen »angenehmen Druck politischerseits«. Ähnliches müssen die »Taz«-Redakteure empfunden haben, als zum ersten Mal einer der Ihren erwählt und berufen wurde. Aber hallo, merkten sie, da geht ja was. Und entsprechend schrieben sie fortan.

Nun entdeckten Leserumfragen zwei gegenläufige Trends, die den Bestand der »Taz« bedrohten. Zum einen werden viele »Tazzen« nicht mehr »am WG-Tisch verschlungen«, sondern im Fond des Dienstwagens oder im Office durchblättert und überflogen, denn »Anthroposophen haben nie Feierabend«; andererseits nimmt die Zahl derer zu, »die sich keine zweite Zeitung leisten können oder möchten«. Eine entschiedene Blattreform war unvermeidlich.

Die wichtigsten Neuerungen: Es gibt eine richtige Wetterkarte, einen Pressespiegel und mehr Agenturmeldungen. Die »Querspalte« rückt von links unten nach rechts oben. Mariam Niroumand heißt jetzt Mariam Lau. »Der Schriftzug >die tageszeitung< ist etwas breiter und weniger verschnörkelt geworden. « Der »Stern«, die » Woche«, die SPD und eine obskure Initiative gegen den Euro spendieren ganzseitige Anzeigen. Werktags gibt es keine langen Artikel mehr. dafür am Samstag eine Beilage. Das alles kostet 1,2 Millionen Mark Solange es aber das Dreiliterauto noch nicht gibt, erscheinen die Sonderseiten zur IAA weiterhin in der »FAZ«, und die » Taz« begnügt sich mit der hanfverarbeitenden Industrie und der anthroposophischen Gesellschaft.

Im »Taz-Mag« (ergänze: erquark)findet man nun endlich das, was man in allen anderen Blättern so gern vermissen würde: sensibles Gewäsch über dieses und jenes, vorgetragen von nahezu semi-prominenten Hausdichtern. Der Bahnhof Friedrichstraße einst und - gähn! - heute. Damit auch der Humor nicht zu kurz komme, werden den Lesern »letzte Fragen« gestellt: » Wie kann ich das genaue Gewicht meines Kopfes ermitteln ?« Und »was ist eigentlich Liebe, Kunst, eine Pflanze, der Regenbogen, das Gespräch, eine Türe, der Himmel, der Mensch?«

Der Anthroposoph nimmt auch die neue »Taz« als Übung. Er weiß, daß irgendwie alles »karmische Auswirkungen hat, die kosmische Ausmaße annehmen können«. Also fällt vielleicht in Peking demnächst ein Fahrrad um.

Konkret 11/97, S. 43

Michael Schilling

In diesem Sinne - Holocaust? Petitesse!

Irgendwann muß Robert Havemann, der alte Stalinist, beschlossen haben, in Ermangelung anderer lukrativer Fähigkeiten das Dissidieren zu seinem Hauptberuf zu machen. Er zog zu diesem Zweck in ein Land«wo er dieser Profession ohne große Mühe und Gefahr nachgehen konnte, weil dessen Obere ihm nie vergessen würden, daß er bei den Nazis zum Tode verurteilt und in das Zuchthaus gesperrt worden war, in dem der Erich Honecker saß.

Und so trieb er nun jahrein, jahraus seine Allotria mit den Spitzen von Staat und Partei, spickte westliche Journalisten mit allerlei Selbstgedachtem und packte ihnen, was sie nicht gleich verzehren konnten, für die Heimatredaktion ein. Die Oberen, die offenbar nichts Besseres zu tun hatten, nahmen ihn ernst und wiesen ihre Justiz an, ihrerseits mit dem Delinquenten ein wenig Allotria zu treiben. Und so verurteilten sie den Mann eines Tages wegen irgendeinem Scheiß zu einer Geldstrafe und Hausarrest, abzusitzen in seinem kleinen Landhaus am See, wo er die Ehrenpension verzehrte, die der Staat dem Antifaschisten pünktlich überwies. Man habe ihm eine Garotte um den Hals gelegt, klagte sein Kumpan, der Guitarrilero, damals.

Für ihre Untat standen die Juristen jetzt vor Gericht. Daß sie freigesprochen wurden, nannte des Dissidenten Witwe Katja »skandalös«. Es war aber bloß so, daß die deutsche Justiz ihren Klassenauftrag wieder einmal zugunsten ihres Kasteninteresses vernachlässigt und es diesmal die Falschen nicht getroffen hatte. Kein Skandal war anzukreiden, als die Kommentatorin der »Süddeutschen Zeitung« aus dem Verfahren den Schluß zog, daß die DDR »nur wenig besser war als das Vorgängerreich«. Die Differenz: ein Weltkrieg, 60 Millionen Tote, die Vernichtung der europäischen Juden und, im verhandelten Fall, ein Todesurteil. Zu gut süddeutsch: Petitessen.

PS: Mit keinem Wort wird erwähnt, was Frau Havemann und ihr Hofsänger gegen jene Richter unternommen haben, die ihren Mann nicht zu einer Geldstrafe, sondern zum Tode verurteilt hatten. Oder wenn die alle tot sind, gegen jene anderen, die ihre Kollegen haben laufen lassen. Nichts? Das könnte mir und meinen Vorurteilen so passen.

Konkret 11/97, S. 44

Kay Sokolowsky

Kunst & Gewerbe

Enheit vorgeturnt

Die Sachsen haben einen Super-Miniprä und eine Klasse-Landesmama und einen Wahnsinnsdialekt und werden praktisch vom ganzen Kosmos beneidet um ihr hypercooles Bundesland. Dafür gibt es jetzt schon wieder einen Grund. Zum »zentralen Fest zur Feier der Deutschen Einheit« in Stuttgart (wo vor jedem Bierzelt ein Angestellter der Stadtreinigung lauerte und die Eintretenden mit vorgehaltenem Feudel zwang, sich »erscht« die Füße abzutreten) - zu diesem Mega-Happening der Inneren Einheit durften die Bundesländer je eine halbe Stunde »kulturellen Beitrag« resp. Quatsch beisteuern. Baden-Württemberg z. B. ließ sein Landesjugendorchester auf Mozart und die Gäste los, Hessen grüßte mit den Rodgau Monotones, und das Saarland, eingedenk seiner schwerindustriellen Tradition, entsandte die Metalband Witch Burning. Was aber schickt der unfaßbare Sachse? Die Prinzen? Ach was. Gunther Emmerlich? Gunter Sachs? I wo. Sondern, kurz vor vier Uhr nachmittags: »Akrobatik aus Riga«. Und was kommt im nächsten Jahr? Perkussion aus der hinteren Mongolei? - Die immense Peinlichkeit und den gigantischen Krampf des Einheitsfestes so zaubrisch auf den Punkt gebracht zu haben, dafür sei freilich allen Sachsen, die in Sachsen wachsen, hiermit und herzlich gedankt.

Corporate identity

Als außerordentlich exportorientierter Staat muß Deutschland was hermachen, nicht allein in Stuttgart, sondern auf der ganzen Welt. Als ungewöhnlich rassistisches Gemeinwesen muß es aber auch zusehen, daß der Kanake sich nicht vor Standort über die Herrlichkeiten der Republik informiert, sondern lieber im Werbefernsehen. Ein Dilemma, dem im Mai 96 auf höchster Ebene abgeholfen werden sollte. Damals nämlich prämierte eine Jury, der » 1. Klaus Kinkel, Bundesminister des Auswärtigen«, »2. Hans Peter Stihl, Präsident des DIHT« und nach 3., 4., 5., 6. sogar 7. ein »Alexander Dill« angehörte, und zwar als »Herausgeber und Projekt-Leiter« - damals also prämierte eine Jury von sieben ganz schön Weisen die umwerfendsten Reklamekampagnen zum Thema »How to promote Germany«. Mitmachen durfte alles, was Corel Draw und keinen Anstand hat; und so gelangten in die engste Wahl praktisch alle Hirnrindengeschälten Europas. Ein toter Fisch, dieser Contest, okay, aber mit einem Dill in der Nähe roch das nicht allzu streng, und schließlich hatte die Sache ja Stihl: »Qualität, Design, Preise und Service sind die Faktoren, die über Erfolg und Mißerfolg ... auf den Weltmärkten entscheiden.« Was ein Glück für die »weltmarktorientierte« deutsche Wirtschaft, daß Stihl hier irrt.

Allein Karol Weisslechner und Pavla Solitsava aus Bratislava haben diese pompöse Eigenlobstinkbombe so formvollendet platzen lassen, daß es selbst aufrechten Linken den Verstand verschlug. Ihr Beitrag zum »Marketing für Deutschland« stieß nämlich Ralf Havertz - der ein guter Antinationalist, aber ein schlechter Dechiffiierer ist - so übel auf, daß er gegen die Jury die Bonner Staatsanwaltschaft mobilisierte, gemäß »§ 86a Abs. 1 Nr. 1 StGB«, also wegen propagandistischer Abbildung verfassungsfeindlicher Symbole. Tatsächlich tauchen in der Promo der Bratislaver Spitzbuben zwei Hakenkreuze auf. Freilich irrt Havertz, wenn er hier Akklamation, gar ein braunes »Machwerk« wittert. Die listigen Graphiker haben die Legos der bekanntesten bzw beworbensten deutschen Firmen wie das Hierarchieschema eines absolutistischen Staates und zugleich dem Layout eines Sehtestbogens folgend aufs Papier geklebt: Ganz oben, sehr groß, der Mercedes-Stern und das Kennzeichen D; darunter, ziemlich groß, der Bundesadler, die Quellehand und der »Stern«-Stern; nächstkleinere Zeile: VW, Degussa, Lufthansa, VW Ein Muster an Deckung von Inhalt und Form - ganz im Ernst. In der fünften Reihe dann, zivile 16 Pt. hoch: Bundesadler, Post, Pelikan, Hakenkreuz, Spatenbräu. »Wir würden«, schreiben die Künstler, »gerne die Zielgruppe unserer Arbeit dazu bringen, bekannte Symbole genauer zu betrachten.« Daß ihnen dies weder bei Kinkel, Stihl und Dill noch bei Ralf Havertz gelungen ist, dürfte der einzige triftige Einwand gegen ihren »Sehtest« sein.

Girlfriends

Ursula Keller, die Chefin des Hamburger »Literaturhauses«, ist bislang vor allem aufgefallen durch ein, nennen wir es: mediokres, absolut »Spiegel«-Bestsellerlistenkompatibles Verständnis von Literatur und einige Events, die so hamburgisch, d. h. so öd und brav und VHS-Klassenfetemnäßig ausfielen, daß bereits die Berichterstattung in den Klatschspalten der Lokalpresse ein Garant für eingeschlafene Füße war. Die ziemlich desaströse SPD-Quote bei der Bürgerschaftswahl Ende September und die anstehende Neuverteilung der Senatsposten hat nun aber Frau Keller zu Recht beunruhigt. Denn was, wenn ihre Behördenobere, die ihr im Geist zutiefst verwandte Christina Weiss, jetzt einpacken muß? Wird dann auch sie aus ihrem Traum von Job gerissen? Das darf nicht sein, sagte sich Frau Keller und deshalb der »Morgenpost« dies: »Ich hoffe, daß Hamburg als weltoffene Kulturmetropole erhalten bleibt und daß uns die neue Koalition unsere hochkompetente Kultursenatorin nicht wegpokert.« Ein Satz von irisierender Schönheit. Die Welthauptstadt des Pfeffersacks als »Metropole« der Kunst und der Schönheit zu besingen, ist Frau Keller zweifellos ernst und ein Anliegen und überdies ein

Kompliment pro domo, das sich eins erst mal trauen muß. Die Blumen für die Senatorin duften vielleicht etwas streng, doch sie kommen von Herzen. Aber »weltoffen«...? Was ist denn in diesem Megakaff und Dumpfnasennest offen außer den Körperteilen, in die man sich wechselseitig hineinkriecht, um nicht so allein zu sein beim Wichtigwichtigtun? Vielleicht wird Ursula Keller bald sehr viel Zeit haben, sich näher zu erklären. Muß aber nicht sein.

Transparenz statt Penetranz

Katja Riemann, Deutschlands Rache an Sharon Stone, hat kürzlich den Fragebogen des »FAZ-Magazins« ausgefüllt und neben den üblichen oberoriginellen Antworten (liebste Romanheldin: »Pippi Langstrumpf«; Lieblingsvogel: »Der Zugvogel«) auch zwei ziemlich bemerkenswerte gegeben. So wäre es für La Riemann »das größte Unglück« nicht etwa, in einem guten Film mitzuspielen, sondern: »Meinen Geist zu verlieren«. Aber das passiert ihr doch bei praktisch jedem Drehbuch, mit dem sie sich einläßt! Und auf die Erkundigung, »wer oder was« sie hätte sein mögen, fällt ihr ein: »Unsichtbar«. Woher weiß die Frau, was ich mir schon so lange wünsche? Und wann, bitte, nimmt sie den Traum ihres Lebens in Angriff? »Der liebe Gott« (»Lieblingsgestalt in der Geschichte«) wird es wissen. Aber mir sagt er's ja nicht.

Mahlzeit

Hannelore Kohl hat ein Kochbuch verfaßt, in dem all die Leckereien zu finden sind, die ihren Helmut groß und stark gemacht haben. Helmut Kohl (Bundeskanzler, CDU-König, Dr.) wiederum ist sehrsehr stolz darauf, daß seine Hannelore ein Kochbuch verfaßt hat, und schenkt es deshalb all den Großen der Welt, die entweder ihm oder der Post nicht ausweichen können, also allen. Auch Paul McCartney - spätestens seit »Norwegian Food« ein ausgewiesener Kenner regionaler Küchen - wurde bedacht. Das ging nicht gut aus. »Wir können«, schrieben die McCartneys den Kohls, »einfach nicht umhin, an all das unnötige Leiden zu denken, das zwangsläufig stattgefunden haben muß, um aus diesen Rezepten eine Mahlzeit auf Ihrem Teller zu bereiten.« Da sollten Sie erst mal den Kanzler essen sehen!

Fo? Pah!

Franz Xaver Kroetz darf hoffen. Wolf Biermann auch. Und sogar Dietrich Kittner. Das »Stigma der Mittelmäßigkeit« (Arno Schmidt), der Literaturnobelpreis, kann ihnen aus guten Gründen nicht mehr verwehrt werden. Der diesjährige Ausgezeichnete, Dario »Holzhammer« Fo, eine exemplarisch taube Nuß, ein miserabler Brechtimitator und subterraner Schauspieler, mag zwar worldwide bekannter sein als sie. Aber einen Dialogschmand wie »Offene Zweierbeziehung«, einen Szenenquark wie »Zufälliger Tod eines Anarchisten« kriegen auch sie allemal hin. Gesetzt hatten die Nobelpreisastrologen keinen welken Pfifferling auf Fo; befangen in der Illusion, daß außer Dichtem, die keiner liest und deren Namen niemand aussprechen kann, wieder einmal nur Doris Lessing und V S. Naipaul in die engere Wahl gelangen würden, tippten die Auguren u. a. auf Albaniens Zierde Ismail Kandare und den chinesischen Spitzenpoeten Bei Dao. Mit Fo freilich (der, ganz der alte Sentimentsmarxist, stantepede in die Welt trompetete, er würde sein Preisgeld unter den »Bedürftigen« verteilen) hatten sie alle nicht mal im Scherz gerechnet. Zu einer überraschenden Entscheidung eine überwältigende Begründung: »Wenn überhaupt einer, so verdient er es, ein Narr genannt zu werden, in des Wortes wahrer Bedeutung. Mit einer Mischung aus Gelächter und Ernst öffnet er uns die Augen für die Mißstände und Ungerechtigkeiten der Gesellschaft und zugleich für den größeren historischen Kontext, in dem sie stehen.« Hätten Siels gewußt? Und wissen Sie eigentlich noch, ohne nachzuschlagen, wer 1996 seine Dollarmillion in Stockholm abgeholt hat? Nein, nicht Kenzaburo Oe. Der war schon 94 da.

Di-StV0

Doch nicht bloß Nobelpreise sackt der Japaner ein, wie er's grad braucht, und selbst die Abonnementssiege in der ADAC-Pannenstatistik genügen ihm nicht. Nein, er muß auch noch als erster dem »sinnlosen Tod« der »Königin der Herzen« postum einen Sinn verleihen! Die weise Stadtverwaltung von Utsunomiya ließ ein 2,5 mal 6 Meter großes Schildbild der »Frau des Jahrhunderts« aufstellen mit der Botschaft: »Keine Unfälle! « Taktlos fanden das einige Anwohner, woraufhin das Warnmal verhüllt wurde. Aber der Weg des Bushido ist ein Weg der Geduld, und übers Jahr schon könnten Schilder dieser Art in Japan Vorschrift sein. Und dann wird der Japaner uns auch in der Bekämpfung des Unfallunwesens abhängen. Dank Di, dem »Engel«, der »Heiligen des Volkes«. Graf Lambsdorff, übernehmen Sie!

Kay Sokolowsky

Vergiß die Blumen nicht!

Slogan der Floristen zum Welt-Alzheimertag

Alle Menschen sind nicht gleich.

Slogan von Mercedes-Benz zum Welt-S-Klassentag

Die zwei bis fünf Meter dicken Mauern garantieren viel Privatsphäre, direkte Nachbarn gibt es nicht.

Slogan eines Amsterdamer Maklerbüros zum Welt-Atombunkertag

Hamburger Anthologie*

Der Wal

Der Wal
ist doch
ein Fisch.

Denn er lebt
im Wasser,

Und sieht auch
ungefähr so

Aus.

Der Arsch. / Der Arsch / ist doch / ein Arsch. // Denn er lebt inne Hose Und sieht auch / ganz genau so // Aus und Feierabend. Natürlich ist Heinz Rrrr. Kunze, Verfasser des nebenstehenden Unsinns, kein Arsch, auch wenn er akkurat wie eine Hose aussieht. Auf dem Cover seines neuen Buches mit dem unvergleichlich anspielungsreichen Titel »Heimatfront« (Ch. Links Verlag) sitzt er in schwarzem Lack und Ledermuff im Schnee, von einer Feuerschlange umzüngelt, die schlimmen Finger andächtig verschränkt, und fühlt sich offenbar ganz prima als Heimatfrontsoldat. Denn eine Hose ist eine Hose ist eine Hose.

** einfach haarsträubender Gedichte*

Konkret 11/97, S. 46

Stefan Ripplinger

Rettet das Verbrechen!

»Der Tugend ist Genüge getan, jetzt kommen Liebhaberei und Kunstsinn an die Reihe.«

Thomas de Quincey: *Der Mord als eine schöne Kunst betrachtet*

Mit seiner fortgesetzten Arbeitslosigkeit hat sich Herr Pöbel das Recht erworben, auch einmal gehört zu werden. Ihn zu erfreuen und zu beruhigen, mühen sich bald SPD und DVU, bald CDU, »Focus« und »Taz«.

Arbeit wird es für ihn nicht mehr geben, aber damit dem Pöbel die arbeitslose Zeit auf seiner Wohnzimmer-Couch nicht zu lange wird, jagt die CDU jetzt Schwarzfahrer, die SPD steckt Perverse in die lebenslängliche »Sicherheitsverwahrung«, die Grünen fordern mehr freundliche »Wohnumfeldbeamte«, die Springer-Blätter starten neue Polizei-Serien (»Mehr Festnahmen, mehr Anzeigen, mehr Ordnung. Prima!«), »Spiegel« und »Focus« sind den Sozialschmarotzern auf der Spur die der »Stern« auf ganzseitigen Porträt-Fotografien beim Abzocken des Sozi-Geides zeigt. Und in der »Taz« fragt der Safwan-Eid-Verfolger Jan Feddersen, ob Gerhard Schröder, der »Kanzler in spe«, »nicht ein bis weit ins grüne Milieu hineinreichendes Unbehagen an der bundesdeutschen Wirklichkeit aufgreift«? - »Eine, zu der die >Russen-Mafia< ebenso gehört wie Autoschieber aus Polen, Dealer aus Schwarzafrika« und natürlich »Sexualmörder«. »Raus, und zwar schnell!« (G. Schröder).

Natürlich hat sich keiner dieser deutschen Hilfspolizisten auch nur für einen Augenblick ausgemalt, wie unsere kleine Scheißwelt aussähe, wenn alle, die nicht ins rot-grüne Milieu passen, - »und zwar schnell« - hinausgeworfen werden. Wo kommen denn die Drogen her, wenn die Dealer in die unsicheren Herkunftsländer abgeschoben sind? Müssen wir demnächst unser Heroin selbst destillieren, wenn sogar der »kriminelle Nährboden« (Anzeige von Klaus Landowsky, CDU Berlin, »Tagesspiegel«, 27.8.) trockengelegt ist, der bislang Drogen genug für alle hervorgebracht hat? Und wem sollte es noch Erleichterung bringen, sich mit Alkohol zu betäuben und besoffen auf der Straße umherzutorkeln, wenn ihm an jeder Ecke ein Wohnumfeldbeamter auflauert?

Selbst das simple Vergnügen, sich in seiner verwahrlosten Bude Aldi-Bier hinter die Binde zu kippen, dürfte einem bald vermiest sein, wenn die CDU mit ihrem »Kampf gegen Verwahrlosung, Dreck und Schmierereien« (Landowsky) durchdringt. Keine »Form von Delikten wird geduldet, nichts wird mehr verharmlost« - das Ende der Harmlosigkeit. »Täter müssen sich bedrängt fühlen« - bald sind wir alle Täter, bedrängt fühle ich mich schon jetzt.

Und um wieviel trauriger noch wird sich unser Triebleben gestalten, wenn nicht nur »Sexualmord«, sondern vielleicht bald auch wieder das »Delikt der schweren Homosexualität« (Roman Herzog, 1969) geahndet wird. Dann darf sich Niklas Luhmann freuen, denn geräumige Gefängnisse werden gebaut. »Die Degenerierten sind das Salz der Erde«, hieß es noch bei Otto Gross, nun sollen sie Politik und Pöbel weichen. Vorbei wird es sein mit der vielgestaltigen Perversität, wenn erst Gerhard Schröder und Frau Doris die neue sexuelle Norm formulieren. Die stupide Wiederholung des Ewiggleichen wird dann heißen »Innovation«. Und die Erde wird sein wüst und leer, Finsternis wird liegen über der Urflut, und der Geist der Deutschen schwebt über den Wassern.

Wenn es auf der Welt endlich so trostlos aussieht wie in den Köpfen von Schröder, Landowsky und Feddersen, werden als die wenigen läßlichen Sünden, die ein gewaltiger Polizeiapparat und eine noch gewaltigere Bürgerwehr nicht unterbinden, nur noch Ausbeutung, Friedensmission und bürgerliches Feuilleton bleiben. Nicht jedem ist es gegeben, sich in diesen Fächern zu bewähren. Den einen fehlt es an Geschick, die anderen läßt man nicht mitmachen. Und der Rest sitzt dann ja im Knast: Schwarzfahrer wie Sie und ich.

Was waren es für Zeiten, als Fritz Haarmann, unterstützt von der Hannoveraner Polizei, umherirrenden jungen Menschen eine Heimstatt bot, wenn auch häufig nur für eine Nacht; das ist heute Schröders Reich. Damals, als Jack the Ripper die Milieutheorie widerlegte! In einer deutschen Großstadt erhielte er heute keine Gelegenheit, Proben seiner Kunst zu geben, nachdem weithin alles zum Sperr- und Sicherheitsbezirk erklärt wurde.

Da ich seit fünfzehn Jahren in einer neuerdings als »besonders gefährlich« geltenden Gegend wohne, darf ich - was mir sonst nicht liegt - auch einmal aus Erfahrung sprechen: Ich habe mehr Angst davor, in meiner Wohnung von einem Kontaktbereichspolizisten überfallen, als auf meinem Abendspaziergang von einem Strauchdieb angesprochen zu werden. Mit dem Verbrechen war es hier schon nicht weit her, bevor der einhellige Beschluß gefaßt wurde, es mit der Wurzel auszurotten.

Wenn aber dieser Beschluß endlich exekutiert und der Genius des Verbrechens vom Erdboden getilgt sein wird, werden die Hilfspolizisten dann Ruhe geben? Wenn Verbrechen und die ihm assoziierten Vergnügungen und Künste verbannt sind,

werden sie dann von ihrer Hexenjagd ablassen? Indem ich dies schreibe, steckt mir der Hausmeister ein Schreiben des Vermieters in den Briefschlitz: »Sehr geehrte Mieter, uns liegt die Mitteilung des Bezirksschornsteinfegermeisters ... vor, daß ein Mieter des Hauses unberechtigterweise seinen Parabolspiegel am Mittelschornstein des Hauses ... angebracht hat. Der Schornsteinfegermeister fordert uns seitens der Verwaltung auf, dafür Sorge zu tragen, daß dieser Parabolspiegel entfernt wird. Wir fordern den Besitzer dieser Antenne auf, diese bis zum (Datum von vor vier Wochen) zu entfernen. Gleichzeitig setzen wir Ihnen eine Nachfrist bis zum (Datum von vor drei Wochen). Nach Ablauf dieser Frist sind wir verpflichtet, die Antenne durch eine Fachfirma entfernen zu lassen und dem Besitzer anschließend die Rechnung zur Begleichung zu übersenden. Vorsorglich machen wir darauf aufmerksam, sollten noch weitere Mieter unberechtigterweise ohne Genehmigung der Verwaltung Ihre Parabolspiegel usw. usw. Mit freundlichen Grüßen.«

Diese Parabolspiegel-Geschichte ist eine Parabel. Ein Mieter, der vielleicht fürchtete, abends auf der Straße aus reiner Gedankenlosigkeit einen Spaziergänger zu überfallen oder versehentlich den Mord zu begehen, den jeder begeht, oder gar schwarzzufahren, erlegte sich selbst Sicherheitsverwahrung auf und installierte ein Satellitenfernsehen. Kaum aber hat er es sich vor seinen 40 Programmen ein wenig bequem gemacht, hat er auch schon die ihm gesetzten Fristen zweimal überschritten und wird vom Schornsteinfeger abgeführt.

Es hilft also nichts, sich in seiner Wohnung abzuriegeln, den Spürhunden wird man nicht entgehen. Vielleicht sind wir längst straffällig geworden und haben ein Verbrechen begangen, von dem wir bisher gar nichts wußten. Ohne daß wir es ahnen, verstreicht auch die großzügig gewährte Nachfrist, und dann schnappt die Falle zu. Besser wäre es, wir wagten die Flucht nach vorn und ballerten ein wenig in die Menge. Aber gibt es noch ehrliche Hehler, die uns die nötigen Instrumente zu einem anständigen Preis überlassen?

Konkret 11/97, S. 50

Frank Schäfer

Das unverbesserliche Geschlecht

Georg Christoph Lichtenberg (1742-1799), der Aphoristiker, Philosoph und Sudelbuch-Autor, der witzigste Schriftsteller und berühmteste Physiker seiner Zeit, hatte ein überaus prekäres Verhältnis zum Judentum

I

Lichtenberg hatte das Zeug zum Philosemiten. Wer sich mit seiner intellektuellen Physiognomie beschäftigt, wird Eigenschaften bemerken, die eine Adaption der - auch im aufgeklärten 18. Jahrhundert - *bewährten* judenfeindlichen Klischees eigentlich hätten verhindern müssen: seinen vielbeschworenen Skeptizismus, sein konjunktivisches und konziliantes Denken, seine Affinität zum nachprüfbaren Experiment, zur Empirie, oder - andersherum - die Scheu vor übereilter Abstraktion und Systematisierung. Allein, wenn Lichtenberg über das Judentum reflektiert, verlassen seine Gedanken nur selten einmal die ausgetretenen Pfade traditioneller Judenfeindschaft. Vorwiegend dann, wenn es ihm darum geht, *den Juden - als* Kollektiv-Singular - zu bestimmen, mithin das *typisch* Jüdische zu bezeichnen, sind seine Äußerungen voller ironisch-gehässiger Seitenhiebe, Gereiztheiten und Animositäten.

Der englische Germanist Joseph Peter Stern hat schon vor einigen Jahrzehnten versucht, Lichtenbergs Judenfeindschaft aus seinem grundsätzlichen Antiklerikalismus herzuleiten. Und wenn man sich Lichtenbergs fast immer satirisch-polemische Äußerungen zur jüdischen Religion genauer ansieht, hat das auch einiges für sich. Seine Invektiven richten sich gegen den Auserwähltheits- und Offenbarungsglauben und die »abgeschmackten Zeremonien« - im einzelnen also: gegen den jüdischen Gottesdienst, die Beschneidung, die archaischen Brandopfer, gegen die jüdische Beerdigungspraxis, die vorsieht, den Leichnam noch am Tage des Todes zu bestatten, und nicht zuletzt gegen die Speisevorschriften, zumal das Verbot, Schweinefleisch zu verzehren. Als Verfechter einer »Vernunft-Religion« muß ihm dies notwendig als ritueller Obskurantismus erscheinen.

Vergleicht man Lichtenbergs Sticheleien mit seinen Einwänden gegen die christliche Theologie, besonders den Katholizismus, stellt man deutliche Übereinstimmungen fest. Auch hier übt er im Namen der Vernunft harsche Kritik am Offenbarungsgedanken, an traditionellen Abergläubeleien und der formalistischen Religionspraxis. Angesichts der Lichtenbergschen Anglophilie drängt sich der Vergleich mit den englischen Deisten auf, die das Judentum attackierten, weil sie darin den Ursprung des wegen seiner absurden Dogmen und liturgischen Gepflogenheiten mißbilligten orthodoxen Christentums erkannten. Dies um so mehr, als auch Lichtenberg immer wieder den Traditionszusammenhang beider Religionen hervorhebt. J. P. Sterns Diktum, Lichtenbergs Judenfeindschaft entspringe »derselben Quelle wie sein Antiklerikalismus«, besitzt insofern eine gewisse Evidenz - zumindest was seine *religiöse* Idiosynkrasie angeht.

Nun bezeichnet »Judentum« im 18. Jahrhundert aber nicht nur die »Religion«, sondern eben auch das »Volk«, die »Nation« - und seit den anthropologischen Forschungen von Johann Friedrich Blumenbach und Christoph Meiners in den 1770er und 80er Jahren sogar die »Rasse«. Lichtenbergs Sottisen richten sich denn auch weitaus häufiger gegen das jüdische Kollektiv - sind in diesen Fällen also kaum mit seinem Antiklerikalismus zu erklären. Er schreibt den Juden einen spezifischen Nationalcharakter zu, der sich aus den antijüdischen Stereotypen der Zeit zusammensetzt. Und die reproduziert er mit erstaunlicher Kontinuität.

Etwa den Materialismus-Vorwurf, der den Juden Habgier, einen natürlichen Hang zum Geldgeschäft, einen auf bloße Gewinnmaximierung reduzierten Habitus nachsagt In einem Artikel für den »Göttinger Taschen Calender« von 1789, »Nachricht von einer neuen fürchterlichen Krankheit«, macht er sich über das Gerücht lustig, demzufolge ein Kind bei der Berührung mit Geld in Konvulsionen verfallen sei. Allen Eltern rät Lichtenberg nun, dieser neuartigen Krankheit, der *»Geldscheue* (Argyrophobie)«, »mit allen Mitteln vorzubeugen«. Zum Beispiel solle man Kindern frühzeitig Medaillen um den Hals hängen, um sie an die Geldmünzen zu gewöhnen. Für den Fall ' daß es bereits zu einem Ausbruch der Krankheit gekommen ist, weiß Lichtenberg ebenfalls Rat. Dann sei es das Beste, man verbiete dem Kind, »von allem zu essen was nicht wiederkäut und die Klauen nicht spaltet, und wollte auch dieses nicht helfen, so würde ich da wo es angeht, stracks zur Beschneidung schreiten«. Die Anspielungen auf orientalische, zumal jüdische Speisevorschriften und auf die Zirkumzision des männlichen Nachkommen zeigen mit hinlänglicher Deutlichkeit, worauf er hinauswill: Um die Krankheit zu heilen, müsse man einfach Jude werden, denn der sei schließlich vor der Geldscheue gefeit.

Auch Lichtenbergs ausführliche Erklärungen zu Hogarths Kupferstich-Serie *Der Weg der Buhlerin* enthält eine gegen die vermeintliche Habsucht der Juden gerichtete Spitze. Die zweite Platte zeigt einen reichen Juden, der seiner Mätresse, der Protagonistin der Serie, zum Tee aufwartet. Fatalerweise ist er zu früh gekommen, ein zweiter Liebhaber befindet sich noch im Zimmer. Damit dieser unbemerkt verschwinden kann, inszeniert sie einen Streit, hebt das »rechte Bein auf und tritt den silbernen Tisch, mit Teetopf und Tassen, und allem was da war, über den Haufen«: *»>Sieh, Mauschel, nicht so viel, achte ich dich und deinen elenden Plunder,- da liegt er<* und dabei wird mit einem *Schnippchen* (Fingerschnippen, E S.) genau gemessen, wie viel sie den Plunder achtet.«

Dann deutet Lichtenberg die Reaktion des Juden: »Der Jude, wie sich der benimmt? Unnachahmlich jüdisch. Er hält die viermal gestrichenen Diskant-Nötchen seiner *Schönen* im tiefen, langsamen *Nasal-Baß* aus, und daran tut er recht. Die erste Violine würde springen, wenn er selbst geschwindem Takt angeben wollte. Davor hütet er sich. Er hat sie auf *Leib-* und *Lieb-Rente.* Die Interessen freilich für *diesen* Morgen sind fort, aber das Kapital muß gewahrt werden.«

Hogarths Jude benimmt sich typisch, eben: »unnachahmlich jüdisch«. Selbst in Situationen, in denen ein doch so unveräußerliches Gut wie Mannesehre auf dem Spiel steht, kann der Jude nicht aus seiner Haut. Er bleibt der nüchtern kalkulierende, auf materiellen Vorteil bedachte Geschäftsmann. Glaubt jedenfalls Lichtenberg.

Ein weiteres Beispiel für das Materialismus-Klischee findet sich im dritten Stück seiner *Briefe aus England.* Darin schildert Lichtenberg eine Aufführung von Shakespeares »Kaufmann von Venedig«. Die Figur des bösen Juden Shylock, von Macklin - einem der berühmtesten Schauspieler dieser Zeit - offenbar kongenial in Szene gesetzt, affiziert seine latente Abneigung so sehr, daß er sich erneut zu Aussagen hinreißen läßt, die auf das Typische zielen: »Es ist nicht zu leugnen, diesen Juden zu sehen ist mehr als hinreichend, in dem gesetztesten Mann auf einmal alle Vorurteile der Kindheit gegen dieses Volk wieder aufzuwecken.« Und obwohl er seine Vorurteile als solche erkennt, kann er sich nicht von ihnen lösen: »Die ersten Worte, die er sagt, wenn er auftritt, sind langsam und bedeutend! Three thousand Ducats. Das doppelte th und das zweimalige s, zumal das letzte nach dem t, das Macklin so leckerhaft lispelt, als schmeckte er die Dukaten, und alles, was man dafür kaufen kann, auf einmal, geben dem Mann, gleich beim Eintritt, einen Kredit, der nicht mehr zu verderben ist. Drei solcher Worte so, und an der Stelle gesprochen, zeichnen einen ganzen Charakter.« Nämlich den des jüdischen Volkes.

II

Bis in die fünfziger Jahre des 18. Jahrhunderts hinein, also noch in Lichtenbergs Sozialisationszeit, steht die öffentliche Meinung unter dem Einfluß Eisenmengers. Dessen umfängliches Werk *Entdecktes Judenthum* faßt die antijüdischen Lehren des Mittelalters noch einmal zusammen und stellt so ein Arsenal von Vorwürfen bereit, die im nicht hinterfragten Alltagswissen der Zeit ihre Spuren hinterlassen haben. Einer der wesentlichen - aus einer tendenziösen und allzu wörtlichen Exegese des Talmuds und der rabbinischen Literatur gewonnenen - Anschuldigungen seiner Schrift betrifft die jüdischen Moralvorstellungen. Eisenmenger glaubt so etwas wie eine Binnen-Ethik entdeckt zu haben, derzufolge Juden nur gegenüber den Angehörigen der eigenen Religion zu moralisch einwandfreiem Handeln verpflichtet seien. Er setzt damit den Grundstein für das immer wieder kolportierte Stereotyp der jüdischen Amoralität, das auch bei Lichtenberg des öfteren begegnet: »Es macht den Deutschen nicht viel Ehre, daß einen anführen (leiten) so viel heißt als einen betrügen. Sollte das nicht ein Hebraismus sein?«

Auch wenn Lichtenberg nicht wirklich ernsthaft an die Entlehnung aus dem Hebräischen glaubt, so scheint er doch wenigstens sagen zu wollen, daß ein Wort mit einer solch dubiosen Semantik besser im Hebräischen aufgehoben sei, weil es den Charakter der Juden, ihre Heimtücke treffend bekunde. Dieses Verdikt wiederholt er im schon erwähnten dritten Brief aus England: »Shylock ist keiner von den kleinlichen, beredten Betrügern, die über die Tugenden einer goldenen Uhrkette aus Tomback eine Stunde plaudern können; er ist langsam, in unergründlicher Schlauigkeit stille, und wo er das Gesetz für sich hat, bis zur Bosheit gerecht.«

Hier verschränkt Lichtenberg das Merkmal jüdischer Hinterhältigkeit mit der traditionell den Juden zugesprochenen Gerissenheit. Auch dieses Klischee vereinnahmt er für die eigene antijüdische Argumentation. Mehrfach spricht er von »jüdischer Finesse«, »Feinheit« oder »Pfiffigkeit«, einem übertriebenen Witz also, der ebenfalls pejorativ konnotiert wird und in Opposition steht zur ächten Vernunft, zum wahren Geist des Philosophen: »Ein Berlinischer Jude (Bendavid) hatte einmal die Artigkeit mir bei einem Besuche ins Gesicht zu sagen, daß in *dubio* der Jude mehr Kopf habe als der Christ. Ich glaube sie haben eigentlich gar das nicht was man Kopf nennt. ... Große Groschen-Stücke aussuchen um sie dem Unwissenden und Unerfahrnen einmal für doppelte Groschen hinzuzahlen. Hat wohl je ein Jude eine Erfindung gemacht?«

Mit anderen Worten, die Juden seien zwar gewitzt, insbesondere wenn es darum gehe, andere über den Löffel zu balbieren, es gebreche ihnen indessen an schöpferischem Genie, an kreativer Phantasie: »Ist denn dieses Volk so wichtig und so genievoll, so fruchtbar für uns, daß wir es mit solcher Gewissenhaftigkeit hegen sollen? Dieses sehe ich nicht ein.«

Lichtenberg antizipiert hier im Ansatz bereits die romantische Legende von der kulturellen Sterilität des Judentums, die etwa von Richard Wagner in seiner folgenreichen antisemitischen Hetzschrift *Das Judentum in der Musik* vertreten wird. Die Klage über eine vermeintliche intellektuelle Unproduktivität liegt aber auch nicht weit entfernt vom landläufigen Schmarotzer-Vorwurf.

III

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts entwickelte sich eine alternative, »physiokratische« Wirtschaftstheorie, die den obsolet gewordenen Merkantilismus sehr bald ablöste. Anstelle des restriktiven merkantilistischen Prinzips sah diese eine >natürliche< Entfaltung der ökonomischen Kräfte vor und sorgte zudem für eine Umwertung der Wirtschaftszweige. Die Physiokraten setzten den Bauernstand und das Handwerk - als die wirklich produktiven Kräfte im Staat - an die Spitze der Wertskala. Dagegen galten Handel und Gewerbe als sterile Klasse. Das vornehmlich Handel treibende Judentum zählte zwangsläufig zu den unproduktiven Elementen in der Wirtschaft. Dadurch erhielt das traditionelle Vorurteil vom jüdischen Schmarotzer ein *scheinbar* wissenschaftliches Fundament - und folglich größere Durchschlagskraft.

Auch Lichtenberg kann sich der oberflächlichen Evidenz dieses Vorwurfsmusters nicht verschließen. Einen ersten Reflex finden wir in seinem Kalenderartikel *Die vierzehn Schwestern.* Hier versucht er in gespieltem Ernst, das befremdliche Schicksal eben dieser vierzehn Schwestern, die allesamt unverheiratet geblieben sind, zu ergründen. Lichtenberg schlägt als ironische Erklärung dieses Phänomens vor, die Natur habe vielleicht »einen solchen verderblichen Fortpflanzungsplan«, der nur weibliche Nachkommen erschaffe, dadurch abzubrechen gesucht, »daß sie die Vereinigung so vieler weiblichen Keime zugleich mit Abneigung gegen gemischte Gesellschaft verbunden hat«. Immer noch in ironischem Tonfall räumt er indes ein, »daß sich einige Haupterscheinungen nicht« mit seiner Theorie erklären lassen: »So fallen mir z. B. so eben die Söhne des Erzvaters *Jacob* ein, die nichts weniger als Feinde gemischter Gesellschaft gewesen sind, wovon der *Sand am Meer* zeugt, der hier und da unsere schönsten Fluren übersandet und aller Urbarmachung so sehr entgegen ist.«

Aus Jakobs Söhnen gehen der religiösen Oberlieferung nach die zwölf Stämme Israels hervor; bei ihnen hat die Natur also augenscheinlich nicht den »verderblichen Fortpflanzungsplan abzubrechen ge. sucht«. Im Gegenteil, sie »übersanden« Lichtenbergs Ansicht nach die »schönsten Fluren«, sind mithin Sand im Getriebe des physiokratischen Staates.

In den *Sudelbüchern* bedient sich Lichtenberg eines noch aggressiveren Vokabulars. Beispielsweise behauptet er, die Juden hätten »sich in die Gesellschaft aller Völker eingeschachert« - dies verrate »schon das Ungeziefermäßige«. Und im selben Jahr notiert er sich zum Thema Judenemanzipation: »Warum. wollen wir unsern Boden anders bearbeiten um eine sehr unnütze Frucht zu nähren, die unter unserm Klima nicht gedeiht, und sich auch nicht nach ihm bequemen will? ... Ich sehe nicht warum wir mit vielem Aufwand eine Pflanze bauen sollen, die sich nicht für unser Klima schickt und die uns wahrlich nichts einträgt, bloß aus dem empfindsamen Prinzip, daß das Pflänzchen nicht verloren gehe.«

Diese Notizen illustrieren, wie sehr sich Lichtenberg schließlich die physiokratische Position angeeignet hat, wenn er die jüdische Handelstätigkeit für vollends schädlich erklärt. Die aggressive Tier-und-Pflanzen-Metaphorik offenbart zudem eine bedenkliche Affinität zu den proto-rassistischen Ideen der Zeit - und erinnert allzu sehr an die Pamphlete der extremen Antisemiten, eines Grattenauer oder Paalzow etwa. Derartige Ausfälle sind freilich auf einen kleinen Zeitraum, die letzten beiden Lebensjahre, beschränkt und vermutlich in ihrer Schärfe ein Reflex auf die sich intensivierende Emanzipationsdebatte.

IV

Seit 1780 beginnt in Deutschland eine breitere Öffentlichkeit, sich mit den Möglichkeiten einer Emanzipation und Integration der Juden zu beschäftigen. Trotz vieler Kontroversen über Ziele und Verfahrensweisen, in einem Punkt stimmen die Befürworter fast immer überein: Die Gleichstellung der Juden dürfe nicht ad hoc und absolut, sondern nur in Rücksicht auf einen allmählichen Erziehungsprozeß in kleinen Schritten erfolgen. Die Juden sollten zuerst einmal beweisen, daß sie einer Emanzipation auch würdig, mit anderen Worten: daß sie assimilationsbereit seien. Ein derartiges Verdienstkonzept lief immer Gefahr, den einmal begonnenen Integrationsprozeß in Frage zu stellen, wenn es schien, die von den Juden erwartete, aber nie wirklich eindeutig definierte Akkulturationsleistung sei nicht erbracht worden. Das war im allgemeinen der Standpunkt der Emanzipationsgegner, die beharrlich an der Assimilationsfähigkeit der Juden zweifelten.

Auch Lichtenberg ist mehr als skeptisch. Immer wieder fallen ihm Assimilationsdefizite auf. Er mokiert sich über einen Mangel an Sprachkompetenz und gesellschaftlichen Umgangsformen, belächelt vor allem die Affektiertheit des jüdischen Parvenüs, lästert über die vermeintliche Feigheit der Juden und über ihre angeblich fehlende Hygiene. Eine eindeutige Absage an die jüdische Akkulturationsfähigkeit formuliert er aber erst gegen Ende seines Lebens. Im *Sudelbuch-Eintrag L* 593 nimmt er Bezug auf Dohms Emanzipations-Schrift *Über die bürgerliche Verbesserung der Juden* und weist die von Dohm popularisierte Milieutheorie, wonach die vermeintliche Verdorbenheit der Juden nur eine Folge ihrer bedrückenden Lebensumstände sei, entschieden zurück: »Jetzt erklärt der erbärmlichste Betteljude seinen traurigen Zustand durch Christendruck. Koalisiert man sie mehr, öffnet ihnen alle rechtliche Wege zu Handel und Wandel, wobei jene Entschuldigung wegfällt, so werden sie finden, was für ein erbärmliches Volk sie sind.«

Selbst wenn man ihnen also volle Bürgerrechte gewährte, resultiere daraus keine moralische Verbesserung des jüdischen Wesens. Wenigstens an dieser Stelle scheint Lichtenberg von der Unverbesserlichkeit der Juden überzeugt zu sein - und damit auch ihrer Emanzipation ablehnend gegenüberzustehen. So auch im Eintrag L 661: »Selbst, wenn man den Entschluß gefaßt hatte sie künftig zu bessern, so mußten sie pro nunc weggeschafft werden, so lange bis sie gebessert sind, wozu

wenig Hoffnung war. Die Besserung dieses in unserm als ihrem eignen Sinn unverbesserlichen Geschlechts konnte hier nicht unternommen werden.«

Die Juden, das unverbesserliche Geschlecht. Diese späte Notiz zeigt Lichtenbergs kognitives Dilemma. Einerseits hält er fraglos am aufgeklärten Perfektibilitäts-Dogma fest und unterstützt somit grundsätzlich »den großen Plan zu ihrer Verbesserung«. Andererseits wiederum ist er zutiefst überzeugt von der Unveränderlichkeit des jüdischen Habitus und muß die potentielle Gleichstellung daher ablehnen. Am Ende überwiegt wohl die Ablehnung. Die Aversion verdrängt die hehren aufklärerischen, Ideale.

Die probate Radikalkur für emanzipationswillige Juden, die Taufe, muß Lichtenberg dann zwangsläufig als ein völlig sinnleerer, eben bloß formaler Akt erscheinen. So kann er auch den Missionierungseifer gewisser pietistischer Kreise kaum gutheißen (obwohl man hier natürlich auch und zuerst Lichtenbergs Engagement für religiöse Toleranz in Rechnung stellen muß). In seiner *Timorus*-Satire schreibt er dagegen an, indem er einen ausgemachten Dummkopf, Conrad Photorin, der dieses pietistisch angehauchte, proselytenmachende Schwärmertum vertritt, als Verfasser fingiert und diesen in absurden Argumentationen sich selbst widerlegen läßt. An einigen Stellen meldet sich Lichtenberg jedoch persönlich zu Wort. Und zwar immer dann, wenn das Rollen-Ich prononciert seine Ablehnung des Gesagten bekundet (das zum besseren Verständnis auch noch kursiv gesetzt ist). So schreibt Conrad Photorin ziemlich am Schluß, nur mit Abscheu könne er die »Blasphemien« wiederholen, die er bei einer »Rotte blinder Lottersünder« gehört habe: »Man solle gar keine Proselyten mehr machen; ein rechtschaffner Mann bleibe bei seiner Religion, oder ändere sie vor Gott allein, heimlich und ohne Pomp.« Und schon zu Beginn der Satire erklärt Lichtenberg im Verein mit den Lottersündern, »ein ehrlicher Mann ändere seine Religion niemals mit so großen Umständen«.

Es hat den Anschein, als plädiere Lichtenberg nicht allein aus religiöser Duldsamkeit gegen die Konversion, sondern auch, weil sie ihm unehrlich erscheint, eine Identifikation mit der christlichen Gesellschaft nur vortäuscht. Daher der stete Hinweis auf die moralische Fragwürdigkeit der Proselyten. Eine gelungene Assimilation räumt Lichtenberg nur im konkreten Einzelfall ein - und auch nur dann, wenn er annehmen darf, der entsprechende Jude habe sich durch aufgeklärte Bildung vom Judentum geläutert. Vertretern eines solchen im Geiste des Rationalismus reformierten Judentums billigt er ohne weiteres die bürgerliche Gleichberechtigung zu. Und ihnen gegenüber verhält er sich dann auch völlig unvoreingenommen.

Solche gänzlich vorurteilsfreien Äußerungen über konkrete jüdische Personen relativieren aber keineswegs die prinzipielle Abneigung gegen die Juden als Volk, denn seine positiven Urteile sehen stets und ausdrücklich vom Judentum der Beurteilten ab. Lichtenberg konstatiert in solchen Fällen, den jüdischen Glauben ignorieren zu wollen, oder erklärt ihn durch eine gelungene Assimilation für überwunden.

Nehmen wir zum Beispiel seine Kommentare zum Bekehrungsstreit zwischen Moses Mendelssohn und Lavater Anfang der 1770er Jahre. Der übereifrige Schwärmer Lavater hatte den jüdischen Philosophen öffentlich zur Konversion aufgefordert. Lichtenberg, empört über eine solche Anmaßung, schlägt sich auf die Seite Mendelssohns - aber nicht ohne darauf hinzuweisen, daß er dessen Glaubenszugehörigkeit für einen Moment vernachlässige: »Abstrahiert von dem Christen und dem Juden, sondern bloß den Menschen betrachtet ist es noch eine große Frage welches besser wäre, ob Lavater Mendelssohn oder Mendelssohn Lavater würde.«

Ein letztes Beispiel: Als Lichtenbergs Musterschüler Salomon Anschel nach Beendigung seines Studiums - trotz überdurchschnittlich guter Leistungen - keine Anstellung findet, verwendet sich Lichtenberg bei seinem Freund Ramberg für ihn: »Ich weiß Ew. Wohlgeboren lieben das Volck Gottes nicht, so wenig als Ihr gehorsamer Diener. Aber dieser Mensch ist wahrlich eine Ausnahme.« Assimilierte Juden, wie Mendelssohn und Anschel, sind für Lichtenberg die Ausnahme - und als solche bestätigen sie ihm nur die Regel.

V

Auch die Repräsentanten des Vernunftzeitalters lösen sich, trotz ihres erbitterten Kampfes gegen das Vorurteil, nur partiell vom traditionellen Inventar antijüdischer Stereotypen. Vielfach ergänzen sie es sogar noch. Etwa um die Vorstellung einer anthropologischen Differenz des Judentums. Obwohl im 18. Jahrhundert die Figur des »edlen Juden« in die deutsche Literatur eingeführt wird, gärt das alte Ressentiment unterschwellig weiter und macht sich verschiedentlich Luft. Sowohl bei Gellert, der dem idealisierten Juden zum ersten Mal literarisches Leben einhaucht, als auch bei Herder und Schiller, die dem Judentum vor allem religions- und geistesgeschichtlich wesentliche Bedeutung beimessen, und sogar bei Georg Forster, der vehement für die jüdische Emanzipation eintritt, finden wir gleichwohl entschieden judenfeindliche Äußerungen, die der postulierten Unvoreingenommenheit Hohn sprechen. Bei kleineren Geistern nicht minder. Die aufgeklärte Tagesliteratur ist voll von Animositäten gegenüber dem jüdischen Volk - besonders seit den 80er Jahren, infolge der sich lauter artikulierenden Emanzipationsforderungen.

In diesem hier nur knapp skizzierten Umfeld liegt wohl auch der Standort Lichtenbergs. Er ist jenen aufgeklärten Gegnern des Judentums zuzurechnen, die in so auffällig hoher Dichte auch die Göttinger Universität bevölkern. Dennoch unterscheidet er sich wenigstens graduell von den dortigen Judenfeinden - einem Johann David Michaelis, August Ludwig Schlözer oder Christoph Meiners. Denn im Vergleich zu ihnen hält sich Lichtenberg publizistisch eher zurück. Die *Timorus*-Satire bleibt die einzige längere Veröffentlichung, die sich mit dem Judentum auseinandersetzt - und dann auch nicht ausschließlich polemisch. An Schärfe können Lichtenbergs Invektiven im *Timorus* und in den anderen Publikationen jedoch allemal mit denen seiner Kollegen konkurrieren - und das, obwohl sein Ressentiment sich noch am vehementesten in den *Sudelbüchern zeigt:* »Zu meiner Vergleichung der Juden mit den Sperlingen könnte auch noch hinzugetan werden das entsetzliche Getöse wenn man ihnen die Jungen raubt, das gar keine Zärtlichkeit verrät, sondern eine Art von Börsen-Geschrei. Das Volk Gottes hat nie etwas getaugt, sondern ist allezeit ein infames Volk gewesen.«

Der Beitrag ist das vorläufige Resümee einer Studie über *Lichtenberg und das Judentum,* die im Herbst 1998 im Wallstein Verlag (Göttingen) erscheint

Konkret 11/97, S. 54

Silvia Schlenstedt

Maßnahme □ Maßnahme□

In Bertolt Brechts 1931 entstandenem Lehrstück □ Die Maßnahme□ liquidiert das revolutionäre Kollektiv einen Mitkämpfer, dessen zu große Menschlichkeit die Revolution gefährdet. Seine Aufführung hatten der Autor und der Komponist Hanns Eisler nach dem Krieg politischer Bedenken wg. verboten. Jetzt ist es in Berlin zum ersten Mal vollständig inszeniert worden

»Im allgemeinen war es nicht sehr leicht für mich auszudrücken, was ich für notwendig hielt, um das Theater hier vom bürgerlichen Rauschgifthandel und vom Emotionalismus zu befreien. Die wenigen Proben mit Ihnen und Ihrer Truppe haben mir wenigstens gezeigt, daß auch hier ein revolutionäres pädagogisches Theater möglich ist.« So schrieb Brecht im Januar 1936 an den Leiter des New Yorker Group Theatre nach dem Abbruch der Proben zur »Maßnahme« aus - nicht weiter benannten - »politischen Gründen«. Elf Jahre später, beim Verhör vor dem »Kongreßausschuß zur Untersuchung unamerikanischer Tätigkeit« (Oktober 1947, auch ein 50. Jahrestag!), als die peinliche Befragung Brechts und auch Hanns Eislers gerade um »Die Maßnahme« kreiste, nicht zuletzt deshalb, weil Stück und Verfasser von des »Maßnahme«-Komponisten Schwester Ruth Fischer gezielt öffentlich denunziert worden waren: als GPU-nahe Kunst, als im Vorgriff von mehreren Jahren genial gestaltete Legitimation der stalinistischen Prozesse - da wurden die »politischen Gründe« einsichtig, die eine Rolle gespielt haben mochten. Der Brief von 1936 gibt zu erkennen, was dem Lehrstück vom Autor aufgetragen worden war: Befreiung des Theaters vom »bourgeois drug traffic and emotions racket« und Aufbau eines revolutionären Theaters mit neuer Funktion. Utopischer Entwurf? Donquichotterie von kampfentschlossenen Idealisten? Derzeit mögen manche das so sehen, zumal beim Blick in die heutige Theater- und Publikumslandschaft. Doch zeigt mir die Aufführung der »Maßnahme« im Berliner Ensemble: Auch im Herbst 1997 vermag das Stück Zuschauer zu verstören und zu befremden, selbst wenn sie sich wie zum Empfang einer Droge im Theatersessel zurücklehnen.

Daß »Die Maßnahme« in den Nachkriegsjahren kaum aufgeführt wurde, war natürlich auch Folge der antikommunistischen Denunziation in den USA, die in der BRD kräftig nachvollzogen wurde. Auf sie reagierte Brecht, als er 1956 in einem Schreiben nach Schweden eine Inszenierung untersagte, da »Aufführungen vor Publikum erfahrungsgemäß nichts als moralische Affekte für gewöhnlich minderer Art« hervorriefen; dieser Haltung schloß sich Eisler an, er verbot 1958 eine Londoner Aufführung. Neben den politischen Bedenken wies Brecht 1956 bei seinem Veto (die Aufführung fand übrigens trotzdem statt, mit den befürchteten Folgen) zugleich auf die intendierte Funktion des Lehrstücks: »)Die Maßnahme< ist nicht für Zuschauer geschrieben worden, sondern nur für die Belehrung der Aufführenden.« Wem das elitär gedacht vorkommt, dem sei eine Zahl genannt, die die Anmerkungen zur »Maßnahme« 1931 übermitteln: »Da es in Deutschland eine halbe Million Arbeitersänger gibt, ist die Frage, was im Singenden vorgeht, mindestens so wichtig wie die Frage, was im Hörenden vorgeht.« Allerdings wurden auch Bedingungen genannt dafür, daß die Vorführenden ihre »Aufgabe, lernend zu lehren«, erfüllen können: »Jedoch sollten Versuche, aus der >Maßnahme< Rezepte für politisches Handeln zu entnehmen, ohne Kenntnis des Abc des dialektischen Materialismus nicht unternommen werden. Für einige ethische Begriffe wie Gerechtigkeit, Freiheit, Menschlichkeit usw., die in der Maßnahme vorkommen, gilt, was Lenin über Sittlichkeit sagt: >Unsere Sittlichkeit leiten wir aus den Interessen des proletarischen Klassenkampfes ab.<«

Man mag sich fragen, warum 1997 das Jahrzehnte beibehaltene Aufführungsverbot nun endlich zurückgenommen wurde. (Es war freilich kein absolutes: In den USA ist die »Maßnahme« verschiedentlich von Studententheatern gespielt worden - der Brecht-Erbe, dem bei der Aufteilung der Welt die USA zugesprochen worden war, handhabte Papas Verbot anders -; eine konzertante Aufführung, freilich nur als »geschlossene«, 1986 in der Akademie der Künste der DDR von Wekwerth durchgesetzt, ist mir noch gut in Erinnerung; und 1995 wurde in der Berliner Schaupielschule unter Klaus Völker das Stück bereits in einem interessanten neuen Zugriff gezeigt, bei dem man Schau- und Puppenspieler kombinierte. Nirgends jedoch war wie jetzt im BE das Ganze in der Einheit von Brechts Text und Eislers Musik zu hören.) Womöglich spielen ganz simple Gründe für die Inszenierungserlaubnis eine Rolle: Brechts 100. Geburtstag steht ins Haus, da wirkt es belebend, wenn etwas Neues ins Angebot kommt. (Und das Angebot zum Brechtjahr 1998 wird reichhaltig sein, im BE z. B. mit Aufführungen anerkannt großer Stücke wie dem »Leben des Galilei« oder fast verschollener Lehrstücke wie »Ozeanflug« und »Lehrstück vom Einverständnis«; gewiß wird Brecht zum Medienereignis 98 werden, so wenn, wie zu hören ist, 3Sat eine Reihe präpariert mit 60 Brecht-Aufführungen - von BB selbst wie von Nachgeborenen -, Brecht-Verfilmungen und -Adaptionen.) Womöglich war auch Ermattung im Spiel - DDR wie sozialistisches Lager sind weg, keine KP mehr kann sich durch die radikal-orthodoxen Exerzitien der »Maßnahme« desavouiert fühlen, warum sollte man das Stück also nicht zeigen?

Über die Motive für die Wiederaufführung kann man ins Mutmaßen und Grübeln kommen auch, wenn man sieht, wie die derzeitige Leitung des Hauses, speziell die an der Präsentation beteiligte Dramaturgie des BE, sie zu situieren versucht. Beispielsweise durch eine als Programmheft verkaufte rote Broschüre (Emblem: Marx/Engels/Lenin/Stalin, wie es Schulungshefte der stalinistischen Ära zierte). Gedruckt wird das »Manifest der Kommunistischen Partei« von 1848,

genauer: ein »Manifest«-Verschnitt, der nicht nur, einsehbar, damals aktuelle Auseinandersetzungen streicht, vielmehr Kernstellen wegläßt (z. B. die über die freie Entwicklung eines jeden als die Bedingung für die freie Entwicklung aller als Zielpunkt kommunistischer Assoziation), dafür aber 88 Fußnoten oft ohne ersichtlichen Bezug auf den klassischen Text bietet - neben »Maßnahme«-Zitaten in schönem postmodernen Pelemele ein bißchen Nietzsche, ein bißchen Benn, mal Frank Castorf oder Gertrude Stein, mal Lyotard oder Virilio...

Bestimmter ist ein Deutungsvorschlag der Co-Dramaturgin Susanne Winnacker: Grundlegende Ambivalenzen wissenschaftlicher Weltveränderung kämen in diesem »Passionsspiel« zum Vorschein: »... daß das, was einen Menschen zum Beitritt in eine revolutionäre Partei bringen kann, und der Grund für das Scheitern revolutionärer Bewegungen identisch sind«. Wird hier generell eine Aporie jeglicher revolutionären Bewegung postuliert, bietet das Theater in Annoncen und Verlautbarungen noch eine andersartige Zuordnung: Es rückt »Die Maßnahme« in den Kontext Deutscher Herbst. Daß RAF-Leute vormals den Text des Stücks zitiert haben, scheint mir als Beleg für einen Zusammenhang nicht gerade ausreichend und der Bezug eher modisch hergestellt - das ist doch wohl nur machbar im Absehen vom Grundverschiedenen der geschichtlichen Situationen um 1930 und um 1977; zum einen eine Zeit revolutionärer Massenbewegungen in vielen Teilen der Welt, die die Komintern zu forcieren suchte, zum anderen eine Zeit der Stagnation und staatlichen Repression, die eine revolutionär gesonnene kleine Schicht mit verzweifelten Gewaltaktionen signalhaft zu durchbrechen suchte. Eine Verbindung könnte wohl hergestellt werden, allerdings nicht ohne geschichtsanalytische Anstrengung und nicht allein mit Blick auf die revolutionäre Gewalt. Für das Lehrstück von 1930 wurde Lenins Schrift vom Linken Radikalismus als »Kinderkrankheit des Kommunismus« grundlegend für die Darstellung von Einzelaktion und Gesamtbewegung, revolutionärer Ungeduld und politischer Organisationsarbeit. Einige Situationen und argumentative Passagen des Kontrollchors in der »Maßnahme« greifen direkt Lenin auf und paraphrasieren seinen Text.

»Die Maßnahme« war ein Drehpunkt in Brechts Entwicklungsgang: In der Nachfolge seiner frühen Lehrstücke vollzog er darin die Wendung zur marxistischen Arbeiterbewegung *und zu* einer Kunst im Dienst der kommunistisch geprägten Kulturbewegung. Es ist eine vertrackte Stelle, der das Ineinander von Merkmalen der früheren und der neuen Position entspringt. Durch Konstellationen und Fabelführung ist »Die Maßnahme« noch mit den früheren Lehrstücken verbunden - so durch die Motive Einverständnis und Selbstopferung -, ausgeführt wird der Text im Umschreiben von Vorliegendem; nachdem Hanns Eisler die gerade abgeschlossene Schuloper vom »Jasager« als »schwachsinniges feudalistisches Stück« kritisiert hatte, schlug ihm Brecht vor, gemeinsam ein »Gegenstück« zu schreiben, in dem es um das Einverständnis mit dem Kollektiv geht, das die Revolutionierung der Welt vorantreibt. Den Übergang des linken Intellektuellen auf die Seite der proletarischen Bewegung kennzeichnet es, daß Brecht Einordnung in die Bewegung als Vorgang faßt, der das Auslöschen des Gesichts, ein Unsichtbarwerden der Individualität und subjektiven Eigenart im Kollektiv verlangt - ein Motiv, in dem sich Erfahrungen, Befürchtungen und Einsichten verquicken.

»Die Maßnahme«, die im Rückgriff auf alte Kunstformen entstand, ist zugleich avanciertestes Kunstwerk mit neuer Wirkungsstrategie und Ästhetik: nicht Einfühlungsdramatik, sondern Lehrstück für Arbeiterchöre, die im modellhaften Spiel politisches Verhalten einüben, aus falschem Verhalten und seiner Diskussion richtiges lernen sollen. Wie Brechts Text das alte japanische No-Spiel umfunktionierte, hat Eisler tradierte Formen umgestülpt und für die neue Funktion benutzt - das Oratorium, die Passionsgeschichte des einzelnen, der die Welt zu erlösen kam, wird im großen Stil säkularisiert und in umgekehrter Wertehierarchie verwandt. Erlösung, d. i. Lösungen, wie der »Urgrund des Elends« auszumerzen sei, findet der Kontrollchor nicht durch Glaubenssätze, sondern durch die »Methoden der Klassiker« und im Durchspielen der Fehler des jungen Genossen; nicht seine Leidensgeschichte wird gezeigt, sondern ein Lernprozeß, ein Lernen aus dem tragischen Scheitern des einzelnen. Auf den Chören, nicht getragen und heroisierend, sondern unfeierlich, mit straffem Tempo, kämpferischem Pathos, dynamisch, gestisch präzise, liegt das Hauptgewicht - die Aufführung im BE bringt das hervorragend zum Vorschein (auch wenn ein Kunstchor die Arbeiterchöre ersetzt).

Eine Verabschiedung des Lehrstücks hielt Heiner Müller im Januar 1977 für angebracht: »Ich werde nicht die Daumen drehn, bis eine (revolutionäre) Situation vorbeikommt.« Zu seiner Lagebeschreibung gehören die sarkastischen Sätze: »Die christliche Endzeit der >Maßnahme< ist abgelaufen, die Geschichte hat den Prozeß auf die Straße vertagt, auch die gelernten Chöre singen nicht mehr, der Humanismus kommt nur noch als Terrorismus vor, der Molotow-Cocktail ist das letzte bürgerliche Bildungserlebnis.« Deshalb: »... ich denke, daß wir uns vom Lehrstück bis zum nächsten Erdbeben verabschieden müssen.« Das blieb im übrigen nicht Müllers letztes Wort in Sachen Lehrstück: 1986 schien »dieses Spielmodell« ihm »wieder aktuell« zu werden, in einer Situation, in der sich historisch etwas bewegte: »Das ist der Moment, wo wieder gelernt werden kann.«

Verabschiedung wie erneutes Interesse sind aufschlußreich, wenn man sich fragt, in welcher Lage wir 1997 sind. Keine Situation, in der sich historisch etwas bewegt, auch kein nächstes Erdbeben in Sicht. Soll man da das Lehrstück »Die Maßnahme« spielen wie ein x-beliebiges historisches Drama, oder sollte man warten, bis die nächste revolutionäre Situation vorbeikommt? Wenn der Entstehungsgrund für das Lehrstück vergangen und die »Veränderung eines Konzerts in ein politisches Meeting« (wie Eisler sie bei der »Maßnahme« sah) zurückgenommen ist, soll da die Chance, das Stück aufzuführen, ausgeschlagen werden, zumal in einer Zeit der Stagnation, einer zerbröselten Linken, verbreiteter

Ratlosigkeit? Das wäre berechtigt, wenn »Die Maßnahme« nichts wäre als der Niederschlag der konkreten Situation ihrer Entstehung und wenn ihre Problemangebote, mit dieser vergangen, sich verflüchtigt hätten. Die Aufführung zeigt: Dem ist nicht so. Übermittelt werden Epochenerfahrungen so, daß ihre Problematik bedacht werden kann. Die vorgeführten Szenen weisen auf Grundkonstellationen sozialer Kämpfe - Mitleid und Hilfe für einzelne oder Organisieren verbesserter Lebensbedingungen, kompromißloses Vorgehen oder Kompromisse im Ausnutzen von Widersprüchen zwischen den Mächtigen, schnelle Einzelaktion oder geduldiges Vorbereiten einer das Ganze erfassenden Umwälzung. Kritisch ausgestellt wird aber auch eine Kampfmentalität, welche völlige Unterordnung der individuellen Person unter das revolutionäre Kollektiv als unerbittliches Gebot erachtete, um die Bewegung voranzubringen.

Logischerweise zeigt dies die Inszenierung 1997 als fragwürdig. Sie läßt als Anmaßung erscheinen, daß das Parteikollektiv im Namen der Wirklichkeit zu reden und handeln behauptet und dabei den einzelnen, der dem nicht zu folgen vermag, diszipliniert bis zur Selbstaufgabe und Zerstörung. Durch intelligente Erfindungen versteht die Inszenierung, mit Elementen der Distanzierung und Ironie zu operieren, ohne das Ganze zu destruieren, z. B. durch Doppelungen: Das großartige »Ändere die Welt, sie braucht es« wird einmal schwunglos gesprochen, unüberzeugt eine veraltete Botschaft vom Blatt stotternd, dann vom Chor gesungen, grandios in fordernd-argumentativem Gestus. Dieserart Gegeneinander verfremdet und fordert Nachdenken. Es empfiehlt sich Dialektik. Auch für des Kontrollchors Resümee: » ... wieviel / Nötig ist, die Welt zu verändern: / Zorn und Zähigkeit, Wissen und Empörung / Schnelles Eingreifen, tiefes Bedenken / Kaltes Dulden, endloses Beharren / Begreifen des Einzelnen und Begreifen des Ganzen«.

Silvia Schlenstedt ist Literaturhistorikerin und lebt in Berlin

Konkret 11/97, S. 56

Oliver Schmitt

Rotarier aller Länder!

Unter der Führung von Ex-Oberleutnant Helmut Schmidt und im Geiste Marion Dönin Gräfhoffs ist ein Menschenpflichtkonzil interaktiv geworden. Für uns alle

Das Bermudadreieck, das Balzverhalten der Mississippi-Biber, die Beliebtheit von Katja Riemann - für manche Dinge gibt es einfach noch keine vernünftige Erklärung. Wir müssen sie wohl oder übel akzeptieren. Auch für die Menschenpflichten gab es bislang keine befriedigende Erklärung. Aber jetzt haben wir eine.

Am 3. Oktober 1997, genauer: am Vorabend des Tages der Einheit des Standorts Deutschland, erschien nicht nur in Hamburg die »Zeit« Nr. 41 an den Kiosken der Weltöffentlichkeit, und mit ihr und in ihr und überhaupt die »Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten«; diese aber nicht zu unserem privaten Menschenheil, sondern, viel wichtiger, »den Vereinten Nationen und der Weltöffentlichkeit zur Diskussion vorgelegt vom InterAction Council«. Ein in seiner multilateral-diskursethischen Generalrelevanz noch gar nicht durchschaubares, geschweige denn abzusehendes Riesenprojekt und -wagnis, für das erstmals in dieser Zeitschrift, nicht minder aber vor der noch immer neugierigen Weltöffentlichkeit eindringlich geworben sein soll. Bevor es zu spät ist.

Mal ehrlich, Genossen: Wir sitzen tief in der Scheiße! Die »Menschheit als ganze«, wir ahnten es längst, ist in Gefahr und wird, wenn wir jetzt nicht blitzartig handeln, volle Kanne »in Chaos verfallen«, oder, noch schlimmer, in einem »Clash of civilizations á la Samuel Huntington« ihr allzu frühes Ende finden. So sieht und schreibt es Helmut Schmidt.

In dieser hochnotbrenzligen Situation, in der »jedermann ausschließlich seine eigenen Rechte verfolgt und keinerlei Pflichten und Verantwortungen akzeptiert«, ist es endlich einmal »Zeit, von den Pflichten zu sprechen! « So betitelt der sekundärtugendhafte Offizier und Statesman einen nur 19 Paragraphen umfassenden Clash of debilizations á la Helmut Schmidt, nämlich die vorbenannte »Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten«, doppelseitenhoch und »zum Vergleich« im Hausblatt abgedruckt neben der bekannten und beliebten UN-Menschenrechtserklärung. Da bleibt kein Auge trocken, keine Frage offen.

Höchstens die: Wer oder was zum Henker ist denn ein InterAction Council? Das InterAction Council ist ein Council, wie die Welt noch keines sah, eine omniglobale Synode der Sympathen und Menschheitsbeglücker, ein Symposion der ethisch-moralischen Superklasse, ein interaktiver Rotary-Club, der in dieser schweren Zeit und aller Inkontinenz und Insuffizienz zum Trotz entschlossen die Bruchbänder hochkrempelt und was tut. Eben seine Pflicht.

Und das Tollste ist: Jeder kann mitmachen! Vorausgesetzt natürlich, er ist männlich und noch rüstig, Träger von entweder Auszeichnungen oder Gebissen bzw. Herzschrittmachern und war mal Chef von irgendeinem Land. Die Staatsform ist eher nebensächlich, deswegen sind nicht nur Jimmy Carter (»ehem. Präsident USA«) und Kurt Furgler (»ehem. Präsident Schweiz«) im Aktionskonzil vertreten, sondern vor allem auch Lee Kuan Yew (»ehem. Premierminister Singapur«), Kenneth Kaunda (»ehem. Präsident Sambia«), Anand Panyarachun (»ehem. Premierminister Thailand«) und Shin Hyon Hwak (»ehem. Premierminister Republik Korea«). Ehrenvorsitzender ist, wie könnt' es anders sein, Helmut Schmidt, chem. Kanzler Deutschland.

Nicht vertreten sind allerdings ehem. Präsident Hindenburg (tot), ehem. Präsident Eierle (gibt's nicht) und Präsident Herzog (noch nicht ehem.). Sonst aber praktisch alle.

Und keiner, das dürfen wir glauben, keiner der Pensionistenpräsidenten hat sich die Menschenpflichterklärung leicht gemacht - beruht sie doch auf »jahrelanger Vorarbeit durch geistliche, philosophische und politische Führer aus der ganzen Welt«. Das hat ein Aroma von Hitler wie von Küng, die bedauerlicherweise beide auf der Ehemaligenliste fehlen. Gerade Küng! Wo der doch als unumstrittener Erfinder des »Parlaments der Weltreligionen« - erstmals zusammengetrommelt 1993 in Chicago, 6500 Mann hoch, inkl. beide Gebr. Weizsäcker, Bischof Tutu und Kronprinz Hassan von Jordanien - ganz unverzichtbare Erfahrungen im Weltenretten hat. Wurde Schmidt dies nicht hinterbracht?

Mit Küngs Unterstützung wäre die Liste nicht so kurz geraten. Denn während die UN-Menschenrechtscharta problemlos von Artikel 1 (»Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren«) bis 30 reicht (»Auslegungsvorschrift«) und eine tolle Präambel vornedran hat, startet die Magna Charta des InterAction Council nach einer unverkennbar abgeschriebenen Präambel mit Artikel 1 (»Jede Person hat die Pflicht, alle Menschen menschlich zu behandeln«) und endet so unentschlossen wie uninspiriert schon bei Nr. 19 (»Schluß«). Das hätte man besser machen können.

Zwar sind die wenigen Artikel, nicht zuletzt wegen ihrer menschlichen Nähe zu den 10 Geboten, sehr gut wegzulesen und in leicht verständlicher Sprache abgefaßt, insbesondere gilt dies für die Artikel 3 (»Jeder Mensch hat die Pflicht, unter allen Umständen Gutes zu fördern und Böses zu meiden«), Nr. 8 (»Jede Person hat die Pflicht, sich integer, ehrlich und fair zu

verhalten«), und Nr. 6 (»Streitigkeiten zwischen Staaten, Gruppen oder Individuen sollen ohne Gewalt ausgetragen werden«) - die Menschheit hat diesbezüglich ja schon ungute Erfahrungen machen müssen.

Vergeblich aber wartet man auf den schon von Arnold Hau vorformulierten Pflichtartikel »Redet nicht alle durcheinander!«, dessen strikte Befolgung bei der Abfassung von Art. 12 höchst angebracht und wünschenswert gewesen wäre. Hier heißt es nämlich einerseits »Niemand, wie hoch oder mächtig auch immer, darf lügen«, einen Satz später aber schon: »Niemand ist verpflichtet, die volle Wahrheit jedem zu jeder Zeit zu sagen.« Ja und? Was soll man denn dann sagen? Die volle Uhrzeit jedem zu jeder vollen Stunde? Oder halbstündlich nur die halbe Wahrheit? Hier sollte der Interaktionsklub noch einmal in sich gehen und für klarere Regelungen sorgen. Sonst sagt doch die Uno gleich Nein!

Nun ist diese InterAction-Council-Menschenpflichterklärung eine Glanztat, zweifellos. Aber irgendwie auch scheiße, irgendwo auch kalt, ledern bürokratisch und letztlich sogar ganz vom guten Geist von Helsinki verlassen. Nichts, was man gerne neben den Krefelder Appell oder die Erfurter Erklärung hängen möchte, schon gar nicht neben das Amtsstubenfoto von Roman »Ruck« Herzog. Da mangelt doch das Visionäre! Genau das! Gibt's denn nix Visionäres?

Doch. In der »Bunten«. Denn am exakt gleichen Erscheinungstag pariert, als ob sie's geahnt hätte, die Münchner Zentralgazette für Gleichheit, Freizeit und Brautkleid mit »Vision 2000«, einer ganz unbestreitbar »wirklich guten Idee«: »Unesco-Botschafterin Ute Ohoven und Richard Dunhill vom Lifestyle-Konzern Alfred Dunhill Ltd. baten Prominente, ihre Vision vom Jahr 2000 zu Papier zu bringen.« Und da sind auch die ewig- und interaktiven Zelebritäten, die dem »Zeit«-eigenen InterAction Council so schmerzlich abgehen: Hans-Dietrich Genscher (ehem. Außenminister Deutschland), Oskar Lafontaine (ehem. Kanzlerkandidat Deutschland) und Walter Scheel (ehem. Präsident Deutschland). Sie alle, im Verein mit Uschi Glas, Justus Frantz und Nina Ruge, machen erst die Menschenpflicht zur Kür und die »Bunte«-Erklärung zum Plaisir.

Und so schließen wir, alles wird gut, mit Nina Ruge: »Meine >Vision of the Year 2000<: Wir besinnen uns auf die Leitplanken des Lebens, und die Werte heißen: Mut, Verläßlichkeit, Ehrlichkeit, Standhaftigkeit, Würde, Respekt, Treue, Opferbereitschaft.«

So geht's doch auch, Herr Schmidt!

Konkret 11/97, S. 60

Christoph Tannert

Die Bekunstung des Freizeitparks

□ Die Epoche der Moderne□ , □ documenta X□ , □ Deutschlandbilder□ : Kaum je zuvor sind Kunstausstellungen so penetrant a Unterhaltungs-Events präsentiert worden wie im vergangenen Sommer

Mittlerweile hat die im Blödelfieber auf ihren Höhepunkt zurasende Heiterkeitswelle auch die Kunst erfaßt, wobei in diesem Sommer gleich mehrere Spektakel um die Gunst der Zuschauer konkurrierten. Selten zuvor schaffte es die Hochkultur so schnell, den Ruch des Elitären loszuwerden und der Volksbelustigung auf breiter Front zum Durchbruch zu verhelfen. Was den »verdienten Volkskunstensembles« der DDR bei der »stetigen Erhöhung des Lebensniveaus der werktätigen Bevölkerung« nicht gelang, realisieren deutsche Mega-Veranstalter des Imperiums »Brot & Spiele« mit links.

Die Berliner Ausstellung »Die Epoche der Moderne - Kunst im 20. Jahrhundert« hatte während ihrer zwölfwöchigen Laufzeit im Martin-Gropius-Bau 220.000 Besucher. Auf der »documenta X«, dem definitiven Weltkunstereignis, das alle fünf Jahre für hundert Tage in Kassel stattfindet, wurden mehr als 600.000 Besucher gezählt - ein »documenta«-Besucherrekord.

»Die Epoche der Moderne«, wegen der Verbutterung von rund 16 Millionen Mark im Vorfeld scharf attackiert, zeigte etwa 400 Werke (vor allem Gemälde) von 130 Künstlern aus den letzten 90 Jahren. »Der Zuschauer«, pflegte Max Reinhardt zu sagen, »ist zu allem bereit, zum Schlechten wie zum Guten.« Man muß nur ein bißchen herumopern, einen ultimativen Höhepunkt suggerieren oder charmant verpackte Süßspeisen anbieten, schon setzt sich die Karawane in Bewegung, gleich wie gering das intellektuelle Niveau und der kunsthistorische Nutzen sein mögen.

Ganz so einmalig war die Begegnung mit den »specials« allerdings nicht. Viele Werke werden seit Jahren um die Welt geschifft, um ihren Leihgebern Leihgebühren einzuspielen, und waren auch in Deutschland schon zu sehen. Museen aus Osteuropa, insbesondere aus Rußland, leihen besonders gern - sie brauchen jede Mark, und Privatsammlungen öffnen ihre Tresore, um den Marktwert der Bilder zu testen und Interessenten anzulocken.

Angeblich beginnt die Moderne mit Picassos Bild »Les Demoiselles d'Avignon« von 1906/07 (das übrigens aus dem Besitz des Museums of Modern Art, New York, nicht ausgeliehen werden durfte). Darüber, und ob nicht vielleicht schon der alte Cézanne im 19. Jahrhundert ein Taktgeber der Moderne ist, kann man sich trefflich streiten. Gefragt werden darf aber auch, ob nicht bereits damals die Königswege jeglicher Malerei verbaut waren und man sich eher auf die Seite Marcel Duchamps schlagen sollte, der beim Besuch des Pariser Luftfahrtsalons 1912 konstatierte: »Die Malerei ist am Ende.« Der Anblick der technischen Geräte hat zweifellos ein wie auch immer vages Bewußtsein der Krise der Malerei zur Folge. Und hat Duchamp mit seinem signierten Pißbecken von 1917 die Institution Kunst nicht gänzlich zum Offenbarungseid gezwungen? Die Ausstellungsmacher sind dem nicht nachgegangen.

Es sind die Ausstellungsmacher (seit ein paar Jahren nennen sie sich »Kuratoren«), die den unguten Ton angeben. Auch beim Gegenprojekt zur »Epoche der Moderne«, das unter dem Titel »Die anderen Modernen« im Berliner Haus der Kulturen der Welt veranstaltet wurde, stimmten die Leitlinien nicht. Die Neu-Deutschen in ihrem Hang zur Dickebackenmusik unterdrücken den »Neger« in sich, wenn man ihnen das befiehlt, und sie lassen ihn fröhlich aus sich heraus springen, wenn es mal andersrum kommt. Das Berliner Haus der Kulturen der Welt bemüht sich seit Jahren, vorzuführen, daß vor den Augen des Westlers die ganze Welt gleich sei. Da kann es schnell passieren, daß die Holz- und Metallabfälle, die der Senegalese Mustapha Dimé auf einer Abfallhalde zusammengeklaubt und verbastelt hat, in der Nachbarschaft zu einer Erotik-Tapete der persischen Künstlerin Fariba Hajamadi auftauchen, obwohl Dime aus dem afrikanischen Busch kommt und die Hajamadi im Herzen von New York lebt. Man kann sich in seinem multikulturellen Eifer schon gehörig vertun.

Eher als Entgegnung denn als Ergänzung zur »Epoche der Moderne« konzipiert, hatte das Haus der Kulturen der Welt seine Ausstellung für Werke von Künstlern aus Asien, Afrika und Lateinamerika eingerichtet und im Juli außerdem ein zweitägiges Symposium nachgeschoben. Jedoch im Ausstellungstitel steckte bereits ein Mißverständnis. In Kunstfragen von einer multiethnischen Gemeinschaft der »Modernen« auszugehen, ist schlichtweg Unsinn, weil auch im Zeitalter der Globalisierung die Bedingungen der Kunstproduktion, die Siedlungstopographie, die Möglichkeiten, Werke auszustellen, anzuschauen, zu verkaufen und zu sammeln, nicht gleich sind.

Künstler aus Asien, Afrika und Lateinamerika zusammenzusperren und sozusagen in einem Abwasch abzuhandeln, den Blick auf das »Exotische« zu richten, egal ob es nun mit dem Eifer des Gutmenschen »modern« genannt wird oder nicht, das zeugt von rassistischer Arroganz. Die »anderen Modernen« als Spiegelbilder der westlichen Moderne zu installieren, läuft auf eine perverse Gleichmacherei hinaus. Erst mußte auf der Suche nach dem Nicht-Westlichen (Anti-Robinson) das Gegenüber naturalisiert werden, und nun bügelt man ihm seine kulturelle Identität (die ja längst in Richtung Anti-Freitag driftet) auf, um sie besser kontrollieren zu können.

Wenn die Ausstellung verdeutlicht hätte, welche Unterschiede beispielsweise zwischen einem Künstler in städtischer und einem in ländlicher Umgebung bestehen oder was einen französisch sprechenden Afrikaner in der belgischen Provinz von einem englisch sprechenden Inder in London unterscheidet, dann wären wir in der Diskussion um Pluralität und Differenz womöglich ein Stück weitergekommen. Man hätte sich gut vorstellen können, die Wandmuster von Fariba Hajamadi neben die des Amerikaners Robert Gober zu stellen oder die filigranen Holzkonstruktionen von Shirley Paes Leine aus Brasilien neben das Werk einer Künstlerin aus Brandenburg, die sich auf Hüttenkonstruktionen aus dem Amazonasdschungel bezieht.

Zum zwanzigsten Jahrestag von Schleyer-Mogadischu-Stammheim und über 50 Jahre nach der in der DDR verkündeten »Stunde Null« werden deutsche Kunsthistoriker geschwätzig. Die »Deutschlandbilder«-Austellung im Berliner Martin-Gropius-Bau macht (bis 11.1.98) eine ost-westdeutsche Künstlergemeinschaft zwischen Keilrahmen dingfest. Tübke, Richter, Kippenberger, Lewandowsky - alles hübsch miteinander verrührt und mit dem Kitt der Aussöhnung neutralisiert. Geschichte in der Hand jener, deren linkischer Selbsterfahrungszirkus sie so weit nach rechts getrieben hat, daß sie jeglicher Orientierung verlustig gingen. Die Presse feiert die Klitterung als »historisches Ereignis«. Das Ausstellungsjahr 1997 muß wirklich eine Nullrunde gewesen sein, wenn eine in nationaler Stammtisch-Euphorie glühende Veranstaltung wie die »Deutschlandbilder« zu ihrem Höhepunkt erklärt werden konnte.

Sind sie nun wirklich wieder alle gleich? Die Separatisten im DDR-Untergrund und die rheinischen Spaßvögler? Plötzlich sehen alle nur noch »Kunst«, sogar Georg Baselitz, der bis zu seinem kürzlichen Wiedereinzug im Dresdner Schloß nur Arschlöcher im Osten herumstrolchen sah. Mit völkischer Arroganz hocken sie beieinander, und niemand, der nicht ihres Blutes ist, darf mitdiskutieren. Die »Deutschlandbilder« markieren ein längst überholtes Bezeichnungssystem. Wieso war niemand an Positionen eines wie auch immer gearteten Außen interessiert? Hat da einer »Türken raus!« gerufen? Und wenn ein beteiligter Künstler seine sabbernde Dogge dann »Hitler« ruft, schlagen sich alle auf die Schenkel.

Doch nicht erst seit den diesjährigen Mega-Events, nicht erst seit den vielen Ausstellungspeinlichkeiten verstärkt sich ein Unbehagen an den Formen und der Art und Weise des Ausstellens als eines geistlosen, national inzestuösen Zurschaustellens von Kunst. Der internationale Diskurs kreiste mehrfach um das Ende der Kunst, das Ende von Geschichte - auch um das »Ende von Kunstgeschichte«, nach dem Hans Belting schon vor gut zehn Jahren fragte. 1994 kulminierte die Irritation in dem Schlachtruf *Art has no History!,* wie ein von John Roberts herausgegebener Band betitelt war. Während von der Seite der Theorie ein Sperrfeuer auf Kunst und scheinbar gesicherte kunsthistorische Wahrheiten niedergeht, bekommen in erster Linie die Ausstellungsmacher den Widerstand der Künstler zu spüren. Die formulieren wieder politische Ansprüche und haben es satt, in Puzzlespiele mit der Nation eingepaßt zu werden.

Christoph Tannert lebt als Ausstellungsmacher und Kritiker in Berlin

Konkret 11/97, S. 62

Mathias Wedel

Fröhlich saufen, spät aufstehen

Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Berlin (bis 16. Dezember) gibt vor, das tolle Treiben der DDR-»Boheme« zu dokumentieren. Tatsächlich geht es wieder mal nur um die Stasi

Im Katalog hat Herr Stölzel, Verweser deutscher Geschichte im Auftrag der Bundesregierung in ihrer Hauptstadt, den Schlüsselsatz seines Museumsverständnisses ausgebreitet: »Unbezweifelbar hat das gelebte Leben die im Museum versammelten Zeugnisse hinterlassen.« Das gelebte Leben hat zweifellos Exkremente hinterlassen. Mehr erst mal nicht. Leute wie Stölzel »versammeln« sie und erklären sie zu »Zeugnissen«. Aus dem Ramsch der Jahre wird eine Botschaft geformt. Was die Klamotten zu bezeugen haben, kann befohlen werden. Erfährt man so, wie wirkliche Dinge in der Wirklichkeit waren? Bisher erfuhr man im Deutschen Historischen Museum immer nur, was Herr Stölzel will, daß uns die Dinge sagen sollen.

Bezeugt wird abermals - und wer möchte es nicht noch einmal hören: Die Stasi gab es wirklich, und die DDR war eine Diktatur. Das verwundert vielleicht ein wenig bei einer Ausstellung, die sich der Boheme in der DDR zuzuwenden verspricht. Aber die fröhlichen Säufer und Langschläfer (Stölzel: »Boheme? Das ist fröhlich saufen und spät aufstehen!«) sind nur Mittel zum - natürlich guten - Zweck. Die Boheme ist ein Thema, weil die Stasi Thema bleiben soll. Natürlich hat die Stasi es nicht vollends geschafft, die Boheme zu simulieren oder fernzusteuern, wie schon die Präambel zur Ausstellung uns beruhigt, damit wir nicht gar zu aufgeregt hineingehen. Dazu waren unsere Trinker und Langschläfer einfach zu ausgeschlafen! Aber »irgendwie« hat die Diktatur die »alternative Subkultur« doch erst geschaffen. Wie sie das hingekriegt hat, so daß es immer noch verdammt spontan aussah, das weiß man nicht und wird es im DHM auch nicht erfahren. Aber die Botschaft ist klar: Boheme war der freiheitliche, nudistische, individualistische, pazifistische, existenzialistische und fäkalische Reflex auf den preußischen Staatssozialismus! Die Stasi hat uns um eine Ausstellung reicher gemacht.

Nicht nur das. Die Aufzeichnungen der Staatssicherheit sind auch die einzigen beweiskräftigen Zeugnisse, die das gelebte Leben für die Existenz einer DDR-Boheme, wie sie die Ausstellungsmacher gern haben wollen, hinterlassen hat. Erst durch den Sicherheitsdienst werden die Partyhäufchen, WG-Kollektive, Wander- und FKK-Grüppchen, Handpressenverleger, Stegreifdichter, Ulknudeln und Selbstdarsteller aller Art zu einem für die Diktaturgeschichte bedeutsamen Großen und Ganzen, zu einer dräuenden politischen Bewegung, eben der Boheme, von der Stasi »dekadente Jugendliche« genannt. Die Akten von Gauck fungieren im DHM als Wahrheiten der letzten Art, als Wahrheiten über Wirklichkeiten. Was uns bleibt, ist Andacht und Exegese.

Aber irgendwie klappt es diesmal nicht recht. Das macht: Es fehlt an vorzeigbaren Opfern. Nackt in Bäumen zu schaukeln oder die Schwänze über alkoholisierten Köpfen kreisen zu lassen, war gewiß nicht im Sinne der Partei, trieb den Staat aber nicht zum Äußersten. Ein »Ordnungsstrafverfahren« für einen Hallenser Hausbesetzer (»wg. überlautem Abspielen von Tonträgern und Gejohle«) macht sich zwar hübsch, läßt aber die rechte Repressionsstimmung nicht aufkommen. Da hilft das Museum auf Stölzel-Art nach: Als Pointe der Show steht man zum Schluß in einem kahlen Zimmerchen mit Umzugskisten gen Westen, die nackte Glühbirne macht ein bißchen Geisterbahnlicht, und hinterm Scheißhausfensterchen scheint die Stasi zu lauern. Ach, was haben Bohemiens gelitten!

Drei sich einander ziemlich ausschließende Deutungen wurden im Umfeld des Unternehmens laut. Erstens: »Auch wenn man es nicht gerne hört, aber es war *ziemlich leicht,* in der DDR Bohemien zu sein« (Regine Sylvester in der »Berliner Zeitung«). Man stellte Kram her, den die Mangelwirtschaft nicht fertigbrachte: selbstgestrickte Pullover, Kräuterschnäpse, Handpuppen oder Designermode für den Vertrieb auf Jahrmärkten oder Festen der SED-Presse. Man »entzog sich den Kollektivnormen der sozialistischen Produktion« (der brutalen Pflicht zur Arbeit) und fand seinen Widerstand im Geldmachen. Oder man holte sich Fördergelder von der Gewerkschaft, von der FDJ oder einen Auftrag der NVA. Die Boheme war nicht nur Gegenkultur, heißt es kleinlaut im Museum. Was denn aber dann? Staatskultur, staatstragend? »Staatliche Freiräume« seien genutzt worden, und beim Wechsel von Honecker an die Parteiführung habe es eine regelrechte »Initialzündung« für die Boheme gegeben. Ei schau, was für eine glückliche Zeit, wo die Machthaber die Subkultur initiierten!

Zweitens: Es war gemeinhin *schwer,* ein Bohemien in der DDR zu sein, schreibt Rolf Schneider in der »Berliner Morgenpost«, »aber zunehmend leichter«. In den 80ern war es sogar »ein Massenphänomen«. Trotz oder wegen Diktatur, oder weder noch? Na gut, einigen wir uns: Es war, nach Grass, eine kommode Diktatur mit einer - nach Schneider - »schleichenden Schlamperei«. Kommod und schleichend. Auch nicht gerade das, was man von Diktaturen verlangen kann.

Drittens: Es war unmöglich, Bohemien zu sein »im Kleingarten des Politbüros, wo jedes Radieschen numeriert an seinem Platze steht ... « Biermann war geladen, und zwar bis zum Platzen. Für ihn stand ein Entweder-Oder auf dem Spiel:

entweder Dissident oder Kollaborateur. Zu Wendezeiten hatte er sich publikumswirksam festgelegt und seine Freunde (die es nie waren) aus dem Prenzlauer Berg »spätdadaistische Gartenzwerge mit Schreibstift und Pinsel im Schrebergarten der Stasi« geheißen. Und nun verhöhnt das DHM seinen musikantischen Freiheitskampf als launige Spielerei der »Tagediebe«!

Und, gab es sie nun, die DDR-Boheme, für die das »gelebte Leben« uns doch so zahlreiche angebliche Zeugen versammelt hat? Es gab jede Menge ulkige Schnappschüsse und veritablen Nonsens jeder Sorte, aus dem manchmal Kunst wird. Fleißig wurden die Partner getauscht, und die ersten Homepornos entstanden, noch nicht in Schießer-Spitzen, sondern in Unterlungwitzer Breitbandschlüpfern. In ihrer Sammelwut rechnen die Aussteller sogar den pupbiederen Kirchenbeamten Stefan Heitmann nebst streng gescheitelter Gattin zur Boheme, weil in seinem Hause »Notwehrfeste« stattgefunden haben, bei denen es bestimmt sehr lustig zuging. Im Wichtigdeutsch der Stölzel-Historiographie war das ein »vitaler Beitrag bürgerlich inspirierter und christlich orientierter Hauskreise« zur DDR-Subkultur.

Die Boheme-Ausstellung scheitert an der Unmöglichkeit, das offiziell bewunderte DDR-Dissidententum an ihren Gegenständen festzumachen. So gesehen ist der Notizzettel »Bin in der Kneipe«, an der Tür eines Bohemiens, eben kein Zeichen von Aufruhr, sondern von Durst. Lediglich die Paranoia der Stasi soll die Gefährlichkeit der Lebenskünstler bezeugen. Die Exposition steht, wie die »FAZ« schrieb, »spiegelbildlich« zur Schau über die Propaganda der SED: Damals wurde die Suggestion versucht, im Selbstbild des Staates ginge das seiner Bewohner auf. Diesmal nun soll das Selbstbild einiger Bewohner »alternativ« gewesen sein. Aber - so die »FAZ« bedauernd - »auch die Subkultur ist nicht wirklich mit den politischen Realitäten in Verbindung gebracht«. Vielleicht gab es diese »Verbindung« auch nicht, sondern eben nur höheren Blödsinn und Hippiestyle wie überall auf der Welt. In seiner Hilflosigkeit wünscht sich das Museum sogar, eine »spezielle Festkultur« (Dorfbums, Saufen, Rumhängen, Karneval) wäre »Demonstration alternativer Lebensentwürfe« gewesen. So oder so - Zonis haben eben immer demonstriert.

Konkret 11/97, S. 63

Joachim Rohloff

Bewußtsein von Nöthen
Miß Verständnis 97

Neues von der Frankfurter Schule und ihren Gasthörern: Joachim Rohloff stellt die »Kulturgeschichte der Mißverständnisse« von Henscheid, Henschel und Kronauer vor, Gerhard Henschel die »Lichten Gedichte« von Robert Gernhardt

Daß auch der Kommunismus spätestens seit 1964 nur noch ein grobes Mißverständnis war, verriet Galina Breschnewa, Lieblingstochter und Sorgenkind des allzu spät verstorbenen Generalsekretärs, anfangs der neunziger Jahre eher beiläufig in einem Dokumentarfilm der BBC. Als einziges Playgirl des Ostblocks hatte sie zu ihrer besten Zeit Kosmonauten, Hochseilartisten, Schachgroßmeister und mafiose Nachwuchskader im Sixpack vernascht, sommers an der sowjetischen Riviera, winters in Moskauer Vorortdatschen und Jagdhütten. Nun aber war sie ihrer Reize und Privilegien entkleidet und deshalb immer dicht umnebelt, wenn nicht sturzbesoffen. Was eigentlich diese Perestroika solle, fragte sie, und warum die Leute plötzlich auf ihren Vater schimpften? Denn so viel sei ja wohl von Anfang an klar gewesen: »Der Kommunismus ist doch nicht für alle da! «

Die *Kulturgeschichte der Mißverständnisse* ist keine Kulturgeschichte, und von Mißverständnissen handelt sie nur zu ihrem geringeren Teil. Das Mißverständnis setzt eine Botschaft voraus. Die Antike, die uns ja gar nichts sagen wollte, läßt sich ebensowenig mißverstehen wie das Wetter. Heine dachte nicht mit Sorge oder Schrecken an Deutschland in der Nacht, sondern, weil sein Mütterchen »dorten« wohnte, mit Wehmut: »Das Vaterland wird nie verderben, / Jedoch die alte Frau kann sterben«, so klappern‘s die Reime in dem Gedicht, das jeder zitiert, aber niemand gelesen hat. Das geflügelte Wort schert sich den Teufel darum, was sein Urheber meinte. Ein fahrlässig oder gar mutwillig herbeigeführtes Mißverständnis ist keins mehr.

Luthers berühmter Ausspruch, er würde, wenn auch morgen die Welt unterginge, heute noch einen Bausparvertrag abschließen, stammt gar nicht von Luther, sondern muß wohl den Apokryphen zugerechnet werden. Das wollte man doch schon immer mal wissen. Wer sich aber gegen Belehrungen wehrt, die er nicht bestellt hat, wird bei der Lektüre der *Kulturgeschichte* alsbald an der Frage verzweifeln, wo denn jetzt schon wieder das Mißverständnis liegt.

Die drei instruktiven Beiträge Brigitte Kronauers wurden gewiß aus gutem Grund geschrieben, aber ebenso gewiß nicht zu diesem Anlaß. Denn die Motivik der Mariendarstellungen in der Malerei hat mit Mißverständnissen noch weniger zu tun als die literarischen Bearbeitungen der Geschichte vom verlorenen Sohn, der bei seiner Heimkehr nicht erkannt und womöglich von der Verwandtschaft um sein Leben gebracht wird.

Das Haupt- und Glanzstück des Bandes ist Gerhard Henschels Abriß der Auseinandersetzungen um die Einsteinsche theoretische Physik im Dritten Reich. Daß Hitler ihr nicht besonders zuneigte, überrascht kaum. Er hielt sich lieber an die »Welteistheorie«, denn die war erstens deutsch, zweitens leicht verständlich und drittens ein haltloser Unfug. Aber eigentlich hat er die Relativitätstheorie doch genau richtig verstanden, wenn er sie als jüdisch verbot.

Gibt's eigentlich auch produktive Mißverständnisse? Henschel zufolge gründete Adorno auf ein solches seine ästhetische Theorie. In Hegels *Vorlesungen über die Ästhetik* von 1842 nämlich findet sich der Gedanke, die Musik, »welche es sich nur mit der ganz unbestimmten Bewegung des geistigen Innern, mit dem Tönen gleichsam der gedankenlosen Empfindung zu thun macht«, habe »wenigen oder keinen geistigen Stoff im Bewußtsein von Nöthen«. In moderner Schreibweise lautet diese Stelle: Die Musik hat »wenigen oder keinen geistigen Stoff im Bewußtsein vonnöten«. Adorno aber mißverstand genial, der Kunst sei »>im Bewußtsein von Nöthen<, im grenzenlosen Leid, das über die Menschen hereinbrach, und in dessen Spuren im Subjekt selber ein Dunkles zugewachsen«. Erstaunlich.

Von Eckhard Henscheid darf man unter jeder Überschrift alles erwarten und unter allen Überschriften immer dasselbe. Seiner Pflicht, das Mißverständnis und den Leser aufzuklären, entzieht er sich mithilfe des defätistischen Bescheids, alle Fragen endeten »ja ohnehin ganz besonders innig in einem ganz besonders ohnehinnigen und schmählichen und bodenlosen und peinlichen Gebrodel an Wirrsinn und Unsinn und Mißverstand«. So bestreitet er fast vier- der fast sechshundert Seiten. Meistens hat er recht, und da er alles mindestens zweimal sagt, hat er meistens doppelt recht: kein Witz, keine Idee, kein Zitat, der, die, das nicht bei nächster Gelegenheit erneut verwurstet würde. Manchmal aber produziert seine vollautomatische Ekritüre wohl nur noch - wie er selbst es so unnachahmlich ausdrückt - »ad usum vollends Quatschi«.

Der Absender der Botschaft habe ab ovo bzw. urbe condita ohnehin nicht gewußt, was er eigentlich meinte, deshalb sei eh alles Nonsens und schnurz. Wenn aber der Wirr- und Unsinn nicht reicht, tut Henscheid an Verwirrung das Seine hinzu. Der Eheleute Mitscherlich *Unfähigkeit zu trauern* werden ganze drei Kapitel gewidmet. Sie ist inzwischen, man hatte es schon gemerkt, nur noch eine feuilletonistische Allerwelts- und Dummvokabel. Ohne die gleichnamige Unfähigkeit ist Trauer

ebensowenig noch zu haben wie Charme ohne Diskretion oder ein Artist, der nicht ratlos wäre. Ob denn die Trauerunfähigkeit wenigstens bei ihrer Entdeckung etwas Reales meinte, wüßte man gern. Die Mitscherlichs behaupteten, das Verbot und die moralische Unmöglichkeit, den geliebten Führer Hitler zu betrauern, hätten das Dritte Reich in der Erinnerung der Deutschen »derealisiert« und so auch zu der Unfähigkeit geführt, um dessen Opfer zu trauern. Henscheid versteht das wohl, konstruiert aber trotzdem einen Widerspruch, wo keiner ist. Zu diesem Zweck zitiert er den angeblich »Hitler geltenden >Schmerz um den Verlust eines Wesens, mit dem der Trauernde in einer tiefer gehenden mitmenschlichen Gefühlsbeziehung verbunden war: Mit dem betrauerten(- zwei Seiten vorher war er, Hitler, ja gerade nicht betrauert - >Objekt ging etwas verloren, was ein wertvoller Inhalt unserer erlebten Umwelt (!!) war< (S.37).«

Schmonzes! Wer nicht verstehen will, wird noch im Rechenbuch für die zweite Grundschulklasse heillose Widersprüche finden: Einmal ist zwei plus zwei gleich vier, ein andermal ist drei plus eins gleich vier - was denn nun? In der zitierten Passage auf Seite 37 geht es eben nicht um Hitler, sondern um den Normal- oder Idealfall gelingender »Trauerarbeit« - und das müßte eigentlich jedem, der lesen kann, vollkommen klar sein.

Der grundstürzende Aufsatz über die Mitscherlichs wurde bereits 1993 in der »FAZ« veröffentlicht und trug seinem Verfasser einen Leserbrief des Professors Habermas ein. Weil er die *Mätresse des Bischofs* nicht kennt, warf Habermas der Redaktion den »Mißbrauch eines derangierten Geistes« vor. Henscheid, der für gewöhnlich jedem nach seinem Verdienst einschenkt, ohne sich um den Eichstrich zu kümmern, sprach in seiner Replik von einem »schäbig denunziatorischen« Angriff, von »übler Nachrede«, »linkspopulistischen Ressentiments« und Faschismus gar. »Und selbstverständlich: Keine einzige Silbe zur Widerlegung meiner allerdings ziemlich unwiderleglichen Funde und Belege.« Ja, sind wir denn im Gasthaus Blödt?

Die »FAZ« übrigens gilt in Henscheids Beiträgen durchweg als letztes Refugium der Vernunft. Besonders ärgerlich wird das, wenn im Fall des Lübecker Brandanschlags ausgerechnet Reißmüller gegen den »Guardian« und die »Süddeutsche« recht bekommt.

Deshalb lautet das Gesamturteil leider doch: Wer zwei Paar Hosen hat, kaufe sich noch eines. Dann hat er drei.

Eckhard Henscheid, Gerhard Henschel, Brigitte Kronauer: *Kulturgeschichte der Mißverständnisse.* Reclam Verlag, Stuttgart 1997, 589 Seiten, 49,80 Mark

Konkret 11/97, S. 64

Gerhard Henschel

Bewußtsein von Nöthen Scherz in Not

Neues von der Frankfurter Schule und ihren Gasthörern: Joachim Rohloff stellt die »Kulturgeschichte der Mißverständnisse« von Henscheid, Henschel und Kronauer vor, Gerhard Henschel die »Lichten Gedichte« von Robert Gernhardt

»Lieber Teufel, sei nicht bös, / ab heut werd ich religiös, / man kann nicht immer lästern. / Zur Abwechslung wird Gott gelobt / und Dank für seine Gnad geprobt: / Das Lästern ist von gestern«, heißt es in einem der neuen Gedichte von Robert Gernhardt. Der Dichter spricht, anders als früher, vom »Meer der Wachheit«, vom »Floß der Helle«, vom »Fels der Frühe«, vom »Strand der Ruhe« und vom »Brot des Nordens«, ohne seine Anrufung von Meer und Floß und Fels und Strand und Brot mit Ironiesignalen zu versehen, und er stellt metaphysische Betrachtungen an, deren höherer Blödsinn von keiner Pointe mehr gerettet wird: »Der Künstler fällt in freiem Fall. / Als Stein ins Nichts? Als Stern ins All?« Oder vielleicht doch nur aus dem Hochbett auf die Plauze?

Weiterhin wird mitgeteilt, daß nur die Unsicherheit sicher sei, daß ein Riß durchs Leben gehe, daß der Weg das Ziel sei, daß wir mit dem Tod auch das Leben geschenkt bekommen hätten und daß das viele Fernsehkucken der Nächstenliebe abträglich sei: »Doch dank der Schreckensbilder, deren Fülle / das Mitleid täglich lähmt, läuft nichts mehr.«

Aber dem Dichter, der hier im schlichten Geist der Evangelischen Akademie Tutzing zu sprechen scheint, ist nur selten über den Weg zu trauen, und der liebe Gott tut gut daran, das gestrige Lästern nicht einfach leichthin zu vergeben und zu vergessen (zur Erinnerung: »Lieber Gott, nimm es hin, / daß ich was Besond'res bin. / Und gib ruhig einmal zu, / daß ich klüger bin als du ... «). Mit der Schöpfung oder jedenfalls mit einigen Geschöpfen, insbesondere mit den Amseln, liegt Gernhardts scheinbar bekehrtes lyrisches Ich noch immer deutlich über Kreuz (»Kaum kommt der ersehnte Schlaf herbei, / da weckt dich schon wieder Amselgeschrei«), und es denkt nicht daran, die Natur zu feiern: »Wer möchte leben

ohne den Trost der Hochhäuser!«

1996 mußte Robert Gernhardt eine Bypass-Operation über sich ergehen lassen. Der »Post-Op-Robert«, wie er sich nennt, gestaltet aus der Erinnerung an eine treppefegende Nachbarin sein *Memento mori:* »Eine Erinnerung, die nicht vergehen will: >So anstrengend heute. / Weiß auch nicht, was ich habe.< / Krebs hatte sie, die Nachbarin.

Seit fünfzehn Jahren ist sie tot.«

Oh, you're no fun any more, werden die Fans des Spaßmachers seufzen, der einst mit E W Bernstein zusammen die *Besternte Ernte* einfuhr und damals noch ganz andere Töne anschlug, wenn er vom Tod sprach: »Was ich noch zu sagen habe, / steht auf einem andern Blatt. / Öffnet es an meinem Grabe, / wenn man mich beerdigt hat. // Bitte öffnet es nicht früher. / Öffnet es erst, wenn ich sterbe. / Denn bis dahin soll geheim sein, / wem ich Helgoland vererbe.«

Helgoland bleibt vorläufig unvererbt, denn die Operation verlief glücklich. »Du mußt nicht immer siegen. / Nur laß dir eins beibiegen: / Beim Aufdernaseliegen / gib bitte nicht den Heitern - / versag nicht auch beim Scheitern«, ruft sich der rekonvaleszente Herzpatient und Helgolandbesitzer zu. Er ist Formkrisen und Stimmungsschwankungen ausgesetzt, aber auch angesichts des Todes sind das Lästern und die Heiterkeit zum Glück nur vorübergehend von gestern: »>Und? Was gesehn? / Das Licht am Ende / des Tunnels? Was durchlebt? / Deine Vita, die vor / deinem geistigen Auge / im Zeitraffer< ->Nichts. / Muß wohl in die falsche Richtung geguckt haben.«(

Wer im OP-Kittel steckt und die Groschen noch beisammen hat, wird weder von der Aussicht auf die Auferstehung des Fleisches noch von der Hoffnung auf Wiedergeburt getröstet: »Wir sind h er schließlich nicht bei Buddhistens. / Bei Buddhistens, das ist ein Kontinent weiter.« Doch auch die spielerische Wendung ins Religiöse und die Absage ans Lästern hilft dem alten Spaßmacher nicht mehr aus der Klemme, wenn ihm erst einmal die Instrumente gezeigt worden sind. Der Tatsache, daß Robert Gernhardt weder als Stein ins Nichts noch als Stern ins All gefallen ist, verdanken wir diese großartigen Schippensprunggedichte. Hier spricht der Dichter, der zeitlebens am liebsten gut gegessen, reichlich getrunken, schöner gewohnt und noch schöner geliebt und gelebt hat und sich, wie die meisten von uns, niemals groß um den lieben Gott geschert hat, empört von der Hinfälligkeit seines Körpers: »Wofür hält sich mein Körper? Was glaubt er eigentlich, / mit wem er's zu tun hat? / Eine Stunde fürs Pinkeln!«

Die Stimme des skeptischen Intellektuellen, der sich im Ernstfall die Heiterkeit verbietet, ist nur eine von vielen. Seele, Geist und Körper des Patienten, der nicht gerne sterben möchte, können aus mehr als hundert Perspektiven betrachtet werden. Dem, der unters Messer kommt, bleiben Glaube, Liebe, Hoffnung, diese drei, aber der Glaube ist nur aufgesetzt, die Hoffnung ist einen Kontinent weiter angesiedelt, und ausgerechnet die Liebe ist die schäbigste unter ihnen: »>Was hast

du gemacht?< / >Ich habe geliebt.< / >Wie hast du geliebt?< >Alla Grande. / Groß war mein Einsatz, / größer mein Spiel - < / >Und am größten war deine Schande.< / >Das ist auch wieder wahr.«<

Wenn der todkranke Dichter von der Liebe spricht, kann der Ton, der eben noch munter die Musik gemacht hat, unvorbereitet ins Todernste abstürzen: »Worüber schreibst du denn da? / Ach, übers Lieben. // Worüber weinst du denn da? / Ach, übers Leben. // Worüber gehst du denn da? / Ich? Ober Leichen.«

Wie der Gernhardt der *Besternten Ernte* ist der Gernhardt der *Lichten Gedichte* für Überraschungen gut, auch wenn es diesmal größtenteils keine angenehmen sind.

Robert Gernhardt: *Lichte Gedichte.* Haffmans Verlag, Zürich 1997, 264 Seiten, 36 Mark

Konkret 11/97, S. 66

Layla Dawson

Der Mensch im Tier

Der US-amerikanische Schriftsteller Scott Bradfield beschäftigt sich in seinen Romanen mit der immergleichen Frage. Was läuft schief mit Amerika?

Die Menschen brauchen Tiere als Phantasiemonster und als Freunde, als Helfer und als Opfer, zum Dienen und zum Essen. Wenn wir schon, schwindender Ressourcen wegen, das Echte nicht kriegen können, wollen wir wenigstens Fetische: kuschlige Miniaturfiguren, die vom Rückspiegel baumeln, Pelzkissen auf den Single-Sofas, den Kommissar-Rex-Schäferhund als Wärmflaschenüberzug, wir wollen Panda-Rucksäcke, Krähen, die Waschpulver, und Tiger, die Benzin verkaufen. Wir verstecken uns im Karneval hinter Tiermasken und tragen Pelzimitate als erotisches Stimulans. »Wölfe, Männer, Liebhaber, Autos, Straßen, Städte, Welten, Sterne. Das Wirkliche und Unwirkliche, das Wahre und Unwahre. Wenn du nicht aufpaßt, fängt alles an auszusehen wie ein Traum ... « *(Dream of the Wolf*).

Bradfield braut einen Cocktail aus Menschenträumen und Tierleben - in *Planet der Tiere* sprechen pelzige und geflügelte Tiere mit bestialischen Menschen, in *Der Traum des Wolfs* treten sie als menschliche Wunschgebilde auf, und in *Die Geschichte der leuchtenden Bewegung* werden Träume zu Alpträumen. In jedem Menschen verbirgt sich ein Tier und in jedem Tier ein Mensch, und des einen Freiheit ist des anderen Knechtschaft.

In *Planet der Tiere* nimmt Scott Bradfield sich das Abhängigkeits- und Unterdrückungsverhältnis zwischen Mensch und Tier vor und untersucht an ihm den höchst ungenauen und überstrapazierten Begriff der Freiheit. Der 1955 in Kalifornien, im Zentrum der Welttraumfabrik, geborene Bradfield ist wahrscheinlich schon von Geburt an auf die holistische Vorstellung von der ganzheitlichen einen Welt eingestimmt worden. »Meine Mam hat immer gesagt, deswegen seien wir Kalifornier - weil wir nicht darauf angewiesen sind, hier zu sein. Wir können immer an jedem anderen Ort des Universums außerhalb Kaliforniens sein, und sind trotzdem noch hier« *(Die Geschichte der leuchtenden Bewegung).*

Seit Timothy Leary, seit der Verallgemeinerung des Konsums bewußtseinsverändernder Drogen, seit Acid Rock und Silicon Valley besitzt Amerikas Westküste das Patent auf Halluzinationen - heute laufen sie unter dem Namen virtuelle Realität. Wir haben inzwischen in den Apfel gebissen und wissen, daß unsere Sinne manipuliert werden können. Wie sollen wir da überhaupt noch an irgend etwas glauben? »Mach dir nicht zu viele Sorgen wegen Sachen, die du im Radio hörst ... Das Radio ist nicht die Wirklichkeit ... Das Radio gaukelt dir nur etwas vor« *(Planet der Tiere).* Eine interaktive holistische New-age-Welt, in der die Trennungslinien zwischen den Ideen und zwischen den Arten überflüssig geworden sind, läßt die Grenzen von Privatheit verschwimmen, sie produziert paranoide Unsicherheit und entfacht Widerstandsbewegungen eines neu erwachten Tribalismus. Das immer enger geknüpfte Netz des globalen Dorfs, in dem wir uns alle auf die Füße treten, dient nicht unbedingt der Beförderung der Freiheit. Es erleichtert vielmehr Überwachung und Internethandel - die Schmiermittel einer deregulierten Wirtschaft. Ist die Nach-89er-Freiheit nur eine außer Kontrolle geratene Werbekampagne?

»Freiheit, Gleichheit, Demokratie - drei wunderschöne, aber unvereinbare Ideale. Erörtern Sie den Satz.« Als dieses Thema in den späten Fünfzigern bei einem Oxforder Examen gestellt wurde, waren die Ideen der Französischen Revolution längst durch den Kalten Krieg pervertiert worden. In Amerika wurde mittlerweile eine neuere Version der Freiheit propagiert, eine, in der das Individuum für seine eigene Befreiung kämpfte, und zwar jeweils für sich allein. »Es geht schließlich nicht um Männer gegen Frauen, nicht einmal um Menschen gegen Tiere. Es sind Tiere gegen Tiere, und *das* kann einem schon angst machen. Tiere kämpfen gegeneinander, gegen ihre innerste Natur« *(Planet der Tiere).*

Jeder Text hat seinen Subtext. Wir sprechen nicht über die wirkliche Freiheit, sondern über eine Freiheit, die sich ausbeuten läßt. Farmfabriken können durch Genetik-Labors ersetzt werden, in denen Schweine für die Gen-Patentierung ihrer Einzelteile gezüchtet werden. Wir retten Wale und Dachse nur deshalb, weil wir fürchten, selber irgendwann mal auszusterben. Tierrechts-Terroristen sind heute das, was damals William Wilberforce* mit seiner Abolitionisten-Gesellschaft war: Sie haben nur noch nicht ihren Marx entdeckt. Würde man einen Hottentotten oder Pygmäen oder Franzosen an der Leine führen, hieße das Sklaverei. Wenn man jedoch gegen Haustierhaltung ist, wird man als Tierhasser gebrandmarkt.

Bevor Kinder begreifen, was Bodenrechte und Interessenkonflikte wg. Wasser und Nahrung sind, machen sie wenig Unterschied zwischen Mensch und Tier. Und erwachsene Schriftsteller haben immer wieder Tiere auftreten lassen, die den Kindern die Regeln der Erwachsenenwelt beizubringen suchten: von Charles Kingsleys Wa*ter Babies* und Rudyard Kiplings *Dschungelbuch* über Kenneth Grahames *Wind in den Weiden* bis zu *Pinocchio* und Pu *der Bär.* Und in Büchern für Erwachsene werden Tiere gern zu Trägern politischer Botschaften gemacht, wie z. B. in *Der Ruf der Wildnis* von Jack London oder in *Farm der Tiere* von Orwell. In beiden Arten von Büchern geht es im Subtext häufig um die Grenzen der Freiheit, und dazu werden Tiere mit stereotypen Eigenschaften vorgeführt: die hinterhältige Schlange, der fleißige, aber

intellektuell unterbelichtete Ochse, das derbe, minderbemittelte Schwein. Erwachsenenliteratur weiß um die Ideale, kommt aber zu dem resignierten Schluß, sie ließen sich nicht verwirklichen.

In dieser Hinsicht unterscheidet sich Bradfields Botschaft kaum. In *Planet der Tiere* siegt ein weltweiter freier Markt über den Traum von der Freiheit. Tierrechts-Terroristen befreien die Tiere aus dem Londoner Zoo, und Charlie, die Krähe, die sich auskennt in der Welt, versucht sofort nach der Befreiung, den benommenen Tieren ein wenig Grips einzutrichtern. »Habt ihr was zu sagen? Dann *sprecht,* Leute ... In dieser Welt, da müßt ihr euch entscheiden, ob ihr das nun wollt oder nicht. Entweder lernt ihr, etwas aus eurem Leben zu machen, oder jemand anderes übernimmt das für euch« *(Planet der Tiere).* Doch die Tiere sind der Herausforderung weder körperlich noch geistig gewachsen. Die Menschen nutzen ihre Naivität aus und schlagen vor, der reformierte Zoo solle eine »Freihandelszone« werden, die Tiere aber sollten für außerplanmäßige Arbeiten verpachtet werden können. Denn, so erklärt man den begriffsstutzigen Tieren geduldig, wer in der freien Welt überleben will, müsse sich »steuerlich verantwortlich« verhalten und die »Kräfte des Markts« berücksichtigen.

Charlie die Krähe und Buster der Pinguin, die sich dem Joch nicht beugen wollen, brechen zu einer Odyssee durch die Welt auf, um die Tiere vor dem Schicksal zu warnen, das ihnen durch die Besatzer droht, die ihnen auf den Fersen sind. Doch der Versuch, den Tieren Vernunft einzuprügeln, ist zum Scheitern verurteilt. Der freie Markt erwischt uns schließlich alle, weil wir zu faul oder zu blöde sind, um uns Alternativen auszudenken oder die Dialektik der Freiheit aufzudröseln. Wer sich nicht verkaufen kann, dem bleibt nur die Verweigerung. Ein amerikanisches Roadmovie mit Tieren. Oder wie schon die Mammas and Papas sangen: »You've got to go where you wanna go, Do what you wanna do ... «

Bradfields immergleiche Frage lautet: »Was läuft schief mit Amerika?« Zu viel Geld? Zu viele Waffen? Zu viele Drogen? Zu viele Soap-Serien? Amerika ist nicht das Land des organisierten Gruppenwiderstands, jeder beschließt vielmehr für sich allein, seine Hände in Unschuld zu waschen, will mit dem System nichts zu tun haben und baut sich seine eigene hermetisch abgeschlossene Welt - mit Geld, Waffen, Drogen... Die Söhne und Töchter von Flower Power und LSD sind keine Kinder der Revolution geworden. Von kleinauf mit sämtlichen Marketingtricks und PR-Gags vertraut, kennen sie alle Drehs und fühlen sich machtlos. Sie wissen zuviel, um zu glauben, man könne sich gegen den Mainstream stemmen. Wenn man also schon nicht siegen kann, will man wenigstens gut unterhalten werden, und so gibt es, wie in jedem amerikanischen Film, Sex und Erotik. Auch Pinguindamen müssen manchmal die schwindende Aufmerksamkeit ihrer Ehemänner wachrütteln: »Sie trug eine Perlenkette, Latex-Radlerhosen und eine Badehaube aus Plastik - sie wußte, daß sie in diesen Sachen wirklich umwerfend aussah« *(Planet der Tiere).* Sex ist die letzte Arena persönlicher Freiheit. Finanzmärkte, freie Wirtschaft und moralische Mehrheit reichen allerdings bis in die Zellen dieser unserer privaten Welt hinein.

Da Bradfields Geschichten sich wenig um die Grenzen zwischen Realität und psychotischer Imagination scheren, sind viele von ihnen zuerst in Science-Fiction-Zeitschriften wie »Interzone«, »Omni«, »Other Edens II«, »Tarot Tales« oder »Twilight Zone Magazine« veröffentlicht worden. Ebenso wie Pornographie sind auch esoterische Phantasien, der Weltraum und die kleinen grünen Männchen das letzte Refugium für die Industriearbeiter und ihrem Traum vom Abenteuer. Zwar handeln al diese Geschichten von der Suche nach Freiheit, doch sie beschreiben eine sehr einsame Lebensform, eine Form des Lebens ohne jedes Gefühl von Gruppenzugehörigkeit oder gesellschaftlicher Solidarität, und sie enden im Chaos oder sogar mit dem Verlust der Freiheit.

»Freiheit ist das zerstörerischste Wort der Welt« (Ismail Kadare). Was wäre, wenn wir den Politikern wirklich glauben würden? Wenn wir tatsächlich glauben würden, daß das Sportleroutfit uns grenzenlose Freiheit bescherte, daß das Deodorant in unseren Achselhöhlen uns über jeden moralischen Begriff hinaus wunderbar machte? »Be good. Be bad. Just be« (Calvin-Klein-Werbung). Und was wäre, wenn wir mit dem neu erworbenen Allrad-Geländefahrzeug, das eher für den australischen Outback taugt, anderer Leute Gärten niederwalzen, durch Einkaufspassagen brettern und durch Spiegelglasfenster krachen würden, wenn wir auf dem Weg zum Supermarkt Fußgänger und Fahrradfahrer einfach überrollen würden?

Bradfield läßt in seinen Geschichten Kinder und Tiere seine Phantasien von Freiheit ausleben - also die, die keine Doppelzüngigkeit kennen. Phillip, der achtjährige Junge in *Die Geschichte der leuchtenden Bewegung,* Bradfields erstem richtigen Roman, ist nicht schlauer als die Tiere im Londoner Zoo. Er nimmt alles, was die Erwachsenen sagen, wörtlich. »Es ist dein Leben, Schatz, und du kannst es leben, wie du es für richtig hältst ... « Er besitzt ein Mordwerkzeug, das er sich mit gestohlenem Geld im Eisenwarenladen gekauft hat, doch es fehlt ihm an Maßstäben. »Ich setzte die Zange an. Ich würde mir von niemandem mehr sagen lassen, was ich zu tun hatte. Niemand konnte mich fortschicken oder mich sitzenlassen.« Wieso soll er den Liebhaber seiner Mutter und selbst seinen Vater nicht umbringen, wenn sie doch seinen Wünschen im Wege stehen? »Leuchtende Bewegung« - das ist Phillips Vorstellung von Freiheit.

Im Laufe der Geschichte wird die Wirklichkeit allerdings immer schwerer und düsterer. Phillip hat sich zwar den Text zu eigen gemacht, aber den Subtext nicht begriffen. In seinem Kinderkörper sitzt ein erwachsener Verstand. Und dieses Mißverhältnis produziert ein verwirrtes, unschuldiges Monster, das glaubt, das Recht auf seiner Seite zu haben. Das also ist

die egozentrische Kehrseite des amerikanischen Credos mit seinem Freifahrtschein für die Idee der Freiheit. »Ihr wißt doch, wer Amerika gegründet hat, oder? Leute, die so taten, als ob sie alles werden konnten, was sie sein wollten, denn genau das ist Amerika. Alles, was man sich vorstellt.«

* William Wilberforce, 1759-1833, englischer Parlamentsabgeordneter, christlicher Philanthrop, kämpfte für die Abschaffung der Sklaverei. Setzte 1807 die Abschaffung des Sklavenhandels und 1833 das Verbot der Sklaverei im gesamten britischen Weltreich durch.

Übersetzung aus dem Englischen: Christel Dormagen

Scott Bradfield: *Planet der Tiere.* Roman. Ammann Verlag, Zürich 1997, 232 Seiten, 39,80 Mark

Ders.: *Die Geschichte der leuchtenden Bewegung.* Roman. Ammann Verlag, Zürich 1993, 304 Seiten, 39,80 Mark (auch als Fischer Taschenbuch für 16,90 Mark)

Konkret 11/97, S. 68

Sönke Jahn

Buch & Deckel

Christoph Hein: Von allem Anfang an. Aufbau-Verlag, Berlin 1997, 200 Seiten, 32 Mark

Christoph Hein schreibt einen Roman über eine (seine?) Vorpubertät in den frühen fünfziger Jahren der notorisch untergegangenen DDR, und die Lauser vom »Spiegel« freuen sich ein Loch in den Bauch: So »unbeschwert« und »unaufgeregt« sei ihm das Aufzeigen der »Schwächen, Widersprüche und Idiotien« des SED-Sozialismus früher nicht gelungen wie hier, in seinem Buch *Von allem Anfang an*, einer»längeren Erzählung ohne weitere Gattungsbezeichnung« (»Spiegel(o. Klänge nicht schon der Titel wie ein »fernes Echo« auf Botho Strauß, welcher der untergehenden DDR nachgerufen habe: »Alles falsch von Anbeginn«?

Heins jugendlicher Protagonist Daniel wird nach Westberlin in ein nicht näher beschriebenes Internat geschickt, um dort statt in der jungen DDR eine weiterführende Schule zu besuchen. Dabei erinnert sich Daniel, der mit Hein gleichaltrige Ich-Erzähler und ebenso Pastorensohn wie dieser, eher milde an verschiedene Stationen, wo sich in das verträumte Bullerbü der endenden Kindheit verstörende Erinnerungen anderer und eigene Erfahrungen hineindrängen - etwa durch die Erzählungen seiner alten Vertrauten Magdalena, die ihr privates Glück bereits Jahre zuvor so gründlich durchkreuzt sah - ihr Verlobter, der Dummkopf, ließ sich kriegsbegeistert von der Nazi-Marine verheizen -, daß sie keinen zweiten Anlauf nahm, für sich einen anderen Kerl zu finden. Es verändert sich auch der Blick durch seine vormals Kinderaugen auf seine gläubige Familie, die unzufrieden herummault, weil sie schon mal bessere Tage gesehen haben will und von der er so schnell wie möglich weg will. Eine »Idiotie« des Sozialismus: Erst heuert man Daniels Großvater als Verwalter eines Staatsgutes an und feuert ihn dann, weil er nicht in die Partei eintreten will, und natürlich bringt sein Nachfolger den landwirtschaftlichen Betrieb nahezu zum Erliegen - dabei hätte der knorrige Opa doch wie einst in Schlesien auch seiner neuen Herrschaft aufs prächtigste und mit harter Hand gedient. Und so laviert Daniel, der Heranwachsende, zwischen Familie und Außenwelt, Kumpels und Lehrerschaft, Kirche und Bolzplatz; und diesem Stück Leben nun nachträglich »von allem Anfang an« ins Gesicht zu schauen, bedeutet vor allem, dessen Tristesse zu rekapitulieren - die zur selben Zeit in der BRD übrigens nicht geringer gewesen sein dürfte. Was bleibt, ist ein Buch über den Teen-Spirit einer Republik, die es nicht mehr gibt, aus der Zeit, in der der Rock'n'Roll noch nicht erfunden war, den es ja auch nicht mehr gibt, von einem, der kein Rebell sein wollte und dem man am Ende von Herzen wünschen möchte, daß dessen überraschender erster Samenerguß - er hatte kurz zuvor am Russensee die nackte Parteiaspirantin Hilde Buschke beobachtet - nicht der letzte geblieben sein mag: So erfreulich wird der von Hein geschildert.

Konkret 11/97, S. 68

Peter Köhler

Buch & Deckel

Arno Geiger: Kleine Schule des Karussellfahrens. Roman. Hanser, München 1997, 248 Seiten, 39,80 Mark

Es könnte so einfach sein: Der 23 Jahre alte, noch bei seiner Mutter wohnende Student Philipp Worovsky will endlich etwas Richtiges erleben. Aber warum einfach, wenn's kompliziert geht: »Du willst in der Angelegenheit tiefer schürfen, willst etliche längst fällige Rückstände, wo dich das Leben bislang vernachlässigt hat, aufarbeiten, von deiner Seite wenig erschlossene Landstriche mit der Infrastruktur des Begreifens entmystifizieren oder deren UnBegreiflichkeit gegebenenfalls aus dem Fundament heraus bestätigen.«

Die Idee, den Roman in der zweiten Person Singular zu erzählen, ist literarisch originell und psychologisch interessant. Aber Arno Geiger wollte in der Angelegenheit tiefer schürfen und hat dabei viel Sinn und schweren Bedeutungskrempel zutage gefördert. Deshalb geht die Suche nach dem dollen Leben und seinen Klassefrauen nun mit gesuchten Parallelen zur französischen Revolution einher, und über allem scheint der Mond, weil dessen Umlauf um die Erde auch »Revolution« heißt und weil er jene Verrücktheit symbolisiert, mit der sich der Erzähler gern schmückt, denn er möchte »ver=rückt werden (wenn möglich nach Neuseeland» - schließlich wurde Napoleon von Wellington geschlagen, und so heißt auch Neuseelands Hauptstadt.

Der Leser möchte auch verrückt werden, denn so gekünstelt wie die Konstruktion ist der Erzählstil. Der Erzähler tritt nicht in eine Pfütze, sondern du »gerätst in eine Lache, was schon mal unerfreulich ist - aber nicht, weil die Erde eine dünne Kruste ist und du befürchten mußt, in der Pfütze durchzubrechen, sondern wegen der nassen Socken«. Was geistreich sein soll, ist meist nur prätentiös: Der Held denkt sich einen »potemkin=o=schen« Film aus, wenn er einkauft, dann »Snacks, Chips und Bonbons, so gut, so schlecht, bon=bon«, und vor allem das »Un=Präfix« hat es dem affe=ktierten Autor angetan, der, seiner »un=glücklichen Veranlagung« folgend, nun die »UnVollkommenheit des Daseins«, seine »UnErheblichkeiten«, »UnGelegenheiten« und seine »UnOrdnung« geradezu »un=heilvoll« bedeutUn=gsschwanger beschreibt.

»Es gibt diesen Typ Frau, manche Frauen sind einmal so, sie müssen alles komplizierter machen, als es in Wirklichkeit ist«, schreibt Arno Geiger. »Man sagt dann, sie haben Stil.« Es gibt auch Autoren, die alles komplizierter machen müssen, als es in Wirklichkeit ist. Man sagt dann, sie haben schlechten Stil.

Konkret 11/97, S. 68

Oliver Tolmein

Buch & Deckel

Andrei S. Markovits u. Philip S. Gorski: Grün schlägt Rot - Die deutsche Linke nach 1945. Rotbuch, Berlin 1997, 604 Seiten, 58 Mark

Bevor man das »Standardwerk zur deutschen Linken« auch nur aufgeschlagen hat, springt einen die rot-grüne Titelgestaltung an, fällt einem das rot-grüne Lesebändchen auf, zweifelt man also daran, daß die folgenden 458 Seiten Aufschluß über das geben können, was der Untertitel des Bandes verspricht: die Geschichte der deutschen Linken nach 1945.

Leider bleibt jede Überraschung aus: Die beiden US-amerikanischen Politikwissenschaftler haben sich wirklich nur ans Werk gemacht, um die Grünen zu feiern und ihnen ans Herz zu legen, noch realpolitischer, noch antikommunistischer, noch langweiliger zu werden. Ihre Helden heißen Konrad Weiß, »dem die demokratische Linke und die Grünen auf zahlreichen politischen Gebieten zu großem Dank verpflichtet sein sollten«, und Petra Kelly, »deren leidenschaftliches Engagement für die Opfer brutaler Staaten, die ihren Machtmißbrauch durch den >Sozialismus< legitimierten«, das Duo rühmt. Den erfreulichsten politischen Fortschritt sehen sie darin, daß mit der Unterstützung der multinationalen Bosnien-Truppe »eines der unantastbarsten Tabus der Grünen und der deutschen Linken endlich gebrochen (worden war). Die deutschen Leser brauchen keine genaue Beschreibung und Einschätzung der dann folgenden Phasen dieser ... faszinierenden Diskussion.«

Und wenn wir sie doch brauchten: Gorski und Markovits könnten sie kaum liefern, denn ihr Buch verkürzt nicht nur die Geschichte der bundesdeutschen Linken darauf, Basis für ein rot-grünes Regierungsprojekt zu sein, es hält auch keine eigenen Gedanken und Erkenntnisse parat. Gorski und Markovits bilden die triste Ausnahme von der Regel, daß US-amerikanische wissenschaftliche Arbeiten gut geschrieben sind und überraschende Perspektiven eröffnen. Selbst ihre Kritik am Antisemitismus in der Linken ist von anderen (und nicht von den besten) Quellen einfach übernommen und nicht durch eigene Analysen ergänzt.

Das Buch verspricht am Anfang, schon das ist für eine Geschichte der deutschen Linken nach 1945 ein erstaunliches Unterfangen, Antworten auf die Frage zu geben, »was die Grünen zur einflußreichsten Anti-Establishment-Partei in Europa, vielleicht sogar in der gesamten industriellen, kapitalistischen Welt gemacht« habe. Auf falsche Fragen gibt es meistens eine falsche Antwort. Hier gibt es nicht einmal die.

Konkret 11/97, S. 69

Hermann Kant

Ob Unselds Unr□ h eiert?

Was Passiert, □ enn eine Q□ arkst□ lle das Lektorat passiert?

Wäre der Roman *Suche nach M.* in einem der erfreulich vielen aber unerfreulich kleinen Verlage erschienen, denen ein Autor schon deshalb alles Gute wünscht, weil er nicht weiß, wann er sie nötig hat, hätte ich angenommen, das Haus spare am falschesten aller Enden, also am Lektorat, und sehe deshalb seinem baldigen Abgang entgegen. Wahrscheinlich hätte ich den Leuten geschrieben, sie sollten ihrem 36jährigen, in Tel Aviv geborenen und seit 33 Jahren in Wien lebenden Autor Doron Rabinovici lieber helfen, aus seinen Absichten ein lesbares Buch zu machen, anstatt das verkorkste Ding mit den Klappentextworten auszuschellen: »Aller existentiellen Schwere begegnet er mit einem spielerischen Geschichtengeflecht, aller Moral mit einem magischen Erzählen, das Abgründigkeiten um so bizarrer ausleuchtet.«

Das ist schierer Schutzumschlagsschwindel. Es sind die real existierenden Schwierigkeiten des Schreibens, mit denen der Mann nicht klarkommt. Nur beispielshalber: Dem von Chandler benannten Kardinalproblem, wie sich eine Figur halbwegs einleuchtend aus einem Zimmer in das andere bringen lasse, begegnet er nicht spielerisch, sondern nach Art eines mitteilsamen Kindes, das bei Mangel an Ausdrucksmitteln zu Behauptungen greift. Wie unerfahrene Fabulierer gern das Erzählscharnier »Und dann« verwenden, bemüht sich Herr R., seinen Roman durch 35fachen Gebrauch der auch noch leis unkorrekten Wendung »Mit einem Mal« zusammenzufügen.

Die folgenden Sätze enthalten zwar nur eine milde Abform dieses Verbalbindemittels, sind aber repräsentativ für das 270-Seiten-Werk, in dem sich durchaus Schlimmeres findet: »In diesem Moment suchte der Bankangestellte im Schaltraum nach dem Haupthebel, um die Lichtanlage der Filiale abzudrehen, und mit einem Mal blitzte ein Gewitter hoch; Antonov schreckte auf, schaute empor und sah Ahasver, den Vermummten, im Leuchtkranz der Lampen, sah ihn über sich thronen und auf ihn herabblicken. Da schrie der bulgarische Killer auf, schrie der einstige Bauernsohn aus Malko Kadiewo: >Isus Christos<, der Mund blieb ihm offen, er knickte in den Knien ein, die Klinge glitt ihm aus der Faust, fiel hierauf dem Maler in die Hand, und Otto Toot umfaßte den Griff in Angst und Zorn, packte ihn wie Pinsel oder Spachtel und malte mit dreißig Stichen Georgi Antonov tot, strich ihn aus.«

Mit solcher Bündelung Von Action und Ausdruckskraft setzt sich das fort, und nicht immer erläßt uns der Verfasser einen Hinweis wie den, daß das, was der bulgarische Killer aus Malko Kadiewo schreit, Jesus Christus bedeute. Häufig ist er so unerbittlich wie an der folgenden Leerstelle: »Sie sagte: >*Git Jontev,* Jakov<, und: >Schön, daß du doch gekommen bist<, und: >*Schana tova.* Wie geht es dir?< Bevor er antworten konnte, rief sie: >Naß bist du!<«

Selten wirkt diese Prosa magischer und abgründiger als eine Quarkstulle von gestern, dafür häufiger wie eine beseligende Parodie des seligen Robert Neumann: »Sayid verstummte, sein Lächeln barst und er erklärte: >Nein<, schnalzte und schnippte dabei mit dem Kopf hoch, wie es im Orient bei einer Negation üblich ist.« - Oder: »Mosche Morgenthaus Tick, alle Sätze, ob Anweisungen, Freundesworte oder Liebesbeteuerungen, im zweifelnden Ton ausklingen zu lassen, in seinen Fragen hingegen aufgrund seiner allgemeinen Skepsis die eindeutig verneinende Antwort bereits vorwegzunehmen, verschlimmerte sich in letzter Zeit täglich.« - Oder: »Er reckte sein Gesicht vor, blickte in den ausrasierten Nacken unter ihrem Rothaar. Hier, über den Halswirbeln, begann eine Raute aufzuflammen. Ein kleiner Blutfleck, der immer aufglühte, wenn sie erregt war. Sina Mohn hatte die Existenz dieses Feuerzeichens, jener Dachluke in ihr Innerstes, vergessen, denn noch vor wenigen Wochen war das Genick unter einer Mähne versteckt gewesen. Sie hätte sonst ihr Kopffenster mit Vorsorge und Umsicht überschminkt.« Oder - ja, ich höre schon auf. »Mit einem kurzen Schrei fiel ihr sein Morgenwecker aus der Hand. Arthur ging mit eins zu Boden, streckte ihr das Radio, nicht ohne ihre Beine entlang zu äugen, entgegen und sagte: >Macht doch nichts.<«

Von wegen »Macht doch nichts«! Ich mußte es lesen und abschreiben und muß aus der Fülle des Angebots wenigstens noch einige Kurzproben anführen, damit es nicht heißt, ich begegnete dem armen Verleger und seinem armen Autor mit unangemessener Vergeltung. Ich glaube, aller Zitieraufwand rechtfertigt sich durch die Grundsatzfrage, ob ein Verlag, klein oder groß, auf sein Lektorat verzichten könne. Denn was hat die Literatur, was haben die Leser, was hat das geistige Leben vom Anti-Rechtschreibreform-Protest der Verleger und Autoren, wenn gleichzeitig (und immer häufiger) etwas als Fertigprodukt feilgeboten wird, das nicht einmal in die Nähe einer Gütekontrolle gekommen sein kann. Ich jedenfalls weiß unter meinen vielen Lektorinnen keine, die mir auch nur einen der hier gebündelten Schnitzer hätte durchgehen lassen: »Eine Erinnerung saugte sich allmählich in ihr fest.« - »>Nein<, meinte Tonja Kruzki und richtete sich auf, um das Eßzimmer zu verlassen, streckte mit einem Ruck ihren Kopf hoch, ihre Brust vor.« - »und die Arme des Kindes flattern umher« - »in Dani aber eiert die Unruh, und er robbt herab« - »>Papa<, schreit es aus dem Kleinen heraus, und der - die Zeitung beiseite legend - murrt« - »Morgenthau ... saß verschränkt, beide Hände im jeweils anderen Arm.« - »Wer ich wirklich bin?< hallte Scheinowitz wider« - »Jener Mullemann lag wohl so, daß er mit der Hand das Heizungsrohr zwar erreichen, doch mit den Ohren kein Pochen in der Leitung vernehmen konnte« - »Er beschloß, die Arbeit abzubrechen,

ohne sie zu erledigen« - »Der Jüngere ging in die Falle, irrte vorbei an Kreuz, dessen Rechte seine Baretta (das Ding heißt Beretta, H.K.), eine Pistole vom Kaliber neun Millimeter, in der Manteltasche umschloß« - Er »bemühte sich um unauffällige Höflichkeit, da er keinen Eindruck hinterlassen wollte« - »Die Leiche wurde von der Sekretärin um ein Uhr aufgefunden. Sie muß den Tatort wenige Momente nach dem Mord betreten haben« - >»Wie bitte?< fragte Kreuz mit offenem Mund« - »worauf sie, die Unterlippe vorgestülpt, sagte: >Gibt es etwas Neues?<« - »Ein Athlet, die Zunge in die linke Backentasche vergraben« - »Habe ich nicht notwendig« - »Aus jenem Reich war einst Moses, am Hofe des Pharao erzogen, aufgebrochen, um die Israeliten durch die Wüste zu führen, sie den Monotheismus zu lehren« - »Mit einem Mal klopfte es«, und ich mache Schluß.

Kann sein, es fehlt dem Autor nicht einmal an Talent. Woran es ihm nur gänzlich mangelt, ist das Vermögen, seine Einfälle in verläßliches Deutsch zu bringen. Ob er das lernen kann, müssen Lektoren herauszufinden suchen. Also der Verlag. Welcher im gegebenen Fall kein kleiner, sondern ein immens berühmter ist, der Suhrkamp heißt. Wem auch immer das hochverdiente Haus künftig gehören mag, es sollte sich, seinen Hirntod zu vermeiden, ein lebensrettendes Kontrollorgan namens Lektorat spendieren.

Doron Rabinovici: *Suche nach M.* Roman. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1997, 270 Seiten, 36 Mark

Konkret 11/97, S. 70

Ulf Schlawinski

Melodie & Rhythmus

Theodor W. Adorno: Kompositionen. Diverse Interpreten, Schott Wergo Music Media; Theodor W. Adorno - Hanns Eisler: Works for String Quartet. Leipziger Streichquartett, classic produktion osnabrück

1933 erschien ein kleiner Aufsatz mit dem Titel »Vierhändig, noch einmal«. Darin beschreibt Adorno, daß es ihm als Kind erlaubt war, obwohl des Notenlesens noch nicht kundig, dennoch das Umblättern »nur der Erinnerung und dem Gehör folgend« zu übernehmen, wenn Mutter und Tante am Klavier musizierten: »Aber das Vierhändigspielen war besser als die Toteninsel überm Büffet«, weil selbstgemacht. Geigen- und Klavierspiel wurden erlernt. Jahre später, 1950, urteilte Arnold Schönberg: »Er ist sehr musikalisch, spielt gut Klavier, besitzt eine große Kenntnis der musikalischen Literatur, wovon er viel durch sein gutes Gedächtnis auswendig spielen kann.« Der Grundstock war früh gelegt.

Aber das Komponieren kam noch besser. Ab 1919 steht Unterricht beim gerühmten Frankfurter Kompositionslehrer Bernhard Sekles auf dem Programm. Das Werkverzeichnis der »Musik-Konzepte« (Band 63/64: *Theodor W. Adorno. Der* Komponist), wie fast immer akribisch, weil von Rainer Riehn verfaßt, führt für jenes Jahr bereits zwei Lieder nach Storm auf Die Auswahl Adornos wird kaum zufällig gewesen sein, ist vielmehr Hinweis auf die Kunst, die ihn beschäftigte und bewegte. In der Autorenliste der rund fünfzig seit 1918 vertonten Gedichte findet sich am häufigsten der auch von der Zweiten Wiener Schule präferierte Lyriker Stefan George - insgesamt sechzehn Vertonungen bis 1944 -, weiterhin Georg Trakl, Franz Kafka, Georg Heym, auch Friedrich Hölderlin und Theodor Däubler.

Nicht nur die »Drei Gedichte von Theodor Däubler« für vierstimmigen Frauenchor, 1923 begonnen, 1945 revidiert, zeigen die schöpferische Auseinandersetzung mit den Vorbildern seiner Zeit, besonders mit der freitonalen Welt der Wiener Schönberg-Schule, die ihm Lehrer Sekles nicht auszureden vermochte. Auch die in den frühen 20er Jahren verfaßten, teilweise komplexen Kammermusikwerke, so die »Sechs Studien für Streichquartett« (1920) und ein »Streichquartett« (1921), das 1923 die Uraufführung erlebte - demzufolge Adorno in einer Schrift über das fortschrittliche Frankfurter Musikleben jener Tage gleich nach Sekles und Hindemith genannt wurde -, sind Beispiele für ambitionierte Gegenwartsmusik, die man heutzutage mit dem Begriff Expressionismus allenfalls pauschal einordnen kann.

Am 15. Juli 1924 ist Adorno Zeuge der Frankfurter Weltpremiere von Alban Bergs »Bruchstücken aus Wozzeck«, und noch am Uraufrührungsabend kontaktiert er den Komponisten. Daraus folgt im Januar 1925 der Umzug nach Wien und die kurzzeitige Lehre bei Eduard Steuermann (Klavier) und Berg (Komposition). Der schätzt das Talent des 22jährigen hoch ein und rühmt sein »musikalisches Schaffen (ich meine das Komponieren» außerordentlich: »Es ist ja klar: Eines Tages werden Sie sich, da Sie doch Einer sind, der nur aufs Ganze geht (Gott sei Dank!) für Kant oder Beethoven entscheiden müssen.«

Adorno entschied sich für Adorno. 1980 erschienen posthum die von ihm zur Publikation bestimmten Kompositionen zweibändig in der edition text + kritik. Daraufhin lassen sich ein paar Belebungsversuche durch tatsächliche Aufführungen konstatieren. Ende 1988 zum Beispiel, aus Anlaß des 50. Jahrestages der Pogromnacht, findet in der Alten Oper Frankfurt ein Konzert und sodann mit demselben Personal die komplette Einspielung aller Werke des zweiten Bandes statt (Wergo): Rund vierzig Minuten Adorno-Musik - die hohe Repertoire-Ergänzungsquote steht außer Frage. Nur eine weitere CD mit einer knappen Dreiviertelstunde Kammermusik (gespielt vom Leipziger Streichquartett) ist seit diesem Jahr auf dem Markt, zudem gekoppelt mit Stücken von Hanns Eisler (cpo). Das war's dann. Es bleibt zu wünschen, daß auch manche Lieder (-Zyklen) eingespielt werden.

Oder sollte man es doch lieber lassen? Der zweifellos originelle Einfall, ein Libretto nach Mark Twains Roman *The Adventures of Tom Sawver* zu dichten, betitelt »Der Schatz des Indianer-Joe« (1932-33), führt nur zu zwei kurzen Stücken: »Totenlied für den Kater« und »Hucks Auftrittslied« - und bleibt Adornos einziger musikdramatischer Versuch. Das Libretto ist komplett erhalten und 1979 in einer kleinen Auflage von 1.000 Stück auch veröffentlicht worden (bei Suhrkamp). Gleichwohl bleibt Adornos Anspruch, »am >Kindermodell sehr ernste Dinge<, ganz besonders das Phänomen der Angst, zu demonstrieren« (Sigfried Schibli), äußerst schwierig nachvollziehbar.

Schon nach einem Jahr in Wien muß Adorno die Segel streichen. Für ihn selbst war »die Überzeugung, daß die Neue Musik nicht bei der Destruktion veralteter Formen stehenbleiben müsse, sondern ein Potential enthalte, Freiheit auszukomponieren« (Hartmut Scheible), nicht umzusetzen, und er sah sich gezwungen, diese hohe Kunst den Marktführern, besonders natürlich Arnold Schönberg, zu überlassen. Die »Sechs kurzen Orchesterstücke«, endgültig im Februar 1929 in Bern fertiggestellt, aber in Teilen bereits seit 1925 in Arbeit, erinnern in ihrer Ernsthaftigkeit nicht nur äußerlich an Schönbergs »Fünf Orchesterstücke Opus 16« (1909) oder sogar Anton Weberns »Experimente« - alles Vorkriegsware.

Der 1923 von Schönberg formulierten »Lehre der Komposition mit 12 Tönen« vermochte Adorno aber ebensowenig blind zu folgen wie sein Lehrer Berg. Zwar finden sich in einigen Werken kreative Umsetzungen der neuen Theorie, jedoch nie

die schülerhafte Übernahme ohne kritische Auseinandersetzung, denn »der Komponist konnte mit ihr nicht viel anfangen« (Hans-Klaus Jungheinrieb). Zuletzt folgten Werke, die als Parodien einzustufen sind (»Zwei Propagandagedichte von Brecht«, 1943 - das zweite auf einen Adorno-Text ...) oder Bearbeitungen sein sollen (»Kinderjahr« - Sechs Stücke aus Opus 68 von Robert Schumann, 1941 für kleines Orchester gesetzt). Leider unveröffentlicht ist ein Lied namens »Rüsselmammuts Heimkehr« auf ein Gedicht von Archibald Bauchschleifer aus demselben Jahr.

Heinz-Klaus Metzger wagte 1984 die Aufstellung einer interessanten These: »Hätte er, ... der seit 1945 über seinen vielfältigen wissenschaftlichen Aufgaben nicht mehr dazu gekommen war, musikalische Werke fertigzustellen, sich den stets wieder geäußerten Traum doch noch erfüllen, können, ... erneut das Komponieren aufzunehmen, so wäre ... eine phantastische Explosion ins Irreguläre zu erwarten gewesen. Adornos verfrühter Tod im Sommer 1969 hat es vereitelt.« Metzger lehnt sich hier doch ein wenig weit aus dem Fenster.

Die Werke aus der Zeit bis 1926 sind sicher nicht ohne Wert, denn sie haben einen eigenen und erkennbaren Stil, soweit sich dies von Musik der 20er Jahre überhaupt sagen läßt. Bergs Einfluß ist unüberhörbar - vielleicht darf sogar ein Adorno-Einfluß bei Berg nicht ganz ausgeschlossen werden. Nach der Rückkehr aus Wien 1926 verflachen sowohl Qualität als auch Quantität des kompositorischen Schaffens, und bemerkenswert bleiben - neben einigem unveröffentlichten Material - besonders die parodistischen Versuche im Exil ab 1938. Im Mittelpunkt von Adornos kompositorischem Werk stehen die »Sechs kurzen Orchesterstücke Opus 4« - und es wird Zeit, daß sie sich im Repertoire der Sinfonieorchester etablieren.

Konkret 11/97, S. 71

Georg Seeßlen

Music to watch the girl die

Elton John stellt eine Kerze in den Wind des Neoliberalismus oder: Wie ein Song zur rechten Zeit den Klassenkampf überwindet

»... und wenn wir uns noch so anstrengen - die Wahrheit treibt uns doch die Tränen in die Augen« Elton John/Bernie Taupin: »Kerze im Wind«

Der Tod von Prinzessin Diana gehört zu jenen merkwürdigen Meta-Ereignissen, die in allen Kulturen und Diskursen der Gesellschaft auf Resonanz treffen, von der Yellow Press bis zum gehobenen Feuilleton. Das Ereignis selber mag die unterschiedlichsten Reaktionen und Reflexionen auslösen, mittlerweile sind die Mythologen schneller als die Mythen, und doch kreist alles um die gleichen Bilder und Phantasmen (die Legende der »modernen« Prinzessin im verwunschenen Schloß der harten Königin und ihres schwachen Sohnes, Sissi revisited, die seltsame Funktion der Monarchie in der Klassengesellschaft, die Schuld der Presse etc). Zunächst schien diese Ikonographie lärmerfüllt aber unmusikalisch, erst durch die Vermarktung und den gewaltigen Erfolg von Elton Johns bei der Trauerfeier vorgetragenem Song »Candle in the Wind« erhielt sie mehr als einen Soundtrack: Das Gesamtkunstwerk vom Opfertod Dianas wurde zur Oper.

Auch hier formen sich die Zufälligkeiten zum Mythos, das Lied, einst auf Marilyn Monroe geschrieben, erhielt einen neuen Text (wie zu hören ist, ergab sich dies durch ein kleines Problem am Telefon - ganz können wir uns die profanen Seitenstücke zu den großen Inszenierungen doch nicht abgewöhnen!) und überträgt den Opferstatus von einer Glamour-Frau zur anderen. Die weiße Frau bleibt die gleiche, nur King Kong hat erneut die Gestalt gewechselt, vom unbarmherzigen Filmbusiness zum unbarmherzigen Paparazzo, vom Kennedy-Clan zur Windsor-Mischpoke. Erst durch Elton John wird Diana vollends zum Pop-Mythos, aber zugleich wandelt sich auch die Funktion des Pop in der medialen Konsensmaschine der sanften Reaktion auf die offene Brutalität des Neoliberalismus.

Diana war die moderne Variante der Legende von der jungen, frischen Bürgerstochter, die die versteinerten Verhältnisse im Schloß des Königs ganz menschlich zum Tanzen bringt. Sie stand, unter anderem, für eine Umwandlung des englischen Königshauses von einer vertikalen zu einer horizontalen Repräsentanz: Nicht die Idee der Nation als Machtinstrument, sondern das »Volk« in seiner Sehnsucht nach Geborgenheit würde darin ihr Bild finden. Daß die Windsors diese Wandlung in einer Mischung aus Psychose und Ignoranz abgewehrt haben, war nicht nur politisches Ungeschick, sondern auch Ausdruck der Arterhaltung. Die erste Runde im Klassenkampf am Königshof ging an das Ancien régime. Aber im Tod wurde dieses Umkippen der monarchischen Repräsentanz in die Horizontale schließlich doch vollzogen. Statt zum Anlaß einer Kontroverse um die Funktion der Monarchie zu werden, wurde der Opfertod der blonden Prinzessin (vor ihrer verhängnisvollen Entführung durch den morgenländischen Räuberprinzen) zur Besiegelung des neuen, des populistischen Paktes. Die Windsors konnten diesem Spiel nur mit säuerlichen Mienen zusehen; so stark ist diese Monarchie als Ausdruck der Klassengesellschaft nicht mehr, daß sie lieber den Gang zur Guillotine gewählt hätte, als sich der vollständigen Auflösung im Phantasma des populistischen Konsenses zu unterwerfen. Die Windsors überleben diesen Opfertod nur als weiße Clowns im Zirkus der Repräsentationen; sie haben die letzte Bastion der Macht, die Herrschaft über ihr eigenes Bild, verloren.

»Candle in the Wind« besiegelt diesen Umbau des Mythos, der zwei Seiten hat: den Umbau der Repräsentationsweise des englischen Königshauses (in den Tony Blair unnachahmlich seine Politik einzunisten wußte), zugleich aber auch einen Umbau dessen, was man Öffentlichkeit nennt. Denn was als bizarre Selbstanklage der Presse begann, die vom Paparazzo auf die Verantwortung des Journalismus im allgemeinen und die Barbarei des Publikums schloß, endete zumeist in einer ziemlich einschneidend veränderten Einstellung des Blicks auf das Verhältnis von Politik und Showbusiness. Merkwürdigerweise bekannten sich am heftigsten jene Publikationen zu ihrer Schuld, die vordem versucht hatten, sich dem monarchistischen Glamour gegenüber durchaus kritisch zu verhalten. (Warum, zum Beispiel, mußte ausgerechnet die einst kommunistische »Unità« auf der ersten Seite bekennen, daß man selber am Tod Dianas mitschuldig sei? Diese »Schuld« konnte ja nur darin bestehen, zu Lebzeiten der Prinzessin kaum Notiz von ihr genommen zu haben.) Nicht nur, weil sich der Newswert des Ereignisses schnell verbrauchte, und weil sich die Fallhöhe von der Tragödie zur Peinlichkeit als schwindelerregend erwies, wurde die Berichterstattung sich selber zum Thema. Auch der Leitartikler und Feuilletonist mußte erkennen, daß da mehr als eine moralische Fabel inszeniert war, ein Welt-Bild wollte entstehen. Die ganz Hartgesottenen machten nach der dubiosen eigenen Mitschuld gar noch die eigene Heuchelei zum Thema.

Die Entwicklungslinien von Prinzessin Diana und Elton John haben sich schon zuvor gekreuzt, man war sich mehr als sympathisch, die schöne, leidende Prinzessin, die bei Hofe niemand verstand, und der kleine, häßliche Pol)-Prinz, dem es nie gelungen war, seine Ängste vor dem britisch-militärischen Vater hinter Brillen, Kostümen und überdimensionierten Pianos zu verbergen. Schließlich gibt es ein mythisches Dreieck der Verbundenheit von John, Diana und Gianni Versace -

zusammengenommen ein vollständiges System des Pop, der die Politik ersetzt, Bilder vom unglücklichen Erfolg der Höflinge, die trotz Ruhm und Reichtum nicht ihr wirkliches Ziel erreicht hatten: von der Macht als jemand akzeptiert zu werden, der wirklich dazugehört.

Sie kamen von draußen und blieben draußen. Reginald Kenneth Dwight zum Beispiel begann 1964 seine Laufbahn als Klavierspieler im Pub von Northwood Hills Hotel und spielte dann Orgel in der Gruppe »Bluesology«, die vor allem als Backing Group amerikanischer Entertainer wie Patti Labelle, Billy Stewart und den Ink Spots arbeitete und dann 1967 mit Long John Baldry und »Let the Heartaches Begin« einen ersten Hit hatte. Er war immer der *backing man* der *backing group,* niemand sah ihn, und so richtig hörte ihn auch niemand. Dwight änderte seinen Namen, indem er den des Saxophonisten Elton Dean und den von John Baldry zusammenzog - Camouflage, Anmaßung, Zeligismus bleiben Wesensmerkmal von Mensch und Werk. Seine Solokarriere begann er in Zusammenarbeit mit dem Autor Bernie Taupin, mit dem er Material für verschiedene Interpreten schrieb. Nach dem Debüt-Album »Empty Sky«, 1970, verordnete der Produzent Gus Dudgeon einen neuen Sound: Elton John war der Sänger romantischer und sentimentaler Balladen, die immer ein wenig im Kontrast zu seinem etwas clownesken, gelegentlich gar tuntenhaften Auftreten standen. Richtig erfolgreich waren John und Taupin aber zunächst nur in den USA, und 1971 entstand in Zusammenarbeit mit dem Gitarristen Davey Johnstone Elton Johns kleines Meisterstück »Madman Across the Water«, ein eher düsteres Album, das zwischen das Ende der Beat-Ära und den Beginn der Trennung in Glam Rock und Singer/Songwriter-Melancholie paßte. Elton John komponierte für die vergessene Mitte, und er war gut darin, solange er vor allem biographisch arbeitete.

Elton Johns Kunst ist, höflich gesagt, das Amalgam. Mit ihm triumphierte das Konzept des Entertainers wieder über das der musikalischen Identität im Rock. Die Alben von John und Taupin, allen voran »Goodbye Yellow Brick Road«, tendierten dazu, so etwas wie Soundtracks für imaginäre Filme zu sein, melodramatisches und mythisches bis zu »Captain Fantastic and the Brown Dirt Cowboys«, das zugleich autobiographisches Material enthielt und Taupins Besessenheit von amerikanischen Legenden widerspiegelte.

Was dann kam, war nicht nur musikalisch nicht mehr sonderlich aufregend. Der kleine, verrückte Entertainer mit den komischen Brillen, der Fähigkeit, sich jedes musikalischen Idioms zu bedienen und es erbarmungslos zu verkitschen und seine Zuhörerinnen und Zuhörer in wunderbare Traumwelten zu entführen, verlor in der Zeit der sich neu differenzierenden musikalischen Moden erheblich an Integrationskraft. Kitsch und Camp fielen wieder auseinander, und was blieb, war ein schmalzbegnadeter Schlagersänger, der sich endlich als Schwuler geoutet hatte und bewies, daß Drogenprobleme in den achtziger Jahren auch nicht mehr das waren, als was sie in den Siebzigern gegolten hatten. Und mochte ihn auch die Bulimie - Krankheit als Metapher hin oder her - mit Prinzessin Diana verbinden: Es ist nicht unbedingt das, was wir uns für einen Rock'n'Roll-Helden wünschen.

Wie bei Elvis Presley mußte auch für Elton John ein Comeback nicht nur aus den Trümmern einer Person, sondern aus den Trümmern einer ganzen Welt geschaffen werden. Die verzweifelten Hausfrauen träumten von und mit Elton John und bescherten ihm nach wie vor Goldene Schallplatten, und John träumte sich so sehr hinein in die verzweifelten Hausfrauen, daß er wirkte, als wolle er sich immer mal wieder in das Wesen verwandeln, das verzweifelte Hausfrauen gern beim Blick in den magischen Spiegel sehen möchten. Natürlich war er zugleich auch, sehr englisch, die perfekte, manchmal richtig gemeine Parodie darauf, und diese Mischung aus dem Traurigen und dem Komischen bewahrte ihn vor dem wirklich Peinlichen.

Elton John, das war, wie Versace, wie Prinzessin Diana, das ständig wiederholte Schauspiel von der gequälten Seele, die sich im Übermaß des Glamours nur unvollkommen verbirgt. Und nun ist er der Überlebende des magischen Dreiecks, gebildet aus dem Modekönig, der einem verrückten Serienkiller, der Prinzessin, die erst einem hartherzigen Königshaus, dann sensationsgeilen Reportern, und dem tuntigen Sänger, der - beinahe - der Einsamkeit seines Metiers zum Opfer gefallen war. So verwandelte er sich in einen singenden Prediger der Größe dieser Opfer, und erst mit ihm ist wirklich die Bürgerin, die staubwischende, angstbesessene, überschminkte, geschmacklose und süchtige Hausfrau durch den Buckingham Palace gezogen. Vielleicht geradenwegs in den Himmel.

Das Gospel für Diana und für uns alle, das Elton John mit schweren Akkorden begleitet, die keinen Widerspruch, keine Variation, nicht einmal Ambivalenz zulassen, umkreist in seiner aufrichtigen Banalität die zwei Begriffe, die noch einmal auch musikalisch betont sind: die (gebrochene) Rose und die Kerze, die im Windhauch erlischt. Das mögen wahrhaft abgestorbene Bilder zwischen Todessehnsucht und Sexualneurose sein, sie erhalten aber in dieser Inszenierung nationaler Versöhnung den besonderen Klang einer alles überflutenden Harmonie, sie sprechen von der Sehnsucht nach der kleinen Schönheit und Wärme im Glanz der großen Inszenierung. In seinem Lied wird die Prinzessin zur Madonna, vor der es die wahre Wonne ist, klein und unbedeutend zu sein. Doch nicht nur der kleine Pianist, sondern gleich das ganze Land ist »verloren ohne deine Seele«, und »unser Land«, »unsere Nation« durchziehen mit beängstigender Insistenz die Lied-Phantasie von der glücklich/entsetzlich verschwundenen All-Mutter. In diesem Lied hat Diana wirklich »dort gewirkt, wo Leben auseinandergerissen worden sind«, anstatt, wie der Sänger, auseinandergerissen zu sein zwischen willfährigem

Exhibitionismus und der Angst vor dem eigenen Bild. Zwischen der Korruption des Aufstiegs und der Sehnsucht nach Gutmenschlichkeit, um genauer zu sein.

Natürlich wird Diana in den Rang einer Erlöserin gehoben, die merkwürdigerweise »jenen zugeflüstert« haben soll, »die voll Schmerzen sind«, aber bedeutsamer noch, daß John sie in den Rang einer nationalen Göttin erhebt, die gar »ein goldenes Kind unserer Nation« gewesen sei. So ist nicht nur etwas von Mutter Teresa in Diana aufgehoben, die den schweren Nachteil hat, zu etwas zu verpflichten (zum Beispiel denen, die voll Schmerzen sind, nichts zuzuflüstern, sondern ihnen Medikamente zu geben und die Wunden zu waschen), es ist auch die barbarische Gewohnheit der bürgerlichen Gesellschaften, ihre Klassen, Kulturen und Familien »in Trauer zu vereinen«, in den Pop-Song überführt So entsteht, befördert durch den Song und seine Inszenierung, in der Feier der so effektvoll verschwundenen Erlöserin ein neues magisches Dreieck: die geläuterte Öffentlichkeit, die ihren obszönen Zugriff auf die Macht unterdrückt (gehörte nicht der dicke König Kohl zu den ersten, die die zudringlichen Presseleute geißelten?), die geläuterte Sozialdemokratie, die oben wie unten den Klassenkampf unterbindet, und die geläuterte Pop-Kultur, die sich aller subversiven, ja auch nur ironischen (oder andersherum: aller wirklich tragischen) Töne enthält. Der flittrige Glamour des Pop, der süßliche Glamour religiösen Schmachtens und der harte Glamour aristokratischer Macht sind zu einer neuen, nationalen Einheit gebracht. Und natürlich ist dieser Kult international zu verwenden; das Modell ist ja auch zu verführerisch. Obschon vielleicht zu bezweifeln ist, daß ein Lied der Wildecker Herzbuben zum Tod von Frau Thurn und Taxis Gerhard Schröders Politik vergleichbar heiligen könnte.

Konkret 11/97, S. 73

Marit Hofmann

Film & Theater

Film als subversive Kunst

Amos Vogel: »Film als subversive Kunst. Kino wider die Tabus - von Eisenstein bis Kubrick«. Hannibal Verlag, St. Andrä-Wördern (Österreich) 1997, 340 Seiten, 54 Mark

Wenn ein 76jähriger emeritierter Professor gegen das Hollywood-Kino wettert, ihm »eine wahrhaft erschreckende Konzentration auf möglichst brutale Gewalt, eine grinsende Pervertierung von Sexualität« und »die obszöne Fetischisierung von >Blockbuster<-Kassenerfolgen« vorwirft, dann mag man das belächeln. Gleiches mag für die euphorischen Zukunftsprognosen gelten, die ein engagierter Filmclub-Gründer in den 70er Jahren stellte: »... weder Repression noch Furcht scheinen dazu imstande, einen sich immer rascher entwickelnden, weltweiten Trend zu einer freiheitlichen Filmgestaltung aufzuhalten, die sich so aller bislang verbotenen fortschrittlichen Themen annehmen kann.« Ein wenig traurig stimmt jedoch, daß beide Äußerungen von ein und demselben Verfasser stammen, nämlich von dem Autor des cineastischen Standardwerks *Film als subversive Kunst.* Wie wir aus dem Vorwort zur Neuauflage folgern müssen, hat Amos Vogel innerhalb von gut zwanzig Jahren eine Wandlung zum Kulturpessimisten durchgemacht und scheint dabei nicht zuletzt jenen Tabus zum Opfer gefallen zu sein, die er in seinem Buch so leidenschaftlich bekämpfte.

Was uns der einstmals subversive Vogel als Theorie verkaufen wollte, erschöpft sich allerdings in pathetischen Auslassungen zum »Filmerlebnis« und einem Konzept, das von der Betrachtung ästhetisch-formaler Experimente zu rein äußerlichen Tabubrüchen (Erotik, Gewalt, Blasphemie) übergeht und damit einer Verplattung dessen, was als »subversiv« erkannt wird, Vorschub leistet. Billy Wilders »Some like it hot« (1958) wird da nur am Rande als Beispiel für Hollywoods frivolen Umgang mit »dem Phänomen der Transvestiten« erwähnt.

Warum das Buch dennoch der Rede wert ist? Das unvergleichliche Bildmaterial, das Vogel sorgsam zusammengestellt hat - von der Rasiermesser-Sequenz aus Bunuels »Andalusischem Hund« bis zu Buster Keaton beim Eierkochen -, und ungezählte Szenenbeschreibungen aus internationalen Avantgardefilmen machen es möglich, sich wenigstens eine ungefähre Vorstellung von Werken der Filmgeschichte zu machen, die wir zumeist nicht mehr zu sehen bekommen werden.

Obwohl Vogel im Vorwort eine Handvoll hoffnungsvoller »junger« Talente nennt (darunter Greenaway, van Trier und Angelopoulos), die ihm noch die »Evolution vom Tabu zur Freiheit« verbürgen, scheint er an eine Aktualisierung seines Buchs nicht gedacht zu haben. Angesichts der neuen Prüderie in den USA (wo die Neuverfilmung von Nabokovs Lolita keinen Verleih findet) und des durch Katja Riemann repräsentierten Rebellentums im neuen deutschen Films kann man es ihm nicht verdenken. Aber weil die aufregenden Fotos seines Buchs die bewegten Bilder eben doch nicht ersetzen, gehen wir auch in diesem Monat wieder ins Kino.

The Game

Regie: David Fincher, mit Michael Douglas, Sean Penn, Deborah Kara Unger; USA 1997,128 Minuten, ab 20. 11. im Kino

Einen Film wie »The Game« als »Hollywood-Unsinn« (Vogel) abzutun, wäre eine Verharmlosung. David Fincher weiß Effekte zu erzielen, denen sich das Publikum kaum entziehen kann. Doch während man nach seinem Erfolgsthriller »Sieben« regelrecht verstört aus dem Kino kam, könnte man »The Game« exemplarisch als Indiz für den Stillstand des Mainstream-Kinos ansehen. Zum Verhängnis wurde Fincher nicht zuletzt, daß er sich nach dem Kassenerfolg von »Sieben« den Gagen-Star Michael Douglas leisten konnte: Die Hauptrolle des gefühlskalten Investment-Bankers wäre dem stocksteifen Mimen auf den Leib geschrieben - ginge es im Film nicht gerade darum, daß dem das Fürchten und Fühlen gelehrt wird. Douglas als bedrohtem mittellosen Outlaw vermochten auch die Maskenbildner nicht ein Minimum an Todesangst aufzuschminken.

Können Finchers atemberaubende Effekte diesem Unvermögen noch entgegenwirken, so wird am Ende (das hiermit ausdrücklich verraten sei) alles zurückgenommen. Die Todesdrohungen waren nur ein gekonntes Arrangement einer vom Bruder des Bankers beauftragten Dienstleistungsagentur. Das Geld, das der geläuterte Banker für seinen Selbsterfahrungstrip schließlich auf den Tisch legt, entspricht dem an der Kinokasse entrichteten Eintritt, mit dem sich der Zuschauer ein bißchen Thrill kauft und zum Schluß doch wieder beruhigt aufatmen darf. War ja nur ein Spiel. Was das Presseheft verschweigt: Fincher selbst hatte ein sehr viel ungemütlicheres Ende vorgesehen, doch da wollte die Produktionsfirma Polygram nicht mitspielen.

Few of us

Regie: Sarunas Bartas; mit Katerina Golubeva, Sergei Tulayev; P/F/D/Litauen 1996; 105 Minuten; seit 23. 10. im Kino

Der litauische Regisseur Sarunas Bartas läßt sich auf keinerlei Kompromisse ein - und verzichtet in seiner »Film-Meditation über die Einsamkeit, die Sehnsucht und den Tod« nicht nur auf Happy End und Actionszenen, sondern auch gleich auf Dialoge und sonstige Anreize, die das Zuschauen wenn schon nicht zum Vergnügen, so doch wenigstens halbwegs erträglich machen. Wer dennoch bis zum Ende wachbleibt, kann sich rühmen, womöglich einem der letzten Tabubrüche, dem Kino der exzessiven Langatmigkeit, beigewohnt zu haben.

Kuhle Wampe

Regie: Slatan Dudow; Buch: Bertolt Brecht; Musik: Hanns Eisler; mit Hertha Thiele, Max Sablotzki, Lilly Schönborn; Deutschland 1932; 74 Minuten; seit 21. 10. in Programmkinos

Der »erste und letzte deutsche Film, der offen einen kommunistischen Standpunkt einnahm«, urteilte Siegfried Kracauer im Jahr 1947. Jetzt kommt.»Kuhle Wampe« wieder ins Kino und verdient, nicht nur aus historischem Interesse, angesehen zu werden. Gleich zu Beginn des ersten (und stärksten) Teils zeigt der bulgarische Regisseur, was er von den sowjetischen Stummfilmen gelernt hat: Eine Gruppe auf Arbeitssuche herumirrender Radfahrer genügt, um die trostlose Stimmung der Wirtschaftskrisenzeit spürbar zu machen. Und Eislers scharfe Kontrastmusik sorgt dafür, daß in Brechts Erzählung vom Schicksal einer Arbeiterfamilie keinerlei Sentimentalitäten aufkommen.

Für den hymnischen dritten Teil gilt all dies freilich nicht mehr: Ausgerechnet ein Sportfest der Arbeiter, bei dem natürlich auch die geistige Ertüchtigung bei Hegel-Lektüre und »Solidaritätslied« nicht zu kurz kommt, soll als Signal zum hoffnungsvollen Aufbruch der Jugend herhalten. Kaum zu glauben, daß linke Kritiker dem Film damals allen Ernstes vorwarfen, er enthalte keine eindeutig parteipolitischen Aussagen. Brecht fühlte sich da von den Zensoren schon besser verstanden, die in ihren Begründungen die Intention der Autoren treffend wiedergaben und so auch nicht ständig ermahnt werden mußten, »nicht (zu) vergessen, worin unsere Stärke besteht«.

Konkret 11/97, S. 74

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Die »Zeit«, hat ihr Verleger Holtzbrinck der Redaktion durch einen Boten ausrichten lassen,

die »Zeit« muß wieder die Meinungsführerschqft übernehmen in diesem Lande.

Und wenn der Verleger von Führerschaft spricht, weiß die Redaktion, daß er Führerschaft meint. Wer aber hätte Meinung besser geführt als der Führer und die Seinen? Also nichts wie hin zu einer der letzten noch lebenden Nazi-Scharteken, schnell noch ein Interview gemacht und einen Kratzfuß:

Leni Riefenstahl, die Frau, die »Triumph des Willens« gedreht hat, ist nun Naturphotographin: »Ich erkenne mich in einer Eidechse, einer Fliege, in jedem Tier wieder. «

In jeder Kakerlake, jedem Spulwurm und jedem Kötelbrummer. Wenn das der Führer wüßte!

Leni Riefenstahls Karriere ist so disparat wie das Jahrhundert.

Mag sein. Beständiger als die der Meinungsführer von der »Zeit« war sie aber doch. Darauf ein donnerndes Heilhitlergnäfrau!

Zustände herrschen in Serbien! Einem Bericht des »Hamburger Abendblatts« zufolge habe der Draskovic dem Djinjic gedroht, wenn seine, Draskovics, Leute nicht alle gutbezahlten Posten in der Verwaltung bekämen, könne er, Djinjic,

sich seinen Bürgermeistersessel abschminken.

Bzw. seine Amtskette in den Wind schreiben. So geht's zu bei den Serben in der Redaktion des »Hamburger Abendblatts«.

Es vergeht kaum eine Woche, in der der Roman Herzog nicht wieder eine neue, für die Folgewoche epochemachende Parole ausgibt. Da kann es nicht ausbleiben, daß er seine besten Einfälle auch mal wiederholt:

Meine Damen und Herren, ich habe es schon einmal gesagt: In Berlin wird Zukunft gestaltet,

rief er zur Eröffnung der Asien-Pazifik-Wochen im Roten Rathaus zu Berlin den dennoch dankbaren Gästen zu, die ja wußten, daß es keine acht Tage später schon wieder knüppelhageloriginell kommen werde. Sie sollten sowas von recht behalten, denn in der Illustrierten »Stern« gebar Roman Herzog die

Notwendigkeit einer neuen Wagniskultur

Was das ist? Ich habe es schon einmal gesagt: präsidialer Risikokolores.

Das Hamburger Institut für Sozialforschung lädt zum Vortrag eines französischen Denkers ein, dessen Künste in Folgendem bestehen sollen:

Die aktuellen Konfigurationen des Politischen erscheinen als paradox. Aus theoretischer wie praktischer Perspektive stellen sie sich meist in Formen vielfältiger Exklusionen dar: weder werden die rein ökonomischen Fragen überwunden, noch ist diese Politik durch ideologische Leidenschaft beherrscht; ihre Akteure sind weder nur Nationalstaaten, noch ist es die Menschheit als Ganze. Diesen Paradoxien soll sich, anhand des symptomatischen Themas des Status der »Grenzen« und ihrer neuen öffentlichen und privaten Funktionen, genähert werden. Es wird auf Fragen, die schon im Begriff der »Welt« selbst beinhaltet sind, zurückgegriffen. ... (Vortrag in englischer Sprache.)

Though this be madness, yet there's method in't. (Sind es auch Paradoxien der aktuellen Konfigurationen in Formen vielfältiger Exklusionen, denen sich anhand des symptomatischen Themas des Status der »Grenzen« genähert werden soll, wobei auf Fragen, die schon im Begriff der »Welt« selbst beinhaltet sind, keineswegs gepfiffen, sondern zurückgegriffen wird, so kennzeichnet es doch einen neuen Höhepunkt kunstgewerblicher Sozialforschung.)

Die eifrigste Nachwuchskraft der »FAZ« ist einerseits glücklich, sich einen Korrespondentenposten erschrieben zu haben, anderseits verzweifelt, weil es der in Hamburg geworden ist, wo man sich vor lauter Verbrechern nicht mehr auf die Straße traut.

Als potentielles Opfer

und wer wäre ein potentielleres als der Korrespondent der »FAZ«?

ist man froh, wenn Gewalttäter möglichst lange aus dem Verkehr gezogen werden. Die Pervertierung des Rechtsstaates, letztlich sei an der Kriminalität die Gesellschaft, das Opfer gar schuld, zeigte sich noch in der vergangenen Woche beim Prozeß gegen zwei Hamburger Jugendliche, die einem Rentner aufgelauert hatten, ihn niederstießen und das Portemonnaie entrissen. Der fast Neunzigjährige

er hätte ein Abonnent der »FAZ« sein können, der letzte seines Jahrgangs,

starb. Der Verteidiger argumentierte seelenruhig, der Mann hätte eben mit dem Taxi statt mit der S-Bahn fahren sollen. Dirk Schümer

Mit dem Wort eines Verteidigers, der im Rechtsstaat bekanntlich alles vorbringen darf, beweist die Nachwuchskraft die Pervertierung des Rechtsstaats. Überschrift:

Wem gehört die Straße?

Das macht den feinen Unterschied der Nachwuchskraft von jenen, denen sie nachwächst: daß sie anders assoziiert, also anstatt »Die Straße frei den braunen Bataillonen« eher so »Wessen Morgen ist der Morgen? Wessen Welt ist die Welt?« Wessen Straße ist die Straße? Vorwärts und nie vergessen! Brecht dem Bert die Beine, hoch die Frankfurter Allgemeine!

Die siebenhunderttausend peinlichsten Persönlichkeiten sind jene, die sich in Dialekten auskennen und davon einen Gebrauch machen wie dieser »Spiegel«-Redakteur, der dabei war, als ein Mitglied der RAF den gefangenen Schleyer begrüßte, und alles Wort für Wort überliefert:

Adelheid Schulz öffnete die Tür und sagte in breitestem Schwäbisch: »Geh, desch hättsche net gedacht, daß de disch mal in 'nem Volksgefängnis wieder findescht.«

»Spiegel«-Leser wissen mehr. Zwar kommt »geh« im Schwäbischen nicht vor, auch die Worte »desch«, »hättsche«, »disch« und »'nem« sind am Neckar unbekannt, es gibt im breitesten Schwäbisch auch kein »gedacht«, kein »mal« und kein »findescht«. Schwäbisch hätte der Satz lauten müssen: »Gell, des hedsch net denkt, daß de de amol in ein Volksgfengnis wiederfenschd« (besser: »wiederfende dädsch«). Frau Schulz ist Schwäbin. Sie kann den ihr zugeschriebenen Satz nicht gesprochen haben. Das vom »Spiegel« gewiß sorgfältigst wiedergegebene Idiom weist eindeutig auf eine lispelnde kurdische Asylbewerberin aus Sachsen. Und so kann das Bundeskriminalamt mit seinen Ermittlungen wieder von vorn anfangen.

Die »Titanic« weist einen ihrer Leser, einen Sportreporter der »Frankfurter Rundschau«, auf seine lückenhafte Kenntnis der Topografie von Köln hin. Zu Recht. Und gerät selber auf die falsche Seite:

Wer über den Rhein geht, der ist »op dä scheel Sick«, auf der verächtlichen Seite, und eigentlich nicht mehr in Köln, sondern im Ausland,

also dort, wo man vielleicht so spricht, wie der »Titanic«-Autor sich Kölsch vorstellt. In Köln aber ist es so: »Dä« heißt dort »der« oder »dieser«, und »die« heißt »de«, die falsche Rheinseite also »de schäl Sick« (im Nominativ). »Auf der falschen Seite« aber heißt, im Wemfall, »op dr schäl Sick«. Wie dä schäle Kabänes säht: Rettet dr Dativ!

Wem der Ernst Bloch zu kompliziert ist, dem erklärt es die Gabriele Oertel im »Neuen Deutschland«:

Millionen Menschen im Lande leben fast ausschließlich nach dem Prinzip Hoffnung. Bis zum nächsten Gang aufs Arbeitsamt. Bis zum nächsten Bewilligungsbescheid. Bis zur nächsten Konjunkturerholung. Bis zur nächsten Wahl. Peinlich nur wenn auch jene, die für die hoffnungslose Lage der ewig Hoffenden verantwortlich sind, auf jenes Prinzip setzen.

Überschrift:

Prinzip Hoffnung

Seiner ersten Tübinger Gastvorlesung gleichen Titels hatte Ernst Bloch den Untertitel gegeben:

Zur Ontologie des Noch-nicht-Seins

Ob er damit das Noch-nicht-Sein bis zum nächsten Bewilligungsbescheid gemeint hat? Wenn nicht, spricht das gegen ihn. Und für seine Exegetin. In allem ontologischen Ernst.

Konkret 12/97, S. 44

Stefan Ripplinger

Kritik als Hoffart

Die Polemik der Regierenden und führender Presseorgane gegen Günter Grass' Paulskirchen-Rede hat klargestellt, wie weit Kritik an Deutschland heute gehen darf: bis zur Tür einer Abschiebezelle, aber keinen Schritt weiter

Jede Demokratie hat den Zola, den sie verdient. Die deutsche hätte gar keinen verdient, nicht einmal Günter Grass, den Mann, der statt »J'accuse« ausrief: »Ich schäme mich!« Genauer: »Ich schäme mich meines zum bloßen Wirtschaftsstandort verkommenen Landes, dessen Regierung todbringenden Handel zuläßt und zudem den verfolgten Kurden das Recht auf Asyl verweigert« (zit. n. »Börsenblatt«, 21.10.).

Aber was soll das überhaupt heißen, er schäme sich? Jens Jessen, einer der »FAZ«-Sophisten, die sich Gruner + Jahr für die »Berliner« einkaufte, hat Grassens Worte solange gedreht und gewendet, bis Gruner + Jahr zufrieden sein konnte: »Wenn Grass sagt >Ich schäme mich<, heißt das natürlich nicht, daß er selbst Grund hat, sich zu schämen. Es heißt im Gegenteil, daß er unschuldig ist, aber es andere im Lande gibt, die schuldig sind. ... Öffentlich kann man nur seine Schuld eingestehen und sich dann privat zu Hause schämen. Wenn also der Satz >Ich schäme mich für Deutschland< in der Öffentlichkeit geäußert wird, kann es nur bedeuten, daß andere Deutsche, nämlich jene, die das Land dominieren, sich schämen müssen: Die Mehrheit soll sich schämen« (»Berliner Zeitung«, 25./26. 10.).

Grass müßte einem sympathisch sein, wenn er es so gemeint hätte. Leider spricht alles dagegen, er könnte es so gemeint haben. Es mag eine seltene protestantische Zwangsvorstellung sein, man dürfe sich nur zu Hause im Kämmerlein schämen, im allgemeinen gilt Scham als ein ausgesprochen soziales, ja zivilisiertes Gefühl. Säuglinge und »Bild«-Reporter schämen sich nicht, aber alle anderen hin und wieder schon. Schamrot wird, wer gegen die verinnerlichten gesellschaftlichen Gebote verstößt - aber nur in Gesellschaft. Ein Kennzeichen der Scham ist gerade, daß sie sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit nicht einstellen will. Die kleinen Schweinereien, deren sich der Bürger privat nicht schämt, genieren ihn, wenn sie öffentlich werden: Waffenhandel, Steuerhinterziehung, Pornographie, Rechtschreibfehler. Jessen z. B. sollte sich schämen, daß er zweimal hintereinander den Namen des heiligen Stifters der D-Mark falsch schreibt: Erhard hieß der Kerl, nicht »Erhardt«.

Hingegen sprach der »National-Dichter« eben deshalb kein »J'accuse«, weil er sich selbst als Teil des beschämenden Ganzen sieht: »Wir wurden und sind Mittäter. Wir duldeten ein so schnelles wie schmutziges Geschäft«, heißt es bei Grass unmittelbar vor dem Scham-Satz. Dieses »Wir« ist eine Art Pluralis majestatis des bis heute unterdrückten deutschen Nationalgeistes, nicht des Bismarckschen, sondern desjenigen, der an dem »historischen Ort« der Rede, nämlich der Paulskirche, so oft beschworen worden sei. Grass: »Schier endlos stand (in der Paulskirche, S. R.) die Einheit Deutschlands zur Debatte. Zu den Versammelten gehörten auch Schriftsteller, unter ihnen Ludwig Uhland. Und für das Scheitern dieser frühen Bemühungen sorgte ein Junker, Otto von Bismarck, der als preußischer Bundestagsgesandter eine ganz andere Einheit im Sinn hatte« als Schriftsteller wie Uhland und Grass. Die Paulskirche aber »und ihr oft berufener Geist zogen immer wieder den kürzeren«. Zuletzt, als Konrad Adenauer Bonn und nicht die Paulskirche zum Mittelpunkt Westdeutschlands erklärte: »Ein Loch blieb zurück, umsäumt von verhaltenen Seufzern.« Die Interpretation dieses schamlosen Satzes überlasse ich gerne den Psychoanalytikern.

Grass rechnet sich als spätem Vertreter des Paulskirchen-Geistes also schon eine Schuld zu: die, nicht gesiegt zu haben. Ohne den ewigen »Hegemonialverlust der Linken« (»FAZ«, 22.10.), glaubt er wohl, sähe es in Deutschland besser für die Ausländer aus; wenn statt Bismarck Uhland oder Arndt das Rennen gemacht hätten, wenn Lafontaine statt Schröder Kandidat würde. Gut für den Sonntagsredner, daß es nicht soweit gekommen ist bzw. kommen wird.

Jessen hat außerdem nicht recht mit seiner Unterstellung, die »Mehrheit«, die das Land dominiert, schäme sich nicht. Sofort nach Veröffentlichung des Scham-Satzes meldete sie sich in der »Bild«-Zeitung (21.10.) zu Wort: »Ich schäme mich für Grass, den größten Nestbeschmutzer Deutschlands«, schrieb da z. B. »Bild«-Leser Joachim H. aus Koblenz. Und Gerhard E. aus Berlin gab bekannt: »Ich schäme mich, daß ich gemeinsam mit Günter Grass in einem Land leben muß!« Andererseits - so Horst G. aus Rodgau - gebe es »keinen Grund, sich für Deutschland zu schämen. Aber typisch Günter Grass: Mit links wird moderiert, mit rechts kassiert. ER ist es, der sich schämen sollte.« Dabei tut ER es längst.

Halten wir fest: Die Mehrheit schämt sich des Schriftstellers, der Schriftsteller schämt sich des Lochs, das der nationale Geist gerissen hat. Der amtierende Nationalgeist aber schämt sich weder der Abschiebungen noch der Waffenlieferungen, sondern inkarnierte sich vorübergehend in CDU-Generalsekretär Peter Hintze und verkündete, Deutschland müsse sich die »plumpe Polemik von Grass nicht gefallen lassen«, der Autor sei hiermit »endgültig aus dem Kreis ernstzunehmender Literaten« ausgeschlossen. Eine Woche später fügte er noch an, Grass habe wider besseres Wissen »eine völlig verzerrte Darstellung« abgegeben.

Das wird die Älteren unter uns vielleicht daran erinnert haben, daß Pastor Hintze vor zwei Jahren ganz ähnlich von der Kanzler-Kanzel gepoltert hat: »Die Ausfälle von Grass sind total geschmacklos, peinlich und von einem erschütternden

Realitätsverlust gekennzeichnet« (s. KONKRET 10/95). Das bezog sich auf den Verfasser des Romans Ein *weites Feld,* und nahezu die gesamte schreibende Nation mühte sich, Hintzes Urteil in 40 bis 400 Manuskriptzeilen zu begründen. Dieses Mal aber meckert selbst die »FAZ« (21.10.), Hintze habe nicht festzulegen, wer dem Kreis ernstzunehmender Literaten angehören darf und wer nicht. »Es handelt sich hier um verschiedene Sprachen, um riesige Wortfelder, auf denen sich Schriftsteller und Generalsekretär niemals werden begegnen können.«

Es ist schon merkwürdig: Als es um einen Roman ging, folgte man dem Hintze gern, nun, da es um eine politische Rede geht, soll er auf einmal nicht zuständig sein. Ja, geradezu riesige Wortfelder sollen sich auftun, die nur die Kamele aus der Literaturabteilung gefahrlos durchqueren können. Selbst der »Focus« (44/97), in dem Grass ansonsten »Grobian«, »Wahlkämpfer der primitiveren Sorte« und »Aktivist der Inländerfeindlichkeit« geschimpft wird, wirft Hintze vor, er verwechsele »Literatur mit Politik«. Geheimnisvolle Welt der Deutschen: Macht Grass Literatur, kommt man ihm politisch, macht er Politik, soll alles Literatur gewesen sein.

Das Rätsel löst sich aber bei näherem Hinsehen rasch auf. Inhaltlich stimmen fast alle - außer Grass' üblichen Freunden, die beim letzten Mal sogar Mahnwache vor dem »Spiegel«-Gebäude gehalten haben - mit Hintze überein, nur wollen sie es in ihren eigenen Worten sagen. Nachdem Hintze erst einmal in seine Schranken gewiesen ist, heißt es dann »intellektuelle Entgleisung« (»Hamburger Abendblatt«, 21.10.), »Unsinn« (»FAZ«, 22. 10.), »Unkenntnis der Realitäten dieser Welt« (»Spiegel« 44/97), »fauchend vorgetragene Schmähredе« bzw. »krasse Lebenslügen« eines »mediengepflegten Gut-Menschen« (»Focus«).

Inzwischen glauben die subalternen Angestellten des Kohl-Imperiums, sie würden mit Grass leichter fertig werden als der Generalsekretär. Der hat in Folge eines »bedenklichen Verlusts an Selbstkontrolle« (»FAZ«, 24.10) den Fehler begangen, die Sache zu sehr hochzuspielen. Grass-Verteidiger Heribert Prantl nannte »Hintzes Entrüstung« daher sogar »verdienstvoll. Sie hat Lafontaine gezwungen, Grass zu verteidigen« (»SZ«, 22. 10.) - und noch zu weiteren höchst bigotten Kommentaren Anlaß gegeben. Kein großes Verdienst und noch weniger ein Grund, Grass für einen Hölderlin unserer Tage zu halten, wie Prantl vorschlägt. Man tut dem Dichter des *Hyperion* Unrecht, wenn man vermutet, er würde heute so schreiben: »Wieder sind es Einzelgänger, die das schlingernde Gefälle der Handlung bestimmen.«

Aber wahr ist schon, daß Grass' mehr schlingernde als gefällige Rede seine Gegner dazu verleitete, heftiger als selten zuvor jegliche fundamentale Kritik als hoffärtig zu geißeln. Thomas E. Schmidt schreibt in der »FR« (25.10.): »Beides, der Hochmut des Konservativen wie auch Grass' theatralische Scham, sind Affekte des Antibürgerlichen, des Antiliberalen«; die »Generalverdammung« beruhe stets auf »Ressentiments«. Rudolf Augstein formulierte in einem an Glanzleistungen reichen Kommentar, Grass bleibe »so wirksam, weil er das Trampolin braucht, sich mehr als andere zu Dingen zu bekennen, deren er sich schämt. Der Realität kann er damit zwar nicht gerecht werden, wohl aber seinem frühen Ruhm« (»Spiegel« 44/97). Und der Kanzler persönlich sah in dem eitlen Schriftsteller einen, der sich »gewaltig aufgeblasen« hat (»Bild«, 27.10.). Aber da der aufgeblasene Kaschube nun einmal auf seinem Scham-Trampolin hüpfte, um größer zu erscheinen, als er ist, mußten andere beweisen, wie unendlich bescheiden sie sind.

Thomas Schmid, der schon vor zwei Jahren in »Wochenpost« (24.8.95) und »Junge Freiheit« (18.8.95) den »alten Linkskonservatismus« verurteilte, dessen hervorragender Repräsentant Grass sei, meldete sich heuer gleich zweimal zu Wort. Zuerst in der »Hamburger Morgenpost« (21.10.), deren stellvertretender Chefredakteur er inzwischen ist: »Längst geht es ganz pragmatisch um das *Wie* von Integration - und da helfen Brandrufe aus der geistigen Tiefe der fünfziger und sechziger Jahre herzlich wenig. Die Bundesrepublik hat Dichter, Schriftsteller, Intellektuelle verdient, die neugierig auf die Wirklichkeit sind und die schröcklichen Flügel von Windmühlen auch Windmühlenflügel sein lassen.« Und dasselbe noch einmal für die Realos mit Abitur: Eine »offene Gesellschaft« dürfe sich zwar nicht abschließen, müsse aber »zur Kenntnis nehmen, daß Zuwanderung erst einmal auch die Zahl der Bewohner erhöht, die den prekären Wertekanon nicht teilen«. Daraus folge unter anderem: »Deutschland hat bessere Debatten verdient als die, die uns die Matadore von einst noch immer andienen. Es liegt an uns, diesem Spuk ein Ende zu machen« (»Taz«, 30.10.).

Wir müssen, sagt Thomas Schmid, Don Quixote vom Pferd stoßen, sonst dreht sich bald die Mühle nicht mehr. Dann ist womöglich sogar der prekäre Wertekanon in Gefahr. Um dessen Pflege sollen sich von nun an nicht mehr »Großintellektuelle, Großschriftsteller, Großjournalisten« (»Zeit«, 31.10.) kümmern, sondern Kleingeister, Kleingeister und Kleingeister. Fachleute, die »zu Fragen von politischem Gewicht nachdenkliche, weiterführende, ernstzunehmende Standpunkte vertreten« und geduldig »die Früchte übergreifender Synthese reifen lassen« (»FAZ«, 22.10.). Fachleute wie die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John, deren »schöne Arbeit« Alfred Grosser in der »Bild« (2 1. 10.) Grass entgegenhielt.

Die Frau fühlte sich sogleich angespornt, dem unkundigen Schriftsteller einen aufklärenden Brief zu schicken. Gegenüber der »Jungle World« (30. 10.) erklärte sie, ihr liege »am Herzen, daß es in Deutschland nicht nur ein Asylgesetz gibt, sondern die Bereitschaft der Bevölkerung, es auch aus Überzeugung anzuwenden«. An dieser Bereitschaft wird es die Bevölkerung nicht mangeln lassen, denn John zufolge fordert das Gesetz, »daß Menschen, die den Schutz hier nicht brauchen, schnell wieder zurückgehen«.

Ungefähr so redet jemand, der die »komplexe Wirklichkeit« einer »Republik« begriffen hat, »die politisch das beste ist, was Deutschland in den letzten zwei Jahrhunderten zustande gebracht hat« (Schmid/ »Taz«). Weniger komplex, vielleicht sogar eindimensional dürfte die Wirklichkeit eines Mannes aussehen, der sich aus Angst vor den Häschern keinen anderen Rat weiß, als sich in einem jener Transiträume, die Frau John nach eigener Auskunft noch nie betreten hat, selbst zu verbrennen. So geschehen am 24.10. in Düsseldorf. Ebenso eindimensional dürfte dem Kurden Ahmed K. die Wirklichkeit erschienen sein, als deutsche Polizisten den türkischen Kollegen am Flughafen Izmir einen Koffer mit belastendem Material übergaben, damit diese auf die peinliche Befragung, der sie den abgeschobenen PKK-Aktivisten unterzogen, auch gut vorbereitet waren. Übrigens kein Einzelfall.

Ist es die »Sehnsucht« von Grass, »die Verhältnisse möchten noch einmal so überschaubar« sein wie in den Fünfzigern - wie »Zeit« und »Taz« in übereinstimmenden Formulierungen behaupten -, die ihm den Satz eingab, »daß wir alle untätige Zeugen einer abermaligen, diesmal demokratisch abgesicherten Barbarei sind«? Oder gestalten sich die Verhältnisse für manche doch etwas einfacher als für in Subtilitäten schwelgende Abschiebe-Pragmatiker?

Wollte er gar mit diesem Satz suggerieren, die deutsche Asylpolitik »sei die Fortsetzung des millionenfachen Judenmordes durch die NS-Diktatur mit demokratischen Mitteln« (»Focus«)? Eine derartige Vergröberung sollte man einem zeitunglesenden Intellektuellen, der sogar einen Unterschied zwischen Lafontaine und Schröder ausmachen kann, nicht unterschieben. Grass hatte, gelegentlich einer Stammtisch-Szene bei Yasar Kemal, in der rassistische Polizisten ihr Weltbild ausbreiten, angemerkt, ihm als Leser komme es so vor, »als spräche sich ein international besetzter, also auch deutschsprachiger Stammtisch so hemmungslos aus. Nicht nur Polizisten reden derart faschistisch freiweg; war es nicht ein deutscher Politiker von Rang, der vor einiger Zeit vor der >Durchrassung des deutschen Volkes< gewarnt hat?« Weil er an einem paritätisch besetzten, internationalen Stammtisch auch deutsche Faschisten Platz nehmen ließ, schließen sie, Grass habe die deutsche Asylpolitik mit dem Holocaust verglichen. Warum sollte - bei der an Barbareien so übervollen Geschichte des deutschen »Schweinehundes« (Jens Bjorneboe) - Grass mit »abermalige Barbarei« ausgerechnet auf diese zurückverwiesen haben? (Wenn »Barbarei« für die Shoah überhaupt eine angemessene Bezeichnung ist.)

Nicht Grass schwang die »allergröbste Faschismus-Keule« (Schmid/»MoPo«), sondern seine Kritiker taten es. Sie nutzten sogleich die Gelegenheit, festzustellen, faschistische Tendenzen seien ihnen in Nachkriegsdeutschland bisher nicht untergekommen. Junker Jessen betont, weder in der Asylpolitik noch in den »häßlichen Jugendexzessen gegenüber Ausländern« könne er einen »nationalsozialistischen Rückfall« erkennen. Nein, in der gesamten »Geschichte der Bundesrepublik« lasse sich »kein ernsthafter Ausrutscher in dieser Richtung nachweisen«. Da enden dann sogleich die Subtilitäten: Wer ein Nazi ist, bestimmen wir.

In summa: Wer die von Kohl, Kanther und ihrer Mehrheit gesetzten Realitäten benennt, ist realitätsuntüchtig. Wer keine konstruktive Kritik übt, ist hoffärtig und nicht ernst zu nehmen. Der Witz ist natürlich, daß Grass durchaus konstruktiv sein will, aber seinen Paulskirchen-Wahn rechnet ihm niemand zur Ehre an.

Während dieser aufschlußreichen Debatte trat der Wettbewerb zwischen Stefan Aust und Helmut Markwort, wer das dümmere Blatt macht, in eine dramatische Phase. Markwort trug seinem Mitarbeiter Henning Krumrey auf, Grass zu widerlegen. Grass behauptet, Deutschland dulde Waffenlieferungen an die »gegen ihr eigenes Volk einen Vernichtungskrieg führende Türkische Republik«? Ganz falsch. »Tatsache: Die Türkei hat sich verpflichtet, aus Deutschland gelieferte Rüstungsgüter nur für die Bündnisverteidigung einzusetzen.« Um die Volksverdummung ein wenig aufzulockern, flicht Krumrey bekannte Grass-Titel ein: Grass' Kritik »mutiert« zum *»Aufstand der Plebejer«,* Grass - »sprachlos wie ein *Butt«,* Grass spielt »mit der SPD *Katz und Maus«* usw. Nur die *Rättin* kommt nicht vor, weil der Schriftsteller nun einmal ein Männchen ist.

Ist das noch zu überbieten? Rudolf Augstein wagt's: »Ist ihm denn völlig entgangen, daß beide, Türken wie Kurden, unter unserem Grenzzaun hindurchschlüpfen, um hier ihren Stellvertreterkrieg auszutragen?« Vielleicht schon. »Aber es war ihm nicht entgangen, daß Willy Brandt, zu dessen Beerdigung er nicht erschienen ist, ein sehr gutes R sprach.« Wenn ich mich für Deutschland schämen würde, wüßte ich nun weder aus noch ein. Aber da ich es nicht tue, freue ich mich schon jetzt auf die nächste Grass-Debatte.